

III-146 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS
FÜR DAS JAHR
1997

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluß

Verfaßt vom Rechnungshof



WIEN 1998
ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

**Auszug aus dem
Verzeichnis der Abkürzungen**

AB	Aufgabenbereich
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung
BFG	Bundesfinanzgesetz
BHG	Bundesaushaltsgesetz
BHV	Bundesaushalttsverordnung
BKA	Bundeskanzleramt
BM	Bundesministerium
BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMAGS ..	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLF	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMUJF ...	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
BMUK.....	Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
BMWV	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
BRA	Bundesrechnungsabschluß
BVA	Bundesvoranschlag
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
D	Darlehen
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
GG	Gehaltsgesetz
GOG	Geschäftsordnungsgesetz
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)
Kap	Kapitel
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖBF.....	Österreichische Bundesforste
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse
PG	Pensionsgesetz
PTA	Post und Telekom Austria AG
RGV	Reisegebührenvorschrift
RH	Rechnungshof
RHG	Rechnungshofgesetz
RLV	Rechnungslegungsverordnung
S	Schilling
	Soll (vor Beträgen in Tabellen)
VA	Voranschlag
VAP	Voranschlagspost
ZEDVA ...	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
zw	zweckgebunden

Bundesrechnungsabschluß 1997

Kapitelmäßige Gliederung der Voranschlagsvergleichsrechnung

Kapitel

- 01 Präsidentschaftskanzlei
- 02 Bundesgesetzgebung
- 03 Verfassungsgerichtshof
- 04 Verwaltungsgerichtshof
- 05 Volksanwaltschaft
- 06 Rechnungshof
- 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen
- 11 Inneres
- 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
- 13 Kunst
- 14 Wissenschaft und Forschung
- 15 Soziales
- 16 Sozialversicherung
- 17 Gesundheit
- 18 Umwelt
- 19 Jugend und Familie
- 20 Äußeres
- 30 Justiz
- 40 Militärische Angelegenheiten
- 50 Finanzverwaltung
- 51 Kassenverwaltung
- 52 Öffentliche Abgaben
- 53 Finanzausgleich
- 54 Bundesvermögen
- 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)
- 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge
- 60 Land- und Forstwirtschaft
- 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
- 64 Bauten und Technik
- 65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft
- 71 Bundestheater

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS
FÜR DAS JAHR
1997

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluß

Wien, im Oktober 1998

Der Präsident des Rechnungshofes:

Fiedler

Gesamtinhaltsverzeichnis

Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluß 1997

Seite

1.	Allgemeine Bemerkungen	
1.1	Rechtliche Grundlagen	11
1.2	Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen	11
1.3	Kontinuität der Rechnungsabschlüsse	11
1.4	Statistische Daten	11
1.5	Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen	12
2.	Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes	
2.1	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen	14
2.2	Brutto-Inlandsprodukt und Volkseinkommen	16
2.3	Fiskalische Gesamtbelastung	20
2.4	Bundeshaushalt und finanzpolitische Schlußfolgerungen	22
3.	Gesamtergebnis der Haushaltsführung des Bundes	
3.1	Rechtliche Grundlagen der Gebarung	30
3.2	Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt	31
3.3	Darstellung der Ergebnisse	31
3.4	Gebarungsergebnisse	32
3.5	Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen	44
3.6	Vorbelastungen und Vorberechtigungen (einschließlich offen gebliebener Stände des Finanzjahres 1997)	46
3.7	Negative Verfügungsreste	50
3.8	Haushaltsrücklagen	53
3.9	Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur EU	53
4.	Bericht zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
4.1	Allgemeine Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen	55
4.2	Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben	58
4.3	Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen	139

Kapitel	(Ausgaben/Einnahmen)
01 Präsidentschaftskanzlei	-/ -
02 Bundesgesetzgebung	57/ -
03 Verfassungsgerichtshof	-/ -
04 Verwaltungsgerichtshof	-/ -
05 Volksanwaltschaft	-/ -
06 Rechnungshof	59/ -
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen	59/139
11 Inneres	63/140
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	68/141
13 Kunst	75/ -
14 Wissenschaft und Forschung	76/143
15 Soziales	82/144
16 Sozialversicherung	87/146
17 Gesundheit	89/146
18 Umwelt	91/147
19 Jugend und Familie	92/147
20 Äußeres	94/148
30 Justiz	97/148
40 Militärische Angelegenheiten	98/149

	Seite
50 Finanzverwaltung	99/149
51 Kassenverwaltung	103/151
52 Öffentliche Abgaben	105/154
53 Finanzausgleich	105/157
54 Bundesvermögen	107/157
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	109/161
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge	111/162
60 Land- und Forstwirtschaft	115/165
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	126/168
64 Bauten und Technik	128/169
65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft	136/172
71 Bundestheater	128/173
5. Bericht zur Jahresbestandsrechnung	
5.1 Darstellung des Vermögens und der Schulden	173
5.2 Darstellung des Kapitalausgleichs	173
5.3 Gesamtstand des Vermögens	174
5.4 Gesamtstand der Schulden	174
5.5 Rücklagen	174
5.6 Bundesbetriebe und betriebsähnliche Einrichtungen	176
5.7 Erläuterungen zur Jahresbestandsrechnung über Veränderungen des Vermögens und der Schulden des Bundes gegenüber dem Vorjahr	177
6. Bericht zur Jahreserfolgsrechnung	
6.1 Darstellung der Aufwendungen und Erträge	185
6.2 Erläuterungen zur Jahreserfolgsrechnung über Veränderungen der Aufwendungen und Erträge des Bundes gegenüber dem Vorjahr	186
7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden	
7.1 Allgemeines	194
7.2 Ausgleichshaushalt	195
7.3 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen	198
7.4 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und Währungstauschverträge	199
7.5 Entwicklung und Stand der Bundesschulden 1987–1997	203
8. Bericht zu den Bundeshaftungen	
8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen	204
8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen	205
9. Bericht zu den Abschlußrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger	
9.1 Allgemeines	206
9.2 Ausstehende Fondsabschlüsse	206
9.3 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	207
9.4 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	207
9.5 Reservefonds für Familienbeihilfen	207
9.6 Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse	208
9.7 Agrarmarkt Austria (AMA)	208
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	209
Verzeichnis der Abkürzungen	210

Band 2: Abschlußrechnungen und Übersichten zum Bundesrechnungsabschluß 1997

	Seite
A Voranschlagswirksame Verrechnung	
1. Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 1997	
A.1.1 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	9
A.1.2 Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln	10
A.1.3 Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages	12
Kapitel	(Ausgaben/Einnahmen)
01 Präsidentschaftskanzlei	12/ 76
02 Bundesgesetzgebung	13/ 77
03 Verfassungsgerichtshof	14/ 78
04 Verwaltungsgerichtshof	15/ 79
05 Volksanwaltschaft	16/ 80
06 Rechnungshof	17/ 81
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen	18/ 82
11 Inneres	22/ 85
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	25/ 87
13 Kunst	31/ 91
14 Wissenschaft und Forschung	32/ 92
15 Soziales	35/ 94
16 Sozialversicherung	38/ 96
17 Gesundheit	39/ 97
18 Umwelt	41/ 98
19 Jugend und Familie	42/ 99
20 Äußeres	43/100
30 Justiz	45/101
40 Militärische Angelegenheiten	46/102
50 Finanzverwaltung	47/103
51 Kassenverwaltung	50/105
52 Öffentliche Abgaben	52/106
53 Finanzausgleich	53/108
54 Bundesvermögen	54/109
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	56/112
59 Finanzschuld, Währungtauschverträge	57/113
60 Land- und Forstwirtschaft	60/116
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	66/120
64 Bauten und Technik	68/122
65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft	73/125
71 Bунdestheater	75/127
2. Gesamtübersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
A.2.1.1 Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben	128
A.2.1.2 Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben	129
A.2.1.3 Gesamtübersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben	130
A.2.1.4 Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarungsgruppen	131
A.2.2.1 Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen	132
A.2.2.2 Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen	133

	Seite
A.2.3.1 Gesamtübersicht über die Ausgaben und Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen	134
A.2.3.2 Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen	135
3. Übersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
A.3.1.1 Übersicht über die Verpflichtungen	136
A.3.1.2 Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren	137
A.3.2.1 Übersicht über die Schulden	138
A.3.2.2 Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren	139
A.3.3.1 Übersicht über die Berechtigungen	140
A.3.3.2 Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren	141
A.3.4.1 Übersicht über die Forderungen	142
A.3.4.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren	143
4. Nachweise über die abgesetzten Zahlungen und die Abschreibung von Forderungen	
A.4.1.1 Nachweis über die von den Ausgaben abgesetzten Zahlungen	144
A.4.1.2 Nachweis über die von den Einnahmen abgesetzten Zahlungen	145
A.4.2 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen	146
5. Nachweise über die Haushaltsrücklagen	
A.5.1 Nachweis über die Gebarung aus zweckgebundenen Einnahmen	147
A.5.2 Nachweis über die allgemeinen Rücklagen	167
A.5.3 Nachweis über die besonderen Rücklagen	175
A.5.4 Nachweis über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)	177
A.5.5 Nachweis über die Ausgleichsrücklage	178
B Bestands- und Erfolgsverrechnung	
1. Bestandsverrechnung	
B.1 Jahresbestandsrechnung des Bundes 1997	179
2. Gesamtübersichten zur Jahresbestandsrechnung	
B.2.1 Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes nach Vermögensarten	180
B.2.2 Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes nach Schuldarten	184
3. Übersichten zur Jahresbestandsrechnung	
B.3.1 Übersicht über das unbewegliche (einschließlich in Bau befindliche) Anlagevermögen	186
B.3.2 Übersicht über die Beteiligungen des Bundes	188
B.3.3.1 Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen	193
B.3.3.2 Übersicht über die allgemeinen Rücklagen	195
B.3.3.3 Übersicht über die besonderen Rücklagen	198
B.3.3.4 Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)	199
B.3.3.5 Übersicht über die Ausgleichsrücklage	199
4. Erfolgsverrechnung	
B.4 Jahreserfolgsrechnung des Bundes 1997	200
5. Gesamtübersichten zur Jahreserfolgsrechnung	
B.5.1 Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes nach Aufwandsarten	201
B.5.2 Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes nach Ertragsarten	203

6.	Abschlußrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe	
6.1	Betriebsähnliche Einrichtungen	
B.6.1.1	Bundesstaatliche Prothesenwerkstätte Wien	205
B.6.1.2	Bundesstaatliche Prothesenwerkstätte Linz	206
B.6.1.3	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig	207
B.6.1.4	Bundesbaudirektion für Wien, NÖ u Bgld – Wien	208
6.2	Bundesbetriebe	
B.6.2	Österreichischer Bundestheaterverband	210
C	Finanzierung des Bundeshaushalts; Bundeshaftungen	
C.1	Kapitel 51, 54 und 59 Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt	212
C.2	Kapitel 51, 54 und 59 Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt	217
C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden getrennt nach Finanzjahren	222
C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren	223
C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungtauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	224
C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungtauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	225
C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungtauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	226
C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungtauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	227
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts	228
C.5.1	Nachweis über Konversionen von Finanzschulden und Währungtauschverträgen	234
C.5.2	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungtauschverträgen gemäß § 65b Abs 3 Z 1 lit c BHG	236
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden	237
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungtauschverträgen	253
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungtauschverträgen	256
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld im Jahr 1997	260
C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in fremder Währung im Jahr 1997	262
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1997	266
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungtauschverträgen im Jahr 1997	270
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungtauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1997	272
C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungtauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1997	274
C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungtauschverträgen im Jahr 1997	276
C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungtauschverträgen in fremder Währung im Jahr 1997	278
C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungtauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 1997	282
C.8.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 1997	286
C.8.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in inländischer Währung im Jahr 1997	287
C.8.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1997	288

	Seite
C.8.2.3 Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1997	289
C.8.2.4 Übersicht über die Entwicklung der in Fremdwährungen zusammengefaßten Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 1997	290
C.8.3 Nachweis der Bundeshaftungen.....	291
 D Abschlußrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger (wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 1997)	
1. Parlamentsdirektion	
D.1.1 Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	304
2. Bundeskanzleramt	
D.2.1 Österreichisches Filminstitut	306
D.2.2 Künstlerhilfe-Fonds	308
3. Bundesministerium für Inneres	
D.3.1 Fonds zur Integration von Flüchtlingen	310
D.3.2 Gendarmeriejubiläumsfonds 1949	312
D.3.3 Unterstützungsinstitut der Bundes-Sicherheitswache in Wien	314
D.3.4 Wiener Stadterweiterungsfonds	316
D.3.5 Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei	318
D.3.6 Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes	320
4. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	
D.4.1 Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	322
D.4.2.1 Österreichisches Institut für Sportmedizin (für das Jahr 1996)	324
D.4.2.2 Österreichisches Institut für Sportmedizin (für das Jahr 1997)	326
D.4.3 ERP-Fonds (für das Jahr 1996/97)	328
5. Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
D.5.1 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	330
D.5.2 Ausgleichstaxfonds	332
D.5.3 Nationalfonds zur besonderen Hilfe für behinderte Menschen	334
D.5.4 Kriegsopferfonds	336
D.5.5 Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht-Gasteiner Badestiftung (Kurhaus Ferdinand Hanusch)	338
D.5.6 Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung – Hilfsfonds	340
D.5.7 Arbeitsmarktservice Österreich (für das Jahr 1996)	342
D.5.8.1 Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1996)	344
D.5.8.2 Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (für das Jahr 1997)	346
D.5.9 Fonds „Gesundes Österreich“	348
6. Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	
D.6.1 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	350
D.6.2 Reservefonds für Familienbeihilfen	352
 7. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	
D.7.1 Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland	354
D.7.2.1 Diplomatische Akademie Wien (für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1996).....	356
D.7.2.2 Diplomatische Akademie Wien (für das Jahr 1997)	358

Seite

8.	Bundesministerium für Landesverteidigung	
D.8.1	Vereinigte Altösterreichische Militärstiftungen	360
9.	Bundesministerium für Finanzen	
D.9.1	Nullkuponfonds	362
D.9.2	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	364
10.	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	
D.10.1	Agrarmarkt Austria (für das Jahr 1996)	366
11.	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
D.11.1	Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft	368
D.11.2	Bundeswohnbaufonds	370
E	Tabellen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1997	
1.	Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes nach Abzug der Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige	
E.1	Gesamtübersicht über die wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und funktionellen Gesichtspunkten	373
2.	Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes – Gesamtgebarung nach der Gliederung des Bundesvoranschlages	
E.2.1	Gesamtübersicht der wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten	374
E.2.2	Gesamtübersicht der Gesamtausgabengebarung nach ökonomischen Gesichtspunkten	375
E.2.3	Aufgliederung der Instandhaltungsausgaben	376
E.2.4	Aufgliederung der Bruttoinvestitionen	377
E.2.5.1	Aufgliederung der Investitionsförderung (Kapitaltransfers)	378
E.2.5.2	Aufgliederung der Investitionsförderung (Darlehen)	379
E.2.6.1	Aufgliederung der Vermögensgebarung (Ausgaben)	380
E.2.6.2	Aufgliederung der Vermögensgebarung (Einnahmen)	381
E.2.7.1	Aufgliederung der Ausgaben an andere Stellen des öffentlichen Sektors	383
E.2.7.2	Aufgliederung der Einnahmen von anderen Stellen des öffentlichen Sektors	384
	Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	385
	Verzeichnis der Abkürzungen	386

1. Allgemeine Bemerkungen

1.1 Rechtliche Grundlagen

Der Rechnungshof (RH) legt gemäß Art 121 Abs 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und gemäß § 9 Abs 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) den von ihm verfaßten Bundesrechnungsabschluß (BRA) für das Jahr 1997 zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Der gemäß § 9 Abs 2 RHG vorzulegende Nachweis über den Stand der Bundesschulden ist darin enthalten (TZ 7).

Der BRA enthält gemäß § 98 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl Nr 213/1986, die Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages, die Jahresbestandsrechnung und die Jahreserfolgsrechnung des Bundes. Der Textteil des BRA (= Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluß) wurde vom RH angefertigt. Der Zahlenteil (= Band 2: Abschlußrechnungen und Übersichten) wurde vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Wege der Bundesrechenzentrum GesmbH unter Berücksichtigung der vom RH veranlaßten Richtigstellungen erstellt und durch die vom RH geprüften Abschlußrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger vervollständigt.

Der vom RH verfaßte BRA wurde gemäß § 9 Abs 1 RHG dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt. Hiezu gab der Bundesminister für Finanzen keine Äußerung ab.

In den letzten Jahren wurden mit Ausnahme des Österreichischen Bundestheaterverbandes alle Bundesbetriebe aus der Gruppe 7 des Bundesvoranschlages ausgegliedert. Von besonderer Bedeutung sind dabei die mit dem Bundesbahngesetz 1992, BGBl Nr 825, mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten und ab 1994 finanziell ausgegliederten Österreichischen Bundesbahnen, die mit Wirkung vom 1. Mai 1996 ausgegliederte Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung, nunmehr Post und Telekom Austria AG, die mit Wirkung vom 1. Jänner 1997 ausgegliederten Österreichischen Bundesforste und die mit Wirkung vom 1. Jänner 1997 aufgelöste Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen und des Bundesbetriebes Österreichischer Bundestheaterverband, die Abschlußrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger sowie ein Nachweis der Bundeshaftungen sind gesondert dargestellt (siehe Band 2, Tabellen B.6 und C.8 sowie Tabellen des Abschnittes D).

1.2 Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen

Gemäß § 9 Abs 1 RHG hat der RH die ihm vorgelegten Jahresrechnungen geprüft. Diese Prüfung umfaßte die Feststellung der formalen und rechnerischen Richtigkeit sowie die Einhaltung der haushaltrechtlichen Vorschriften bei der Vollziehung des Bundesfinanzgesetzes (BFG). Zu diesem Zweck wurde an Ort und Stelle bei den Buchhaltungen der anweisenden Organe stichprobenweise Einsicht in die Verrechnungsaufschreibungen und Belege genommen. Vorgefundene Mängel wurden im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen behoben.

Eine eingehende Überprüfung des Budgetvollzuges wird im Rahmen zahlreicher laufender Gebarungsüberprüfungen des RH im Bereich der gesamten öffentlichen Verwaltung durchgeführt. Über deren Ergebnis geben die Tätigkeits- und Wahrnehmungsberichte des RH Auskunft.

1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse

Der BRA für das Jahr 1996 wurde vom Nationalrat mit Bundesgesetz, BGBl I Nr 37/1998, genehmigt. Der mit Abschluß des Finanzjahres 1996 ausgewiesene Bestand der flüssigen Mittel, der sich aus den in der Jahresbestandsrechnung des Bundes 1996 (BRA 1996, Band 2, Tabelle B.1) in den Punkten II.4 bis II.9 ausgewiesenen Teilbeständen des Umlaufvermögens zusammensetzt, stimmt mit dem diesbezüglichen anfänglichen Gesamtbestand des Finanzjahres 1997 überein, wie er in Übersicht 6 über das Ergebnis der geldwirksamen Gebarung im vorliegenden BRA ausgewiesen ist.

1.4 Statistische Daten

Soweit im BRA für das Jahr 1997 Daten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des Institutes für Höhere Studien, Wien (IHS) ver-

wendet werden, entsprechen sie dem Stand vom Juni 1998 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 1996 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben.

1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen

1.5.1 Verrechnungsverfahren

Das in der Verrechnung des Bundes angewandte Verrechnungssystem beruht auf einer Zusammenführung finanzplanerischer und doppischer Elemente. Es ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge in der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Bundes werden nach einheitlichen Grundsätzen dezentral von den einzelnen Buchhaltungen erfaßt und an die Bundesrechenzentrum GesmbH zur zentralen Verarbeitung weitergeleitet.
- Die Verrechnung der einzelnen Geschäftsfälle erfolgt im Rahmen der sogenannten Phasen- und Fernbuchführung in einem oder mehreren Verrechnungskreis(en), deren Ergebnisse jeweils zum Ende eines Verrechnungszeitraumes (Monats- und Jahresende) für die Hoheits-, Privatwirtschafts- und Betriebsverwaltung des Bundes unmittelbar zur Verfügung stehen.
- Ein **Verrechnungskreis** stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten zwecks zusammenfassender Darstellung von Verrechnungsgrößen dar. Die Verrechnungskreise sind derart miteinander verbunden, daß ein Geschäftsfall durch eine einzige Buchung gleichzeitig in mehreren Verrechnungskreisen erfaßt wird und die Salden sofort verändert werden (Simultanbuchführung). Bei den Verrechnungskreisen ist zwischen Haupt- und Nebenverrechnungskreisen zu unterscheiden.
- Hauptverrechnungskreise stellen zwingend vorzusehende Verrechnungskreise dar und umfassen
 - die voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) für das laufende Finanzjahr und für
 - die künftigen Finanzjahre (zur Erfassung der Vorberechtigungen und Vorbelastungen) sowie
 - die Bestands- und Erfolgsverrechnung (BEV).
- Nebenverrechnungskreise werden zur gesonderten Erfassung abgrenzbarer Tätigkeiten eines Aufgabenträgers gebildet und sind entweder in die Buchführung integriert (zB Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Projekt- und Vorhabensabrechnung) oder dieser vorgelagert (zB Besoldung der Bundesbediensteten, Bundespensionen, Abgabeneinhebung der Finanz- und Zollämter); sie werden einzeln oder zusammengefaßt in die Hauptverrechnungskreise übernommen.

Die **voranschlagswirksame Verrechnung** stellt das "Kernstück" des Rechnungswesens des Bundes dar und enthält die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben des Bundes, wie sie im Bundesvoranschlag finanzgesetzlich genehmigt wurden. Gemäß § 16 Abs 1 BHG sind in den Bundesvoranschlag sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufzunehmen.

In der VWV werden die rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsablauf festgehalten (§ 78 BHG); sie dient vor allem der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der Voranschlagsvergleichsrechnung. Sie stellt ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Budgeterstellung und den Budgetvollzug dar.

Die **voranschlagsunwirksame Verrechnung** enthält jene Einnahmen und Ausgaben, die nicht endgültig solche des Bundes oder die aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht zu veranschlagen sind. Es sind dies nach § 16 Abs 2 BHG beispielsweise die einbehaltenden Sozialversicherungsbeiträge von Bediensteten des Bundes oder Konversionen und Prolongationen von Finanzschulden und Währungtauschverträgen.

1.5.2 Abschlußrechnungen

Die Voranschlagsvergleichsrechnung entspricht in ihrer Form sowohl der im Bundesvoranschlag festgelegten Gliederung als auch den für die Verrechnung festgelegten Phasen. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet: Sie gibt Aufschluß über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Wenn auch der RH weiterhin bemüht ist, das Vermögen des Bundes möglichst vollständig zu erfassen, ist der Aussagewert der Vermögensrechnung des Bundes allerdings eingeschränkt und mit der Bilanz einer Unternehmung nicht vergleichbar, weil beispielsweise wesentliche Vermögensteile mangels Bewertbarkeit überhaupt nicht erfaßt sind (wie etwa historische Bauwerke, Kunstschatze oder der Musealbesitz) und das Verwaltungsvermögen bei den Amtsorganen bereits bei der Anschaffung mit 50 % abgeschrieben wird. Daraus folgt, daß jüngere Vermögenswerte unterbewertet und ältere Vermögenswerte überbewertet werden. Weiters werden – einer internationalen Übung folgend – militärische Anlagen und Ausrüstungsgegenstände nicht in die Bestandsrechnung aufgenommen. Auch wird die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" als bedeutsam erachtete Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert.

Die sich in der Verwaltung von Straßsondergesellschaften befindlichen Vermögensteile (Autobahnen und Schnellstraßen) werden seit dem Jahre 1984 wertmäßig erfaßt und dargestellt. Die wertmäßige Erfassung des übrigen Bundesstraßenvermögens erfolgte erstmals im Jahre 1985.

Bemerkenswert ist weiters, daß das Grundkapital zusammen mit dem Kapitalausgleich (insgesamt 1 095 173 Mill S) unter den Aktiva ausgewiesen wird. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den zuvor erwähnten Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens: So etwa setzt sich das Grundkapital des Bundes lediglich aus dem Grundkapital der Bundesbetriebe zusammen, wogegen für die Amtsorgane und betriebsähnlichen Einrichtungen kein Eigenkapital festgelegt wurde. Der zusammen mit dem Grundkapital ausgewiesenen Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldo-rechnung. Der mit 22 003 Mill S ausgewiesene Vermögenszugang stellt ebenfalls eine rechentechnische Ausgleichsposition dar. Von der voranschlagswirksamen Verrechnung unterscheidet sich die Jahreserfolgsrechnung durch die Periodenabgrenzung der Zahlungsströme, durch die Ausgrenzung der bloß bestandswirksamen Zahlungen und durch bestimmte Bewertungsvorgänge.

Die Jahresbestandsrechnung wird ebenso wie die Jahreserfolgsrechnung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Doppik erstellt, weshalb der Kontenplan des Bundes in Anlehnung an den Einheitskontenrahmen der österreichischen Wirtschaft erstellt wurde.

1.5.3 Phasenbuchführung

Die Phasenbuchführung wird dem Umstand gerecht, daß sich die Einnahmen- und Ausgabengebarung des Bundes nicht in einem Akt erschöpft, sondern alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsablauf festgehalten werden. Die Buchungen selbst erfolgen auf der Ebene der Voranschlagsansätze bzw der Voranschlagsposten. Jedes Voranschlagskonto wird dabei in sechs Abschnitte (= Phasen) mit folgenden Inhalten untergliedert (§ 78 BHG in Verbindung mit §§ 60 ff BHV 1989):

Phase 1: Genehmigungen

Sie enthält die für die zuständigen Organe vorgesehenen Voranschlagsbeträge. Diese stimmen mit dem Bundesvoranschlag überein und werden lediglich im Falle einer Änderung des Bundesfinanzgesetzes erhöht oder vermindert.

Phase 2: Verfügungen

Hier wird die Inanspruchnahme der genehmigten Voranschlagsbeträge durch Anordnungen der haushaltseitenden und sonstigen anweisenden Organe sowie die Veränderung der ursprünglich vorgesehenen Beträge aufgrund von überplanmäßigen Ausgaben/Einnahmen und die Bewilligung von außerplanmäßigen

Ausgaben/Einnahmen sowie von Ausgaben-/Einnahmenbindungen dargestellt. Der jeweilige Saldo während des Jahres zeigt den Verfügungsrest.

Phase 3: Berechtigungen oder Verpflichtungen

Dabei werden jene Anordnungen verrechnet, die durch Erlassung behördlicher Entscheidungen oder Verfügungen oder durch Abschluß von Rechtsgeschäften eine Leistungspflicht Dritter bzw eine solche des Bundes begründen oder in Aussicht stellen. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, die eine Forderung oder Schuld begründen, wie etwa eine erhaltene oder erteilte Bestellung einer Lieferung oder Leistung. Der jeweilige Saldo stellt die Summe der noch offenen Berechtigungen bzw Verpflichtungen dar.

Phase 4: Forderungen oder Schulden

Hier werden Anordnungen, die finanzielle Ansprüche auf Empfang bzw Erbringung einer Geldleistung begründen, verrechnet. Die Beurteilung ist nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes (zB Ausgangs- oder Eingangsrechnung über eine erfolgte Lieferung oder Leistung) vorzunehmen. Der jeweilige Saldo zeigt die offenen Forderungen oder Schulden.

Phase 5: Zahlungen

Mit der Einzahlung oder Auszahlung (zB aufgrund einer Rechnung) wird der Gebarungsfall abgeschlossen und der Voranschlagsbetrag endgültig in Anspruch genommen. Der jeweilige Saldo zeigt in Gegenüberstellung zur Genehmigung (= Phase 1) das Ergebnis des Budgetvollzugs (Mehr- oder Mindereinnahmen sowie Überschreitungen oder Ersparungen bei den Ausgaben).

Der im § 75 Abs 1 BHG enthaltene Grundsatz der Bruttoverrechnung wird in Ausnahmefällen (§§ 16 Abs 2 ff sowie 78 Abs 7 und 8 BHG) durchbrochen. In diesen Fällen können Ausgaben oder Einnahmen auf den Konten der ursprünglichen Zahlungen rückverrechnet werden (absetzbare Zahlungen). Dies erfolgt beispielsweise bei Rückzahlungen von Einnahmen oder Ausgaben (Stornobuchungen) sowie bei der vermittlungsweisen Leistung von Zahlungen für ein anderes anweisendes Organ. Ab 1. Jänner 1995 sind auch die an die Europäische Union abzuführenden Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes gemäß Art 201 des EG-Vertrages als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben zu veranschlagen (§ 16 Abs 3a BHG idF BGBl Nr 297/1995).

In Zusammenhang mit der Absetzbarkeit von Zahlungen werden Schulden und Forderungen als Ersatzschulden und Ersatzforderungen festgehalten, sofern die Rückzahlung noch nicht durchgeführt wurde.

Phase 9: Verzweigungen

Hier werden alle nicht in der Phasenfolge 1 bis 5 abzuwickelnden Geschäftsfälle festgehalten. Dazu zählen Vorsorgen für außer- und überplanmäßige Ausgaben, Ausgaben- und Einnahmenbindungen, Postenausgleiche, Freigaben aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag sowie alle sich nur innerhalb der Verwaltung auswirkenden Maßnahmen zur Erhöhung oder Verminderung des jeweils zur Verfügung stehenden Voranschlagsbetrages.

2. Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Bundesvoranschlag wurde gemäß Art III Abs 2 BFG 1997 auf der Grundlage einer nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 2,6 % erstellt.

Nach den bisherigen und vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Juni 1998) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 1997 zu laufenden Preisen auf 2 516,9 Mrd S und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (2 421,6 Mrd S) um nominell 3,9 %. Es überstieg damit die bei Erstellung des Bundesvoranschlags angenommene Wachstumsrate um 50 %.

Mit einer jahresdurchschnittlichen realen Zunahme des Brutto-Inlandsproduktes von 2,5 % (1996: + 2,0 %) lag Österreich unter dem Durchschnitt der EU und der OECD-Staaten (EU: + 2,6 %, USA + 3,8 %, OECD insgesamt + 2,9 %). Geringere Wachstumsraten hatten ua Deutschland (+ 2,2 %) und Japan (+ 0,9 %) aufzuweisen.

Obwohl die Beschäftigung zunahm (0,4 %), trat bei der Arbeitslosenrate keine Besserung ein (Jahresdurchschnitt 1997: 7,1 %, Jahresdurchschnitt 1996: 7,0 %).

Der Preisauftrieb (= Veränderung der Verbraucherpreise im Jahresabstand) ging im vergangenen Jahr weiter zurück und belief sich im Jahresdurchschnitt 1997 auf + 1,3 % (1996: + 1,9 %).

Die seit 1990 beobachtbare Passivierung der Leistungsbilanz setzte sich 1997 fort und schloß mit einem Abgang von – 47,7 Mrd S (1996: – 43,4 Mrd S). Damit lag das Leistungsbilanzdefizit mit 1,9 % des BIP auf dem Niveau des Jahres 1996 (– 1,8 %).

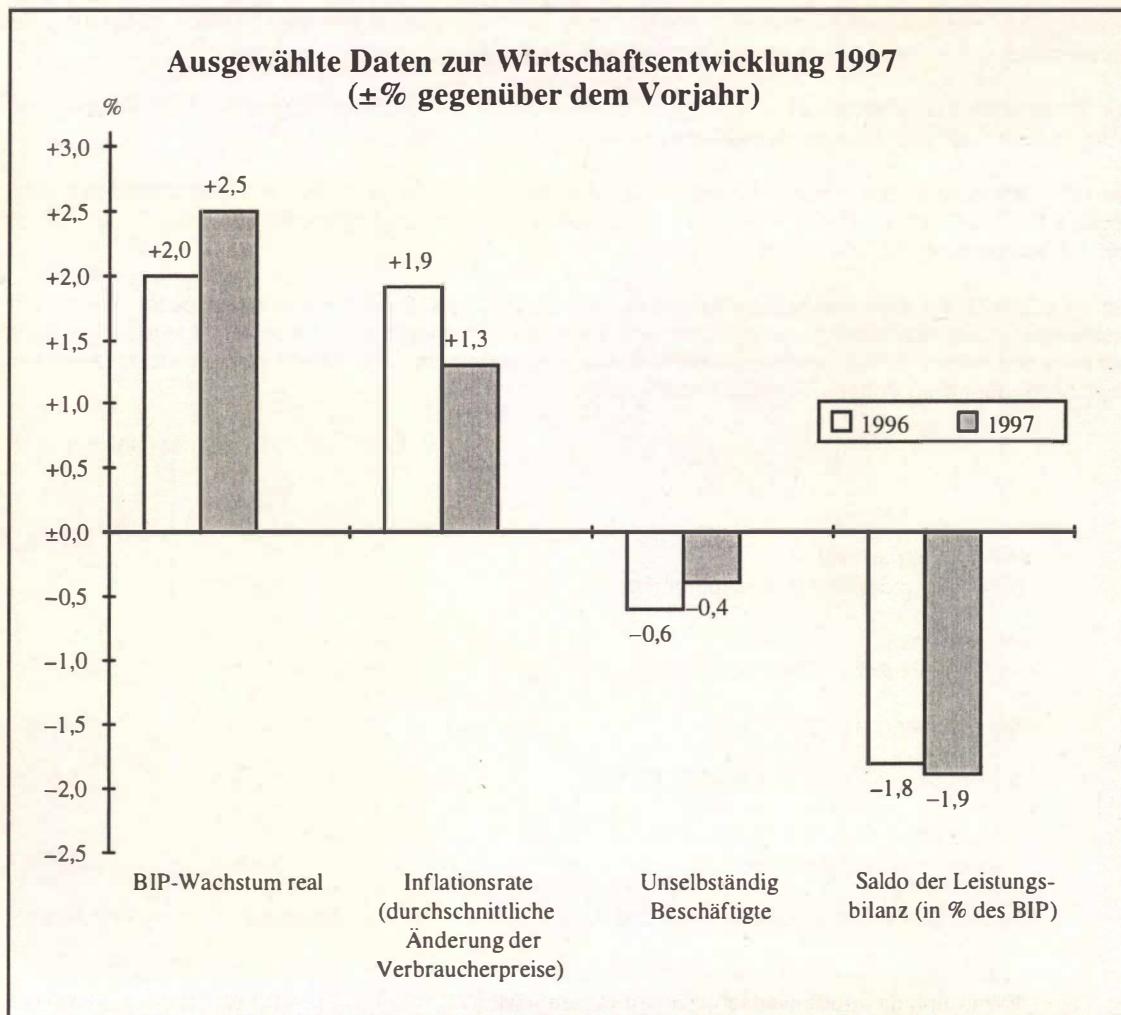
Die im § 2 BHG als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 1997 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

	Gegenüberstellung	
	1996	1997
BIP-Wachstum real ("Sicherung des Wachstumspotentials")	+ 1,6 %	+ 2,5 %
Inflationsrate (durchschnittliche VPI-Entwicklung)	+ 1,9 %	+ 1,3 %
Arbeitslosenquote *)	7,0 %	7,1 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT **)	4,3 %	4,4 %
Unselbständig Beschäftigte ("hoher Beschäftigtenstand")	– 0,6 %	+ 0,4 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut – in Mrd S)	– 43,4 Mrd S	– 47,7 Mrd S
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) ("Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts")	– 1,8 %	– 1,9 %

*) Die österreichische Arbeitslosenquote stellt das Verhältnis von im Jahresdurchschnitt bei den Geschäftsstellen des AMS vorgemerkten Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotential (= unselbständig Beschäftigte laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger und vorgenommene Arbeitslose) dar.

**) Die Arbeitslosenquote des EUROSTAT ist der Anteil an den nach den Kriterien des EUROSTAT definierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe von Erwerbstätigten und Arbeitslosen). Diese Quote wird aufgrund des Mikrozensus und einer Befragung nach einem standardisierten Fragenprogramm ermittelt (hinsichtlich der Fragestellungen und der Berechnungshinweise darf auf die Statistischen Nachrichten Nr 5/1996, Seite 357 ff hingewiesen werden).

Quellen der Arbeitslosenquote: Geschäftsberichte des AMS, WIFO.



Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Österreichisches Statistisches Zentralamt

2.2 Brutto-Inlandsprodukt und Volkseinkommen

2.2.1 Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts

Bei der Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts waren gegenüber dem Vorjahr folgende prozentuelle Veränderungen zu verzeichnen:

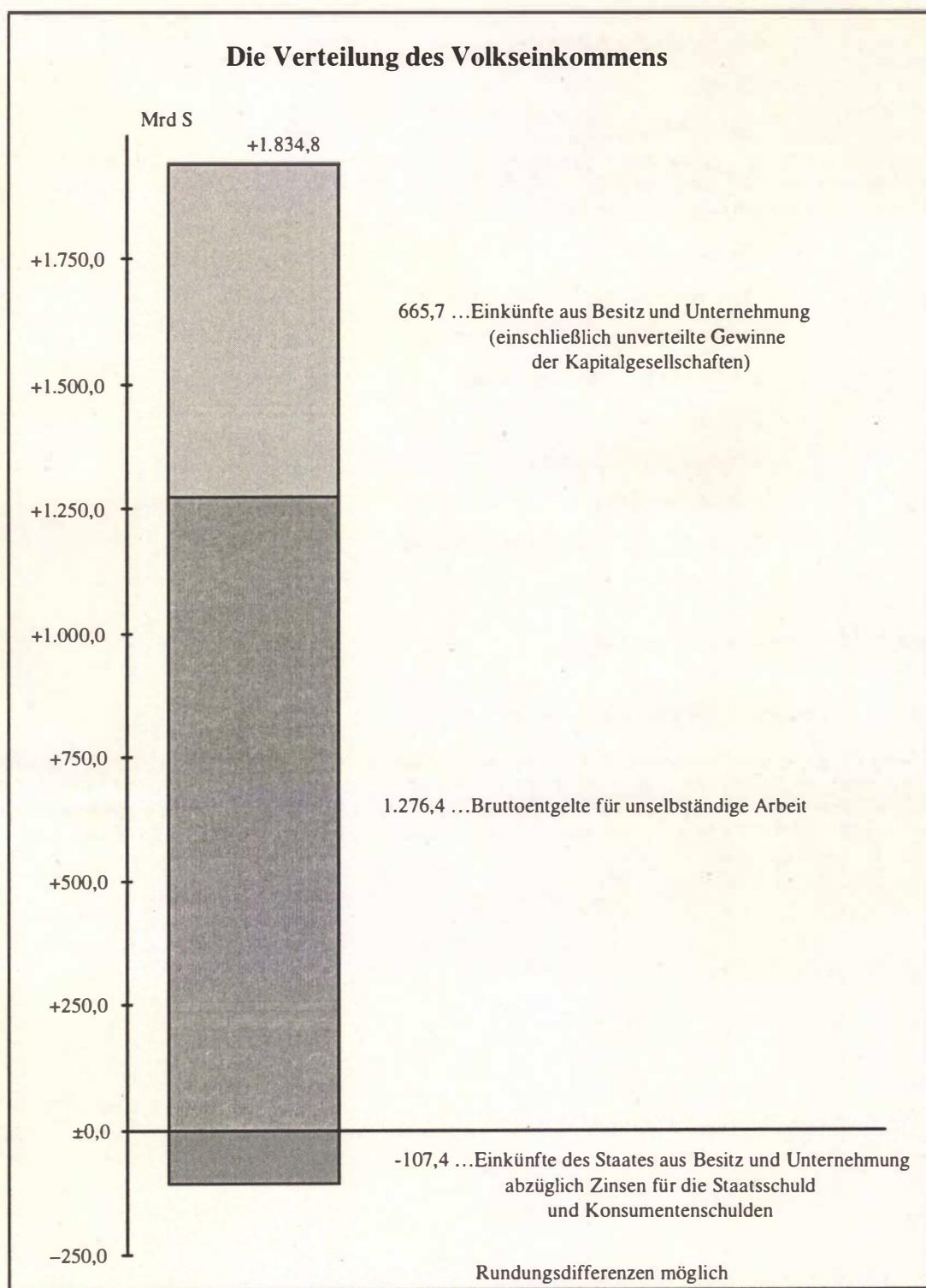
BIP in %: + 2,5 real

Land- und Forstwirtschaft	+ 1,7
Bergbau	- 7,7
Sachgütererzeugung	+ 4,6
Energie und Wasserversorgung	+ 2,6
Bauwesen	+ 3,0
Handel	+ 2,1
Beherbergs- und Gaststättenwesen	+ 0,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,0
Kredit- und Versicherungswesen	+ 2,8
Realitätenwesen	+ 2,5
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,0
Öffentliche Dienste	+ 0,9
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	+ 1,5

Quelle: WIFO, Monatsberichte Nr 4/1998.

2.2.2 Verteilung des Volkseinkommens

Die Steigerung des Volkseinkommens (zu laufenden Preisen) betrug 1997 + 3,4 % (1996: 3,1 %), wobei die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit um 2,0 % und die Einkünfte aus Besitz und Unternehmung sowie die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften um 5,4 % stiegen. Während sich das Volkseinkommen 1996 auf 1 777,4 Mrd S belief, bewegte sich jenes von 1997 in der Höhe von 1 834,8 Mrd S.

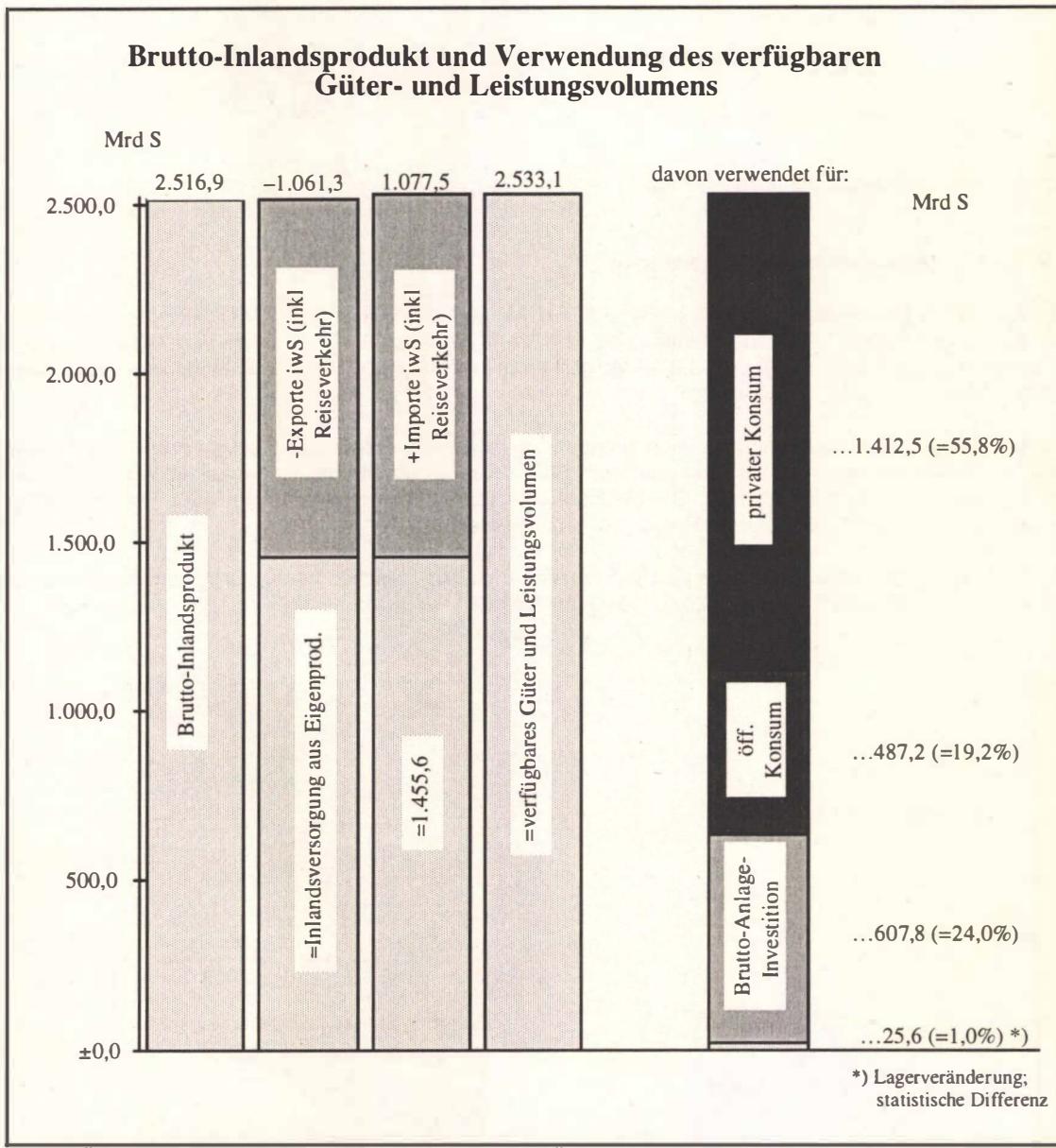


Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Österreichisches Statistisches Zentralamt

2.2.3 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens

Werden vom BIP (2 516,9 Mrd S) die Exporte im weiteren Sinn (1 061,3 Mrd S) abgezogen und die Importe im weiteren Sinn (1 077,5 Mrd S) hinzugerechnet, so ergibt sich daraus das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen für 1997 in der Höhe von 2 533,1 Mrd S.

Die Steigerungsrate der Exporte iwS ging gegenüber 1996 von 9,8 % um 2,5 Prozentpunkte auf 7,3 % und jene der Importe iwS von 10,0 % auf 7,6 % zurück. 1996 war ein geringerer Anstieg gegenüber 1995 zu verzeichnen. Der private Konsum stieg gegenüber 1996 stärker (+ 2,7 %) an als der öffentliche (+ 1,9 %). Auch 1996 war die Steigerung des privaten Konsums stärker (+ 5,0 %) als jene des öffentlichen (+ 1,9 %).



Quellen: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Österreichisches Statistisches Zentralamt

Die weitere Ausgangslage der österreichischen Wirtschaft lässt sich anhand der vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der sich zur Jahresmitte 1998 abzeichnenden Wirtschaftslage anhand ausgewählter Indikatoren folgendermaßen darstellen:

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für 1997 und 1998

	Gegenüberstellung	
	1997	1998
	%	%
BIP-Wachstum, real	2,5	3,0
Privater Konsum, real	0,7	1,9
Brutto-Anlageinvestitionen, real	3,6	4,2
Warenexporte, real	14,9	10,0
Warenimporte, real	7,9	8,3
Unselbständige Beschäftigte	0,4	1,1

Quelle: WIFO, Monatsberichte Nr 7/1998.

2.3 Fiskalische Gesamtbela

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt belief sich der Anteil der Abgaben aller Gebietskörperschaften und der abgabenähnlichen öffentlichen Einnahmen (wie Kammerumlagen, Beiträge an die Träger der Sozialversicherung und Fonds) 1997 auf 43,8 %. Verglichen mit dem Vorjahr (= 43,2 %) ergibt sich ein rechnerischer Zuwachs um 0,6 Prozentpunkte.

Die Berechnung der Abgabenquote nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfolgt nach dem sogenannten "accrual-principle", dh daß der Zeitpunkt der Abgabefälligkeit maßgebend ist. Im Gegensatz dazu arbeitet die OECD-Steuerliste nach dem "cash-principle" oder "Kassenprinzip". Entscheidend für die Zuordnung ist diesfalls der Zahlungszeitpunkt.

Die Darstellung der Quote nach der OECD-Steuerliste, die für zwischenstaatliche Vergleiche besser geeignet ist, zeigt einen Anstieg von 44,0 % (1996) auf 44,4 %.

Übersicht 1

Entwicklung der fiskalischen Gesamtbelastung

Bezeichnung	Direkte und indirekte Abgaben und abgabenähnliche Einnahmen									
	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Milliarden Schilling									
Bund	431,6	446,0	485,3	530,2	576,8	604,4	600,6	611,2	663,6	708,6
Länder	1,7	1,8	2,0	2,0	2,2	2,3	2,4	2,6	2,5	2,5
Gemeinden	21,6	23,5	25,4	26,7	29,0	30,4	39,3	41,4	42,5	44,0
Kammem	9,2	9,8	10,1	10,5	11,3	11,5	12,0	13,5	14,0	14,6
Sozialversicherungs-träger	181,7	193,2	208,5	225,7	248,5	265,3	281,5	294,5	304,0	312,0
Fonds	6,6	5,9	5,1	4,8	5,2	5,6	2,8	1,0	0,8	0,9
EU-Eigenmittel	-	-	-	-	-	-	-	18,3	18,2	19,6
Summe	652,4	680,2	736,4	799,9	873,0	919,5	938,6	982,5	1.045,6	1.102,2
Brutto-Inlandsprodukt (BIP)	1.565,8	1.676,7	1.813,5	1.945,8	2.057,3	2.125,3	2.239,6	2.334,4	2.421,6	2.516,9
Abgaben in % des BIP ...	41,7	40,6	40,6	41,1	42,4	43,3	41,9	42,1	43,2	43,8
Anmerkungen: VGR-Konzept gemäß SNA 68; Angaben ohne Pensionsbeiträge der Beamten; Stand Mai 1998										
Abgaben laut ESVG, 2.Aufl.	662,5	691,2	748,5	813,0	886,7	934,2	957,6	1.003,8	1.070,6	1.128,6
Abgaben in % des BIP ...	42,3	41,2	41,3	41,8	43,1	44,0	42,8	43,0	44,2	44,8
OECD-Steuerliste	657,9	685,8	743,6	806,6	885,0	923,1	969,5	987,0	1.065,6	1.117,5
Abgaben in % des BIP ...	42,0	40,9	41,0	41,5	43,0	43,4	43,3	42,3	44,0	44,4
Details										
Bund, dir. St.	204,2	203,6	227,7	255,5	284,6	230,0	286,0	312,9	348,4	373,3
Bund-HS, dir. St.	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Bund, indir. St.	226,0	241,3	256,5	273,4	290,6	302,9	313,3	315,4	332,0	353,6
davon EU-Mittel								18,3	18,2	19,6
Bund, Erbschst.	1,4	1,1	1,1	1,3	1,6	1,5	1,3	1,1	1,3	1,3
Länder, dir. St.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Länder, indir. St.	1,3	1,4	1,6	1,5	1,7	1,8	1,9	2,0	1,9	1,9
Gemeinden, dir. St.	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Gemeinden, indir. St.	21,0	22,8	24,7	26,1	28,4	29,8	38,6	40,7	41,8	43,3
Kammem, dir. St.	9,2	9,8	10,1	10,5	11,3	11,5	12,0	13,5	14,0	14,6
SV-träger	181,7	193,2	208,5	225,7	248,5	265,3	281,5	294,5	304,0	312,0
Fonds, indir. St.	6,6	5,9	5,1	4,8	5,2	5,6	2,8	1,0	0,8	0,9

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, BIP 1997 lt WIFO (April 1998)

2.4 Bundeshaushalt und finanzpolitische Schlußfolgerungen

2.4.1 Der Bundeshaushalt 1997 im Überblick

Zusammengefaßt zeigt der Bundeshaushalt für 1996 und 1997 folgende Ergebnisse:

	Bundesrechnungsabschluß 1996	Bundesvoranschlag 1997	Bundesrechnungsabschluß 1997	Veränderungen BRA 1996:1997
	Mrd S	Mrd S	Mrd S	%
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	754,8	747,2	832,8	+ 10,3
Einnahmen	665,4	679,2	765,6	+ 15,1
Saldo (= Abgang)	- 89,4	- 68,0	- 67,2	- 24,8
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	130,2	187,9	167,4	+ 28,6
Einnahmen	219,6	255,9	234,6	+ 6,8
Saldo (= Überschuß)	+ 89,4	+ 68,0	+ 67,2	- 24,8

Bezogen auf das nominelle BIP-Wachstum von + 3,9 % lagen die Zuwächse der Einnahmen um 11,2 %-Punkte und die der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts um 6,4 %-Punkte über diesem Wert. Im Budgetvollzug wurden die veranschlagten Ausgabenansätze des Allgemeinen Haushalts um 85,6 Mrd S überschritten. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts waren gegenüber dem Voranschlag um 86,4 Mrd S (+ 12,7 %) gestiegen. Verzerrt wird dieses Ergebnis allerdings durch die Maßnahmen aufgrund der Ausgliederung der ASFINAG (insgesamt 83,0 Mrd S), die aber den Saldo nicht verändern, und durch Rücklagenzuführungen (6,3 Mrd S).

Das Haushaltsjahr 1997 schloß mit einem Abgang von 67,2 Mrd S; das entspricht einem Anteil von 2,7 % am BIP. Ohne die Rücklagenzuführungen von 6,3 Mrd S würde sich der zuvor angeführte Abgang auf 60,9 Mrd S (2,4 % des BIP) verringern und läge somit um 7,1 Mrd S unter dem präliminierten Abgang.

Da infolge der bereits ausgegliederten bzw aufgelösten Bundesbetriebe im BRA 1997 nur mehr der Österreichische Bundestheaterverband als Bundesbetrieb aufscheint, wird ein Vergleich der Einnahmen- und Ausgabenkategorien mit den Vorjahren erheblich erschwert und führt ohne entsprechende Bereinigung zu verzerrten Ergebnissen.

Entsprechend dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Einklang mit der internationalen Darstellungsweise erfolgt daher die finanzpolitische Untersuchung des Bundeshaushalts auch für den verbliebenen Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband nach dem "Nettoprinzip". 1)

Diese auch vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung gewählte Art der Darstellung vermeidet nicht nur weitere Verzerrungen im Falle künftiger Ausgliederungen; es werden auch die durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben ausgeblendet, deren schwankende Höhe die Ableitung mittelfristiger Trends

1) Dabei werden die Einnahmen und Ausgaben nicht in voller Höhe, sondern nur mit ihren Salden – das heißt: die Betriebsabgänge als Ausgaben und die Betriebsüberschüsse als Einnahmen – dargestellt. Diese Vorgangsweise empfiehlt sich nicht nur aus analytischen Gründen, sondern entspricht auch der vom (Verfassungs)Gesetzgeber für Veranschlagungszwecke bei den Bundesbetrieben und Sondervermögen für zulässig erklärten Durchbrechung des Budgetgrundsatzes der Bruttodarstellung (Art 51 Abs 3, zweiter Satz B-VG bzw § 16 Abs 4 BHG).

beeinträchtigt. 2) Eine derart vorgenommene Bereinigung liefert für die Jahre 1996 und 1997 folgendes Bild:

Modifizierte Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts

	Bundesrech-nungsabschluß 1996	Bundesrech-nungsabschluß 1997	Veränderungen BRA 1996:1997
Allgemeiner Haushalt:			
	Mrd S	Mrd S	%
Ausgaben gesamt	754,8	832,8	+ 10,3
- Ausgaben der Betriebe	26,6	3,0	- 88,7
- Durchlaufer	19,3	19,5	+ 0,1
+ Abgänge der Betriebe	2,4	2,3	- 4,2
- Zahlungen Infrastrukturgesetz	-	83,0	+ 100,0
<hr/>			
Ausgaben bereinigt	711,3	729,6	+ 2,6
<hr/>			
Einnahmen gesamt	665,4	765,6	+ 15,1
- Einnahmen der Betriebe	25,7	0,7	- 97,3
- Durchlaufer	19,3	19,5	+ 0,1
+ Überschüsse der Betriebe	1,6	-	- 100,0
- Entgelt gem Infrastrukturgesetz	-	83,0	+ 100,0
<hr/>			
Einnahmen bereinigt	622,0	662,4	+ 6,5

Quellen: Eigene Berechnungen (siehe Band 2 , Tabelle E.1); WIFO, Monatsberichte 4/1998

2.4.2 Konjunkturpolitische Beurteilung

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts – der dem Überschuß des Ausgleichshaushalts zu entsprechen hat, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können – ist als Saldo für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirksamer Gesichtspunkte kaum geeignet.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts um die vermögenswirksamen Transaktionen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, daß die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermögenserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

2) Vgl Monatsberichte des WIFO 5/1998

Der Primärsaldo wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.

Die genannten Größen stehen zueinander in folgender Beziehung:

	BRA 1996	BRA 1997
	Mrd S	Mrd S
Saldo laufender Transaktionen	- 0,9	+ 21,4
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 86,3	- 89,2
<hr/>		
BIP-relevanter Saldo	- 95,4	- 67,8
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen und Rücklagenzuführungen (netto)	+ 6,0	+ 0,6
<hr/>		
Saldo Allgemeiner Haushalt	- 89,4	- 67,2
Zinsen (ohne Währungtauschverträge)	+ 86,2	+ 88,1
Primärsaldo	- 3,2	+ 20,9

Während der Abgang des Allgemeinen Haushalts auf Kassenbasis (- 67,2 Mrd S) unter dem Voranschlag (- 68,0 Mrd S) liegt, macht eine Gegenüberstellung des BIP-relevanten Saldos deutlich, daß der administrative Budgetsaldo maßgeblich wegen der vermögenswirksamen Transaktionen und der Rücklagengebung um 0,6 Mrd S günstiger ist.

2.4.3 Kriterien gemäß Art 104c des EU-Vertrages

Der RH hat im Nachtrag zum Tätigkeitsbericht für das Verwaltungsjahr 1996, der dem Nationalrat im April 1998 vorgelegt wurde, ausführlich zur Frage der Kriterien für die Teilnahme an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion Stellung genommen.

Der Vollständigkeit der Betrachtung der gesamt- und finanzwirtschaftlichen Situation halber werden die Eckdaten der "Maastricht-Kriterien" und ihre Erfüllung auch im BRA 1997 veröffentlicht.

Nach Artikel 104c des EU-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und sich zur Haushaltsdisziplin verpflichtet. Diese ist dann gegeben, wenn

- a) die Defizitquote entweder erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes (= 3 % des BIP) erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und
- b) die Staatsschuldenquote den Referenzwert (= 60 % des BIP) nicht überschreitet, es sei denn, daß das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Neben den genannten Kriterien der öffentlichen Verschuldung sieht der Vertrag von Maastricht noch die Kriterien der Preisstabilität, der Wechselkurse und der Zinsen vor.

	1993	1994	1995	1996	1997
	(in Mrd S)				
Abgang des Allgemeinen Haushalts	98,2	104,8	117,9	89,4	67,2
+ Tilgungsersätze ÖIAG	1,5	1,3	4,3	1,9	-
+/- für das Finanzierungsdefizit nicht relevante Positionen 3)	+ 1,8	- 16,9	+ 2,5	+ 10,6	+ 1,6
+/- zeitliche Abgrenzung 4)	- 6,1	+ 17,8	- 9,2	+ 1,7	- 4,5
+ Abschreibungen	0,8	0,7	0,4	0,6	0,7
Finanzierungsdefizit des Bundes nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	96,2	107,7	115,9	104,2	65,0
- Zinsenaufwand des Bundes laut VGR	76,8	76,0	86,0	89,6	87,8
Primärdefizit des Bundes	19,4	31,7	29,9	14,6	- 22,8

Quelle: ÖSTAT

Erstmals im Beobachtungszeitraum 1993 bis 1997 zeigt der Primärsaldo (Budgetdefizit abzüglich Zinsenzahlungen) des Bundes einen Überschuß. Der Primärsaldo gibt Aufschluß über das aktuelle Einnahmen- und Ausgabenverhältnis, wobei Schuldenbelastungen aus der Vergangenheit nicht berücksichtigt werden.

Wie erwähnt, stellen die fiskalischen Konvergenzkriterien auf den öffentlichen Sektor insgesamt ab. Über die Entwicklung des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstandes im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahren gibt die folgende Übersicht Aufschluß: 5)

3) wie Rücklagen, Wertpapiere, Beteiligungen, Darlehen usgl.

4) wie Saldo der fälligen Forderungen (Steuereinnahmen und Kapitaltransfers), Fälligkeitsadjustments (MwSt und NoVA), Saldo der fälligen Schulden (Investitionen und EU-Beiträge, Periodenadjustment Bundestransfers an SV und Rundungsdifferenzen)

5) Die Werte geben den Stand per Ende Februar 1998 wieder.

	BIP (Mrd S)	öffentliche Defizit (in Mrd S)	(in % des BIP)	öffentlicher Schuldenstand (in Mrd S)	(in % des BIP)
1993	2 125,3	89,4	4,2	1 331,8	62,7
1994	2 239,6	110,9	5,0	1 464,2	65,4
1995	2 334,4	121,3	5,2	1 615,2	69,2
1996	2 421,6	96,0	4,0	1 682,3	69,5
1997	2 516,9	62,1	2,5	1 662,9	66,1

Quelle: BMF/ÖSTAT (Öffentliches Defizit und Schuldenstand), WIFO (BIP)

Für die Darstellung des öffentlichen Defizits nach der EU-Berechnungsweise ist das Finanzierungsdefizit des Bundes in das Finanzierungsdefizit des Bundessektors nach VGR-Kriterien überzuleiten und um die Finanzierungsdefizite bzw. -überschüsse der Gebietskörperschaften sowie weiterer öffentlicher Rechtsträger zu ergänzen. Das öffentliche Defizit nahm in den Jahren 1993 bis 1997 folgende Entwicklung:

	1993	1994	1995	1996	1997
	(in Mrd S)				
Finanzierungsdefizit des Bundes	96,2	107,7	115,9	104,2	65,0
+ Finanzierungsdefizit: Bundesfonds, Hochschulsektor, ASFINAG (bis 1996)	+ 5,2	+ 1,3	-	2,9	0,7
- Finanzierungsüberschuß: Bundesfonds, Hochschulsektor, ASFINAG	-	-	- 0,6	-	-
Finanzierungsdefizit des Bundessektors	101,4	109,0	115,3	107,1	65,7
- Finanzierungsüberschuß der Länder ohne Wien	- 14,7	- 6,8	- 2,8	- 8,7	- 5,9
+ Finanzierungsdefizit der Kammern	-	0,4	-	-	-
- Finanzierungsüberschuß der Kammern	- 0,8	-	- 1,0	- 0,8	- 0,6
+ Finanzierungsdefizit der Gemeinden einschließlich Wien	3,7	9,5	8,8	-	2,9
- Finanzierungsüberschuß der Gemeinden einschließlich Wien	-	-	-	- 0,7	-
+ Finanzierungsdefizit der Sozialversicherungsträger	-	-	1,1	-	-
- Finanzierungsüberschuß der Sozialversicherungsträger	- 0,2	- 1,3	-	- 0,9	-
Finanzierungsdefizit des Staates als "Maastricht"-Defizit	89,4	110,9	121,3	96,0	62,1

Quelle: ÖSTAT; BMF; (Stand: April 1998)
Rundungsdifferenzen möglich

Der Schuldenstand im Sinne des Maastrichter Vertrages wird definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Bereichen des Staatssektors. Einzelheiten und Begriffsbestimmungen wurden mit EG-Rats-Verordnung festgelegt. 6) In dieser Verordnung hat der Rat in großem Umfang auf Begriffe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) Bezug genommen und die Schlüsselbegriffe "öffentliche", "Defizit" und "Schuldenstand" klargestellt. Dabei stehen weniger rechtlich-formale Gegebenheiten als die Art der wirtschaftlichen Aktivität im Vordergrund.

Gegliedert nach Sektoren hat sich der öffentliche Schuldenstand in den letzten Jahren wie folgt entwickelt (Stand Februar 1998):

	1993	1994	1995	1996	1997
	(in Mrd S)				
Verschuldung des Bundes 7)	1104,4	1215,6	1325,3	1392,8	1452,6
+ Verbindlichkeiten der ASFINAG 8)	78,2	79,6	83,1	80,2	-
+ Verschuldung der Bundesfonds 9)	23,5	23,7	24,6	22,6	20,8
(1) Verschuldung des Bundessektors	1206,2	1318,9	1433,0	1495,6	1473,4
(2) Verschuldung auf Landesebene (ohne Wien)	45,4	49,6	62,7	62,8	62,5
(3) Verschuldung der Gemeinden (ohne Wien) 10)	53,2	58,7	68,9	74,4	77,0
(4) Verschuldung von Wien 11)	26,9	37,0	50,6	49,5	50,0
Verschuldung der Gemeinden mit Wien (= Σ (3)+(4))	80,2	95,7	119,5	123,9	127,0
Verschuldung des Staates (= Σ (1)+(2)+(3)+(4))	1331,8	1464,2	1615,2	1682,3	1662,9
Bruttoinlandsprodukt	2125,3	2239,6	2334,4	2421,6	2516,9
Verschuldung des Staates in % des BIP	62,7	65,4	69,2	69,5	66,1

Quelle: ÖSTAT; BMF

-
- 6) Verordnung (EG) Nr 3603/93 des Rates vom 13. Dezember 1993 zur Festlegung der Begriffsbestimmungen für die Anwendung der in Artikel 104 und Artikel 104b Absatz 1 des Vertrages vorgesehenen Verbote.
 - 7) Finanzschulden des Bundes laut BRA abzüglich Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern, zuzüglich bzw abzüglich Swap-Schulden bzw -Forderungen, zuzüglich Silbermünzen der OeNB und abzüglich eigene Bundestitel sowie Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds.
 - 8) Verbindlichkeiten der ASFINAG zuzüglich Verbindlichkeiten der Straßenbausondergesellschaften, abzüglich ASFINAG-Verbindlichkeiten für den Eisenbahnbau.
 - 9) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds, IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen) und Verschuldung des Arbeitsmarkteservice.
 - 10) Finanzschulden der Gemeinden (ohne Wien) abzüglich Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern.
 - 11) Finanzschulden von Wien abzüglich Schulden der Wiener Stadtwerke, Schulden für sonstige nicht-öffentliche Rechtsträger und Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern.

Wie auch der TZ 2.1 zu entnehmen ist, erfüllt Österreich das Kriterium der Preisstabilität, nach dem die durchschnittliche Inflationsrate nicht mehr als 1,5 % über der Inflationsrate jener drei Mitgliedsstaaten liegen darf, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis aufweisen. Der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz - das Konvergenzkriterium Zinsen - darf nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem jener drei Mitgliedsstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Auch dieses Kriterium wurde 1997 von Österreich erfüllt. Das Kriterium der stabilen Wechselkurse wird eindeutig erfüllt.

Den Hintergrund für die Fiskalkriterien bildet die Zielsetzung nach einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der Mitgliedsstaaten (Artikel 109j, Abs 1, zweiter Spiegelstrich). Diese Vorgabe gilt nicht nur für den Bund, sondern für den öffentlichen Sektor insgesamt. Bei einer Evaluierung der Zielerreichung ist daher die budgetmäßige Darstellung nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) aufzubereiten und das öffentliche Defizit der weiteren Analyse zugrunde zu legen.

Abschließend gelangt der RH zu der Ansicht, daß das Erfüllen der Maastricht-Kriterien und die Aufnahme in den Kreis der Euro-Währungs-Staaten nicht dazu verleiten darf, in den Bemühungen um eine vor allem ausgabenseitige Budgetsanierung nachzulassen und somit die Nachhaltigkeit der bisherigen Erfolge bei der Budgetkonsolidierung zu gefährden.

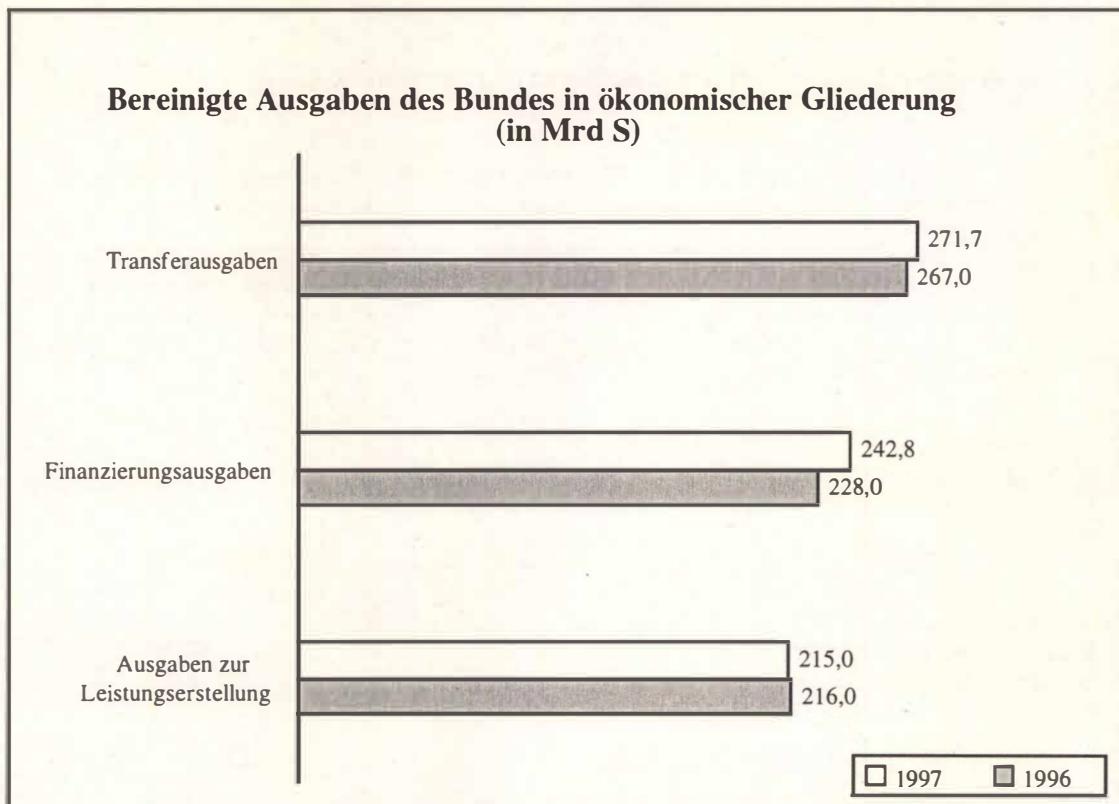
Denn bei einer Abschwächung des Wachstums der österreichischen Wirtschaft werden schon auch im Hinblick auf die derzeitige fiskalische Gesamtbelastung (siehe TZ 2.3) einnahmensteigernden Maßnahmen enge Grenzen gesetzt sein. Gerade die zu befürchtende Abschwächung der Konjunktur bedeutet aber auch einen engen Spielraum für einnahmensenkende Maßnahmen, sodaß nach Ansicht des RH der Verminderung der Ausgaben höchste Priorität zukommt.

2.4.4 Finanzwirtschaftliche Betrachtung

Setzt man die bereinigten Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts (siehe oben, TZ 2.4.1) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so sank die Ausgabenquote gegenüber 1996 um 0,4 Prozentpunkte auf 29 %, während die Einnahmenquote gegenüber 1996 von 25,7 % auf 26,3 % stieg. Eine nach ökonomischen Kriterien vorgenommene Betrachtung legt die dafür maßgeblichen Ursachen offen.

Die **bereinigten Ausgaben des Bundes** nahmen im Jahresabstand um 18,3 Mrd S oder 2,6 % zu, wobei die Ausgaben nach ökonomischen Kriterien gegliedert folgendes Bild zeigen:

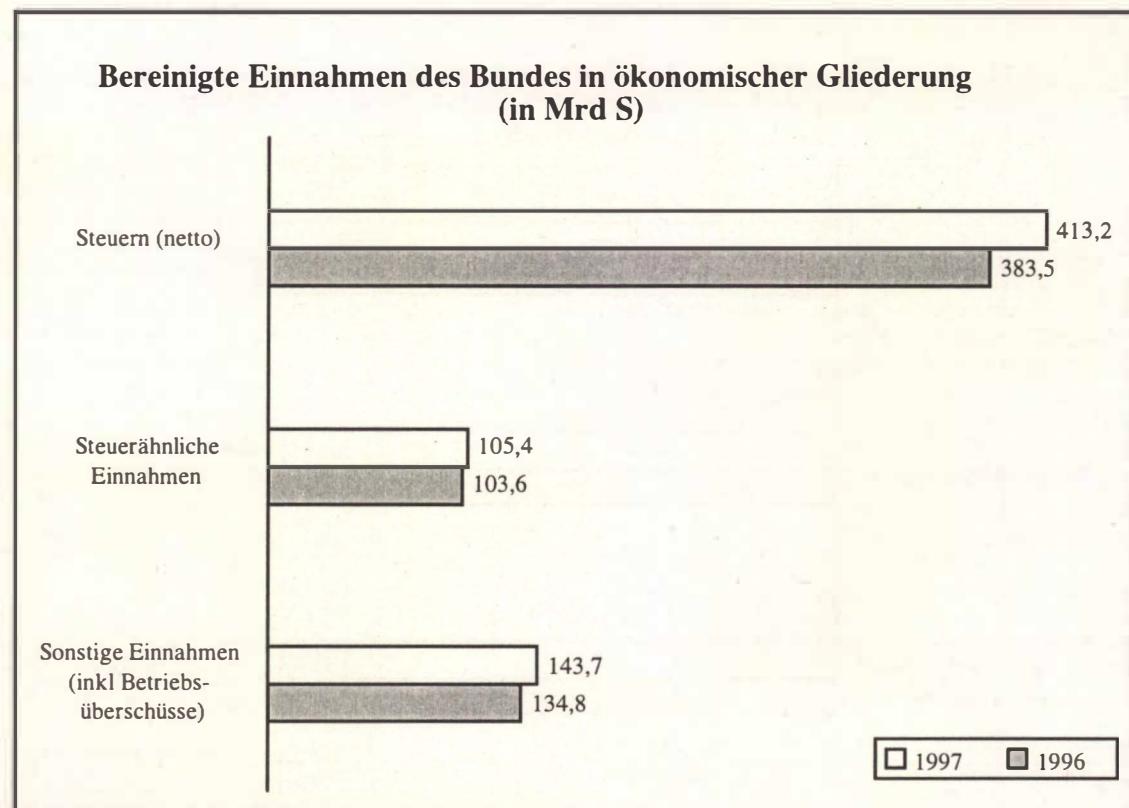
- Auf die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen entfielen 1997 215,0 Mrd S oder 29,5 % (1996: 30,4 %) der bereinigten Bundesausgaben. Im Gegensatz dazu beliefen sich die Ausgaben für Investitionen einschließlich Liegenschaftserwerb auf bloß 10,8 Mrd S; das entspricht einem Anteil von 1,5 % der bereinigten Ausgaben. Damit setzt sich die Tendenz fort, daß der Bund immer weniger Investitionen selbst durchführt und sich zusehends auf die Übernahme der Finanzierungsfunktion beschränkt.
- Auf die Transferausgaben entfiel mit 271,7 Mrd S oder 37,2 % der größte Teil der Bundesausgaben; als größte Ausgabenpositionen sind dabei die Pensionen für die Bundesbediensteten (einschließlich ÖBB-Baume und Landeslehrer: 61,5 Mrd S; der in dieser Darstellung nicht berücksichtigte Pensionsaufwand für Postbeamte betrug 1997 11,0 Mrd S) und der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (einschließlich Pflegegeld: 84,4 Mrd S) anzuführen. Die Ausgaben für Familienbeihilfen sanken auf 33,1 Mrd S (1996: 35,2 Mrd S).
- Der Anteil der Finanzierungsausgaben stieg gegenüber dem Vorjahr wieder an. Auf diese entfielen 1997 242,8 Mrd S oder 33,3 % (1996: 32,1 %) der bereinigten Ausgaben des Bundes.



Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die **bereinigten Einnahmen des Bundes** in ökonomischer Gliederung stellen sich für 1996 und 1997 wie folgt dar:

- Das Steueraufkommen erbrachte 1997 Gesamteinnahmen von brutto 623,9 Mrd S (+ 6,5 % gegenüber 1996) bzw nach Abzug der Überweisungen netto 413,2 Mrd S (+ 7,7 %). Die 1994 in Kraft getretene zweite Etappe der Steuerreform war 1996 bereits voll wirksam, ebenso wie die sich 1997 ergebenden zusätzlichen Einnahmen aus den "Sparpaketen".
- Gegenüber 1996 stieg das Steueraufkommen bei der Lohnsteuer von 160,5 Mrd S auf 183,2 Mrd S und jenes aus der veranlagten Einkommensteuer von 37,1 Mrd S auf 38,8 Mrd S. Die Körperschaftsteuer stieg weiter auf 46,7 Mrd S (1996: 42,0 Mrd S) an. Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer I und II betrugen 1997 27,9 Mrd S (1996: 27,7 Mrd S).
- Die Einnahmen an Steuern vom Aufwand und Verbrauch beliefen sich 1997 auf 309,7 Mrd S (1996: 300,7 Mrd S), wovon 207,2 Mrd S (1996: 204,1 Mrd S) auf die Umsatzsteuer, 34,6 Mrd S (1996: 36,2 Mrd S) auf die Mineralölsteuer und 13,2 Mrd S (1996: 12,3 Mrd S) auf die Tabaksteuer entfielen.



Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

3. Gesamtergebnis der Haushaltsführung des Bundes

3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung

Bindende Grundlage der Ausgaben- und Einnahmengebarung waren gemäß § 37 Abs 1 BHG

- das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1997 (BFG 1997), BGBl Nr 211/1996, in der Fassung
- des Artikel V des Bundesgesetzes BGBl Nr 793/1996 (1. BFG-Novelle 1997),
- des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesfinanzgesetz 1997 (2. BFG-Novelle 1997) geändert wurde, BGBl I Nr 36/1997, sowie
- des Artikel XVI des Bundesgesetzes BGBl I Nr 61/1997 (3. BFG-Novelle 1997),
- des Artikel VIII des Bundesgesetzes BGBl I Nr 113/1997 (4. BFG-Novelle 1997),
- des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesfinanzgesetz 1997 geändert wird, BGBl I Nr 135/1997 (5. BFG-Novelle 1997),
- des Bundesgesetzes mit dem Überschreitungen von Ausgabenansätzen der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes 1997 bewilligt werden (Budgetüberschreitungsgesetz 1997 – BÜG 1997), BGBl I Nr 83/1997, und
- des Bundesgesetzes, mit dem weitere Überschreitungen von Ausgabenansätzen der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes 1997 bewilligt werden (2. Budgetüberschreitungsgesetz 1997 – 2. BÜG 1997), BGBl I Nr 136/1997.

3.2 Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt

Der Bundesfinanzgesetzgeber hat gemäß Art I BFG 1997 in der geltenden Fassung den Ausgabenrahmen des **Allgemeinen Haushalts** mit 747 175 Mill S bewilligt und zu dessen Bedeckung Einnahmen von 679 220 Mill S vorgesehen. Weiters wurde verfügt, daß sich der Abgang des Allgemeinen Haushalts von 67 955 Mill S um jene Beträge zu vermindern habe, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1997 an Mehreinnahmen und Ausgabenersparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 und 5 BHG sowie der Art IV bis VII BFG 1997 oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen heranzuziehen sind.

Der in Art I dargestellte Abgang des Allgemeinen Haushalts zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen abzüglich der Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen, war gemäß Art II durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag war um jene Beträge zu vermindern, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1997 für die Rückzahlung von Finanzschulden nicht in Anspruch genommen und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 und 5 BHG sowie Art V und VI BFG 1997 herangezogen werden. Schließlich erhöhte sich die Bedeckungsermächtigung noch um jene Beträge, die sich aus der Ausnutzung der Ermächtigungen gemäß Art III und VII BFG 1997 sowie gemäß § 41 Abs 3 Z 1 BHG ergeben, sofern diese Überschreitungen nicht durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen bedeckt werden können.

Im **Ausgleichshaushalt** war bei Ausgaben von 187 915 Mill S und Einnahmen von 255 870 Mill S ein Überschuß von 67 955 Mill S vorgesehen, der damit dem Abgang des Allgemeinen Haushalts entsprach. Daraus ergab sich ein veranschlagter Rahmen des **Gesamthaushalts** von 935 090 Mill S.

Art III Abs 1 BFG 1997 enthielt die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen, Überschreitungen der im Bundesvoranschlag enthaltenen Voranschlagsansätze durch zusätzliche Ausgaben und deren Bedeckung durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Falle des Einsatzes des Konjunkturausgleich-Voranschlages zu genehmigen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sah dafür einen Überschreitungsrahmen von 2 426 Mill S für die Stabilisierungsquote und 2 657 Mill S für die Konjunkturbelebungsquote vor.

Art III Abs 2 BFG 1997 ermächtigte den Bundesminister für Finanzen weiters, bei einem sich abzeichnenden Konjunkturrückgang und einem Zurückbleiben der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts einen höheren Abgang durch zusätzliche Kreditoperationen im Höchstmaß von 3 % der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts zu bedecken.

Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, einen gegenüber dem veranschlagten Betrag aufgrund der Eigenmittelvorschriften der EU entstehenden Mehrbedarf für den Beitrag an dem Gesamthaushalt der EU bis zu 15 % des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushalts zu bedecken.

Von diesen Ermächtigungen hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

3.3 Darstellung der Ergebnisse

Gemäß §§ 94 bis 96 BHG hat die Rechnungslegung eine Voranschlagsvergleichsrechnung, eine Jahresbestandsrechnung und eine Jahreserfolgsrechnung zu enthalten.

Für die zeitliche Zugehörigkeit zur Rechnung des Finanzjahres ist bei den Zahlungen gemäß § 52 Abs 1 BHG der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind (Grundsatz der Jährlichkeit und des Kassenbudgets). Dieser Grundsatz wird durch den "Auslaufzeitraum" (§ 52 Abs 2 bis 4 BHG) und den "Vorlaufzeitraum" (§ 52 Abs 5 BHG) durchbrochen.

3.4 Gebarungsergebnisse

3.4.1 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Für Rechnung aller Voranschlagsansätze wurden im **Allgemeinen Haushalt** des Finanzjahres 1997 832 836 Mill S ausgegeben und 765 617 Mill S eingenommen. Verglichen mit dem Bundesvoranschlag wurde die bewilligte Ausgabensumme um 85 661 Mill S (+ 11,5 %) überschritten und die Einnahmensumme um 86 397 Mill S (+ 12,7 %) überschritten. Der Abgang von 67 219 Mill S lag somit um 736 Mill S. (- 1,1 %) unter dem in Art I BFG 1997 ausgewiesenen Betrag. Das Gesamtergebnis ist in Band 2, Tabelle A.1.1, dargestellt.

Der **Ausgleichshaushalt** erbrachte bei Ausgaben von 167 334 Mill S und Einnahmen von 234 553 Mill S einen Überschuß von 67 219 Mill S in Höhe des Abgangs des Allgemeinen Haushalts. Dabei war gegenüber dem Voranschlag bei den Ausgaben eine Unterschreitung von 20 581 Mill S (- 11,0 %) und bei den Einnahmen eine solche von 21 317 Mill S (- 8,3 %) zu verzeichnen. Daraus ergibt sich – spiegelbildlich zum Allgemeinen Haushalt – eine rechnerische Unterschreitung des veranschlagten Überschusses um 736 Mill S (- 1,1 %).

Der Rahmen des **Gesamthaushalts** belief sich auf 1 000 170 Mill S und wurde gegenüber dem Voranschlag um 65 080 Mill S (+ 7,0 %) überschritten. Unter Verwendung der Schlußsummen zeigt der Bundesrechnungsabschluß 1997 folgendes Ergebnis:

Finanzjahr 1997		Einnahmen Mill S	Ausgaben Mill S	Überschuß Mill S	Abgang Mill S
Allgemeiner Haushalt	Bundesvoranschlag 1997	679.220	747.175	-	67.955
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 86.397	+ 85.630	-	- 767
	Zusätzliche Veränderung aufgrund der Ausgleichsbuchung Ende 1997	-	+ 31	-	+ 31
	Bundesrechnungsabschluß	765.617	832.836	-	67.219
+					
Ausgleichshaushalt	Bundesvoranschlag 1997	255.870	187.915	67.955	-
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	- 21.317	- 20.581	- 736	-
	Bundesrechnungsabschluß	234.553	167.334	67.219	-
=					
Gesamthaushalt	Bundesvoranschlag 1997	935.090	935.090	-	-
	Gesamtveränderungen	+ 65.080	+ 65.080	-	-
	Bundesrechnungsabschluß	1.000.170	1.000.170	-	-

Eine Aufgliederung der Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln ist in Band 2, Tabelle A.1.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen in kapitelweiser Aufgliederung für die Finanzjahre 1988 bis 1997 sowie deren Anteil am Gebarungsrahmen kann den Übersichten 2 und 3 entnommen werden.

Zwecks besserer inner- und zwischenstaatlicher Vergleichbarkeit werden die einzelnen Voranschlagsansätze in Anlehnung an ein von den Vereinten Nationen empfohlenes Schema einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Dieser funktionellen Gliederung kommt jedoch nicht die Eigenschaft von Voranschlagsansätzen und daher auch keine Bindungswirkung zu.

Über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der funktionellen Gliederung für die Finanzjahre 1988 bis 1997 gibt die Übersicht 4 Aufschluß (Kapitelbezeichnungen beziehen sich jeweils auf das letzte Nachweisungsjahr).

Übersicht 2

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt

Kap	Bezeichnung	1988		1989		1990		1991	
		Millionen Schilling	%						
01	Präsidentenkanzlei	47	0,0	42	0,0	52	0,0	50	0,0
02	Bundesgesetzgebung	664	0,1	673	0,1	738	0,1	867	0,1
03	Verfassungsgerichtshof	47	0,0	45	0,0	47	0,0	53	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	82	0,0	83	0,0	92	0,0	100	0,0
05	Volksanwaltschaft	28	0,0	31	0,0	35	0,0	37	0,0
06	Rechnungshof	186	0,0	197	0,0	206	0,0	227	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	2.097	0,4	2.151	0,4	2.694	0,4	4.166	0,6
11	Innernes	12.352	2,2	12.791	2,1	14.008	2,2	15.188	2,2
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	42.913	7,5	44.660	7,4	47.261	7,6	50.871	7,5
13	Kunst	621	0,1	587	0,1	700	0,1	823	0,1
14	Wissenschaft und Forschung	18.113	3,2	19.167	3,2	20.105	3,2	23.750	3,5
15	Soziales	35.591	6,3	36.610	6,1	36.312	5,8	41.110	6,1
16	Sozialversicherung	54.759	9,6	56.258	9,3	53.523	8,6	58.610	8,6
17	Gesundheit	3.902	0,7	4.043	0,7	4.392	0,7	6.783	1,0
18	Umwelt	40.977	7,2	42.064	7,0	45.098	7,2	46.391	6,8
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	2.219	0,4	2.336	0,4	2.550	0,4	2.097	0,3
30	Justiz	5.692	1,0	5.858	1,0	6.185	1,0	6.645	1,0
40	Militärische Angelegenheiten	16.597	2,9	17.849	3,0	17.537	2,8	18.208	2,7
50	Finanzverwaltung	15.920	2,8	11.305	1,9	9.739	1,6	10.603	1,6
51	Kassenverwaltung	18.159	3,2	29.025	4,8	22.523	3,6	28.244	4,2
52	Öffentliche Abgaben	314	0,1	320	0,0	328	0,1	332	0,1
53	Finanzausgleich	22.268	3,9	22.381	3,7	24.275	3,9	27.323	4,0
54	Bundesvermögen	15.046	2,6	19.004	3,1	20.268	3,2	28.187	4,2
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	35.473	6,2	37.572	6,2	39.796	6,4	43.148	6,4
57	Staatsvertrag	4	0,0	-	-	-	-	-	-
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	90.997	16,0	103.824	17,2	116.113	18,6	120.541	17,8
60	Land- und Forstwirtschaft	7.152	1,3	13.170	2,2	14.244	2,3	15.790	2,3
62	Preisausgleiche	6.886	1,2	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	3.203	0,6	3.339	0,6	3.465	0,6	3.467	0,5
64	Bauten und Technik	24.378	4,3	24.096	4,0	24.638	3,9	24.669	3,6
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	12.586	2,2	11.445	1,9	11.894	1,9	12.320	1,8
Summe 01 bis 65		489.273	86,0	520.926	86,4	538.818	86,2	590.600	87,0
71	Bundestheater	2.151	0,4	2.259	0,4	2.288	0,4	2.496	0,4
74	Glücksspiele (Monopol)	1.742	0,3	1.819	0,3	851	0,1	-	-
75	Alkohol (Monopol)	398	0,1	372	0,1	402	0,1	395	0,0
76	Hauptmünzamt	143	0,0	-	-	-	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	1.761	0,3	1.711	0,3	1.795	0,3	1.795	0,3
78	Post- und Telegraphenverwaltung	38.009	6,7	39.737	6,6	42.160	6,7	44.046	6,5
79	Österreichische Bundesbahnen	35.427	6,2	35.848	5,9	38.544	6,2	39.557	5,8
Summe 71 bis 79		79.631	14,0	81.746	13,6	86.040	13,8	88.289	13,0
Gesamtausgaben		568.904	100,0	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Übersicht 2

1992		1993		1994		1995		1996		1997	
Millionen Schilling	%										
58	0,0	63	0,0	72	0,0	79	0,0	62	0,0	61	0,0
961	0,1	1.144	0,1	1.238	0,1	1.342	0,1	1.910	0,2	1.888	0,2
55	0,0	57	0,0	58	0,0	61	0,0	61	0,0	64	0,0
105	0,0	113	0,0	119	0,0	124	0,0	126	0,0	129	0,0
41	0,0	43	0,0	44	0,0	45	0,0	45	0,0	44	0,0
240	0,0	251	0,0	273	0,0	264	0,0	262	0,0	263	0,0
4.186	0,6	4.481	0,5	4.890	0,6	4.625	0,5	5.013	0,6	5.403	0,5
16.315	2,2	18.347	2,1	19.494	2,3	20.448	2,1	21.051	2,4	21.346	2,1
54.778	7,4	59.625	7,0	63.441	7,4	66.674	6,9	67.251	7,6	67.713	6,8
976	0,1	1.015	0,1	1.150	0,1	1.156	0,1	1.134	0,1	1.177	0,1
25.453	3,4	28.914	3,4	30.935	3,6	29.778	3,1	27.157	3,1	25.736	2,6
47.724	6,5	57.997	6,8	80.755	9,5	84.527	8,7	92.298	10,4	88.862	8,9
60.063	8,1	67.696	7,9	55.242	6,5	68.447	7,1	69.631	7,9	70.208	7,0
6.415	0,9	6.583	0,8	6.893	0,8	5.970	0,6	9.837	1,1	11.011	1,1
51.315	6,9	57.476	6,7	67.644	7,9	2.801	0,3	2.353	0,3	2.952	0,3
-	-	-	-	-	-	59.020	6,1	55.582	6,3	54.981	5,5
2.305	0,3	2.695	0,3	3.015	0,4	4.037	0,4	3.903	0,4	3.957	0,4
7.296	1,0	7.920	0,9	8.861	1,0	9.709	1,0	9.833	1,1	10.015	1,0
18.419	2,5	19.349	2,3	20.137	2,4	20.460	2,1	20.693	2,3	21.132	2,1
11.418	1,6	11.627	1,3	12.439	1,5	12.878	1,3	24.915	2,8	41.033	4,1
32.110	4,3	89.592	10,5	56.633	6,6	76.256	7,9	12.632	1,4	59.943	6,0
335	0,1	206	0,0	105	0,0	129	0,0	124	0,0	131	0,0
30.134	4,1	29.955	3,5	32.187	3,8	32.230	3,3	35.721	4,0	40.796	4,1
24.212	3,3	24.537	2,9	21.014	2,5	21.646	2,2	20.109	2,3	18.955	1,9
45.704	6,2	48.868	5,7	56.045	6,6	58.672	6,1	67.924	7,7	72.295	7,2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
145.979	19,7	160.692	18,8	174.902	20,5	238.912	24,7	224.988	25,4	214.465	21,5
17.689	2,4	17.807	2,1	20.466	2,4	33.135	3,4	29.162	3,3	26.603	2,7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3.253	0,4	3.281	0,4	3.432	0,4	3.515	0,4	3.094	0,4	3.521	0,4
26.762	3,6	26.490	3,1	26.873	3,2	26.689	2,8	27.186	3,1	103.337	10,3
12.270	1,7	13.403	1,6	27.359	3,2	27.252	2,8	24.368	2,8	29.139	2,9
646.571	87,4	760.227	88,8	795.716	93,3	910.881	94,0	858.425	97,0	997.160	99,7
2.710	0,4	2.911	0,3	3.037	0,4	3.034	0,3	3.027	0,4	3.010	0,3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
391	0,1	349	0,1	309	0,0	246	0,0	238	0,0	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.773	0,2	1.892	0,2	1.971	0,2	1.884	0,2	1.852	0,2	-	-
46.704	6,3	48.972	5,7	51.506	6,1	53.388	5,5	21.477	2,4	-	-
41.358	5,6	41.776	4,9	-	-	-	-	-	-	-	-
92.936	12,6	95.900	11,2	56.823	6,7	58.552	6,0	26.594	3,0	3.010	0,3
739.507	100,0	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.019	100,0	1.000.170	100,0

Übersicht 3

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt

Kap	Bezeichnung	1988		1989		1990		1991	
		Millionen Schilling	%						
01	Präsidentenschaftskanzlei	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
02	Bundesgesetzgebung	25	0,0	27	0,0	28	0,0	28	0,0
03	Verfassungsgerichtshof	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	5	0,0	3	0,0	5	0,0	6	0,0
05	Volksanwaltschaft	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
06	Rechnungshof	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	456	0,1	393	0,1	561	0,1	630	0,1
11	Innernes	509	0,1	469	0,1	540	0,1	543	0,1
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	535	0,1	587	0,1	552	0,1	551	0,1
13	Kunst	3	0,0	3	0,0	4	0,0	4	0,0
14	Wissenschaft und Forschung	1.265	0,2	1.666	0,3	1.454	0,2	1.395	0,2
15	Soziales	26.533	4,7	27.935	4,6	27.671	4,4	31.895	4,7
16	Sozialversicherung	893	0,2	1.547	0,3	1.857	0,3	1.558	0,2
17	Gesundheit	836	0,1	886	0,1	961	0,1	2.465	0,3
18	Umwelt	40.523	7,1	41.475	6,9	44.124	7,1	45.259	6,7
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	166	0,0	183	0,0	114	0,0	122	0,0
30	Justiz	3.329	0,6	3.513	0,6	3.793	0,6	4.104	0,6
40	Militärische Angelegenheiten	534	0,1	484	0,1	524	0,1	466	0,1
50	Finanzverwaltung	1.762	0,3	971	0,2	1.241	0,2	1.184	0,2
51	Kassenverwaltung	26.060	4,6	28.801	4,8	22.809	3,6	36.761	5,4
52	Öffentliche Abgaben	247.969	43,6	256.991	42,6	282.702	45,2	309.927	45,6
53	Finanzausgleich	5.646	1,0	4.039	0,7	3.502	0,6	3.971	0,6
54	Bundesvermögen	15.528	2,7	27.891	4,6	17.818	2,8	22.312	3,3
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	3.965	0,7	4.411	0,7	4.724	0,8	5.232	0,8
57	Staatsvertrag	129	0,0	-	-	-	-	-	-
59	Finanzschuld, Währungsauschverträge	106.248	18,7	112.077	18,6	118.448	19,0	115.192	17,0
60	Land- und Forstwirtschaft	2.226	0,4	2.630	0,4	2.773	0,4	2.913	0,4
62	Preisausgleiche	691	0,1	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	865	0,2	726	0,1	989	0,2	1.344	0,2
64	Bauten und Technik	4.278	0,7	4.595	0,8	4.767	0,8	4.911	0,7
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	1.143	0,2	1.136	0,2	1.203	0,2	1.336	0,2
Summe 01 bis 65		492.126	86,5	523.443	86,9	543.168	86,9	594.113	87,5
71	Bundestheater	535	0,1	634	0,1	632	0,1	581	0,1
74	Glücksspiele (Monopol)	2.057	0,4	2.142	0,4	957	0,2	-	-
75	Alkohol (Monopol)	1.015	0,2	881	0,1	883	0,1	903	0,1
76	Hauptmünzamt	186	0,0	-	-	-	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	1.914	0,3	2.125	0,3	2.055	0,3	1.965	0,3
78	Post- und Telegraphenverwaltung	42.844	7,5	45.146	7,5	47.863	7,7	51.040	7,5
79	Österreichische Bundesbahnen	28.227	5,0	28.301	4,7	29.300	4,7	30.287	4,5
Summe 71 bis 79		76.778	13,5	79.229	13,1	81.690	13,1	84.776	12,5
Gesamteinnahmen		568.904	100,0	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Übersicht 3

1992		1993		1994		1995		1996		1997	
Millionen Schilling	%										
1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	2	0,0	1	0,0
29	0,0	31	0,0	30	0,0	61	0,0	61	0,0	60	0,0
1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0	1	0,0
5	0,0	5	0,0	5	0,0	3	0,0	5	0,0	5	0,0
1	0,0	1	0,0	1	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0
1	0,0	2	0,0	1	0,0	2	0,0	2	0,0	2	0,0
681	0,1	658	0,1	881	0,1	916	0,1	821	0,1	742	0,1
562	0,1	675	0,1	777	0,1	1.094	0,1	1.222	0,1	1.275	0,1
550	0,1	569	0,1	602	0,1	741	0,1	929	0,1	802	0,1
4	0,0	3	0,0	5	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
1.583	0,2	1.504	0,2	1.529	0,2	1.209	0,1	967	0,1	815	0,1
36.733	5,0	38.465	4,5	53.544	6,3	56.860	5,9	61.586	7,0	59.794	6,0
1.224	0,2	2.548	0,3	1.021	0,1	220	0,0	1.457	0,2	219	0,0
1.910	0,2	2.005	0,2	2.107	0,2	1.980	0,2	2.193	0,2	816	0,1
50.384	6,8	53.682	6,3	59.037	6,9	236	0,0	10	0,0	11	0,0
-	-	-	-	-	-	55.717	5,7	54.547	6,2	55.426	5,5
90	0,0	91	0,0	84	0,0	98	0,0	125	0,0	114	0,0
4.571	0,6	5.036	0,6	5.651	0,7	6.004	0,6	6.358	0,7	6.700	0,7
472	0,0	469	0,1	575	0,1	543	0,1	455	0,1	676	0,1
1.387	0,2	1.298	0,2	1.256	0,1	2.038	0,2	14.149	1,6	19.956	2,0
25.417	3,4	92.858	10,8	49.781	5,8	96.393	9,9	38.563	4,4	75.690	7,6
340.185	46,0	339.107	39,6	358.402	42,0	345.773	35,7	383.470	43,3	413.189	41,3
5.079	0,7	4.389	0,5	4.526	0,5	4.649	0,5	3.793	0,4	4.947	0,5
24.949	3,4	20.910	2,4	19.757	2,3	26.112	2,7	27.149	3,1	127.549	12,7
5.361	0,7	5.717	0,7	10.992	1,3	12.143	1,3	16.266	1,8	21.980	2,2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
138.867	18,8	185.236	21,6	203.413	23,9	277.088	28,6	227.730	25,7	192.952	19,3
2.872	0,4	2.957	0,3	3.066	0,4	2.373	0,2	2.557	0,3	2.538	0,2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
708	0,1	676	0,1	721	0,1	923	0,1	939	0,1	970	0,1
5.046	0,7	5.254	0,6	5.602	0,7	5.711	0,6	6.291	0,7	2.587	0,2
1.411	0,2	1.750	0,2	4.004	0,5	4.347	0,5	7.628	0,9	9.620	1,0
650.084	87,9	765.898	89,5	787.372	92,4	903.238	93,2	859.278	97,1	999.439	99,9
626	0,1	618	0,1	651	0,1	699	0,1	738	0,1	731	0,1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.014	0,1	1.150	0,1	1.150	0,1	278	0,0	98	0,0	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.916	0,3	1.773	0,2	2.079	0,2	2.105	0,2	2.028	0,2	-	-
54.057	7,3	57.138	6,7	61.287	7,2	63.113	6,5	22.877	2,6	-	-
31.810	4,3	29.550	3,4	-	-	-	-	-	-	-	-
89.423	12,1	90.229	10,5	65.167	7,6	66.195	6,8	25.741	2,9	731	0,1
739.507	100,0	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.019	100,0	1.000.170	100,0

Übersicht 4

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

Aufgabenbereiche		1988		1989		1990		1991	
Kz	Bezeichnung	Millionen Schilling	%						
	Ausgaben								
	Bildungssektor:								
11	Erziehung und Unterricht	44.183	7,8	45.893	7,6	48.465	7,7	52.956	7,8
12	Forschung und Wissenschaft	17.937	3,1	18.776	3,1	19.480	3,1	22.966	3,4
13	Kunst	4.832	0,8	5.126	0,9	5.458	0,9	6.090	0,9
14	Kultus	425	0,1	437	0,1	483	0,1	503	0,1
	Summe	67.377	11,8	70.232	11,7	73.886	11,8	82.515	12,2
	Sozialsektor:								
21	Gesundheit	4.361	0,8	4.535	0,7	5.116	0,8	6.824	1,0
22	Soziale Wohlfahrt	131.238	23,1	134.744	22,4	134.924	21,6	145.517	21,4
23	Wohnungsbau	16.653	2,9	17.021	2,8	18.479	3,0	20.614	3,1
	Summe	152.252	26,8	156.300	25,9	158.519	25,4	172.955	25,5
	Wirtschaftssektor:								
32	Straßen	15.187	2,7	14.456	2,4	14.962	2,4	14.607	2,1
33	Sonstiger Verkehr	97.489	17,1	99.546	16,5	105.143	16,8	109.837	16,2
34	Land- und Forstwirtschaft	14.265	2,5	12.960	2,2	14.129	2,3	15.610	2,3
35	Energiewirtschaft	89	0,0	190	0,0	181	0,0	166	0,0
36	Industrie und Gewerbe	20.461	3,6	19.387	3,2	17.744	2,8	25.441	3,7
37	Öffentliche Dienstleistungen	5.332	1,0	5.285	0,9	4.432	0,7	3.761	0,6
38	Private Dienstleistungen	4.147	0,7	4.357	0,7	5.602	0,9	5.215	0,8
	Summe	156.970	27,6	156.181	25,9	162.193	25,9	174.637	25,7
	Hoheitssektor:								
41	Landesverteidigung	17.049	3,0	18.550	3,1	18.092	2,9	18.533	2,7
42	Staats- und Rechtssicherheit	15.611	2,7	16.285	2,7	17.478	2,8	19.115	2,8
43	Übrige Hoheitsverwaltung	159.645	28,1	185.124	30,7	194.690	31,2	211.134	31,1
	Summe	192.305	33,8	219.959	36,5	230.260	36,9	248.782	36,6
	Gesamtausgaben	568.904	100,0	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0
	Einnahmen								
	Bildungssektor	2.815	0,5	3.378	0,6	3.134	0,5	3.101	0,5
	Sozialsektor	69.826	12,3	71.618	11,9	73.705	11,8	80.011	11,8
	Wirtschaftssektor	102.521	18,0	116.704	19,4	109.099	17,5	118.149	17,4
	Hoheitssektor	393.742	69,2	410.972	68,1	438.920	70,2	477.628	70,3
	Gesamteinnahmen	568.904	100,0	602.672	100,0	624.858	100,0	678.889	100,0

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Fortsetzung)

Übersicht 4

1992		1993		1994		1995		1996		1997	
Millionen Schilling	%										
57.083	7,7	61.741	7,2	65.650	7,7	67.465	7,0	67.677	7,6	68.237	6,8
24.527	3,3	26.877	3,1	28.654	3,3	28.766	3,0	28.784	3,2	29.149	2,9
6.940	0,9	7.985	0,9	8.505	1,0	8.598	0,9	8.609	1,0	8.502	0,8
517	0,1	531	0,1	540	0,1	551	0,0	588	0,1	587	0,1
89.067	12,0	97.134	11,3	103.349	12,1	105.380	10,9	105.658	11,9	106.475	10,6
6.491	0,9	6.964	0,8	7.337	0,8	7.257	0,7	8.490	1,0	20.114	2,0
159.645	21,6	183.031	21,4	200.082	23,5	213.288	22,0	218.748	24,7	214.777	21,5
22.493	3,0	23.633	2,8	23.038	2,7	24.156	2,5	25.320	2,9	25.257	2,5
188.629	25,5	213.628	25,0	230.457	27,0	244.701	25,2	252.558	28,6	260.148	26,0
15.363	2,1	15.463	1,8	15.500	1,8	16.014	1,7	16.327	1,8	93.364	9,3
114.413	15,5	118.931	13,9	96.691	11,4	99.672	10,3	88.606	10,0	81.853	8,2
17.632	2,4	17.936	2,1	20.467	2,4	33.241	3,4	29.284	3,3	24.747	2,5
199	0,0	274	0,0	262	0,0	202	0,0	140	0,0	78	0,0
22.354	3,0	22.548	2,7	22.253	2,6	21.087	2,2	17.012	1,9	12.479	1,2
2.510	0,3	3.242	0,4	6.219	0,7	3.725	0,4	3.312	0,4	3.820	0,4
4.063	0,6	4.530	0,5	3.669	0,5	6.079	0,6	5.721	0,7	4.484	0,5
176.534	23,9	182.924	21,4	165.061	19,4	180.020	18,6	160.402	18,1	220.825	22,1
18.882	2,6	19.734	2,3	20.530	2,4	20.732	2,1	20.943	2,4	21.402	2,1
20.772	2,8	22.484	2,6	24.579	2,9	26.295	2,7	27.015	3,0	27.622	2,8
245.623	33,2	320.223	37,4	308.563	36,2	392.305	40,5	318.443	36,0	363.698	36,4
285.277	38,6	362.441	42,3	353.672	41,5	439.332	45,3	366.401	41,4	412.722	41,3
739.507	100,0	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.019	100,0	1.000.170	100,0
3.236	0,4	3.065	0,4	3.140	0,4	2.760	0,3	2.849	0,3	2.566	0,2
90.644	12,3	96.763	11,3	114.585	13,4	115.217	11,9	120.159	13,6	118.011	11,8
122.420	16,6	119.917	14,0	101.050	11,9	107.816	11,1	84.123	9,5	78.598	7,9
523.207	70,7	636.382	74,3	633.764	74,3	743.640	76,7	677.888	76,6	800.995	80,1
739.507	100,0	856.127	100,0	852.539	100,0	969.433	100,0	885.019	100,0	1.000.170	100,0

Von den Ausgaben wurden insgesamt 17 638 Mill S (1996: 14 287 Mill S) während des Auslaufzeitraumes vom 1. bis zum 20. Jänner 1998 noch zu Lasten der Ansätze für das Finanzjahr 1997 vollzogen, das sind 1,8 % der Ausgaben des Gesamthaushalts.

3.4.2 Abgang des Allgemeinen Haushalts

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts gemäß Art I BFG 1997 war in Verbindung mit Art II und den Ermächtigungen gemäß Art III durch Erlöse aus Schuldaufnahmen zu bedecken. Diese werden im Ausgleichshaushalt verrechnet.

Von der im Art III Abs 1 BFG 1997 eingeräumten Befugnis, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung im Finanzjahr 1997 die Genehmigung zu Überschreitungen bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II zum BFG 1997) angeführten Ansätzen zu erteilen, hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

Von der im Art III Abs 2 BFG 1997 eingeräumten Ermächtigung, einen infolge eines Konjunkturrückganges durch Zurückbleiben der Einnahmen des Allgemeinen Haushalts entstehenden höheren Abgang in Höhe der Mindereinnahmen bis zu 3 % der veranschlagten Einnahmen durch zusätzliche Kreditoperationen zu bedecken, wurde ebenfalls nicht Gebrauch gemacht.

Mit den Budgetüberschreitungsgesetzen, BGBl I Nr 83/1997 und BGBl I Nr 136/1997, genehmigte der Nationalrat für verschiedene Maßnahmen die Überschreitung bestimmter Ausgabenansätze, deren Bedeckung durch Ausgabenrückstellungen, Mehreinnahmen sowie Rücklagenentnahmen und -auflösungen bei genau bezeichneten Ansätzen zu erfolgen hatte.

Für die Bedeckung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts waren die im folgenden dargestellten Ermächtigungen vorgesehen:

	Mill S
Bedeckung des veranschlagten Abgangs des Allgemeinen Haushalts aufgrund der Ermächtigung gemäß Art II Abs 1 BFG 1997	67 955
+ Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 2 BFG 1997	19 200
+ Ermächtigung gemäß Art II Abs 2 Z 3 BFG 1997	1 100
 Gesamter Bedeckungsrahmen	 88 255

Der tatsächliche Abgang des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 67 219 Mill S war dadurch haushaltrechtlich bedeckt.

In Übersicht 5 wird die Entwicklung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts dargestellt und zum Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung gesetzt.

Übersicht 5

Entwicklung des Abgangs

Z	Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
		Millionen Schilling (Index 1988 = 100)									
1	Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	517.824 (100)	540.664 (104)	564.736 (109)	619.857 (120)	657.960 (127)	699.685 (135)	731.447 (141)	764.593 (148)	754.788 (146)	832.836 (161)
2	Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	451.343 (100)	477.958 (106)	501.860 (111)	557.154 (123)	591.563 (131)	601.445 (133)	626.629 (139)	646.690 (143)	665.422 (147)	765.617 (170)
3	Abgang des Allgemeinen Haushalts	66.481 (100)	62.706 (94)	62.876 (95)	62.703 (94)	66.397 (100)	98.240 (148)	104.818 (158)	117.903 (177)	89.366 (134)	67.219 (101)
4	3 in % von 1	12,8	11,6	11,1	10,1	10,1	14,0	14,3	15,4	11,8	8,1
5	Brutto-Inlandsprodukt	1.566.439 (100)	1.672.900 (107)	1.801.309 (115)	1.928.300 (123)	2.046.100 (131)	2.117.800 (135)	2.244.800 (143)	2.352.400 (150)	2.421.600 (155)	2.516.000 (161)
6	3 in % von 5	4,2	3,7	3,5	3,3	3,2	4,6	4,7	5,0	3,7	2,7

3.4.3 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Über den Vollzug des Bundeshaushalts insgesamt unterrichtet zusammenfassend Übersicht 6. Sie ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung. Die daraus ermittelte kassenmäßige Gesamtgebarung verringerte den anfänglichen Gesamtbestand um 8 312 Mill S auf schließlich 22 771 Mill S.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.

Übersicht 6

Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 1997

Bezeichnung	Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)
	Schilling		
1. Voranschlagswirksame Gebarung			
1.1 Allgemeiner Haushalt			
Ausgaben	747.175.025.000,00	832.835.891.128,54	- 85.660.866.128,54
Einnahmen	679.219.955.000,00	765.617.052.937,08	+ 86.397.097.937,08
Abgang	67.955.070.000,00	67.218.838.191,46	+ 736.231.808,54
1.2 Ausgleichshaushalt			
Ausgaben	187.914.539.000,00	167.333.806.298,69	+ 20.580.732.701,31
Einnahmen	255.869.609.000,00	234.552.644.490,15	- 21.316.964.509,85
Überschuß	67.955.070.000,00	67.218.838.191,46	- 736.231.808,54
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung			
Ausgaben		11.413.776.408,92	
Einnahmen		3.102.037.183,76	
Abgang		8.311.739.225,16	
3. Kassenmäßiger Gesamtabgang		8.311.739.225,16	
4. Gesamtbestand			
Anfänglicher Gesamtbestand		31.083.133.183,33	
Kassenmäßiger Gesamtabgang		8.311.739.225,16	
Schließlicher Gesamtbestand		22.771.393.958,17	

Der in Übersicht 6 ausgewiesene schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (22 771 Mill S) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

	Mill S
Bargeld	108
Wertzeichen	16
Guthabenstände bei:	
Österreichische Postsparkasse	4 446
Oesterreichische Nationalbank	0
sonstige Kreditunternehmungen	18 106
Schecks	3
schwebende Geldgebarungen	92
<hr/>	
Summe flüssige Mittel	22 771

3.4.4 Periodenvergleich

Gegenüber dem Finanzjahr 1996 stiegen die Ausgaben des Gesamthaushalts um 115 151 Mill S oder 13,0 %. Dieser Anstieg ist auf folgende Veränderungen zurückzuführen (Band 2, Tabellen A.2.1.2 und A.2.1.4):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill S	%
Personalausgaben	– 4 773	– 3,4
Ausgaben für Förderungen	+ 9 525	+ 20,4
Ausgaben für Anlagen	– 1 774	– 6,6
Übrige Sachausgaben (einschl. Ausgaben des Ausgleichshaushalts)	+ 112 173	+ 16,7

Die gegenüber dem Vorjahr erzielten Mehreinnahmen des Allgemeinen Haushalts von insgesamt 100 195 Mill S (+ 15,1 %) setzen sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle A.1.2):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill S	%
gestiegenes Nettoaufkommen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52)	+ 29 718	+ 7,7
geringere Einnahmen der Bundesbetriebe (nur mehr Kapitel 71 Bundestheater)	– 25 010	– 97,2
Mehreinnahmen der übrigen Budgetkapitel (Kapitel 01 bis 51 und 53 bis 65)	+ 95 487	+ 37,3

Unter Einschluß der Zuführung von 31 Mill S an die Ausgleichsrücklage (1996: Zuführung von 410 Mill S) lag 1997 der Abgang des Allgemeinen Haushalts um 22 147 Mill S oder um 24,8 % niedriger als im vorangegangenen Jahr.

3.5 Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen

3.5.1 Grundlagen

Neben § 41 Abs 3 BHG enthält das BFG 1997 in seinen Art III bis VIII Ermächtigungen zum Abweichen von den grundsätzlich als unüberschreitbare Höchstbeträge anzusehenden Voranschlags-Ausgabenansätzen. Die Bedeckung der bewilligten Ansatzüberschreitungen sollte zum Teil in Mehreinnahmen sowie in Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen (Ausgabenrückstellungen), zum Teil auch in Erlösen aus zusätzlichen Kreditoperationen und in Einzelfällen durch Entnahmen aus Haushaltsrücklagen gefunden werden.

3.5.2 Voranschlagsabweichungen des Allgemeinen Haushalts

Bei den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts erfolgten gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen Mehrausgaben (Überschreitungen) von 143 432 Mill S und Minderausgaben (Einsparungen) von 57 771 Mill S. Überschritten wurden die Ansätze für Personalausgaben um 3 252 Mill S, die Ansätze für Sachausgaben um 140 180 Mill S, hievon erfolgswirksam 120 843 Mill S und bestandswirksam 19 337 Mill S. Erspart wurden bei Ansätzen für Personalausgaben 1 350 Mill S, bei Ansätzen für Sachausgaben 56 421 Mill S, hievon erfolgswirksam 46 712 Mill S und bestandswirksam 9 709 Mill S.

Bei den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergaben sich gegenüber den einzelnen Voranschlagsansätzen Mehreinnahmen von 126 507 Mill S und Mindereinnahmen von 40 110 Mill S. In der erfolgswirksamen Gebarung beliefen sich die Mehreinnahmen auf 105 619 Mill S und die Mindereinnahmen auf 35 338 Mill S. In der bestandswirksamen Gebarung waren Mehreinnahmen von 20 888 Mill S und Minder-einnahmen von 4 772 Mill S zu verzeichnen.

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen haben sich zum Teil finanziell ausgeglichen und wirken sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus. Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betrugen 184 278 Mill S. Da die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel für die Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen von zusammen 184 278 Mill S (das sind 22,1 % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts) ausreichten, erfolgte durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges keine Erhöhung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts.

Übersicht 7 gibt über das jeweilige Ausmaß der Flexibilität des Budgetvollzugs in den Finanzjahren 1988 bis 1997 Auskunft.

Übersicht 7

Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling									
1.1 Gewonnene zusätzliche Deckungsmittel:										
Minderausgaben:										
Personalausgaben ...	1.091	2.561	499	682	5.268	5.872	1.259	1.744	1.317	1.350
Sauschäfte – erfolgswirksame Gebärung	16.041	16.489	18.259	11.609	15.487	26.162	24.952	17.211	14.843	46.712
Sauschäfte – bestandswirksame Gebärung	5.512	3.374	2.459	4.007	6.990	5.372	2.160	3.970	4.961	9.709
Mehrreinnahmen:										
erfolgswirksame Gebärung	17.097	22.724	23.431	22.521	24.359	12.367	25.108	29.738	24.408	105.619
bestandswirksame Gebärung	2.704	4.976	6.280	9.877	4.342	8.903	8.628	4.603	4.161	20.888
Summe 1.1	42.445	50.124	50.928	48.696	56.446	58.676	62.107	57.266	49.690	184.278
1.2 Erhöhung des Abgangs	–	–	–	–	3.336	34.120	24.118	15.630	–	–
Summe 1	42.445	50.124	50.928	48.696	59.782	92.796	86.225	72.896	49.690	184.278
2.1 Verwendung der zusätzlichen Deckungsmittel:										
Ausgleich der Mindereinnahmen:										
erfolgswirksame Gebärung	11.246	10.016	9.505	8.340	14.039	35.741	26.445	30.899	18.221	35.338
bestandswirksame Gebärung	3.696	1.579	1.429	4.127	8.798	8.383	9.274	7.300	7.591	4.772
Bedeckung der Mehrausgaben:										
Personalausgaben ...	2.804	4.658	4.570	1.734	6.818	8.736	4.725	819	1.366	3.252
Sauschäfte – erfolgswirksame Gebärung	12.425	17.445	15.935	15.835	15.975	31.898	17.100	20.719	14.799	120.843
Sauschäfte – bestandswirksame Gebärung	7.656	13.006	16.070	18.067	14.152	8.038	28.681	13.159	7.267	19.337
Summe 2.1	37.827	46.704	47.509	48.103	59.782	92.796	86.225	72.896	49.244	183.542
2.2 Verminderung des Abgangs	4.618	3.420	3.419	593	–	–	–	–	446	736
Summe 2	42.445	50.124	50.928	48.696	59.782	92.796	86.225	72.896	49.690	184.278
3. Summe 1 bzw 2 in % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	8,2	9,3	9,0	7,9	9,1	13,3	11,8	9,5	6,6	22,1

3.5.3 Überwachung von Ansatzabweichungen

Gemäß § 1 Abs 2 RHG hat der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben) laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderliche Bewilligung vorlag und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden. In den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 4.2 und 4.3) wird vom RH nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, auf diesen Mangel hingewiesen.

Ende 1997 lagen derartige Mängelfälle in einer Gesamtsumme von 1 654,0 Mill S vor, wobei die hohe Summe im wesentlichen durch Mindereinnahmen bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen entstanden ist; siehe Übersicht 7a.

Übersicht 7a **Zusammenstellung der nicht gedeckten Ansatzabweichungen**

1 Kapitel	2 Ansatz	3 Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage	4 Nicht eingehaltene Ansatzbindungen (Nicht erzielte Mehreinnahmen)
Millionen Schilling			
15 "Soziales"	1/15508	-	0,7
15 "Soziales"	2/15580	-	1 652,1
15 "Soziales"	2/15794	-	0,6
Summe		-	1 653,4

3.6 Vorbelastungen und Vorberechtigungen (einschließlich offen gebliebener Stände des Finanzjahres 1997)

Vorbelastungen und Vorberechtigungen werden in einem eigenen Verrechnungskreis erfaßt. So wie die VWV kennt auch dieser Verrechnungskreis Verpflichtungen und Berechtigungen in der Phase 3 sowie Schulden und Forderungen in der Phase 4. Bei letzteren handelt es sich beispielsweise um die erst in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Schulden bzw Forderungen. Im folgenden werden jeweils die Gesamtstände dieses Verrechnungskreises zu Ende des Finanzjahres 1997 zuzüglich der sich zu Jahresende aus der VWV ergebenden, aus dem Vollzug im Finanzjahr 1997 offen gebliebenen Stände angeführt. Der Gesamtstand der Schulden erfaßt beispielsweise somit den Stand der nichtfälligen (erst in künftigen Finanzjahren fälligen) Schulden zuzüglich der aus dem Finanzjahr 1997 offen gebliebenen (fälligen) Schulden einschließlich der empfangenen Anzahlungen und der Ersatzschulden.

Die deutliche Verminderung der in den Phasen 3 und 4 verrechneten Verpflichtungen ist auf den Entfall des Kapitels 78 (Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung) zurückzuführen (siehe auch TZ 3.6 BRA 1996).

3.6.1.1 Leasingverpflichtungen und -schulden

Die sich aus Leasingverträgen ergebenden Verpflichtungen sind im Zeitpunkt des Abschlusses des Rechtsgeschäftes voll zu erfassen und werden in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Leasingraten für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Leasingverträgen (zusammen 11 026 Mill S) sind nachgewiesen: Im Bereich Präsidentschaftskanzlei 1 Mill S für ADV-Hardware und ADV-Software, im Bereich BKA 5 Mill S für ADV-Hardware, im Bereich BMI 188 Mill S für Dienstkraftfahrzeuge und im Bereich BMWV 10 832 Mill S, hievon 5 575 Mill S für das Universitätszentrum Althanstraße, 2 050 Mill S für die Universität für Bodenkultur, 323 Mill S für die Universität Graz, 303 Mill S für die Universität Wien, BWL-Zentrum, 250 Mill S für die Universität Salzburg, Haus Rif, 36 Mill S für die Universität für Bodenkultur, Institutsgebäude Peter Jordanstraße sowie 2 295 Mill S für Zuschlagsmieten.

3.6.1.2 Bauträgerverpflichtungen und -schulden

Beim Abschluß von Bauträgerverträgen werden die Verpflichtungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtbaukosten voll erfaßt und in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Verpflichtungen für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Bauträgervorhaben sind in den Bereichen BMLF 500 Mill S für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft und BMwA 3 771 Mill S, hievon für Schulen der Wissenschaftsverwaltung 16 Mill S, für Schulen der Unterrichtsverwaltung 106 Mill S, für Bauten der Landesverteidigung 37 Mill S, für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten 854 Mill S sowie für sonstige Amtsgebäude 2 759 Mill S, nachgewiesen.

3.6.2 Gesamtstand der Verpflichtungen

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre in Band 2, Tabelle A.3.1.2, weist eine Gesamtsumme von 798 383 Mill S aus (1996: 851 097 Mill S). Der größte Teilbetrag von 620 930 Mill S entfiel auf die Verzinsung der Finanzschuld in künftigen Jahren und wird in Band 2, Tabelle C.3.1.1, aufgeschlüsselt. Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 1997 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 7 885 Mill S hinzuzuzählen. Sie sind in Band 2, Tabelle A.1.3, ansatzweise in einer eigenen Spalte bei den Ausgaben ausgewiesen und werden kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.1.1, zusammengefaßt. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 1997 beträgt somit 806 268 Mill S (1996: 871 616 Mill S).

Die Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes in den letzten zehn Jahren ist in Übersicht 8 dargestellt.

Übersicht 8 Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling (Index 1988 = 100)									
Verpflichtungen des Bundes	697.610 (100)	768.130 (110)	817.417 (117)	829.676 (119)	829.936 (119)	820.931 (118)	877.669 (126)	882.861 (127)	871.616 (125)	806.268 (116)

3.6.3 Gesamtstand der Berechtigungen

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.3.2) weist 108 759 Mill S (1996: 104 446 Mill S) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 1997 offen gebliebenen Berechtigungen (ansatzweise bei den Einnahmen in Band 2, Tabelle A.1.3, kapitelweise in Band 2, Tabel-

le A.3.3.1 dargestellt) in Höhe von 1 382 Mill S folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 1997 von 110 141 Mill S (1996: 106 995 Mill S).

3.6.4 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden

Der Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden belief sich zum Jahresende 1997 auf 1 735 053 Mill S (Band 2, Tabelle A.3.2.1) und lag damit um 127 240 Mill S oder – 6,8 % unter dem Wert des Vorjahres (1996: 1 862 293 Mill S). Der Gesamtstand setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.2.1 und A.3.2.2):

	Mill S
Nichtfällige Finanzschulden	1 497 365
Fällige Finanzschulden	8
Finanzschulden	<hr/> 1 497 373
Nichtfällige sonstige Schulden	232 980
Schulden aus empfangenen Anzahlungen	12
Ersatzschulden	70
Fällige sonstige Schulden	<hr/> 4 618
Sonstige Schulden	<hr/> 237 680
Gesamtstand	<hr/> 1 735 053

Über die Zusammensetzung der nichtfälligen Finanzschulden von 1 497 373 Mill S und die Fälligkeiten der künftigen Tilgungsraten, getrennt nach Finanzjahren, gibt Band 2, Tabelle C.3.1.2 Aufschluß. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand von 1 416 043 Mill S beträgt + 5,7 %.

Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Ausweisungen im Bericht der Österreichischen Postsparkasse über die Finanzschuld des Bundes 1997 und jenen des vorliegenden Bundesrechnungsabschlusses wird auf TZ 7 verwiesen.

Die Entwicklung des Schuldenstandes des Bundes, der Zinsenverpflichtungen sowie der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen für die Jahre 1988 bis 1997 wird in den Übersichten 14 bis 17 unter TZ 7 dieses Berichtes dargestellt.

3.6.5 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen

Der Gesamtbestand an voranschlagsverbundenen Forderungen betrug zum Jahresende 1997 275 625 Mill S und lag damit um 5 818 Mill S unter dem Vergleichswert des Vorjahres (281 443 Mill S) oder + 2,1 %. Der Forderungsbestand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.4.1 und A.3.4.2):

Mill S

Nichtfällige Forderungen	146 592
Fällige Forderungen:	
aus Anzahlungen	2 997
aus Ersatzforderungen	1 708
aus Darlehen	6 905
sonstige Forderungen	117 423
	129 033
<hr/>	
Gesamtstand	275 625

3.6.6 Rückstände an öffentlichen Abgaben

Die auf Abgabenkonten ausgewiesenen Rückstände an vom Bund einzuhebenden und allenfalls nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gebietskörperschaften aufzuteilenden öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) betrugen insgesamt 78 161,4 Mill S (1996: 72 344,7 Mill S). Diesen fälligen und nichtfälligen Abgabenzurückständen standen Guthaben von 14 886,6 Mill S (1996: 15 008,1 Mill S) gegenüber, so daß mit 31. Dezember 1997 Nettorückstände von 63 274,8 Mill S (1996: 57 336,6 Mill S) verblieben. Bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (623 927,2 Mill S) waren dies 10,1 % (1996: 9,8 %).

Von den auf Abgabenkonten ausgewiesenen Rückständen (78 161,4 Mill S) entfallen 72 841,9 Mill S auf fällige Rückstände (Band 2, Tabelle A.1.3) und 5 319,5 Mill S auf nichtfällige Rückstände.

Eine Aufgliederung der fälligen Abgabenzurückstände nach Abgabenarten für die Jahre 1988 bis 1997 zeigt die Übersicht 9.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 1997 bestehenden fälligen Abgabenzurückständen waren zu diesem Stichtag 33 087,7 Mill S in Vollstreckung. Bei Abgabenzurückständen in Höhe von 22 277,1 Mill S war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 3 861,9 Mill S waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkten bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 11 389,7 Mill S auf Insolvenzverfahren.

Übersicht 9

Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern	11.567	12.401	12.891	14.127	14.970	16.736	17.161	20.127	25.784	26.555
Umsatzsteuern	20.476	20.340	22.526	21.690	22.239	23.993	31.195	28.423	32.896	34.577
Einfuhrabgaben	834	836	1.046	910	873	909	1.217	771	650	831
Verbrauchsteuern	467	758	916	913	666	685	761	1.608	1.018	1.600
Stempel- und Rechtsgebühren	131	118	163	55	65	132	754	3.116	1.665	1.907
Verkehrsteuern	786	881	792	640	707	736	867	776	973	929
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1.710	1.729	1.759	1.907	2.010	2.487	2.618	2.851	5.977	6.443
Gesamtsumme Kapitel 52	35.971	37.063	40.093	40.242	41.530	45.678	54.573	57.671	68.963	72.842

Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen

Guthaben	8.332	9.471	10.288	11.631	11.035	12.197	12.703	15.007	15.008	14.886
----------------	-------	-------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

3.6.7 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der Rechnungslegungsverordnung (RLV), BGBl Nr 150/1990, ist ein Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen in den Bundesrechnungsabschluß aufzunehmen. Dieser Nachweis ist in Band 2, Tabelle A.4.2 enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschen und Nachsichten) betrugen 3 477,5 Mill S; bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (623 927,2 Mill S) waren dies 0,56 %.

Die von den Zollämtern (bisher unberücksichtigten) gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschen und Erlassungen) betrugen rd 139,8 Mill S.

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (623 927,2 Mill S) betrugen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahre 1997 0,58 %.

3.7 Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben

Seit Geltung der RLV ist bei Ausgabenansätzen zu begründen, wenn aufgrund der buchmäßigen Erfassung von Anordnungen der gemäß § 78 Abs 3 BHG im Finanzjahr zur Verfügung gestandene Betrag nicht eingehalten wurde. Gemeint ist damit ein negativer Saldo der Phase 2 der Phasenbuchführung, also ein negativer Verfügungsrest (zu den Begriffen der Phasenbuchführung siehe TZ 1.5.2). Aus diesem Grund ist in Band 2, Tabellen A.1.2 und A.1.3 eine Spalte "Verfügungsrest" enthalten, aus der kapitel- und ansatzweise ein positiver bzw allenfalls auch ein negativer Verfügungsrest ersichtlich ist.

Da mit den in Phase 2 (= Verfügungen) verbuchten Beträgen den haushaltsleitenden bzw anweisenden Organen die Ermächtigung zur Inanspruchnahme der vom Nationalrat genehmigten Voranschlagsbeträge (= Phase 1) erteilt wird, zeigt ein positiver Saldo der Phase 2, daß diese Ausgabenermächtigung durch

Bindungen und durch eingegangene Geschäfte, die zu Verpflichtungen (= Phase 3), Schulden (= Phase 4) und Zahlungen (= Phase 5) führten, eingehalten wurde. Ein negativer Saldo der Phase 2 (= negativer Verfügungsrest) bedeutet daher wirtschaftlich gesehen eine "Überziehung des Kontos", das heißt eine Art "Vorgriff" auf künftige Haushalte, auch wenn es durch Auszahlungen nicht zu Mehrausgaben gekommen ist. Er zeigt an, daß über die in Phase 2 festgehaltenen Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können beispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts ("Überziehung" der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, daß Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (zB durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 1997 waren im Gesamthaushalt bei 256 Ausgabenansätzen negative Verfügungsreste von insgesamt 15 767 Mill S, hievon 6 141 Mill S für nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen, zu verzeichnen. In Übersicht 10 sind kurze Begründungen zu jenen negativen Verfügungsresten enthalten, die 5 % der Voranschlagsbeträge bzw den Betrag von 1 Mill S überstiegen und dementsprechend zu erläutern waren.

Übersicht 10 Negative Verfügungsreste bei Ausgabenansätzen im Gesamthaushalt 1997

Kap	Anzahl der Ansätze	Gesamtbetrag in Millionen Schilling	Begründung der zu erläuternden Positionen
02	1	6	Unbeglichene Rechnungen für Aufwendungen der Parlamentsdirektion.
10	18	44	Unbeglichene Rechnungen im Zusammenhang mit dem Bundesgesetzblatt und für Aufwendungen der veterinärmedizinischen Anstalten.
11	20	614	Offene Verpflichtungen für Anlagen und Aufwendungen der Zentralleitung, für Aufwendungen von Flugpolizei und Flugrettungsdienst sowie für Deponieräumungen, für Anlagen der Bundespolizei und Bundesgendarmerie sowie für Förderungen und Aufwendungen der Flüchtlingsbetreuung und Integration.
12	50	154	Offene Bestellaufträge, unbeglichene Rechnungen und sonstige offene Verpflichtungen hauptsächlich für Anlagen und Aufwendungen der Museen, der allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden Schulen sowie Aufwendungen der Schulaufsichtsbehörden.
13	9	36	Unbeglichene Rechnungen für Aufwendungen im Rahmen der Salzburger Festspiele.
14	8	139	Offene Verpflichtungen vorwiegend für Anlagen und Aufwendungen der Universitäten sowie der wissenschaftlichen Anstalten.
15	9	351	Vorwiegend arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG und offene Verpflichtungen im Rahmen der orthopädischen Versorgung sowie unbeglichene Rechnungen für Aufwendungen im Bereich der Zentralleitung.
16	2	268	Höherer Mittelbedarf beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung.
17	8	10	Höherer Mittelbedarf für die Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen sowie beim Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz.
18	7	217	Offene Verpflichtungen vor allem für Aufwendungen im Rahmen der Altlastensanierung und im Bereich Zentralleitung sowie für Aufwendungen und Förderungen für umweltpolitische Maßnahmen.
19	7	449	Höherer Mittelbedarf bei sonstigen familienpolitischen Maßnahmen sowie bei Schülerfreifahrten und für Schulbücher.
20	8	61	Offene Verpflichtungen vorwiegend für Aufwendungen der Zentralleitung und der Vertretungsbehörden.
30	10	120	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen hauptsächlich für Aufwendungen und Anlagen der Justizanstalten sowie bei Aufwendungen der Justizbehörden in den Ländern.
40	11	915	Offene Verpflichtungen für Aufwendungen des Heeres und der Heeresverwaltung sowie der Zentralleitung im Zusammenhang mit Liefer- und Abnahmeverzögerungen.
50	3	27	Höherer Mittelbedarf im Zusammenhang mit der Schuldenerleichterung für "Naples-Länder" infolge internationaler Aktionen.
51	5	6.141	Nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen.
52	1	2	Unbeglichene Rechnungen für Stempelmarken.
59	1	5	Fällige nicht eingelöste Finanzschulden in fremder Währung.
60	28	115	Höherer Mittelbedarf insbesondere bei der Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten, bei Projektierungskosten für Bundesflüsse sowie für Aufwendungen in Vollziehung des Hydrographiegesetzes.
63	7	63	Ausständige Bareinlage an die Österreichische Donaubetriebs AG, offene Verpflichtungen für Aufwendungen der Zentralleitung sowie Verzögerungen bei der Abwicklung von Tourismusförderungen.
64	31	5.694	Offene Verpflichtungen und unbeglichene Rechnungen vorwiegend für Anlagen und Aufwendungen der Bundesstraßenverwaltung, von Schulen der Wissenschafts- und Unterrichtsverwaltung, von land- und forstwirtschaftlichen Schulen und Anstalten, von sonstigen Bundesgebäuden sowie für Aufwendungen von Bauten für die Landesverteidigung.
65	10	272	Verpflichtungen vorwiegend aus der Förderung regional- und strukturpolitischer sowie verkehrswirtschaftlicher Maßnahmen und aus der Technologieförderung.
71	2	64	Offene Bestellaufträge und unbeglichene Rechnungen für den laufenden Spielbetrieb sowie für erforderliche Sanierungsmaßnahmen.
02 - 71	256	15.767	

3.8 Haushaltsrücklagen

Der Bundesminister für Finanzen war gemäß § 53 Abs 1 BHG sowie Art X Abs 1 Z 1 BFG 1997 ermächtigt, nicht in Anspruch genommene Teile bestimmter Ausgabenansätze einer Haushaltsrücklage zuzuführen (Allgemeine Rücklage). Gemäß § 53 Abs 2 BHG war er zur Rücklagenzuführung hinsichtlich der während des Finanzjahres nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen verpflichtet (Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage). Ferner hatte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 3 BHG einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen und einen Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Anderen als den in § 53 Abs 1 bis 3 BHG angeführten Rücklagenzuführungen durfte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 4 BHG nur aufgrund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung zustimmen. Diese Zuführungsermächtigung wurde in Art X Abs 1 Z 2 BFG 1997 ausgesprochen (besondere Rücklage). Gemäß Art X Abs 2 BFG 1997 war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1997 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage). Zu Entnahmen aus Haushaltsrücklagen, die aus früheren Finanzjahren stammen, war der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs 6 BHG ermächtigt, wobei gemäß § 53 Abs 7 erster Satz BHG von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch zu machen ist, als dies der Erfüllung fälliger Verpflichtungen dient. Gemäß § 53 Abs 7 zweiter Satz BHG sind jene Haushaltsrücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und zur Bedeckung des gesamten Ausgabenbedarfs des Bundes zu verwenden, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach weggefallen ist.

Entwicklung 1997	Mill S
Anfänglicher Bestand an Haushaltsrücklagen	19 181
Entnahmen	– 3 344
Auflösungen	– 591
Zuführungen	+ 6 338
 Schließlicher Bestand an Haushaltsrücklagen	 21 584

Weitere Ausführungen über die Haushaltsrücklagen enthält die TZ 5.5; über Stand und Entwicklung geben die Übersichten 11 und 12 Auskunft. Betragliche Einzelheiten können den Tabellen A.5.1 bis A.5.4 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.4 im Band 2 entnommen werden.

3.9 Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur EU

In der Folge werden jene Kapitel bzw jener Bereich angeführt, zu deren Gunsten bzw Lasten Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der EU-Zahlungen erzielt bzw geleistet wurden (Bruttonachweisung).

Zu den Einnahmen werden Zuschüsse, Förderungen, Rückerstattungen, Eigenmittel, Einhebungsvergütungen, Kostenersätze und Kostenbeiträge gerechnet. Zu den Ausgaben zählen Eigenmittel, Mitgliedsbeiträge, Ausfuhrerstattungen, Auszahlungen von überwiesenen EU-Mitteln, Kofinanzierungen bzw Vorfinanzierungen (EU-Anteil und nationaler Bundesanteil), EU-Dienstreisen und besondere Verwaltungsaufwendungen für die EU.

Es handelt sich somit einerseits um Zahlungen zwischen dem Bundeshaushalt und den EU-Haushalten, insbesondere den Gesamthaushalt der EU, sowie andererseits um EU-induzierte Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushaltes zulasten bzw zugunsten von Wirtschaftsteilnehmern in Österreich.

Weiters wird bemerkt, daß durch die derzeitige Verrechnung (zB Bruttonvorfinanzierung) einer projektbezogenen Verrechnung der EU-Mittel, die eine leichtere Nachvollziehbarkeit gewährleisten würde, oft nicht Rechnung getragen wird.

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen (voranschlagswirksam verrechnet)	Ausgaben in Schilling
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	26 156 805,57	659 353 721,20
11	Inneres	2 672 544,83	36 214 645,80
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	8 305 204,26	11 592 535,02
13	Kunst	—	17 047 020,--
14	Wissenschaft und Forschung	19 787 757,58	64 138 280,21
15	Soziales	2 020 284 997,69	5 916 248 431,15
17	Gesundheit	2 704 120,13	1 550 884,--
18	Umwelt	4 307 135,33	157 689 266,97
20	Äußeres	5 520 558,02	12 506 227,72
30	Justiz	1 133 717,42	1 558 857,80
40	Militärische Angelegenheiten	2 156,88	13 048 143,32
50	Finanzverwaltung	402 918 758,64	937 414 048,10
51	Kassenverwaltung	16 743 973 005,62	—
52	Öffentliche Abgaben	3 491 937 635,62	31 565 372 326,-- ¹²⁾
54	Bundesvermögen	—	1 048 193 324,91
60	Land- und Forstwirtschaft	459 220 379,03	12 535 058 372,47
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	6 096 663,24	118 122 684,95
64	Bauten und Technik	136 998,44	1 934 553,50
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	75 937 567,37	308 099 538,94
(nicht voranschlagswirksam verrechnet)			
in Schilling			
Bereich 65	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	97 408 367,37	97 168 567,50
Gesamtsumme		23 368 504 373,04	53 502 311 429,56

Insgesamt flossen daher 30 133 807 056,52 S im Rahmen der EU-Gebarung, was aber nicht als "Netto-zahlungen an die EU" gleichgesetzt werden darf, weil – wie oben ausgeführt – auch nationale Anteilszahlungen in den Ausgaben enthalten sind.

¹²⁾ EU-Agrarabschöpfungen (2/52364/8441) und Beitrag zur EU (2/52904).

3.9.1 Besondere Einnahmen-Rücklage (gemäß Art X Abs 2 BFG 1997)

Wie in TZ 3.8 ausgeführt, war der Bundesminister für Finanzen gemäß Art X Abs 2 BFG 1997 in der Fassung Bundesgesetz BGBl I Nr 36/1997 ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1997 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer besonderen Einnahmen-Rücklage zuzuführen (siehe auch Tabelle A.5.4).

Der Endbestand dieser Rücklage beträgt aufgrund von Entnahmen und Auflösungen in der Höhe von zusammen 575 Mill S und Zuführungen von 456 Mill S Ende 1997 555 Mill S (1996: 674 Mill S).

4. Bericht zur Voranschlagsvergleichsrechnung

4.1 Allgemeine Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen

Bei den Erläuterungen ist im folgenden einnahmen- und ausgabenseitig aufgrund der Haushaltsgliederung gemäß § 16 Abs 1 BHG vom Rahmen des Gesamthaushalts in der Höhe von 1 000 170 Mill S auszugehen.

4.1.1 Gliederung der Gesamtausgaben

	Mill S	%
Die Gesamtausgaben 1997	1 000 170	100,0
setzen sich wie folgt zusammen		
– Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	486 837	48,7
– Ermessensausgaben	513 333	51,3

Nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten lassen sich die

Gesamtausgaben in der vorgenannten Höhe aufteilen in

– Personalausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	133 819	13,4
– Sachausgaben	866 351	86,6

Die Aufteilung der Gesamtausgaben nach dem Verpflichtungsgrund – kapitelweise dargestellt und den Voranschlagsbeträgen gegenübergestellt – ist in Band 2, Tabelle A.2.1.1 dargestellt; die Aufteilung nach Personal- und Sachausgaben enthält die Tabelle A.2.1.2.

4.1.1.1 Personalausgaben

	Mill S	%
Von den Personalausgaben (133 819 Mill S) entfielen auf		
– Aktivbezüge	103 233	77,1
– Pensionen	30 586	22,9
Von den Aktivbezügen entfielen auf		
– Geldbezüge für Beamte	63 378	61,4
– Geldbezüge für Vertragsbedienstete	17 482	16,9
– sonstige Personalausgaben einschließlich Dienstgeberbeiträge	22 373	21,7
Von den Veränderungen gegenüber dem Voranschlag der Personalausgaben (das sind alle Ausgabenansätze mit der Unterteilung 0) entfielen auf		
– Aktivbezüge	+ 2 143	+ 2,1
– Pensionen	– 241	– 0,8

4.1.1.2 Sachausgaben

	Mill S	%
Von den Sachausgaben (866 351 Mill S) entfielen auf		
– erfolgswirksame Ausgaben	659 719	76,1
– bestandswirksame Ausgaben	206 632	23,9
Aufteilung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen		
– Anlagen	25 290	2,9
– Förderungen	56 294	6,5
– übrige Sachausgaben	784 767	90,6
Aufteilung der Sachausgaben nach dem Verpflichtungsgrund		
– Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	353 018	40,7
– Ermessensausgaben	513 333	59,3

Einzelheiten zu den Sachausgaben sind in Band 2, Tabellen A.2.1.3, A.2.1.4 und A.2.3.2 dargestellt.

4.1.2 Gliederung der Gesamteinnahmen

	Mill S	%
Von den Gesamteinnahmen (1 000 170 Mill S) entfielen auf		
– erfolgswirksame Einnahmen	735 351	73,5
– bestandswirksame Einnahmen	264 819	26,5
Bei den Gesamteinnahmen ist zu unterscheiden		
– Einnahmen aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten (zweckgebundene Einnahmen)	137 187	13,7
– sonstige Einnahmen zur Bedeckung aller Ausgabenarten (Grundsatz der Gesamtbedeckung).	862 983	86,3
Die wesentlichen Positionen betrafen dabei die		
– Einnahmen aus öffentlichen Abgaben/netto	413 189	41,3
– Einnahmen der Bundestheater	731	0,1
– weitere Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	351 697	35,2
– Einnahmen des Ausgleichshaushalts	234 553	23,4

Eine kapitelweise Aufgliederung der Einnahmen enthält Band 2, Tabellen A.2.2.1 und A.2.2.2.

4.1.3 Absetzungen

Das Ausmaß der durchgeführten Absetzungen, welche das Bruttoergebnis des Finanzjahres 1997 vermindern, ist Band 2, Tabellen A.4.1.1 und A.4.1.2, zu entnehmen.

4.1.4 Richtlinien für die ansatzweisen Erläuterungen

Unterschiede zwischen Voranschlag und Zahlungen (Voranschlagsabweichungen) von mehr als 5 Mill S werden ansatzweise (in der Regel mit Angabe des Prozentsatzes der Abweichung) unter TZ 4.2 und 4.3 erläutert. Beim Einnahmen-Kapitel 52 "Öffentliche Abgaben" werden Unterschiede erst erläutert, wenn sie 3 % des veranschlagten Betrags überschreiten.

Wie in TZ 3.5.3 dargestellt, wird seit 1991 auf die gegebenen haushaltrechtlichen Grundlagen von ansatzweisen Voranschlagsabweichungen nicht mehr gesondert hingewiesen.

Nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, wird auf diesen Mangel ansatzweise ab 0,5 Mill S in den Erläuterungen hingewiesen.

Die finanziell bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen werden in den Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen (TZ 4.2 und 4.3) kapitelweise in Kursivdruck zusammengefaßt. Dabei werden jene Budgetkapitel besprochen, bei denen die Summen der ansatzweisen Mehr- oder Minderausgaben bzw Mehr- oder Mindereinnahmen den Betrag von 100 Mill S übersteigen.

4.2 Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben

1/02 Bundesgesetzgebung

Mehrausgaben von 415 Mill S entstanden hauptsächlich infolge Zuwendungen an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (400 Mill S) sowie für Aufwendungen des Nationalrats (9 Mill S).

Minderausgaben von 127 Mill S betrafen vorwiegend Anlagen der Parlamentsdirektion (48 Mill S) sowie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen des Nationalrats (38 Mill S), des Bundesrats (13 Mill S) und der gemeinsamen Ausgaben für Mitglieder des Nationalrats, Bundesrats und Europaparlaments (8 Mill S).

1/021 Nationalrat

1/02106 Förderungen(+ 200,0 %) + 399 999 000,-- S

Mehrausgaben auf Antrag des Kuratoriums des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus gemäß Art VII Ziff 1 BFG 1997.

1/02107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 6,7 %) - 38 441 072,23 S

Minderausgaben vor allem aufgrund der Einstellung der Entfernungszulagen für die Mitglieder des Nationalrates mit 31. März 1997 und weil einmalige Entschädigungen für ausgeschiedene Mandatare nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen (23,2 Mill S), ferner, weil Ruhebezüge für ausgeschiedene Mandatare nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen (13,5 Mill S).

1/02108 Aufwendungen(+ 38,4 %) + 9 135 909,23 S

Mehrausgaben vor allem bei Vergütungen für Dienstreisen (3,9 Mill S), beim Ersatz der Wohnkosten und Ausgaben für Fahrzeitausgleich gemäß den Bestimmungen des mit Wirkung vom 1. April 1997 novellierten Bezügegesetzes (zusammen 3,6 Mill S) sowie bei Aufwendungen gemäß § 10 des Bundesbezügegesetzes (2,0 Mill S).

1/022 Bundesrat

1/02207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 14,6 %) - 13 247 022,50 S

Minderausgaben vor allem aufgrund der Einstellung der Entfernungszulagen für die Mitglieder des Bundesrates mit 31. März 1997 und weil einmalige Entschädigungen für ausgeschiedene Mandatare nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen (7,3 Mill S), ferner, weil Ruhebezüge für ausgeschiedene Mandatare nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen (3,5 Mill S).

1/023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des Nationalrats, Bundesrats und Europaparlaments

1/02307 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 23,7 %) - 8 431 655,20 S

Minderausgaben vor allem aufgrund der Einstellung der Entfernungszulagen für österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments mit 31. März 1997 und weil einmalige Entschädigungen für ausgeschiedene Mandatare nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen (6,1 Mill S), ferner, weil Ruhebezüge für ausgeschiedene Mandatare nicht im vorgesehenen Ausmaß anfielen (2,4 Mill S).

1/02308 Aufwendungen(- 39,3 %) - 8 798 841,72 S

Minderausgaben vor allem infolge Erlöschens des Anspruches der Mandatare auf unentgeltliche Beförderung innerhalb Österreichs mit 31. März 1997 und Wegfall des bezughabenden Zahlungen an Verkehrsunternehmungen (5,6 Mill S).

1/024 Parlamentsdirektion

1/02400 Personalausgaben(- 2,9 %) - 5 458 973,50 S

Minderausgaben infolge teilweiser Besetzung von Planstellen mit Bediensteten mit niedrigeren Bezügen und mit Bediensteten gemäß Punkt 3 (7) des Stellenplanes.

1/02403 Anlagen(- 75,4 %) **- 48 423 036,86 S**

Minderausgaben vor allem bei Amtseinrichtung (13,1 Mill S) und Parlamentseinrichtung (16,5 Mill S) sowie bei Baumaßnahmen und Leitungsanlagen im Parlamentsgebäude (14,6 Mill S) aufgrund der Aufschiebung geplanter Umbauarbeiten.

1/06 Rechnungshof

1/06000 Personalausgaben(- 7,5 %) **- 17 148 562,30 S**

Minderausgaben vor allem für Beamte (14,7 Mill S) und Vertragsbedienstete A/I (1,2 Mill S) infolge unvorhergesehener Ruhestandsversetzungen und späterer Einleitung der Nachbesetzungsverfahren.

1/06008 Aufwendungen(- 15,6 %) **- 7 167 680,94 S**

Minderausgaben vor allem wegen geringerer Durchführung von Inlandreisen (3,4 Mill S) und geringerer Ausgaben für die Beiziehung externer Sachverständiger (1,2 Mill S).

1/10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Mehrausgaben von 804 Mill S entstanden vorwiegend bei Aufwendungen für regional- und strukturpolitische Maßnahmen (621 Mill S), Förderungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit zentral- und osteuropäischen Republiken sowie neuen unabhängigen Staaten (74 Mill S), Förderungen (34 Mill S) und Personalausgaben (12 Mill S) der Zentralleitung, Zuwendungen an politische Parteien (30 Mill S) sowie Anlagen des Unabhängigen Bundesasylsenats (10 Mill S).

Minderausgaben von 228 Mill S betrafen hauptsächlich geringere Aufwendungen (39 Mill S) und Anlagen (4 Mill S) für den Strahlenschutz, die verminderte Inanspruchnahme von Mitteln des Innovations- und Technologiefonds (21 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (14 Mill S), Anlagen (10 Mill S) sowie Aufwendungen (5 Mill S) der Zentralleitung, verminderte Presseförderung (zusammen 21 Mill S) und Sportförderung (12 Mill S). Weitere Minderausgaben entstanden bei Anlagen (10 Mill S) und Personalausgaben (5 Mill S) des Statistischen Zentralamts, durch verminderte Ausgaben für Anlagen (10 Mill S), Aufwendungen (10 Mill S) und Personalausgaben (5 Mill S) bei den Bundessportheimen und Sporteinrichtungen, verminderte Aufwendungen bei der Verwaltungskademie (5 Mill S), den Lebensmitteluntersuchungsanstalten (6 Mill S), bei den veterärmedizinischen Anstalten (5 Mill S) und bei der Epizootie (6 Mill S).

1/100 Bundeskanzleramt

1/1000 Zentralleitung

1/10000 Personalausgaben(+ 2,7 %) **+ 11 798 624,77 S**

Mehrausgaben vor allem bei Beamten (10,4 Mill S) und Vertragsbediensteten A/I (5,3 Mill S) infolge Auswirkungen der Besoldungsreform und der einmaligen Abschlagszahlung.

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbediensteten A/II (2,6 Mill S).

1/10003 Anlagen(- 13,8 %) **- 10 086 358,41 S**

Minderausgaben vor allem infolge geringerer Anschaffung von ADV-Software (4,6 Mill S), von ADV-Hardware (2,3 Mill S) und von Datenfernübertragungseinrichtungen (2,0 Mill S).

1/10006 Förderungen(+ 52,2 %) + 33 512 604,20 S

Mehrausgaben vor allem bei den Sondermaßnahmen der Bundesregierung (Inland) (13,0 Mill S) durch die Aktion "Licht ins Dunkel" und für den Verein der Roma zur Verbesserung der Wohnsituation sowie beim Wohnbauprogramm Palästina (31,3 Mill S).

Minderausgaben betrafen insbesondere die Sondermaßnahmen der Bundesregierung (Ausland) (8,2 Mill S).

1/10007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 5,6 %) - 14 436 233,34 S

Minderausgaben vor allem infolge Verkleinerung der Bundesregierung und geringerer Weiterzahlung von Bezügen an ausgeschiedene Regierungsmitglieder (12,0 Mill S) sowie bei den sonstigen Ruhebezügen gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz (2,6 Mill S).

Mehrausgaben vor allem durch Rücküberweisung von Pensionsbeiträgen der Regierungsmitglieder an die Pensionskassen (4,6 Mill S).

1/1001 Verwaltungskademie

1/10018 Aufwendungen(- 10,7 %) - 5 374 184,41 S

Minderausgaben vor allem bei der Instandhaltung von Gebäuden (2,2 Mill S) infolge Kostenübernahme der Renovierung der Außenstelle Geblergasse durch die Bundesbaudirektion und bei Bagatellgütern (1,3 Mill S).

1/10038 Bundesgesetzblatt(+ 26,7 %) + 6 918 000,-- S

Mehrausgaben infolge Erhöhung des Umfangs der Bundesgesetzblätter (6,9 Mill S).

1/1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

1/10048 Aufwendungen + 621 172 273,94 S

Mehrausgaben infolge nicht vorhersehbarer und nur mit einem Erinnerungsbetrag veranschlagter EU-Strukturfondsmittel (621,2 Mill S).

**1/1005 Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF)
(zweckgebundene Gebarung)**

1/10058 Aufwendungen(- 5,1 %) - 21 379 000,-- S

Minderausgaben vor allem infolge Kürzung der Mittel aufgrund des geänderten Lombardzinssatzes (21,4 Mill S).

**1/1006 Zusammenarbeit mit Zentral- und Osteuropäischen
Republiken und den Neuen Unabhängigen Staaten**

1/10066 Förderungen(+ 51,9 %) + 74 295 988,96 S

Mehrausgaben betrafen vor allem dringliche Hilfsmaßnahmen für Albanien und Bosnien-Herzegowina sowie für den Wiederaufbau der kriegsbetroffenen Gebiete im ehemaligen Jugoslawien (125,2 Mill S).

Minderausgaben bei Beratungsmaßnahmen (50,9 Mill S) infolge notwendiger Umschichtungen zugunsten von Hilfsmaßnahmen.

1/1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

1/10083 Anlagen + 9 957 557,88 S

Mehrausgaben insbesondere für ADV-Hard- und -Software (6,4 Mill S) infolge Aufbaus eines Büroinformationssystems für den mit BGBl I Nr 77/1997 eingerichteten unabhängigen Bundesasylsenat.

1/10088 Aufwendungen + 5 929 914,15 S

Mehrausgaben vor allem für sonstige Miet- und Pachtzinse (2,4 Mill S) und für Schulung und Weiterbildung im ADV-Bereich (1,9 Mill S).

1/102 Statistisches Zentralamt

1/10200 Personalausgaben (- 1,2 %) - 5 243 499,63 S

Minderausgaben vor allem bei Vertragsbediensteten B/I (13,5 Mill S) und bei Vertragsbediensteten, die als Jugendliche, Anlernkräfte und Lehrlinge entschädigt werden (3,0 Mill S) infolge Personalverminderung sowie daraus resultierend bei Dienstgeberbeiträgen (2,5 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei Beamten und Vertragsbediensteten A/I (15,8 Mill S) infolge Auswirkungen der Besoldungsreform und der einmaligen Abschlagszahlung.

1/10203 Anlagen (- 38,9 %) - 10 211 814,59 S

Minderausgaben vor allem infolge nicht angeschaffter ADV-Hardware (7,2 Mill S) und ADV-Software (2,6 Mill S).

1/10208 Aufwendungen (- 4,2 %) - 6 895 635,92 S

Minderausgaben vor allem infolge der lediglich in Form einer Stichprobenerhebung durchgeführten allgemeinen Viehzählung und der unterbliebenen Weinernsteuerhebung (8,4 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen statistische Publikationen (1,8 Mill S), Druckwerke für Statistik und Verwaltung (1,7 Mill S) sowie Entgelte für Preiserhebungen (1,2 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen (4,5 Mill S) infolge einer Rationalisierungsuntersuchung durch einen Unternehmensberater und bei Instandhaltung von Gebäuden (3,2 Mill S) vor allem durch verspätete Rechnungslegungen für Leistungen des Jahres 1996.

Überschreitung ohne gesetzliche Grundlage in Höhe von rd 0,4 Mill S.

1/104 Presse- und Parteienförderung**1/1043 Zuwendungen an politische Parteien**

1/10434 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 15,0 %) + 30 352 293,21 S

Mehrausgaben vor allem durch Nachzahlung des Wahlwerbungskosten-Beitrags anlässlich der Nationalratswahl 1995 an die Freiheitliche Partei Österreichs (30,4 Mill S).

1/1045 Presseförderung (Allgemeine Förderung)

1/10456 Förderungen (- 8,0 %) - 8 066 640,09 S

Minderausgaben vor allem für Zuschüsse an Unternehmungen (6,9 Mill S) infolge Kürzung der Förderungsmittel aufgrund vorgenommener Ausgabenrückstellung.

1/1046 Presseförderung (Besondere Förderung)

1/10466 Förderungen (– 8,0 %) – 13 200 000,01 S

Minderausgaben vor allem für Zuschüsse an Unternehmungen (10,5 Mill S) infolge Kürzung der Förderungsmittel aufgrund vorgenommener Ausgabenrückstellung.

1/107 Sportangelegenheiten

1/10706 Förderungen (– 6,4 %) – 12 227 162,90 S

Minderausgaben vor allem durch die nicht erfolgte Sanierung des Stadions der Gemeinde Salzburg (7,0 Mill S) und der Leichtathletikhalle der Landesregierung Oberösterreichs (3,0 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen die Investitionsförderungen der Länder und Gemeinden/Sportstätten (3,5 Mill S), das Projekt Nachwuchsförderung (3,2 Mill S) infolge Zurückstellung verschiedener Einzelprojekte, die Sprungschanze der Gemeinde Ramsau (2,9 Mill S), das Projekt Frauenförderung (2,5 Mill S) und das Österreichische Anti Doping Comitee (1,2 Mill S).

Mehrausgaben vor allem durch verstärkte Förderung der Sporthalle der Gemeinde Oberwart (3,8 Mill S), der sonstigen Sportstätten (3,2 Mill S) und der DSV Leoben-Stadion Einrichtungs- und BetriebsgesmbH (3,0 Mill S).

1/1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

1/10750 Personalausgaben (– 6,2 %) – 5 236 097,20 S

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbediensteten A/I und A/II (5,0 Mill S) infolge geringeren Personalbedarfs in der Wintersaison 1997/1998.

1/10753 Anlagen (– 16,9 %) – 9 895 542,91 S

Minderausgaben vor allem bei den Bundessporteinrichtungen, insbesonders beim Bundessportzentrum Südstadt und bei der Bundessportschule Obertraun infolge verzögerter Projektplanung (5,6 Mill S) sowie bei Maschinen und maschinellen Anlagen (2,8 Mill S) infolge geringer Anschaffungen.

1/10758 Aufwendungen (– 12,2 %) – 9 533 045,98 S

Minderausgaben betrafen vor allem laufende Transferzahlungen an die Gemeinde Graz (2,8 Mill S), Lebensmittel (1,7 Mill S) und den Überweisungsbetrag an die Länder gemäß Finanzausgleich (1,3 Mill S).

1/108 Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten und Gentechnologie

1/1081 Strahlenschutz

1/10818 Aufwendungen (– 38,3 %) – 39 205 883,15 S

Minderausgaben bei angemieteten Postleitungen (26,5 Mill S) infolge Senkung der Tarife für die Leitungsmieten des Strahlenfrühwarnsystems, bei Leistungs-aufträgen (4,2 Mill S) infolge von Projektverzögerungen sowie der gesetzlich vorgeschriebenen Eichung im Bereich des Strahlenfrühwarnsystems, beim Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf (5,4 Mill S) infolge geringerer Aufarbeitung und Konditionierung von mittelaktiven und Alpha-kontaminierten Abfällen sowie beim Projekt "Endlagerung konditionierter radioaktiver Abfälle (ELA)" (3,0 Mill S) infolge von Verzögerungen.

1/1082 Veterinärwesen

1/10827 Epizootie	(- 9,8 %)	- 5 583 465,76 S
--------------------------------	-----------	------------------

Minderausgaben bei Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (10,9 Mill S) infolge Entfalls der Kostenbeteiligung Österreichs beim Aufbau einer internationalen Impfstoffbank und infolge geringeren Bedarfs von Tollwutködern entsprechend der günstigen Tollwutsituation.

Mehrausgaben für Entgelte an Einzelpersonen (6,7 Mill S) infolge höheren Bedarfs an Untersuchungen auf Rinder-Tbc entsprechend dem Rinderbestand.

1/109 Dienststellen**1/1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**

1/10908 Aufwendungen	(- 12,4 %)	- 6 054 629,90 S
-----------------------------------	------------	------------------

Minderausgaben hauptsächlich bei Gebrauchs- und Verbrauchsgütern sowie chemischen Mitteln (zusammen 3,2 Mill S) infolge geänderter Analysemethoden im Rahmen der Lebensmitteluntersuchungen.

1/1091 Veterinärmedizinische Anstalten

1/10918 Aufwendungen	(- 10,9 %)	- 5 139 520,86 S
-----------------------------------	------------	------------------

Minderausgaben bei chemischen Mitteln (7,8 Mill S) infolge preisgünstiger Anschaffung sowie der günstigeren Seuchenlage.

Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden (2,8 Mill S) infolge des Neubaus der Virologie an der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung.

1/11 Inneres

Mehrausgaben von 826 Mill S betrafen vorwiegend Personalausgaben (566 Mill S) und Aufwendungen (49 Mill S) der Bundesgendarmerie, Personalausgaben (69 Mill S), Anlagen (17 Mill S) und Aufwendungen (7 Mill S) der Zentralleitung des BMI, Aufwendungen (34 Mill S) sowie Personalausgaben im zweckgebundenen Geburungsbereich (26 Mill S) der Bundespolizei, Förderungen bei Einrichtungen zur Flüchtlingsbetreuung und Integration (21 Mill S) sowie Anlagen (14 Mill S) und Aufwendungen (9 Mill S) des BMI (Zweckaufwand).

Minderausgaben von 448 Mill S betrafen vor allem geringere Aufwendungen für Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschn. G, Z 12 BMG (Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz) (122 Mill S), Personalausgaben (78 Mill S), Anlagen (14 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (7 Mill S) der Bundespolizei, Anlagen (59 Mill S) bzw Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (5 Mill S) der Bundesgendarmerie, Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (55 Mill S) und Aufwendungen (51 Mill S) des Zivildienstes sowie Aufwendungen für Einrichtungen zur Flüchtlingsbetreuung und Integration (22 Mill S) sowie Zahlungen an die BIG (15 Mill S).

1/110 Bundesministerium für Inneres**1/1100 Zentralleitung**

1/11000 Personalausgaben (+ 8,9 %) + 69 401 006,17 S

Mehrausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (62,3 Mill S), den Mehrleistungsvergütungen (7,3 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (3,1 Mill S) infolge der Auswirkungen der Besoldungsreform, des jährlichen Struktureffektes, der einmaligen Abschlagszahlung von 3 600 S sowie vermehrter Zuteilungen (Sondereinsatzgruppen, Schengen- und EU-Angelegenheiten).

Minderausgaben vor allem bei den Jubiläumszuwendungen (3,1 Mill S).

1/11003 Anlagen (+ 4,0 %) + 16 584 729,33 S

Mehrausgaben durch den forcierten Ausbau der Büroautomation und -kommunikation (167,4 Mill S), die Aufrüstung eines Großrechners (16,3 Mill S) sowie bei den sonstigen technischen Geräten (20,0 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei den Datenfernübertragungseinrichtungen-Schengen (117,0 Mill S) und ADV-Hardware-Schengen (8,7 Mill S) insbesondere aufgrund von Verzögerungen beim Ausbau des Informationssystems EUROPOL bzw durch Vorziehung der Aufrüstung der Grenzkontrollarbeitsplätze zu Lasten des Jahres 1996. Weitere Minderausgaben bei ADV-Software (32,3 Mill S) aufgrund verspäteter Lieferungen, bei den ADV-Hilfsmaschinen (6,0 Mill S), bei den Personenkraftwagen und sonstigen Kraftfahrzeugen (7,4 Mill S) durch einen geringeren Austauschbedarf sowie bei den sonstigen technischen Einrichtungen (15,3 Mill S).

1/11008 Aufwendungen (+ 1,3 %) + 6 524 998,98 S

Mehrausgaben für ADV-Konzepte, Analysen und Gutachten-Schengen (23,7 Mill S) infolge eines zusätzlichen Bedarfes für Programmentwicklung des nationalen Teils des Schengener Informationssystems und an externen Dienstleistungen, bei den sonstigen ADV-Leistungen (25,8 Mill S) durch vermehrte Integrationsleistungen und Mehrbedarf an Outsourcing Projekten, durch die weitere Ausbildung von Trainern für Büroautomation und -kommunikation (6,3 Mill S) sowie bei der sonstigen Amtsausstattung (3,1 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei der Instandhaltung von Gebäuden (12,5 Mill S), bei der Wartung von Büroautomations- und -kommunikations-Geräten (14,1 Mill S) und bei den ADV-Lizenzzgebühren (8,8 Mill S) durch verspätete Hardware-Installationen, bei den Mieten für Datenfernübertragungs-Leitungen (8,8 Mill S) durch Kündigungen von Datenleitungen, bei den Beiträgen an das Schengener-Generalsekretariat (4,1 Mill S) durch nicht rechtzeitig eingelangte Abrechnungen, bei den übrigen Gerichtskosten (3,6 Mill S) sowie für Miet- und Pachtzinse (2,6 Mill S).

1/1101 Zahlungen an die BIG

1/11018 Aufwendungen (- 15,6 %) - 15 189 729,10 S

Minderausgaben vor allem durch die Verminderung der Zuschlagsmieten und die Reduktion von Nutzflächen (33,5 Mill S).

Mehrausgaben durch die Vorziehung von nutzerspezifischen Einrichtungen bzw Beginn einer Generalsanierung in Gebäuden der Bundespolizei (19,0 Mill S).

1/111	Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)	
1/1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	
1/11103	Anlagen	(+ 41,7 %) + 14 177 069,40 S
	Mehrausgaben vor allem durch die Anschaffung von Luftfahrzeugen für die Verkehrsüberwachung (32,5 Mill S).	
	Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen bei der Beschaffung eines Hubschraubers (14,1 Mill S) sowie bei den Ersatzteilen (6,1 Mill S).	
1/11108	Aufwendungen	(+ 21,5 %) + 8 999 982,99 S
	Mehrausgaben durch vermehrte Fremdvergabe von Wartungsarbeiten an Luftfahrzeuge (8,9 Mill S) sowie bei den sonstigen Leistungen (3,0 Mill S).	
	Minderausgaben bei den Ersatzteilen für Luftfahrzeuge (3,1 Mill S).	
1/1113	Opferschutzeinrichtungen	
1/11136	Förderungen	+ 4 952 600,-- S
	Mehrausgaben aufgrund fehlender Veranschlagung infolge Neueröffnung des Ansatzes (5. BFG-Novelle 1997, BGBl I/135).	
1/1117	Zivildienst	
1/11177	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 11,2 %) - 55 444 438,76 S
	Minderausgaben für Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe (30,0 Mill S), Pauschalvergütungen (13,7 Mill S), Reisekostenvergütungen (7,1 Mill S) sowie Sozialversicherung (4,3 Mill S) durch eine geringere Anzahl eingesetzter Zivildienstleistender.	
1/11178	Aufwendungen	(- 11,3 %) - 51 260 190,26 S
	Minderausgaben für Schulungszwecke (50,7 Mill S) und Ersätze gemäß § 41 ZDG (45,0 Mill S) aufgrund einer geringeren Anzahl von eingesetzten Zivildienstleistenden.	
	Mehrausgaben vor allem bei den Ersätzen gemäß § 41 ZDG an Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (44,1 Mill S).	
1/1119	Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt G, Ziffer 12 BMG	
1/11198	Aufwendungen	(- 40,7 %) - 122 000 745,72 S
	Minderausgaben vor allem bei der Räumung der Helene-Berger-Deponie.	
1/113	Bundespolizei	
1/1130	Bundespolizei	
1/11300	Personalausgaben	(- 1,2 %) - 77 857 035,89 S
	Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (63,8 Mill S) und den sonstigen Nebengebühren (36,5 Mill S) aufgrund von Sparmaßnahmen und zu hoher Veranschlagung sowie bei den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (3,7 Mill S).	
	Mehrausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (5,3 Mill S), den Vertragsbedienstetenentgelten (19,1 Mill S) aufgrund des jährlichen Struktureffektes und der einmaligen Abschlagszahlung von 3 600 S. Weitere Mehrausgaben ergaben sich	

bei den Jubiläumszuwendungen und Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (zusammen 2,9 Mill S).

1/11303 Anlagen(- 6,2 %) - 13 690 703,72 S

Minderausgaben im wesentlichen durch den geringeren Austausch von sonstigen Kraftfahrzeugen (7,3 Mill S), durch Verzögerungen bei der Errichtung der Schießanlage bei der BPD Linz (7,1 Mill S) sowie bei der technischen Amtsausstattung (5,4 Mill S) durch den Preisverfall bei Telefaxgeräten und aufgrund von Verzögerungen im Bauplan bei der Sanierung der BPD Graz.

Mehrausgaben vor allem beim Erkennungsdienst (3,3 Mill S) für die Beschaffung eines digitalen Bildübertragungssystems sowie bei der Amtsausstattung (2,9 Mill S).

1/11307 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 4,4 %) - 7 397 534,71 S

Minderausgaben bei den Familienbeihilfen infolge zu hoher Veranschlagung (11,8 Mill S).

Mehrausgaben ergaben sich für Unterstützungsleistungen an Hinterbliebene nach dem Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz und bei den Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen (zusammen 4,7 Mill S).

1/11308 Aufwendungen(+ 2,6 %) + 33 971 171,56 S

Mehrausgaben vor allem für die Überwachung am Flughafen Wien/Schwechat (70,9 Mill S) aufgrund der Neueröffnung des Pier-West, bei den sonstigen Leistungen (16,5 Mill S) insbesondere durch Planungskosten und Entsorgungsmaßnahmen bei der Sanierung der Roßauer Kaserne sowie durch die erste Ratenzahlung für die DNA-Analyse, bei der Instandhaltung von Gebäuden (14,7 Mill S) durch zusätzliche Renovierungsarbeiten und erhöhte Wartungskosten, bei den freiwilligen Sozialleistungen (6,1 Mill S) durch die Umstellung von Verrechnungsmodalitäten, bei der sonstigen Amtsausstattung (4,2 Mill S) aufgrund der Umstellung auf computergerechte Arbeitsplätze, durch die Preiserhöhung bei den Begutachtungsplaketten für Kraftfahrzeuge (4,0 Mill S) sowie bei den Kosten für Fremdbearbeitung (3,0 Mill S).

Minderausgaben ergaben sich für Leistungen der Post (14,3 Mill S) aufgrund von Sparmaßnahmen, bei den sonstigen Leistungen von Einzelpersonen (8,1 Mill S), bei Verpflegskosten für Polizeiarrestanten (4,6 Mill S), für Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel (4,3 Mill S), Kennzeichentafeln für Kraftfahrzeuge (4,0 Mill S), Mietenvorauszahlungen (4,0 Mill S) sowie für Inlandreisen (3,3 Mill S) und Vergütungen an Einzelpersonen gemäß § 129 KFG (3,1 Mill S). Weitere Minderausgaben entstanden bei den Verbrauchsgütern für innerbetriebliche Leistungen, Ersatzteilen für Fahrzeuge, Lebensmitteln (Küchen), Druckwerken, Munition, Fahrtkostenzuschüssen, Auslandreisen, Aufwandsentschädigungen, freiwilligen Sozialleistungen (Schulungszwecke), Instandhaltungen von sonstigen Anlagen, Transportkosten, Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz, Gerichtsgebühren, Versicherungen, Verpflegskosten für Zivildienstleistende, Überweisungen gemäß § 41 ZDG und Transferzahlungen an den Polizeimassafonds (zusammen 40,0 Mill S).

1/1131 Bundespolizei (zweckgebundene Gebarung)

1/11310 Personalausgaben(+ 33,3 %) + 25 521 792,60 S

Mehrausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (33,4 Mill S) aufgrund des Mangels an voll ausgebildeten Sicherheitswachebeamten.

Minderausgaben vor allem bei den Beamtenbezügen (9,2 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/114	Bundesgendarmerie	
1/1140	Bundesgendarmerie	
1/11400	Personalausgaben	(+ 7,9 %) + 512 134 449,97 S

Mehrausgaben bei den Beamtenbezügen (343,4 Mill S), Mehrleistungsvergütungen (176,0 Mill S), sonstigen Nebengebühren (18,1 Mill S) und Jubiläumszuwendungen (7,8 Mill S) vor allem infolge des personellen Ausbaues des Grenzdienstes, des jährlichen Struktureffektes und der einmaligen Abschlagszahlung in Höhe von 3 600 S sowie bei Vergütungen für Nebentätigkeit (2,2 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbediensteten A/I, A/II und B/II (zusammen 24,3 Mill S) sowie den Dienstgeberbeiträgen und Dienstgeberbeiträge-Überweisungsbeträgen für Beamte (zusammen 10,4 Mill S).

1/11403	Anlagen	(- 19,6 %) - 58 573 744,07 S
----------------	----------------------	------------------------------

Minderausgaben bei den sonstigen Kraftfahrzeugen und Wasserfahrzeugen (46,1 Mill S) durch einen geringeren Austausch, den Fernmeldeeinrichtungen und Fernmeldeeinrichtungen-Datennetze (25,8 Mill S) infolge von Verzögerungen beim Ausbau der Landesleitzentralen bzw beim Ausbau des BMI-Netzes, bei Bekleidung und Ausrüstung (8,9 Mill S), der technischen Amtsausstattung (5,7 Mill S) sowie für Bewaffnung und Schießanlagen (2,8 Mill S).

Mehrausgaben im wesentlichen bei der erkennungsdienstlichen Ausstattung des Grenzdienstes (25,6 Mill S) sowie für technische Geräte und Einrichtungen zur Überwachung auf den Flughäfen Graz/Thalerhof und Linz/Hörsching (6,0 Mill S).

1/11408	Aufwendungen	(+ 3,5 %) + 48 660 029,50 S
----------------	---------------------------	-----------------------------

Mehrausgaben vor allem für Inlandreisen (36,1 Mill S), Mietenvorauszahlungen (27,3 Mill S), Mieten (17,9 Mill S), Bekleidung und Ausrüstung (9,5 Mill S), Instandhaltung von sonstigen Kraftfahrzeugen (7,7 Mill S), sonstige Ersatzteile (5,5 Mill S), freiwillige Sozialleistungen (6,6 Mill S), Energiebezüge (4,6 Mill S), Instandhaltung von Kommunikationstechnik (4,5 Mill S), sonstige Leistungen (6,9 Mill S), Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel (4,0 Mill S), Treibstoffkosten (3,2 Mill S) sowie Ersatzteile für Fahrzeuge, für Druckwerke, sonstige Verbrauchsgüter, Instandhaltung von Anlagen und sonstige Transporte (zusammen 7,4 Mill S) insbesondere durch den verstärkten Ausbau des Grenzdienstes.

Minderausgaben im wesentlichen bei den Leistungen der Post (25,7 Mill S), der Instandhaltung von Gebäuden (19,1 Mill S), der Munition (11,4 Mill S), den Aufwandsentschädigungen (10,8 Mill S) und den Transferzahlungen an den Gendarmeriemassafonds (9,3 Mill S), bei der sonstigen Amtsausstattung (9,1 Mill S) und bei den Fahrtkostenzuschüssen (7,6 Mill S).

1/1141 **Bundesgendarmerie (zweckgebundene Gebarung)**

1/11410	Personalausgaben	(+ 39,3 %) + 53 893 723,20 S
----------------	-------------------------------	------------------------------

Mehrausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (47,2 Mill S) und sonstigen Nebengebühren (8,8 Mill S) sowie bei den Beamtenbezügen (3,2 Mill S) aufgrund vermehrter Verkehrsüberwachungstätigkeit.

Minderausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete A/I (3,5 Mill S) und Dienstgeberbeiträgen (2,1 Mill S).

1/115 Besondere Einrichtungen**1/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

1/11506 Förderungen(+ 15,1 %) + 20 931 895,87 S

Mehrausgaben infolge der Fortführung der Aktion zur Betreuung von Kriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina (28,3 Mill S).

Minderausgaben im wesentlichen durch verspätete Anforderungen privater Träger von Betreuungsstrukturen (8,3 Mill S).

1/11508 Aufwendungen(- 11,1 %) - 21 710 071,83 S

Minderausgaben vor allem aufgrund der geringeren Anzahl von Asylwerbern in der Bundesbetreuung (45,8 Mill S).

Mehrausgaben vor allem durch die Fortführung der Unterstützungsaktion von Kriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina bei den Kranken- und Heilanstaltskosten (16,9 Mill S) und den Lebensmitteln (4,1 Mill S) sowie bei den Beiträgen zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen (3,9 Mill S).

1/12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Mehrausgaben von 1 131 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der allgemeinbildenden Pflichtschulen (365 Mill S), Personalausgaben an allgemeinbildenden höheren Schulen (266 Mill S), berufsbildenden Schulen (zusammen 273 Mill S) sowie den Schulaufsichtsbehörden (39 Mill S), Personalausgaben (41 Mill S) und Aufwendungen (15 Mill S) bei der BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik, Anlagen (21 Mill S) und Personalausgaben (13 Mill S) im Bereich der Zentralleitung, Aufwendungen (8 Mill S) beim Zweckaufwand im Bereich BMUK, Personalausgaben (7 Mill S) und Aufwendungen (6 Mill S) bei den pädagogischen Instituten sowie Personalausgaben (7 Mill S) und Aufwendungen (5 Mill S) bei Nationalbibliothek und Phonotheke.

Minderausgaben von 602 Mill S entstanden insbesondere bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (100 Mill S) beim Zweckaufwand im Bereich BMUK, beim Personal (100 Mill S), den Aufwendungen (13 Mill S), Anlagen (12 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (8 Mill S) an technischen und gewerblichen Lehranstalten, bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (57 Mill S) an berufsbildenden Pflichtschulen, bei Aufwendungen (39 Mill S), Förderungen (29 Mill S) sowie Bezugsvorschüssen (13 Mill S) im Bereich der Zentralleitung, bei Aufwendungen (33 Mill S), Anlagen (8 Mill S) und Förderungen (6 Mill S) der Museen, bei Aufwendungen für Zahlungen an die BIG (28 Mill S), bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (15 Mill S), Personalausgaben (12 Mill S) und Aufwendungen (5 Mill S) der pädagogischen Akademien, bei Förderungen des allgemeinbildenden Schulwesens (11 Mill S) sowie des Bundesdenkmalamts (9 Mill S), bei den Personalausgaben der allgemeinbildenden Bundessschülerheime (9 Mill S) und berufspädagogischen Akademien (6 Mill S) sowie bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Schulaufsichtsbehörden (7 Mill S) und der allgemeinbildenden höheren Schulen (7 Mill S).

1/120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1/12000 Personalausgaben(+ 3,7 %) + 12 767 315,30 S

Mehrausgaben vor allem für Bezüge von Beamten (11,0 Mill S) infolge Überleitung in das neue Besoldungsschema.

1/12003 Anlagen(+ 25,6 %) + 20 879 011,77 S

Mehrausgaben beim Erwerb von Rechten (35,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben vorwiegend für Schulraumbeschaffung (6,2 Mill S) sowie für Hardware (5,4 Mill S) infolge Verschiebung von Anschaffungen.

1/12005 Bezugsvorschüsse(- 25,0 %) - 12 574 395,-- S

Minderausgaben vor allem infolge geringerer Gewährung von sonstigen Bezugsvorschüssen (9,8 Mill S).

1/12006 Forderungen(- 22,2 %) - 29 211 889,70 S

Minderausgaben für Anniversarien (21,6 Mill S), für die Interkulturförderung (8,7 Mill S), die allgemeine Kulturförderung (6,8 Mill S) und den Bildungsfilm (3,6 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen; weiters beim Verein Österreichische Schule Prag (3,0 Mill S) sowie beim Österreichischen Kulturservice (3,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Zuschüsse an Unternehmungen (6,2 Mill S), für private Haushalte und Zuschüsse für sonstige Anlagen (zusammen 4,7 Mill S), für sonstige gemeinnützige Einrichtungen (3,7 Mill S) sowie für Baukostenzuschüsse (3,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/12008 Aufwendungen(- 6,2 %) - 39 191 076,84 S

Minderausgaben vor allem für Anniversarien (20,1 Mill S), für sonstige Raumbeschaffungsmaßnahmen (12,2 Mill S), für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (11,1 Mill S), für Druckwerke (3,9 Mill S) sowie für die Instandhaltung von Gebäuden (3,4 Mill S) infolge Ausgabenrückstellungen; weiters für Expertenbesuche, geringwertige Wirtschaftsgüter und Leistungen der Post (zusammen 5,4 Mill S).

Mehrausgaben vor allem für die Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung (10,6 Mill S) infolge vertraglicher Verpflichtungen, für sonstige Leistungen (5,3 Mill S) sowie für den Mitgliedsbeitrag Internatsschule Stams (3,7 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1201 Zahlungen an die BIG

1/12018 Aufwendungen(- 2,0 %) - 28 268 000,02 S

Minderausgaben bei Schulraum-Normmieten (91,6 Mill S) und bei Betriebskosten (9,3 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei Mieterinvestitionen (45,2 Mill S) und bei Zuschlagsmieten (27,4 Mill S) infolge schwer abschätzbarer Bedarfs.

1/122 Bundesministerium; Zweckaufwand

1/1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse

1/12207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 13,7 %) - 100 007 616,73 S

Minderausgaben bei Schülerbeihilfen (75,0 Mill S) sowie bei der Studienförderung (18,0 Mill S) infolge geringeren Anfalls; weiters bei laufenden Transferzahlungen an Länder (4,3 Mill S) infolge Schließung einer Privatschule.

1/12208 Aufwendungen(+ 4,5 %) + 7 652 495,40 S

Mehrausgaben vor allem bei Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (15,5 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung, für Druck-

werke (8,3 Mill S) infolge vermehrten Ankaufs, für Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (4,4 Mill S) sowie für Entgelte an Einzelpersonen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (3,8 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben für Entgelte an Firmen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (12,8 Mill S) infolge geringeren Bedarfs, bei Forschungsaufträgen (9,3 Mill S) wegen Reduktion des Forschungsumfangs sowie bei Schülerunterstützungen (5,3 Mill S) infolge geringeren Anfalls.

1/1225 Allgemeinbildendes Schulwesen

1/12256 Förderungen (- 10,0 %) – 10 944 000,-- S

Minderausgaben vor allem beim Waldorfschulen-Verband, bei der Internationalen Schule Wien sowie bei Zuschüssen an Privatschulerhalter und für sonstige Anlagen (zusammen 9,7 Mill S).

1/124 Nachgeordnete Dienststellen

1/1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

1/12428 Aufwendungen (+ 10,6 %) + 5 999 999,75 S

Mehrausgaben vor allem für Leistungen von Dritten (6,5 Mill S) infolge höherer Teilnehmerzahl an der "Wien-Aktion" und "Europa-Aktion" sowie wegen Preiserhöhungen.

1/1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

1/12438 Aufwendungen (- 23,7 %) – 7 281 000,-- S

Minderausgaben bei Druckwerken (3,5 Mill S) sowie für Leistungen von Dritten (3,0 Mill S) infolge Verschiebung von Anschaffungen.

1/1244 Museen

1/12443 Anlagen (- 6,0 %) – 7 778 972,24 S

Minderausgaben bei Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (5,2 Mill S) und bei Maschinen und maschinellen Anlagen (4,2 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.

1/12446 Förderungen (- 5,5 %) – 5 919 000,-- S

Minderausgaben vorwiegend beim Jüdischen Museum Wien (IF) (5,3 Mill S).

1/12448 Aufwendungen (- 9,4 %) – 33 326 310,83 S

Minderausgaben bei der Stiftung Leopold (36,2 Mill S), beim Museumsquartier (17,0 Mill S), bei der Miete für das Künstlerhaus (4,0 Mill S) und bei den Handelswaren zur entgeltlichen Abgabe (3,5 Mill S), um das erweiterte Ausstellungsprogramm der Bundesmuseen finanzieren zu können.

Mehrausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (21,7 Mill S) aufgrund des erweiterten Ausstellungsprogrammes der Bundesmuseen sowie bei sonstigen Transporten (5,8 Mill S) wegen der Rückführung der ausgelagerten Bestände des Technischen Museums Wien und bei der Instandhaltung von Gebäuden (4,1 Mill S).

1/1246 Nationalbibliothek und Phonotheke

1/12460 Personalausgaben(+ 5,7 %) + 7 484 138,05 S

Mehrausgaben bei Vertragsbediensteten A/I (4,6 Mill S) und bei Beamten (3,4 Mill S) aufgrund von Vorrückungen und infolge der Einmalzahlungen.

1/12463 Anlagen(- 15,7 %) - 6 268 318,51 S

Minderausgaben hauptsächlich bei den Sondersammlungen (8,3 Mill S).

1/12468 Aufwendungen(+ 9,3 %) + 5 201 660,-- S

Mehrausgaben bei Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (11,8 Mill S) aufgrund von Umbaunebenkosten in der Hofburg für die Adaptierung der Räume.

Minderausgaben bei Druckwerken (5,9 Mill S).

1/1247 Bundesdenkmalamt

1/12470 Personalausgaben(+ 6,2 %) + 5 758 980,30 S

Mehrausgaben aufgrund von Vorrückungen und infolge der Einmalzahlungen.

1/12476 Förderungen(- 6,0 %) - 9 386 000,-- S

Minderausgaben bei Zuschüssen an Länder (IF) (17,4 Mill S) und bei Baukostenzuschüssen (IF) (14,4 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.

Mehrausgaben bei Zuschüssen an Gemeinden (IF) (16,7 Mill S), bei sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen (7,1 Mill S) sowie bei Kapitaltransferzahlungen an Unternehmungen (IF) (3,8 Mill S).

1/126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene**1/1260 Schulaufsichtsbehörden**

1/12600 Personalausgaben(+ 6,7 %) + 39 299 274,10 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (21,7 Mill S) infolge Überleitung in das neue Besoldungsschema, für Vertragsbedienstete B/I (13,0 Mill S) sowie für Vertragsbedienstete B/L (4,0 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/12603 Anlagen(- 23,1 %) - 6 029 890,70 S

Minderausgaben für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (7,0 Mill S) infolge Verschiebung von Anschaffungen.

1/12607 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 7,9 %) - 7 135 534,20 S

Minderausgaben vor allem bei Bediensteten gemäß Punkt 3 (7) des Stellenplans (6,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung

1/12610 Personalausgaben(+ 7,3 %) + 5 899 454,90 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (3,7 Mill S) infolge Überleitung in das neue Besoldungsschema und für Entgelte von Vertragsbediensteten B/I (3,2 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen.

1/127 Allgemeinbildende Schulen**1/1270 Allgemeinbildende höhere Schulen**

1/12700 Personalausgaben(+ 2,5 %) + 266 424 596,39 S

Mehrausgaben vor allem für Bezüge von Beamten (320,1 Mill S), für Entgelte von Vertragsbediensteten B/L (73,1 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (43,5 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen; weiters für Jubiläumszuwendungen (7,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (170,7 Mill S) sowie für Belohnungen und Geldaushilfen (11,6 Mill S) infolge von Einsparungsmaßnahmen.

1/12707 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 2,1 %) - 7 024 105,80 S

Minderausgaben vor allem bei der Besoldung der im Dienstverhältnis zu privaten Schulerhaltern stehenden Lehrer (7,1 Mill S) infolge geringerer Verwendung sowie für kirchlich bestellte Religionslehrer und für Dienstgeberbeiträge (zusammen 7,6 Mill S).

Mehrausgaben bei Bediensteten gemäß Punkt 3 (7) des Stellenplans (5,1 Mill S) infolge vermehrter Dienstzuteilungen sowie für Nebengebühren (4,5 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/12708 Aufwendungen(+ 1,0 %) + 6 431 075,42 S

Mehrausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter (26,4 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen; weiters für Aufwandsentschädigungen (18,9 Mill S) sowie für Schadensvergütungen (6,8 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben für Inlandreisen (14,0 Mill S) sowie für Auslandreisen (5,0 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen; weiters bei Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (10,1 Mill S) infolge geringeren Anfalls sowie für sonstige Gebühren und Kostenersätze (6,0 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise und für Instandhaltungen und Energiebezüge (zusammen 9,4 Mill S).

1/1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen

1/12757 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 1,1 %) + 364 960 656,10 S

Mehrausgaben vor allem für laufende Transferzahlungen gemäß FAG (373,7 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben bei der Besoldung der im Dienstverhältnis zu privaten Schulerhaltern stehenden Lehrer (6,0 Mill S) infolge vermehrter Übernahme in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis.

1/1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)

1/12760 Personalausgaben(- 12,2 %) - 8 700 599,60 S

Minderausgaben vor allem bei Entgelten von Vertragsbediensteten B/L (3,7 Mill S) sowie bei Mehrleistungsvergütungen und Dienstgeberbeiträgen (zusammen 3,6 Mill S) infolge Personalreduzierung.

1/128 Berufsbildende Schulen**1/1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten**

1/12800 Personalausgaben (– 2,1 %) – 99 926 134,31 S

Minderausgaben bei Mehrleistungsvergütungen (196,7 Mill S) und bei Entgelten von Vertragsbediensteten B/L (42,5 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen sowie für Dienstgeberbeiträge (4,1 Mill S).

Mehrausgaben bei Bezügen für Beamte (142,9 Mill S) sowie bei Entgelten von Vertragsbediensteten A/I (3,6 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen.

1/12803 Anlagen (– 9,3 %) – 12 050 841,84 S

Minderausgaben vor allem bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (12,5 Mill S) infolge Verschiebung von Anschaffungen.

1/12807 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 12,0 %) – 8 304 406,71 S

Minderausgaben vor allem bei Nebengebühren (3,1 Mill S) infolge geringerer Anzahl von Prüfungskandidaten, für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen (2,4 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise sowie für Lehrer der Kirchen und Religionsgesellschaften (1,9 Mill S) infolge schwer abschätzbarer Bedarfs.

1/12808 Aufwendungen (– 3,4 %) – 13 331 039,59 S

Minderausgaben vor allem bei Miet- und Pachtzinsen (5,3 Mill S) sowie bei Leistungen an Dritte (4,0 Mill S) infolge schwer abschätzbarer Bedarfs; weiters bei Fahrtkostenzuschüssen, Inlandreisen, Roh- und Hilfsstoffen sowie bei Brennstoffen (zusammen 10,2 Mill S).

Mehrausgaben bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,7 Mill S) infolge höheren Anfalls.

**1/1281 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus,
Sozial- und wirtschaftliche Berufe**

1/12810 Personalausgaben (+ 4,2 %) + 121 696 460,30 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (68,7 Mill S) und Entgelte von Vertragsbediensteten B/L (59,3 Mill S) sowie für Dienstgeberbeiträge (23,5 Mill S) infolge vermehrter Aufnahmen.

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (31,4 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.

1/12813 Anlagen (– 10,1 %) – 5 566 773,04 S

Minderausgaben für Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (13,6 Mill S) infolge Verschiebung von Anschaffungen.

Mehrausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen (8,3 Mill S) infolge dringend erforderlicher Anschaffungen von ADV-Geräten.

1/1282 Handelsakademien und Handelsschulen

1/12820 Personalausgaben (+ 4,8 %) + 150 671 803,93 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (115,7 Mill S) und Entgelte von Vertragsbediensteten B/L (49,6 Mill S), für Dienstgeberbeiträge (24,4 Mill S) sowie für Jubiläumszuwendungen (4,1 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (39,9 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.

1/12827 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 13,8 %) + 8 381 747,14 S

Mehrausgaben für Nebengebühren (3,7 Mill S) und für Unterrichtspraktikanten (3,5 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1285 Berufsbildende Pflichtschulen

1/12857 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 4,4 %) - 56 617 609,07 S

Minderausgaben für laufende Transferzahlungen gemäß FAG (56,6 Mill S) infolge Änderung der Verrechnungsweise.

1/129 Anstalten der Lehrer und Erzieherbildung

1/1290 Pädagogische Akademien

1/12900 Personalausgaben(- 1,4 %) - 12 400 844,66 S

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (39,8 Mill S) sowie für Entgelte von Vertragsbediensteten B/L (13,6 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (39,2 Mill S) infolge vermehrter Übernahme in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sowie für Entgelte von Vertragsbediensteten A/I (3,7 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/12907 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 12,1 %) - 15 300 000,-- S

Minderausgaben vor allem bei Mehrleistungsvergütungen (11,0 Mill S) infolge von Einsparungsmaßnahmen.

1/1291 Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

1/12910 Personalausgaben(+ 7,7 %) + 40 996 307,90 S

Mehrausgaben für Bezüge von Beamten (31,2 Mill S) sowie für Entgelte an Vertragsbedienstete B/L (11,0 Mill S) infolge vermehrter Aufnahme.

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (5,8 Mill S) infolge von Einsparungsmaßnahmen.

1/12918 Aufwendungen(+ 21,3 %) + 14 626 196,60 S

Mehrausgaben vor allem für sonstige Gebühren und Kostenersätze (13,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1292 Berufspädagogische Akademien

1/12920 Personalausgaben(- 8,9 %) - 6 130 303,40 S

Minderausgaben vor allem für Bezüge von Beamten (13,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Entgelte an Vertragsbedienstete (9,6 Mill S) infolge vermehrter Aufnahme.

1/1294 Pädagogische Institute

1/12940 Personalausgaben	(+ 6,0 %)	+ 6 973 533,49 S
---------------------------------------	-----------	------------------

Mehrausgaben vor allem für Bezüge von Beamten (7,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/12948 Aufwendungen	(+ 9,5 %)	+ 6 108 962,56 S
-----------------------------------	-----------	------------------

Mehrausgaben vor allem für sonstige Gebühren und Kostenersätze (8,7 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/13 Kunst

1/130 Bundesministerium (Zweckaufwand)		
---	--	--

1/1301 Musik und darstellende Kunst		
--	--	--

1/13018 Aufwendungen	(- 9,3 %)	- 7 200 838,20 S
-----------------------------------	-----------	------------------

Minderausgaben beim Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds (7,0 Mill S) infolge Einsparungsmaßnahmen.

1/1302 Literatur

1/13026 Förderungen	(- 6,3 %)	- 12 000 621,29 S
----------------------------------	-----------	-------------------

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (15,2 Mill S) aufgrund geringerer Anzahl von Ansuchen, bei den Kuratorenprojekten (Einzelpersonen) (12,2 Mill S) aufgrund geänderter Förderungsschwerpunkte, bei den gemeinnützigen Einrichtungen (10,9 Mill S) aufgrund geringerer Anzahl von Ansuchen literarischer Institutionen sowie bei den Kuratorenprojekten (gemeinnützige Einrichtungen) (3,6 Mill S) und beim Bibliotheks- und Medienzentrum (3,5 Mill S).

Mehrausgaben bei Zuschüssen an Unternehmungen (13,0 Mill S) aufgrund verstärkter Verlagsförderung, beim Verein Kulturkontakt - Kontaktstelle für Kulturförderung (10,3 Mill S) aufgrund außerordentlicher kultureller Schwerpunkte in Ost-europa und bei der Dokumentationsstelle für neuere österr. Literatur/Literaturhaus (4,0 Mill S).

1/1303 Kunstmöderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung)

1/13036 Förderungen	(+ 14,3 %)	+ 9 763 030,25 S
----------------------------------	------------	------------------

Mehrausgaben für Zuschüsse für sonstige Anlagen (IF) (9,3 Mill S), für gemeinnützige Einrichtungen (5,6 Mill S) sowie für Baukostenzuschüsse (IF) (4,4 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich beim kulturpolitischen Maßnahmenkatalog (15,9 Mill S), da keine entsprechenden Projekte vorgelegt wurden.

1/1304 Filmwesen

1/13046 Förderungen	(+ 8,7 %)	+ 14 935 636,03 S
----------------------------------	-----------	-------------------

Mehrausgaben vorwiegend beim Österreichischen Filminstitut (16,0 Mill S) aufgrund der Fertigstellung einer großen Anzahl von Projekten.

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (4,6 Mill S) aufgrund geringerer Anzahl von Projektansuchen.

1/1305 Künstlerhilfe

1/13056 Förderungen	(+ 33,8 %)	+ 13 500 000,-- S
----------------------------------	------------	-------------------

Mehrausgaben beim Künstlerhilfefonds (13,5 Mill S) aufgrund gestiegener Anzahl von Versicherten und Abdeckung von Verbindlichkeiten aus den Vorjahren.

1/1307 Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit

1/13076 Förderungen	(+ 31,8 %)	+ 15 759 106,-- S
----------------------------------	------------	-------------------

Mehrausgaben bei den gemeinnützigen Einrichtungen (9,6 Mill S) aufgrund vermehrter Ansuchen regionaler Kulturinitiativen, bei den Baukostenzuschüssen (IF) (9,4 Mill S) wegen eines Sonderprojektes und bei EFRE-Kofinanzierung (EU) (7,8 Mill S).

Minderausgaben bei den privaten Haushalten (10,5 Mill S) aufgrund geringerer Anzahl von Ansuchen von Einzelpersonen.

1/14 Wissenschaft und Forschung

Minderausgaben von 1 207 Mill S entstanden hauptsächlich bei den Aufwendungen (331 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (201 Mill S) und Anlagen (96 Mill S) im nicht zweckgebundenen Gebarungsbereich sowie bei Personalausgaben (142 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (18 Mill S), Aufwendungen (8 Mill S) und Anlagen (7 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich der Universitäten, bei Aufwendungen (86 Mill S) und Förderungen (12 Mill S) an hochschulischen Einrichtungen und durch verminderte Aufwendungen für Expertengutachten und Auftragsforschung (54 Mill S), für Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation (26 Mill S) und für die Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute (17 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (49 Mill S), Aufwendungen (14 Mill S) und Anlagen (9 Mill S) der Kunsthochschulen, Aufwendungen (44 Mill S) und Förderungen (8 Mill S) der Forschungseinrichtungen sowie Anlagen (12 Mill S) und Aufwendungen (7 Mill S) der wissenschaftlichen Anstalten.

Mehrausgaben von 1 093 Mill S betrafen hauptsächlich Personalausgaben der Universitäten (714 Mill S), der Kunsthochschulen (70 Mill S) sowie der Zentralleitung im Verwaltungsbereich Wissenschaft (20 Mill S), Förderungen für die wissenschaftliche Forschung (128 Mill S), Förderungen (100 Mill S) und Aufwendungen (17 Mill S) an Forschungsunternehmungen und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (20 Mill S) der hochschulischen Einrichtungen.

1/140 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr**1/1400 Verwaltungsbereich Wissenschaft**

1/14000 Personalaufwand	(+ 10,2 %)	+ 20 338 515,66 S
--------------------------------------	------------	-------------------

Mehrausgaben vorwiegend für Beamte (19,1 Mill S) infolge der Einmalzahlung gemäß Strukturanpassungsgesetz 1996, BGBl Nr 201/1996, sowie aufgrund der Besoldungsreform.

1/14005 Bezugsvorschüsse	(- 26,6 %)	- 6 592 434,-- S
---------------------------------------	------------	------------------

Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Bezugsvorschüssen (7,1 Mill S) aufgrund geringerer Antragstellung.

1/14008	Aufwendungen	(– 10,2 %)	– 10 368 299,89 S
---------	--------------------	------------	-------------------

Minderausgaben überwiegend bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (5,8 Mill S) infolge der Kündigung von ADV-Wartungsverträgen sowie bei Miet- und Pachtzinsen (2,7 Mill S) aufgrund von Bauverzögerungen.

1/141	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
-------	----------------------------------	--

1/1410	Hochschulische Einrichtungen	
--------	------------------------------	--

1/14106	Förderungen	(– 4,1 %)	– 12 283 787,24 S
---------	-------------------	-----------	-------------------

Minderausgaben bei den Studentenheimen (175,4 Mill S), den Studentenmensen (13,4 Mill S), der Österreichischen Hochschülerschaft und der Österreichischen Menschen-BetriebsgesmbH (zusammen 2,7 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme dieser Mittel.

Mehrausgaben aufgrund der vermehrten Zuerkennung von Förderungen für den Neubau von Studentenheimen bzw die Sanierung von Altbauheimen in Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck und Linz bei der Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten (60,7 Mill S), bei den Kapitaltransfers an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (21,1 Mill S), für die Österreichische Studentenförderungsstiftung (17,7 Mill S), beim Studentenunterstützungsverein Akademiehilfe (13,8 Mill S), beim Oberösterreichischen Studentenwerk (12,0 Mill S), bei der Österreichischen Jungarbeiterbewegung (11,7 Mill S), bei den Dr. A. Schärf-Studentenheimen (11,3 Mill S), beim Salzburger Studentenwerk (11,2 Mill S), bei den Studentenhilfsvereinen (9,1 Mill S) und bei den Kapitaltransferzahlungen an Gemeinden (4,0 Mill S). Schließlich auch Mehrausgaben bei der Österreichischen Menschen-BetriebsgesmbH (7,5 Mill S) infolge von Baukostenzuschüssen für den Umbau der Mensa an der Wirtschaftsuniversität Wien und der Mensa in Graz-Schubertstraße.

1/14107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(+ 1,4 %)	+ 19 999 999,03 S
---------	--	-----------	-------------------

Mehrausgaben bei der Studienförderung (20,0 Mill S) aufgrund der steigenden Anzahl von Anträgen.

1/14108	Aufwendungen	(– 7,2 %)	– 85 765 592,16 S
---------	--------------------	-----------	-------------------

Minderausgaben bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen (147,9 Mill S) infolge geringerer Anmietungen, bei den Entgelten für Leistungen von Einzelpersonen, den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen, bei der Fulbright Kommission, den Aufwandsentschädigungen für ausländische Gastlehrer, der Wissenschaftsvermittlung, der Wissenschafts- und Erziehungscooperation, der Studientätigkeit im Ausland sowie der Vortragstätigkeit im Ausland (zusammen 22,4 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme dieser Leistungen, bei den sonstigen ADV-Leistungen (16,0 Mill S) aufgrund von Verzögerungen bei neuen Projekten, bei den Studienunterstützungen (13,8 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme, bei der Raumbeschaffung für die Universität Salzburg (11,3 Mill S) aufgrund von Bauverzögerungen, bei dem Überbauungsrechtsgelt für das Universitätszentrum Althanstraße (6,2 Mill S) aufgrund verspäteter Rechnungslegung, bei der Sozialversicherung für Studierende (5,3 Mill S) infolge geringerer Antragstellungen für eine begünstigte Selbstversicherung, bei den sonstigen Transporten (Südtiroler Studenten) (5,0 Mill S) aufgrund des Wegfalls der Fahrtkostenunterstützungen, bei der Messebeteiligung (4,5 Mill S) infolge geringer angefallener Beteiligungskosten sowie beim Klagenfurter Hochschulfonds (3,0 Mill S) weil der Erweiterungsbau für die Universität Klagenfurt über die Bundesimmobiliengesellschaft abgewickelt wird.

Mehrausgaben beim Universitätszentrum Althanstraße (105,2 Mill S) aufgrund einer Mietvorauszahlung, um eine Ausweitung der Zinsbelastung zu vermeiden. Weitere Mehrausgaben bei den sonstigen Transporten (30,4 Mill S) infolge des mit dem Studienjahr 1996/97 gesetzlich eingeführten Fahrtkostenzuschusses für

Studienbeihilfenbezieher, bei der Herstellung von Datenfernübertragungsleitungen (10,9 Mill S) aufgrund vermehrten Bedarfes an den Universitäten und Kunsthochschulen sowie beim Universitätszentrum für Weiterbildung in Krems (5,1 Mill S) infolge des Aufbaus von zwei weiteren Lehrgängen.

1/1413 Expertengutachten und Auftragsforschung

1/14138 Aufwendungen (– 28,3 %) – 53 839 849,65 S

Minderausgaben bei den Forschungsschwerpunkten (Unternehmungen) (33,6 Mill S), Technologieschwerpunkten (Unternehmungen) (32,8 Mill S), Entgelten an juristische Personen (15,6 Mill S) sowie bei den Entgelten an physische Personen (14,8 Mill S) infolge geringerer Forschungstätigkeit und verminderter Auftragsvergabe.

Mehrausgaben bei Entgelten an universitäre Einrichtungen (40,8 Mill S) aufgrund vermehrter Vergütungen an teilrechtsfähige Universitätseinrichtungen.

1/1414 Wissenschaftliche Forschung

1/14146 Förderungen (+ 21,4 %) + 128 435 000,-- S

Mehrausgaben bei der Sonderdotation (Technologiemilliarde) (143,6 Mill S) infolge einer hohen Anzahl von Forschungsprojekten im Bereich des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Minderausgaben aufgrund geringerer Forschungstätigkeit bei der Stimulierung der europäischen Forschungskooperation (7,1 Mill S), den Spezialforschungsberichen (4,2 Mill S) und den Schrödinger-, Meitner- und Habilitationsstipendien (3,9 Mill S).

1/1415 Anwendungsorientierte Forschung

1/14158 Aufwendungen + 7 285 280,-- S

Mehrausgaben bei den Impulsprogrammen der Technologiemilliarde (7,0 Mill S) infolge vermehrt durchgeföhrter Referenzprojekte.

1/1416 Forschungseinrichtungen

1/14166 Förderungen (– 3,8 %) – 7 699 648,78 S

Minderausgaben bei den sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen (27,1 Mill S) aufgrund verringriger Gewährung von Subventionen sowie bei der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft (4,0 Mill S) infolge geringerer Forschungstätigkeit.

Mehrausgaben beim Institut für internationale Politik (10,2 Mill S) aufgrund einer Umstrukturierung des Instituts, bei der Research Forschungsgesellschaft Joanneum (Technologieschwerpunkte) sowie dem Bruno Kreisky Forum (zusammen 8,5 Mill S) infolge von Subventionserhöhungen, beim Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, dem Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung und dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen (zusammen 4,8 Mill S) aufgrund vermehrter Forschungsprojekte.

1/14168 Aufwendungen (– 32,9 %) – 44 354 543,28 S

Minderausgaben bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (27,3 Mill S) sowie von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (17,5 Mill S) und für Vorträge, Seminare und Tagungen von Unternehmungen (3,1 Mill S) aufgrund geringerer Inanspruchnahme der bereitgestellten Mittel.

Mehrausgaben bei den START-Wittgenstein-Programmen (4,6 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

1/14176 Förderungen(- 1,6 %) **- 6 021 000,-- S**

Minderausgaben beim Investitionsprogramm sowie bei der Zentrale und den Kommissionen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (insgesamt 5,6 Mill S) aufgrund geringerer Inanspruchnahme dieser Mittel.

1/14178 Aufwendungen(- 20,4 %) **- 17 124 457,45 S**

Minderausgaben hauptsächlich bei der Synchrotronstrahlungsanlage ELETTRA (6,9 Mill S) infolge verminderter Benützung, bei der Fusionsforschung (5,0 Mill S) und der Weltraumforschung im Rahmen der nationalen Programme sowie beim Max von Laue-Paul Langevin Institut (insgesamt 3,2 Mill S) aufgrund geringerer Forschungstätigkeit.

1/1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

1/14186 Förderungen(+ 19,7 %) **+ 5 899 537,07 S**

Mehrausgaben bei den Zuschüssen an gemeinnützige Einrichtungen (EU-Zusatzfinanzierungen) und bei den Zuschüssen an private Haushalte (insgesamt 5,8 Mill S) infolge vermehrter Inanspruchnahme dieser Mittel.

1/14188 Aufwendungen(- 8,4 %) **- 26 005 251,36 S**

Minderausgaben bei den Vorhaben ESA-DRTM (24,8 Mill S), ESA-ASTPH 4 (22,0 Mill S), ESA-ARIANE V (12,7 Mill S), ESA-ERS 1, ESA-EOPP und ESA-PP (zusammen 4,5 Mill S) aufgrund eines günstigeren Umrechnungskurses. Weitere Minderausgaben bei der internationalen Forschungskooperation (9,0 Mill S), den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (6,6 Mill S) sowie den Entgelten an universitäre Einrichtungen (3,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (12,8 Mill S) im Zusammenhang mit der EU-Vorbereitungsfinanzierung, bei den Vorhaben PRODEX (13,9 Mill S), ESA-ARTES (11,2 Mill S), ESA-GSTP (9,9 Mill S) sowie ESA-MSG (9,0 Mill S) aufgrund eines höheren Umrechnungskurses.

1/1419 Forschungsunternehmungen

1/14196 Förderungen(+ 30,3 %) **+ 100 000 000,-- S**

Mehrausgaben bei den Betriebskosten der Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf GesmbH (100,0 Mill S) um den im Jahresabschluß 1996 ausgewiesenen Bilanzverlust teilweise abzudecken.

1/14198 Aufwendungen(+ 11,3 %) **+ 16 697 000,-- S**

Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (16,7 Mill S) um gemäß dem Unternehmensreorganisationsgesetz die Eigenkapitalquote der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GesmbH auf 8 % der Bilanzsumme anzuheben.

1/142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen

1/1420 Universitäten

1/14200 Personalausgaben(+ 7,4 %) **+ 713 640 205,17 S**

Mehrausgaben vor allem bei den Bezügen von Beamten (zusammen 351,8 Mill S), den Vergütungen für Nebentätigkeit (zusammen 234,3 Mill S), den Dienstgeberbeiträgen (63,7 Mill S), den Entgelten für Vertragsbedienstete

(35,7 Mill S), den Jubiläumszuwendungen (20,2 Mill S) sowie den Mehrleistungsvergütungen (3,9 Mill S) infolge der Übernahme von weiteren Bediensteten in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis im Rahmen der sogenannten Lekturenaktion sowie der Einmalzahlung für Beamte und Vertragsbedienstete und der Änderung des Bundesgesetzes über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeit an Hochschulen gemäß Strukturanpassungsgesetz 1996.

1/14203 Anlagen (– 7,2 %) – 95 961 240,90 S

Minderausgaben bei Maschinen und maschinellen Anlagen (110,8 Mill S), den Unterrichts- und Forschungserfordernissen (42,5 Mill S), den Ersteinrichtungen (39,6 Mill S), bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (9,8 Mill S), den Datenfernübertragungseinrichtungen (3,6 Mill S), bei der Software und den Universitätssportanlagen (zusammen 5,3 Mill S) infolge verminderter Anschaffungen und Auflassungen von Anmietungen.

Mehrausgaben bei der ADV-Hardware (113,5 Mill S) und der ADV-Software (3,2 Mill S) aufgrund vermehrter Neubeschaffung moderner Informationstechnologien.

1/14207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 20,4 %) – 201 039 491,98 S

Minderausgaben vor allem bei der Abgeltung von Lehrtätigkeit (insgesamt 276,6 Mill S), den Ausbildungsbeihilfen und -beiträgen (29,7 Mill S) sowie den im GG 1956 nicht vorgesehenen Nebengebühren (Prüfungsentgelte) (insgesamt 27,3 Mill S) infolge der Novellierung des Hochschullehrer-Dienstrechtes im Rahmen der 2. BDG-Novelle 1997.

Mehrausgaben bei der Abgeltung der Lehrtätigkeit von studentischen Hilfskräften (94,6 Mill S) durch den vermehrten Einsatz von kostengünstigeren Studienassistenten, bei den Dienstgeberbeiträgen (22,9 Mill S) und den Gebühren für die Benutzung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen (14,7 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

1/14208 Aufwendungen (– 9,4 %) – 330 533 178,24 S

Minderausgaben entstanden bei geringwertigen Wirtschaftsgütern (45,7 Mill S), Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (39,2 Mill S), Leistungen der Post (37,1 Mill S), Reinigung der Universitäten durch Unternehmungen (30,3 Mill S), Miet- und Pachtzinsen für ADV-Hardware (23,1 Mill S), Aufwandsentschädigungen (19,5 Mill S), Bibliothekserfordernissen/Instandhaltung (19,4 Mill S), der Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (18,5 Mill S), der Instandhaltung von ADV-Maschinen und maschinellen ADV-Anlagen (18,1 Mill S), Energiebezügen (17,6 Mill S), der Instandhaltung von sonstigen Anlagen (17,5 Mill S), Mieten von Datenfernübertragungsleitungen (14,5 Mill S), Schreib-, Zeichen- und sonstigen Büromitteln (13,7 Mill S), Druckwerken (12,2 Mill S), Handelswaren zur entgeltlichen und unentgeltlichen Abgabe, Futtermitteln, Drucksorten, Medikamenten, Auslandreisen/Dienstreisen, Auslandzulagen und Bildungszulagen (zusammen 11,6 Mill S), Verbrauchsgütern für innerbetriebliche Leistungen (11,4 Mill S), Chemikalien (11,2 Mill S), Fahrtkostenzuschüssen (10,8 Mill S), der ADV-Programmerstellung (9,2 Mill S), geringwertigen Ersatzteilen für Anlagen (8,8 Mill S), sonstigen Transporten (8,6 Mill S), Inlandreisen (8,3 Mill S), Exkursionen (4,5 Mill S) und den freiwilligen Sozialleistungen (4,3 Mill S) infolge von Bauverzögerungen sowie durch Einsparungs- und Verbesserungsmaßnahmen.

Mehrausgaben aufgrund Neueinrichtung und Inbetriebnahme von Gebäuden sowie wegen gestiegener Studentenzahlen betrafen die sonstigen Leistungen von Einzelpersonen (22,7 Mill S), Leistungen der Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (19,7 Mill S), Lizenzgebühren für ADV-Software (12,4 Mill S), ADV-Gebrauchsgüter (10,3 Mill S), Miet- und Pachtzinsen (7,0 Mill S), Vergütungen an das BMWV (5,5 Mill S), sonstige ADV-Leistungen (4,5 Mill S) sowie ADV-Ersatzteile (3,2 Mill S).

1/1421 Universitäten (zweckgebundene Geburung)

1/14210 Personalausgaben (– 54,0 %) – 141 874 292,30 S

Minderausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete infolge des verringernten Personalstandes (110,1 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (33,2 Mill S).

Mehrausgaben bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (4,1 Mill S) aufgrund der Änderung des Bundesgesetzes über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeit gemäß Strukturanpassungsgesetz 1996.

1/14213 Anlagen (– 28,2 %) – 7 059 180,55 S

Minderausgaben vorwiegend bei den Maschinen und maschinellen Anlagen (7,3 Mill S) infolge geringerer Anschaffungen.

1/14217 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 45,9 %) – 18 366 692,88 S

Minderausgaben bei der Abgeltung von Lehrtätigkeit (Remunerations, Vergütungen) (9,8 Mill S) und den Anteilen der Universitätslehrkräfte an Taxen (5,9 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

1/14218 Aufwendungen (– 4,0 %) – 7 571 099,30 S

Minderausgaben bei geringwertigen Wirtschaftsgütern, Handelswaren zur entgeltlichen Abgabe und Chemikalien (zusammen 7,3 Mill S), bei den Aufwandsentschädigungen (6,9 Mill S) sowie den Studienbeihilfen und -unterstützungen (3,2 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei den Werkverträgen (10,5 Mill S) aufgrund verstärkter Inanspruchnahme von diesbezüglichen Leistungen.

1/1423 Bibliotheken

1/14230 Personalausgaben (– 41,6 %) – 6 455 107,20 S

Minderausgaben überwiegend bei den Beamten (3,0 Mill S) infolge der Nichtbesetzung von Planstellen.

1/14233 Anlagen (– 92,3 %) – 9 693 261,40 S

Minderausgaben bei der ADV-Hardware (3,5 Mill S), der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, bei Ersteinrichtungen und ADV-Software (insgesamt 4,6 Mill S) infolge von Lieferverzögerungen.

1/1424 Wissenschaftliche Anstalten

1/14240 Personalausgaben (+ 3,3 %) + 6 261 907,37 S

Mehrausgaben vorwiegend bei Beamten (7,1 Mill S) aufgrund der Besoldungsreform und der Einmalzahlung.

1/14243 Anlagen (– 27,1 %) – 12 203 096,18 S

Minderausgaben vor allem bei Maschinen und maschinellen Anlagen und ADV-Hilfsmaschinen (zusammen 5,2 Mill S) sowie der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (4,1 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/14248 Aufwendungen (– 8,1 %) – 7 432 276,65 S

Minderausgaben bei Handelswaren zur entgeltlichen Abgabe, Auslandsreisen/Dienstreisen, Instandhaltung von ADV-Betriebsausstattung (TAWES-Netz)

und den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (zusammen 6,6 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

1/143 Kunsthochschulen

1/1430 Kunsthochschulen

1/14300 Personalausgaben (+ 6,4 %) + 69 728 824,27 S

Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (36,7 Mill S), den Vergütungen für Nebentätigkeit (15,9 Mill S), den Dienstgeberbeiträgen (9,2 Mill S) und den Mehrleistungsvergütungen (5,0 Mill S) infolge der Übernahme von Bediensteten in reguläre Dienstverhältnisse im Rahmen der Lektorenaktion und der Änderung des Bundesgesetzes über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeit an Hochschulen gemäß Strukturanpassungsgesetz 1996.

1/14303 Anlagen (- 13,3 %) - 9 315 177,93 S

Minderausgaben bei den Ersteinrichtungen (10,2 Mill S) aufgrund von Bauverzögerungen.

1/14307 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 19,8 %) - 49 164 521,46 S

Minderausgaben vor allem bei der Abgeltung von Lehrtätigkeit (42,4 Mill S) infolge des Strukturanpassungsgesetzes 1996.

1/14308 Aufwendungen (- 5,7 %) - 14 464 589,23 S

Minderausgaben aufgrund zu hoher Veranschlagung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern, Handelswaren zur entgeltlichen Abgabe, Druckwerken, sonstigen Verbrauchsgütern, Inlandreisen, freiwilligen Sozialleistungen, Energiebezügen, Miet- und Pachtzinsen, Bibliothekserfordernissen, Exkursionen, Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen, sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen sowie Stipendien und Studienunterstützungen (zusammen 24,9 Mill S).

Mehrausgaben bei den übrigen Gerichtskosten (6,9 Mill S) infolge der Abweisung der Klage des Bundes gegen das Land Salzburg durch den OGH und der damit verbundenen Verpflichtung zur Übernahme der gegnerischen Anwaltskosten sowie bei der Instandhaltung von Gebäuden (6,2 Mill S) aufgrund zu niedrig kalkulierter Umbaukosten des Objektes Postgasse/Barbaragasse der Hochschule für angewandte Kunst in Wien.

1/15 Soziales

Minderausgaben von 6 193 Mill S entstanden insbesondere bei Leistungen nach dem AIVG (2 013 Mill S), durch den verminderten Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (1 425 Mill S), bei Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (1 198 Mill S), bei Sonderunterstützungen (1 150 Mill S), bei Versorgungsgebühren (132 Mill S), der Krankenversicherung (60 Mill S) und Heilfürsorge (37 Mill S). Weitere Minderausgaben entstanden im Bereich Bundesministerium; Opferfürsorge (zusammen 38 Mill S), bei Aufwendungen (22 Mill S) und Förderungen-Darlehen (13 Mill S) im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG, bei Anlagen (17 Mill S) und Aufwendungen (12 Mill S) im Bereich der Zentralleitung sowie bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (13 Mill S) und Aufwendungen (12 Mill S) der Ämter des AMS.

Mehrausgaben von 4 679 Mill S betrafen vor allem Zahlungen im Zusammenhang mit der EU (2 233 Mill S), Förderungen (2 147 Mill S) im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG, die Überweisung an das AMS gemäß § 41 Abs 2 AMSG (111 Mill S), arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (73 Mill S) und Darlehen (20 Mill S) gemäß § 51a AMFG, Personalausgaben der

Ämter des AMS (28 Mill S) sowie Personalausgaben (16 Mill S) und Förderungen (14 Mill S) der Zentralleitung.

1/150	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
1/1500	Zentralleitung	
1/15000	Personalausgaben(+ 4,7 %)	+ 16 033 273,64 S
	Mehrausgaben für Beamte infolge Unterschätzung der Auswirkungen der Besoldungsreform.	
1/15003	Anlagen(- 45,3 %)	- 17 404 312,19 S
	Minderausgaben bei ADV-Soft- und Hardware (11,1 Mill S) und bei anderen ADV-Posten (zusammen 5,4 Mill S) aufgrund der verfügbten Ausgabenbindungen und wegen Zurückstellung von Projekten infolge Neukonzeption der ADV für das Gesamtressort.	
1/15006	Förderungen(+ 20,9 %)	+ 13 728 379,67 S
	Mehrausgaben für EU-Gemeinschaftsinitiativen infolge Budgetierung jeweils mit Erinnerungsbeträgen (21,5 Mill S) sowie für Förderungen der EU-Tätigkeit der Arbeiterkammer (7,9 Mill S).	
	Minderausgaben bei Subventionen an private Institutionen (12,2 Mill S) infolge gemeinsamer Veranschlagung der Förderung für EU-Tätigkeiten von Arbeiterkammer und Österreichischem Gewerkschaftsbund, jedoch teilweiser gesonderter Verrechnung auf einer anderen Post, sowie durch Rückzahlungen aus der Vorjahresabrechnung und weiters bei der Förderung des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen (3,0 Mill S) im wesentlichen aufgrund der verfügbten Ausgabenbindungen.	
1/15007	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 10,1 %)	+ 6 921 941,40 S
	Mehrausgaben im wesentlichen für den Beitrag zur Weltgesundheitsorganisation infolge des gestiegenen Dollarkurses.	
1/15008	Aufwendungen(- 7,1 %)	- 12 407 648,17 S
	Minderausgaben wegen Zurückstellung von Projekten infolge Neukonzeption der ADV für das Gesamtressort (10,7 Mill S) sowie aufgrund der verfügbten Ausgabenbindungen, bei Gerichtskosten (3,2 Mill S) und bei verschiedenen Ausgabenzwecken (9,3 Mill S).	
	Mehrausgaben für Leistungen von Dritten (10,9 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.	
1/1501	Zahlungen gemäß EU-Strukturfonds	
1/15018	Zahlungen im Zusammenhang mit der EU	+ 2 232 634 711,54 S
	Mehrausgaben aus Rückflüssen von der EU im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds.	
1/15057	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik(- 30,1 %)	- 1 424 839 556,01 S
	Minderausgaben infolge geringeren Abgangs der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik.	

1/151 Bundesministerium; Opferfürsorge

1/15117 Heilfürsorge(– 41,3 %) – 7 437 814,50 S

Minderausgaben durch verzögerte Rechnungslegung der Sozialversicherungsträger infolge Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung.

1/15127 Versorgungsgebühren(– 8,6 %) – 20 490 854,81 S

Minderausgaben bei Rentengebühren für Opfer (17,1 Mill S) und für Witwen bzw Lebensgefährtinnen (3,9 Mill S) aufgrund stärkeren Rückgangs der Versorgungsberechtigten.

1/1516 Ehrentag- und Hilfsfondsgesetz

1/15166 Förderungen(– 33,3 %) – 10 000 000,-- S

Minderausgaben infolge verzögerter Durchführung von Projekten der Altenbetreuung.

1/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen**1/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)**

1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz(– 7,1 %) – 1 198 096 036,93 S

Minderausgaben bei Kostenersätzen an Pensionsversicherungsträger infolge der Auswirkungen des Strukturanpassungsgesetzes 1996 im Bereich der Pflegevorsorge (1 206,9 Mill S).

Mehrausgaben für Kostenersätze an die VA des österreichischen Bergbaues infolge zu niedriger Veranschlagung (9,0 Mill S).

1/155 Arbeitsmarktpolitik (I)**1/1550 Ämter des AMS**

1/15500 Personalausgaben(+ 3,5 %) + 27 564 439,83 S

Mehrausgaben für Überweisungsbeträge an die PVA der Angestellten (128,2 Mill S) aufgrund des in den Vorjahren erfolgten Wechsels von Beamten in den Kollektivvertrag des AMS.

Minderausgaben bei Beamten (81,3 Mill S), Belohnungen (6,7 Mill S), Jubiläumszuwendungen (5,5 Mill S) und bei Mehrleistungsvergütungen (4,7 Mill S) durch vermehrten Wechsel von Beamten in den Kollektivvertrag.

1/15507 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(– 54,5 %) – 13 287 707,-- S

Minderausgaben bei Familienbeihilfen (9,1 Mill S) infolge Wechsels von Beamten der Ämter des AMS in den Kollektivvertrag des AMS; weitere Minderausgaben infolge Absetzung von Krankenschein Gebühren der Leistungsbezieher (4,3 Mill S).

1/15508 Aufwendungen(– 48,6 %) – 12 453 888,58 S

Minderausgaben bei freiwilligen Sozialleistungen (5,7 Mill S) sowie bei Inlandreisen (5,8 Mill S) infolge Wechsels von Beamten der Ämter des AMS in den Kollektivvertrag des AMS.

Die Ausgabenbindung von 13,2 Mill S wurde aufgrund vermehrter Zahlbarstellung von Reiserechnungen im Dezember 1997 mit einem Teilbetrag von 746 111,42 S nicht eingehalten.

1/1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

1/15515 Förderungen (D) **(- 12,8 %)** **- 12 850 000,-- S**

Minderausgaben infolge geringeren Mittelbedarfs sowie infolge noch nicht eingetretener Fälligkeiten der Auszahlungen.

1/15516 Förderungen **(+ 45,3 %)** **+ 2 146 711 751,37 S**

Mehrausgaben für Förderungen im Rahmen der Kofinanzierung durch die EU (1 683,2 Mill S) sowie bei den nationalen Anteilen der Gemeinschaftsinitiativen (49,7 Mill S) infolge Veranschlagung mit Erinnerungsbeträgen. Weitere Mehrausgaben für die neue Beihilfenart "Besondere Eingliederungsbeihilfe" gemäß § 34a AMSG (104,7 Mill S). Mehrausgaben weiters bei privaten Institutionen (548,1 Mill S), Berufsförderungsinstituten (154,8 Mill S), Betrieben – unter Berücksichtigung einer Umbuchung von 60,0 Mill S – (25,2 Mill S), bei Investitionen/Private Institutionen (11,0 Mill S) sowie bei Investitionen/Kammern der gewerblichen Wirtschaft (7,8 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung; bei der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (60,0 Mill S) infolge Nichtveranschlagung sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (zusammen 8,3 Mill S).

Minderausgaben bei Gemeinden (119,2 Mill S), Einzelpersonen (102,9 Mill S), Kammern der gewerblichen Wirtschaft (68,0 Mill S), verstaatlichten Unternehmungen (51,3 Mill S), bei Ländern (23,1 Mill S), Landesunternehmungen (15,9 Mill S), Landwirtschaftskammern (10,4 Mill S), Sozialversicherungsträgern (4,5 Mill S), Landarbeiterkammern (3,9 Mill S), Arbeiterkammern (3,5 Mill S), Gemeindeunternehmungen (3,3 Mill S) sowie bei Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (4,1 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung; weitere Minderausgaben bei Betriebe/Sonderprogramm sowie wegen Umbuchung (60,0 Mill S) und bei verschiedenen Ausgabenzwecken (zusammen 34,6 Mill S).

1/15518 Aufwendungen **(- 13,0 %)** **- 21 510 949,71 S**

Minderausgaben bei Leistungsaufträgen an Dritte (94,9 Mill S), sowie bei der Forschung (6,9 Mill S) infolge Überschätzung des Bedarfes.

Mehrausgaben im Rahmen der Kofinanzierung durch die EU (79,3 Mill S).

1/15547 Sonderunterstützung **(- 40,5 %)** **- 1 149 589 789,76 S**

Minderausgaben für Unterstützungsleistungen gemäß § 1 Abs 1 Z 1 SUG (1 095,2 Mill S) und für Krankenversicherungsbeiträge (38,3 Mill S), weil ab 1. Mai 1996 die Sonderunterstützung/Bergbau auf "Überweisung an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues für die Durchführung des SUG" umgestellt wurde; weiters bei Unterstützungsleistungen gemäß § 1 Abs 1 Z 2 SUG (537,8 Mill S) und Krankenversicherungsbeiträgen (31,4 Mill S) aufgrund des etappenweisen Auslaufens der allgemeinen Sonderunterstützung ab 1. Mai 1996 sowie bei der Überweisung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (266,5 Mill S) aufgrund geringerer Leistungsausgaben.

Mehrausgaben durch Überweisung an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues zur Durchführung des SUG für Unterstützungsleistungen gemäß § 1 Abs 1 Z 1 SUG einschließlich der Krankenversicherungsbeiträge (819,6 Mill S) infolge Umstellung der Auszahlung ab 1. Mai 1996.

1/15557 Leistungen nach dem AIVG **(- 4,6 %)** **- 2 012 966 543,89 S**

Minderausgaben beim Arbeitslosengeld (1 520,4 Mill S), bei der Sondernotstandshilfe (574,6 Mill S), bei den Krankenversicherungsbeiträgen für Bezieher von Arbeitslosengeld (230,5 Mill S) sowie bei Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (128,0 Mill S) infolge geringerer Arbeitslosigkeit sowie als Folge der Konsolidierungsmaßnahmen; weitere Minderausgaben beim Karenzurlaubsgeld (577,2 Mill S) und bei den Kranken-

versicherungsbeiträgen für Bezieher von Karenzurlaubsgeld (106,9 Mill S) infolge Umstellung der Auszahlung.

Mehrausgaben für Notstandshilfe (888,4 Mill S), für Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Notstandshilfe (68,9 Mill S) infolge Umstellung der Auszahlung, bei Überweisungen an die Krankenversicherungsträger für Karenzurlaubsgeld (160,4 Mill S), bei Unfallversicherungsbeiträgen für Bezieher von Arbeitslosengeld/Arbeitsstiftung (5,4 Mill S) sowie bei Leistungen gemäß EU/EWR-Vertrag (5,1 Mill S).

1/15565	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG (D)(+ 20,0 %)	+ 20 000 000,-- S
----------------	--	-----------------	-------------------

Mehrausgaben infolge einer Darlehensvergabe für ein Projekt in der Steiermark.

1/15566	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG(+ 73,3 %)	+ 73 349 062,-- S
----------------	--	-----------------	-------------------

Mehrausgaben infolge eines Zuschusses an ein Projekt im Südburgenland (53,9 Mill S) und infolge eines nicht veranschlagten EFRE-Zuschusses an eine Unternehmung im Burgenland (19,4 Mill S).

1/1557	Überweisung an das AMS		
---------------	-------------------------------	--	--

1/15578	Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG(+ 4,7 %)	+ 111 000 000,-- S
----------------	---	----------------	--------------------

Mehrausgaben infolge Wechsels von Beamten in den Kollektivvertrag des AMS.

1/15597	Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe(− 12,2 %)	− 7 310 143,05 S
----------------	---	-----------------	------------------

Minderausgaben infolge eines geringeren Abgangs in der Gebarung der Schlechtwetterentschädigung der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse.

1/156	Arbeitsmarktpolitik (II)		
--------------	---------------------------------	--	--

1/15627	Überbrückungshilfe an ehemalige öffentlich Bedienstete(+ 131,1 %)	+ 5 343 168,-- S
----------------	---	------------------	------------------

Mehrausgaben infolge gestiegener Bezieheranzahl.

1/157	Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung		
--------------	--	--	--

1/1570	Bundessozialämter		
---------------	--------------------------	--	--

1/15700	Personalausgaben(+ 3,5 %)	+ 11 520 664,14 S
----------------	-------------------------	----------------	-------------------

Mehrausgaben für Vertragsbedienstete (20,8 Mill S) infolge Besetzung von Planstellen für Beamte mit Vertragsbediensteten.

Minderausgaben bei Beamten (7,3 Mill S) infolge des verfügten Pragmatisierungsstopps und bei Jubiläumszuwendungen (3,6 Mill S).

1/15707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(− 43,5 %)	− 5 330 220,20 S
----------------	---	-----------------	------------------

Minderausgaben bei Familienbeihilfen.

1/15708	Aufwendungen(− 4,0 %)	− 8 938 260,97 S
----------------	---------------------	----------------	------------------

Minderausgaben bei Vergütungen an das BMF (ADV) (10,3 Mill S), bei Geldverkehrsspesen (3,9 Mill S) und bei Instandhaltung von Gebäuden (3,4 Mill S) aufgrund der verfügten Ausgabenbindungen.

Mehrausgaben für Leistungen der Post (5,0 Mill S) infolge Erhöhung der Gebühren und bei verschiedenen Ausgabenzwecken (2,9 Mill S).

1/15737 Heilfürsorge(- 27,5 %) - 37 159 961,50 S

Minderausgaben bei Zahlungen an Sozialversicherungsträger (23,2 Mill S) und bei Leistungen an Dritte (10,6 Mill S) sowie bei sonstigen Leistungen an Länder und Gemeinden (2,6 Mill S) infolge Änderung der Krankenanstaltenfinanzierung im Jahre 1997.

1/15757 Orthopädische Versorgung(- 6,9 %) - 6 125 305,67 S

Minderausgaben bei den Vergütungen an die Bundesstaatlichen Prothesenwerkstätten (9,2 Mill S) infolge der im Jahre 1997 erfolgten Schließung sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (zusammen 5,0 Mill S).

Mehrausgaben für Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (4,3 Mill S) sowie für Leistungen an Dritte (3,9 Mill S) aufgrund der Schließung der Bundesstaatlichen Prothesenwerkstätten.

1/15767 Versorgungsgebühren(- 2,3 %) - 131 975 288,66 S

Minderausgaben in der Kriegsopfersversorgung bei Rentengebühren für Witwen bzw Witwer (103,7 Mill S), für Eltern (7,1 Mill S) und für Beschädigte (7,0 Mill S) sowie bei Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (16,6 Mill S) infolge stärkeren Rückgangs der Versorgungsberechtigten.

1/15777 Krankenversicherung(- 22,4 %) - 59 667 227,03 S

Minderausgaben bei den Kostenersätzen an die Träger der Krankenversicherung infolge geringerer Inanspruchnahme von Krankenversicherungsleistungen.

1/16 Sozialversicherung

Mehrausgaben von 7 859 Mill S betrafen vor allem Bundesbeiträge an die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) der Arbeiter (3 634 Mill S), an die PVA der Angestellten (3 539 Mill S), an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues (229 Mill S), an die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (110 Mill S) sowie den Betrag gemäß § 31 Abs 2 BSVG (287 Mill S) und weiters die Ausgleichszulagen an die PVA der Angestellten (38 Mill S).

Minderausgaben von 1 251 Mill S betrafen vorwiegend Bundesbeiträge an die Sozialversicherungsanstalt (SVA) der Bauern (841 Mill S), an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (200 Mill S) sowie die Überweisung gemäß § 34 Abs 1 GSVG (153 Mill S).

1/160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

1/16007 PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag(+ 20,7 %) + 3 633 900 000,-- S

Mehrausgaben infolge höheren Pensionsaufwandes und geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt.

**1/16027 VA der österreichischen Eisenbahnen;
Bundesbeitrag**(+ 36,4 %) + 109 600 000,-- S

Mehrausgaben infolge geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt.

1/16037 PVA der Angestellten; Bundesbeitrag(+ 61,1 %) + 3 538 500 000,-- S

Mehrausgaben infolge höheren Pensionsaufwandes und geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt.

1/16047 VA des österreichischen Bergbaues; Bundesbeitrag ...(+ 15,9 %) + 229 300 000,-- S

Mehrausgaben infolge geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt.

1/16057 Überweisung gemäß § 34 (1) GSVG(- 2,0 %) - 153 000 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Beitragseinnahmen der Anstalt gemäß § 27 GSVG.

1/16067 SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag(- 3,5 %) - 199 700 000,-- S

Minderausgaben infolge geringeren Pensionsaufwandes der Anstalt.

1/16077 Betrag gemäß § 31 (2) BSVG(+ 7,4 %) + 287 000 000,-- S

Mehrausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen der Anstalt gemäß § 24 Abs 2 BSVG.

1/16087 SVA der Bauern; Bundesbeitrag(- 10,0 %) - 840 600 000,-- S

Minderausgaben infolge geringeren Pensionsaufwandes und höherer Beitrags- einnahmen der Anstalt.

1/161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

1/16107 PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen(- 0,1 %) - 5 400 000,-- S

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

1/16137 PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen(+ 6,2 %) + 37 735 076,90 S

Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes sowie Begleichung des Abrechnungsrestes 1996.

1/16157 SVA der gewerblichen Wirtschaft; Ausgleichszulagen(+ 1,0 %) + 11 486 934,03 S

Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes sowie Begleichung des Abrechnungsrestes 1996.

1/16167 SVA der Bauern; Ausgleichszulagen(+ 0,3 %) + 9 500 000,-- S

Mehrausgaben infolge Unterschätzung des Aufwandes.

1/162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

**1/16217 SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur
Krankenversicherung**(- 2,0 %) - 17 651 920,-- S

Minderausgaben infolge geänderter Gesetzeslage.

**1/16237 Teilersatz der Aufwendungen für
Jugendlichenuntersuchungen**(- 20,1 %) - 5 019 619,69 S

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

1/165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

1/16507 Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld(- 8,5 %) - 27 200 000,-- S

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

1/17 Gesundheit

Minderausgaben von 1 329 Mill S entstanden vor allem infolge geringerer Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG) (978 Mill S), verminderter Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für den Mutter-Kind-Paß (177 Mill S), beim klinischen Mehraufwand an den Universitätskliniken (86 Mill S) und bei den Aufwendungen der Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen (20 Mill S).

Mehrausgaben von 508 Mill S betrafen vorwiegend die Überweisungen an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (495 Mill S) sowie vermehrte Studienförderung für medizinisch-technische Schulen (12 Mill S).

1/172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

1/1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen

1/17206 Förderungen (- 10,4 %)

Minderausgaben bei Zuwendungen ohne Gegenleistungen (10,7 Mill S) im wesentlichen infolge verfügbarer Ausgabenbindungen sowie geänderter Richtlinien.

Mehrausgaben für Subventionen an sonstige private Institutionen (4,0 Mill S) in

1/17208 Aufwendungen (- 24,1 %)

1/17217 Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenschlussfonds 101-758-567 S

Mehrausgaben aufgrund der zum Veranschlagungszeitpunkt nicht absehbaren Überweitung der ersten Zwischenabschreibung für das Jahr 1996 gemäß § 6

Mehrvergaben aufgrund der zum Monatsbeginn gezeigte nicht abdrückbar

Mehrvergaben aufgrund der zum Monatsbeginn verfügbaren nicht abgebuchten

Mehrvergaben aufgrund der zum Monatsbeginn gezeigte nicht abdrückbar

Mehrausgaben aufgrund der zum Veranschlagungszeitpunkt nicht absehbaren Überzeugung des ersten Zwischenabschreibungs für das Jahr 1896 gemäß § 6

1/17218 Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken) (-2,0 %)

Minderausgaben bei dem gemäß § 55 des Krankenanstaltengesetzes zu leisten-

den Kostenbeitrag für den Betrieb der Universitätskliniken (300,2 Mill S), bei Er-sätzen des klinischen Mehraufwandes für Klinikaus- und -umbauten, vornehmlich im Allgemeinen Krankenhaus Wien (44,3 Mill S) sowie bei den Kostenersätzen für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien (37,0 Mill S) infolge länge-rer Dauer von Abrechnungs- und Prüfverfahren bzw verzögerter Zahlungsab-wicklung.

Mehrausgaben für die gemäß § 55 des Krankenanstaltengesetzes zu leistenden Ersätze für Klinikneu-, -aus- und -umbauten, vornehmlich in den Universitätskliniken in Graz und Innsbruck (308,2 Mill S) und für die Anschaffung medizintechnischer Geräte (67,7 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgebundene Gebarung)

1/17247 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 31,8 %) – 177 413 825,-- S

Minderausgaben bei Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen aufgrund geringeren Bedarfs und infolge nicht erfolgter Zuweisung der Mittel vom Familienlastenausgleichsfonds.

1/174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)(- 15,4 %) – 977 977 986,-- S

Minderausgaben bei den gemäß § 57 Abs 1 Z 1 des Krankenanstaltengesetzes an die Landesfonds zu leistenden umsatzsteuerabhängigen Zweckzuschüssen (540,5 Mill S) infolge geringeren Umsatzsteueraufkommens sowie bei den gemäß § 57 Abs 2 des Krankenanstaltengesetzes an den Strukturfonds zu leistenden Mitteln (437,5 Mill S) infolge abrechnungsbedingter Verschiebung in das Jahr 1998.

1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz(- 37,7 %) – 15 225 963,25 S

Minderausgaben bei Leistungen der Gemeinden, Länder und privater Rechtsträger (11,7 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme bzw verzögerter Pflegegebührenabrechnungen sowie bei verschiedenen Ausgabenzwecken (zusammen 3,1 Mill S).

1/17457 Studienförderung /Medizinisch-technische Schulen (+ 28,4 %) + 11 962 270,-- S

Mehrausgaben infolge Anstiegs der Zahl der Anspruchsberchtigten nach dem Studienförderungsgesetz.

1/179 Dienststellen**1/1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten**

1/17923 Anlagen (- 58,3 %) – 11 487 097,72 S

Minderausgaben bei Amts- und Laborausstattung-AMG (5,4 Mill S) einschließlich verfügter Ausgabenbindungen, bei Amts- und Laborausstattung (3,6 Mill S) sowie bei ADV-Hardware (2,9 Mill S) infolge Verzögerungen bei den erforderlichen Ausschreibungsverfahren.

1/17928 Aufwendungen (- 13,9 %) – 15 196 808,65 S

Minderausgaben bei Ver- und Gebrauchsgütern (3,8 Mill S) hauptsächlich infolge geringeren Bedarfs, bei Instandhaltungen (2,7 Mill S) und bei Energie (2,6 Mill S) infolge geringeren Anstiegs der Kosten, bei Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (2,2 Mill S), bei ADV-Ausgaben (2,0 Mill S) infolge Verzögerungen in der Planung von Umbauarbeiten – einschließlich der verfügten Ausgabenbindung – sowie bei den Reisekosten (1,0 Mill S) durch Einschränkungen beim Besuch von Fortbildungsveranstaltungen im In- und Ausland.

1/18 Umwelt

Minderausgaben von 239 Mill S entstanden vorwiegend bei Förderungen der Siedlungswasserwirtschaft (73 Mill S) sowie von sonstigen Umweltmaßnahmen (24 Mill S), bei Förderungen (62 Mill S) und Aufwendungen (18 Mill S) der Altlastensanierung im zweckgebundenen Gebarungsbereich und bei Aufwendungen im Rahmen umweltpolitischer Maßnahmen (38 Mill S).

Die Mehrausgaben betrugen 70 Mill S.

1/180 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

1/18000 Personalausgaben (+ 8,8 %) + 14 069 953,50 S

Mehrausgaben vor allem für Beamte (11,6 Mill S) sowie für Vertragsbedienstete und für Dienstgeberbeiträge (insgesamt 2,3 Mill S) aufgrund von Vorrückungen und Beförderungen sowie wegen der nicht veranschlagten Einmalzahlung und den Auswirkungen der Besoldungsreform.

1/18003 Anlagen (- 53,4 %) - 7 743 509,50 S

Minderausgaben für ADV-Hardware (3,8 Mill S) durch Verzögerungen bei der Einführung eines ADV-Projektes sowie für Amtsausstattung (3,9 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/18008 Aufwendungen (- 6,0 %) - 7 761 960,-- S

Minderausgaben vor allem für Miet- und Pachtzinse (11,8 Mill S) infolge der Übersiedlung der Abteilungen des Umweltbereiches in ein zentrales Gebäude und dem damit verbundenen Wegfall zusätzlicher Mietbelastungen sowie für ADV-Leistungen (4,3 Mill S) durch Verzögerungen bei der Einführung eines ADV-Projektes. Weiters Minderausgaben für sonstige Amtsausstattung und sonstige Transporte (insgesamt 3,8 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich für Entgelte an Unternehmungen und juristische Personen (12,4 Mill S) durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in Form von Kampagnen, Inseraten und Druckwerken.

1/186 Umweltschutz**1/1860 Umweltpolitische Maßnahmen**

1/18608 Aufwendungen (- 18,6 %) - 37 942 160,-- S

Minderausgaben vorwiegend bei Entgelten an Unternehmungen und für sonstige Leistungen (60,7 Mill S) durch Projektrückstellungen und Vertragsverschiebungen im Bereich des Umweltzeichens sowie für Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe und für Druckwerke (insgesamt 4,8 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich für die Österreichische Bundesforste AG (13,1 Mill S) sowie die Nationalpark Donau-Auen GmbH (11,7 Mill S) und Oberösterreichische Kalkalpen GmbH (4,0 Mill S) infolge der Schaffung der Nationalparks im Jahre 1997.

1/1862 Altlastensanierung (zweckgebundene Gebarung)

1/18626 Förderungen (- 22,9 %) - 62 216 807,27 S

Minderausgaben bei Investitionszuschüssen, weil Auszahlungen nur entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten vorgenommen wurden.

1/18628 Aufwendungen(– 37,1 %) – 17 787 077,18 S

Minderausgaben hauptsächlich für Ersatzleistungen an die Länder gemäß § 12 Abs 3 Altlastensanierungsgesetz (39,9 Mill S).

Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (23,3 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/1863 Siedlungswasserwirtschaft

1/18636 Förderungen(– 4,9 %) – 73 174 791,-- S

Minderausgaben bei Investitionsförderungen (73,2 Mill S), weil Auszahlungen nur entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten vorgenommen wurden.

1/1864 Sonstige Umweltmaßnahmen

1/18646 Förderungen(– 6,0 %) – 24 000 000,-- S

Minderausgaben für Umweltschutzmaßnahmen im Ausland (24,0 Mill S) durch Ratenverschiebungen.

1/18648 Aufwendungen(+ 25,0 %) + 16 087 912,73 S

Mehrausgaben für Zahlungen an die Österreichische Kommunalkredit AG (Abwicklungsstelle für Umweltförderungen) aufgrund eines höheren Aufwandes bei der Förderungsabwicklung 1996.

1/18656 EU-Förderungen + 34 154 425,50 S

Mehrausgaben vor allem bei den Strukturfonds Siedlungswasserwirtschaft (29,0 Mill S), für sonstige Umweltmaßnahmen (2,4 Mill S) und Altlastensanierung (1,4 Mill S) aufgrund mangelnder Vorhersehbarkeit der Höhe der Förderungen durch die EU, die sich erst im Zuge der jeweiligen Projekte ergeben.

1/187 Umweltbundesamt

1/18708 Aufwendungen(– 5,9 %) – 5 592 780,-- S

Minderausgaben vorwiegend für die Instandhaltung von Gebäuden (6,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung. Weiters Minderausgaben bei Entgelten für Unternehmungen und für sonstige Leistungen von Einzelpersonen insbesondere im ADV-Bereich (insgesamt 3,3 Mill S) durch die Umstellung der Verrechnung.

Mehrausgaben für Werkverträge (3,2 Mill S) infolge der Einführung der Sozialversicherungspflicht von Werkverträgen und der damit verbundenen Änderung der Verrechnung.

1/19 Jugend und Familie

Minderausgaben von 1 400 Mill S gab es vorwiegend bei Rückzahlungen und Überweisungen (1 329 Mill S), bei Schulfahrt- und Lehrlingsfahrtbeihilfen (48 Mill S) sowie bei Aufwendungen für den Härteausgleich (9 Mill S).

Mehrausgaben von 1 043 Mill S betrafen sonstige familienpolitische Maßnahmen (435 Mill S), Ausgaben für Geburtenbeihilfen (342 Mill S) und Familienbeihilfen (171 Mill S) sowie für Unterhaltsvorschüsse (94 Mill S).

**1/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen
(zweckgebundene Gebarung)**

1/19307 Familienbeihilfen(+ 0,5 %) + 171 421 315,43 S

Mehrausgaben bei der Sektion B (185,3 Mill S) als Folge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben bei der Sektion A (13,8 Mill S) infolge der Absetzung von rückgezahlten Familienbeihilfen gemäß § 16 Abs 2 Bundeshaushaltsgesetz, BGBl Nr 213/1986 idgF.

1/19317 Geburtenbeihilfen(+ 657,4 %) + 341 886 964,92 S

Mehrausgaben für Geburtenbeihilfen (351,3 Mill S) und die Sonderzahlung (24,0 Mill S), da eine Beantragung infolge des "Abschichtungsmodells" gemäß dem Strukturanpassungsgesetz 1996, BGBl Nr 201, aufgrund der Übergangsregelung nach § 50g Abs 4 FLAG 1967 bis 30. November 1997 möglich war und für den Zuschlag zur Geburtenbeihilfe (6,7 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben für Kleinkindbeihilfen (40,3 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen(- 64,8 %) - 47 713 499,-- S

Minderausgaben für Lehrlingsfahrtbeihilfen (41,5 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme und für Schulfahrtbeihilfen (6,2 Mill S), weil die Auswirkungen des Strukturanpassungsgesetzes 1995, BGBl Nr 297/1995, erst im Jahre 1997 voll wirksam wurden.

1/1936 Härteausgleich

1/19368 Aufwendungen(- 40,3 %) - 9 261 463,32 S

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl berücksichtigungswürdiger Fälle.

1/1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen

1/19387 Sonstige Maßnahmen(+ 3,3 %) + 434 825 458,23 S

Mehrausgaben beim Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld gemäß § 39a Abs 3 FLAG 1967 (528,2 Mill S) infolge der Anhebung des Prozentsatzes von 50 % auf 70 % mit BGBl Nr 433/1996 sowie bei den Beiträgen zum Karenzurlaubsgeld (218,9 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben für Überweisungen an das BMGK (Mutter-Kind-Paß) (177,4 Mill S), beim Teilzeitbeihilfenersatz gemäß § 39a Abs 4 FLAG 1967 (84,8 Mill S), für Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld (30,6 Mill S), für Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten (7,2 Mill S), für Teilzeitbeihilfe gemäß § 39 Abs 3 FLAG 1967 (5,4 Mill S) und für die Kosten der Betriebshilfe (Teilersatz) (4,8 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/19389 Unterhaltsvorschüsse(+ 10,5 %) + 93 877 764,51 S

Mehrausgaben infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/19397 Rückzahlungen und Überweisungen(- 33,8 %) - 1 329 396 910,92 S

Der sich aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ergebende Überschuß von 2 606 080 089,08 S wurde in Höhe von 2 000 Mill S zur Aufrechnung der im Jahre 1994 erfolgten Abgangsdeckung seitens des Katastrophenfonds (§ 4 Z 8 Katastrophenfondsgesetz 1986, BGBl Nr 396 idgF) verwendet

(Mehrausgaben: 38,2 Mill S) und der Restbetrag von 606 080 089,08 S gemäß § 40 Abs 4 FLAG 1967 an den Reservefonds für Familienbeihilfen zwecks teilweiser Aufrechnung mit den in der Vergangenheit vom Bund getragenen Abgängen überwiesen (Minderausgaben: 1 367,6 Mill S).

1/194 Jugend

1/1941 Außerschulische Jugenderziehung

1/19416 Förderungen (– 6,0 %) – 5 979 240,-- S

Minderausgaben vorwiegend beim Bundesjugendplan (3,1 Mill S) sowie für Subventionen an private Institutionen, für politische Bildung und sonstige gemeinnützige Einrichtungen (insgesamt 2,4 Mill S) wegen der am 13. März 1997 verfügten Ausgabenbindung.

1/20 Äußerer

Minderausgaben von 198 Mill S gab es vorwiegend bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (82 Mill S) und Förderungen (19 Mill S) der Beiträge an internationale Organisationen, bei den Anlagen der Vertretungsbehörden (31 Mill S) sowie bei Förderungen (13 Mill S) und Aufwendungen (11 Mill S) der Zentralleitung.

Mehrausgaben von 125 Mill S betrafen vor allem Personalausgaben (50 Mill S) und Aufwendungen (28 Mill S) der Vertretungsbehörden sowie Förderungen (41 Mill S) der Entwicklungshilfe.

1/200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

1/2000 Zentralleitung

1/20000 Personalausgaben (– 2,1 %) – 7 077 371,98 S

Minderausgaben vor allem bei Vertragsbediensteten A/I (10,4 Mill S) infolge vermehrter Auslandsversetzungen und vermehrter Pragmatisierungen.

Mehrausgaben vor allem für Beamte (5,3 Mill S) infolge Optierungen in das neue Besoldungsschema und vermehrter Pragmatisierungen.

1/20003 Anlagen (– 20,9 %) – 8 789 309,90 S

Minderausgaben vor allem bei ADV-Hardware (20,0 Mill S), ADV-Software (4,1 Mill S) und ADV-Betriebsausstattung (3,3 Mill S) infolge geringerer Anschaffungen.

Mehrausgaben vor allem bei ADV-Hilfsmaschinen (18,2 Mill S) infolge gestiegenen Bedarfs.

1/20006 Förderungen (– 20,3 %) – 12 929 466,44 S

Minderausgaben vor allem bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern in Wien (6,7 Mill S) und bei der Österreich Institut GesmbH (4,3 Mill S) infolge verzögter Ansiedlung bzw Betriebsaufnahme.

1/20008 Aufwendungen (– 4,8 %) – 10 868 381,06 S

Minderausgaben vor allem infolge rückläufiger Beitragszahlungen Österreichs im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (13,0 Mill S) und bei sonstigen Transporten (5,8 Mill S) infolge Umstellung der Dienstpostbeförderung. Weitere Minderausgaben betrafen den Expertendienst für österreichische Mitarbeiter bei internationalen Organisationen (2,5 Mill S), die Auslandreisen/Dienstreisen (2,4 Mill S), die Repräsentationsaus-

gaben (1,8 Mill S), die Instandhaltung von bundeseigenen Gebäuden (1,7 Mill S), die friedenserhaltenden Operationen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Berg-Karabach (1,5 Mill S) und die sonstigen Druckaufträge (1,5 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen (6,8 Mill S) infolge Ansiedlung weiterer internationaler Organisationseinheiten in Österreich, bei Mieten von DFÜ-Leitungen (6,4 Mill S) infolge vermehrter Nutzung von Electronic-Mails, bei ADV-Schulung und Weiterbildung (3,9 Mill S) infolge vermehrter Fremdvergaben, bei ADV-Gebrauchsgütern (3,7 Mill S) infolge gestiegenen Bedarfs und bei Kostenbeiträgen zu Institutionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (3,7 Mill S) infolge österreichischer Beteiligung an Missionen in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Georgien.

1/2003 Beiträge an internationale Organisationen

1/20036 Förderungen	(- 8,2 %)	- 19 106 321,39 S
----------------------------------	-----------	-------------------

Minderausgaben vor allem beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (11,7 Mill S) infolge Kürzung des freiwilligen Beitrages.

1/20037 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 18,3 %)	- 82 100 999,29 S
---	------------	-------------------

Minderausgaben vor allem infolge reduzierter oder eingestellter Beitragszahlungen Österreichs für die Schutztruppe der Vereinten Nationen (UNPROFOR) (39,3 Mill S), für die Operation der Vereinten Nationen zur Wiederherstellung des Vertrauens in Kroatien (UNCRO) (36,2 Mill S), für die Operation der Vereinten Nationen in Somalia II (UNOSOM II) (26,0 Mill S), für die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Ruanda II (UNAMIR II) (18,2 Mill S), für die Mission der Vereinten Nationen in Haiti (UNMIH) (14,6 Mill S), für die Mission der Vereinten Nationen zur Durchführung einer Volksabstimmung in der Westsahara (12,3 Mill S), für die Operation der Vereinten Nationen in Mosambik (ONUMOZ) (8,3 Mill S) und für die Beobachtermision der Vereinten Nationen in Liberia (UNOMIL) (5,1 Mill S).

Mehrausgaben vor allem für die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien (UNTAES) (22,5 Mill S), für die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina (UNMIBH) (16,3 Mill S), für die Beobachtermision der Vereinten Nationen in Angola (MONUA) (9,2 Mill S) und für die Überprüfungs-kommission der Vereinten Nationen in Angola III (UNAVEM III) (4,6 Mill S) infolge Ausweitung der Beiträge. Weitere Mehrausgaben betrafen das UN-Nahostkontingent (UNIFIL) (9,1 Mill S) infolge Nachzahlung des Beitrages für 1996, ferner die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) (6,5 Mill S), den Beitrag zur Chemiewaffen-Kontrollorganisation (3,5 Mill S), die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) (3,1 Mill S) und die Atomteststopvertrag-Kontrollorganisation (CTBTO) (2,6 Mill S) infolge Erhöhung bzw nachträglicher Festlegung des Mitgliedsbeitrages und infolge gestiegenen Fremdwährungskurses.

1/201 Vertretungsbehörden

1/20100 Personalausgaben	(+ 11,5 %)	+ 50 345 047,29 S
---------------------------------------	------------	-------------------

Mehrausgaben vor allem bei Beamten und Vertragsbediensteten A/I (22,4 Mill S) infolge Eröffnung neuer Vertretungsbehörden im Ausland und gestiegener Dienstzuteilungen aus anderen Ressorts, bei Vertragsbediensteten nach anderen Rechtsvorschriften (A/R und B/R) (23,2 Mill S) infolge gestiegener Entlohnung wegen Höherqualifizierung und der gestiegenen Fremdwährungskurse sowie daraus resultierend bei Dienstgeberbeiträgen (3,9 Mill S).

1/20103 Anlagen	(- 15,8 %)	- 31 361 415,72 S
------------------------------	------------	-------------------

Minderausgaben vor allem bei der Instandsetzung von Gebäuden (12,2 Mill S) infolge Verzögerungen beim Renovierungs- bzw Umbaubeginn, bei unbebauten

Liegenschaften (10,0 Mill S) infolge Abstandnahme vom Ankauf eines Grundstücks in Berlin sowie bei ADV-Hilfsmaschinen (10,9 Mill S), beim Erwerb von Fernmeldeanlagen (5,1 Mill S), bei Telekommunikation (4,4 Mill S), bei ADV-Betriebsausstattung (4,4 Mill S) und bei ADV-Software (4,1 Mill S) infolge zurückgestellten Ankaufs.

Mehrausgaben beim Erwerb von Gebäuden (15,8 Mill S) vor allem infolge Ankaufs eines Residenzobjekts in Shanghai.

1/20108 Aufwendungen(+ 3,1 %) + 28 433 885,99 S

Mehrausgaben vor allem bei Auslandszulagen (48,5 Mill S), Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung (5,2 Mill S) und Auslandsreisen/Übersiedlungen (3,4 Mill S) infolge Paritätenanhebungen aufgrund des stark gestiegenen Fremdwährungskurses – insbesonders des US-Dollars – und Neueröffnung von Vertretungsbehörden in Skopje, Riga, Tallinn und Wilna, ferner bei sonstigen Druckaufträgen (4,8 Mill S) infolge vermehrten Bedarfs von EU-Sichtvermerksvignetten und EU-Reisepässen sowie bei Entgelten an Unternehmungen (4,0 Mill S) infolge vermehrt ausgelagerter Tätigkeiten.

Minderausgaben vor allem bei Instandhaltung von Mietobjekten (18,2 Mill S) infolge Verzögerungen bei der Adaptierung von Amtsgebäuden in Agram und Peking, bei sonstigen Leistungen (ADV) (9,4 Mill S) infolge vermehrter Beauftragung lokaler Firmen und bei Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Amtszwecke (3,4 Mill S) infolge geänderter Mietverhältnisse. Weitere Minderausgaben betrafen die Instandhaltung von sonstigen Anlagen (2,7 Mill S) und die Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (ADV) (1,4 Mill S).

Überschreitung ohne gesetzliche Grundlage in Höhe von rd 0,2 Mill S.

1/203 Österreichische Kulturinstitute

1/20300 Personalausgaben(- 13,7 %) - 5 586 426,47 S

Minderausgaben vor allem bei Beamten (2,4 Mill S) infolge Personalzuteilungen zu den österreichischen Vertretungsbehörden und bei Dienstgeberbeiträgen - Sonstige/VB (Ausland) (1,9 Mill S) infolge geringerer Nachzahlung für ehemalige Deutschlehrerinnen der Kulturinstitute Paris und Rom.

1/20303 Anlagen(- 74,1 %) - 7 273 178,41 S

Minderausgaben vor allem bei Instandsetzung von Gebäuden (4,0 Mill S) infolge Zurückstellung von Renovierungsarbeiten für das Kulturinstitut in Paris sowie bei ADV-Hilfsmaschinen (1,7 Mill S).

1/20308 Aufwendungen(+ 9,2 %) + 5 640 164,35 S

Mehrausgaben vor allem bei Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Amtszwecke (4,1 Mill S) infolge der Entwicklung der Mietkosten insbesondere durch den stark gestiegenen US-Dollar und bei Instandhaltung von bundeseigenen Gebäuden (1,5 Mill S) infolge Umbauarbeiten am Kulturinstitut in Prag.

1/205 Entwicklungshilfe

1/20506 Förderungen(+ 4,9 %) + 41 002 000,-- S

Mehrausgaben vor allem infolge Verwirklichung zusätzlicher Vorhaben im Rahmen der Entwicklungshilfe (214,8 Mill S).

Minderausgaben vor allem wegen Zurückstellung der Förderung verschiedener Hilfsmaßnahmen (173,1 Mill S).

1/30 Justiz

Mehrausgaben von 312 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen (117 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (98 Mill S) und Anlagen (8 Mill S) bei den Justizbehörden in den Ländern sowie Aufwendungen der Justizanstalten (75 Mill S).

Die Minderausgaben betrugen 44 Mill S.

1/300 Bundesministerium für Justiz

1/30008 Aufwendungen (+ 20,0 %) + 6 000 000,-- S

Mehrausgaben vor allem aufgrund der Bezahlung von Schulden aus dem Vorjahr sowie für In- und Auslandreisen, für Entgelte an Einzelpersonen und sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen.

1/302 Justizbehörden in den Ländern

1/30200 Personalausgaben (- 0,4 %) - 14 942 672,35 S

Minderausgaben für Vertragsbedienstete (31,9 Mill S) wegen durchschnittlich 175 nicht besetzter Planstellen und geringerer Anfangsbezüge infolge reduzierter Vordienstzeitenanrechnung sowie für Mehrleistungsvergütungen (4,3 Mill S) aufgrund weiterer Reduzierung der zeitlichen Mehrleistungen.

Mehrausgaben für Beamte (17,3 Mill S) aufgrund von Vorrückungen und Auswirkungen der 2. Etappe der Besoldungsreform sowie für Dienstgeberbeiträge (5,6 Mill S).

1/30203 Anlagen (+ 9,3 %) + 8 381 529,75 S

Mehrausgaben vor allem für ADV-Hardware (9,3 Mill S) aufgrund größerer Reinvestitionen.

1/30207 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 10,2 %) + 98 312 441,22 S

Mehrausgaben vor allem bei Bezügen für Rechtspraktikanten (44,2 Mill S) aufgrund vermehrter Zulassung zur Gerichtspraxis, bei ersatzpflichtigen Entschädigungen nach dem ASGG (26,4 Mill S) aufgrund vermehrter Bestellungen und Hausbesuchen von Sachverständigen bei Einsprüchen gegen die Höhe des Pflegegeldes, bei Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (20,5 Mill S) aufgrund vermehrter Inanspruchnahme von Sachverständigen in Gerichtsverfahren und Großprozessen sowie bei Dienstgeberbeiträgen (10,7 Mill S) für Rechtspraktikanten.

1/30208 Aufwendungen (+ 7,3 %) + 117 000 000,-- S

Mehrausgaben vor allem bei Leistungen der Post (63,5 Mill S) aufgrund der Erhöhung der Posttarife ab 1.7.1997 und der Telefontarife ab 1.11.1997, bei Aufwandsentschädigungen (18,2 Mill S) aufgrund einer Neuregelung der Vollzugsgebühr ab 1.7.1996 sowie der Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes ab 1.6.1997, bei Mietenvorauszahlungen (13,2 Mill S) für die Unterkunft des Arbeits- und Sozialgerichtes, bei Vergütungen an das BMF (10,7 Mill S) aufgrund Nachbelastung aus 1996 sowie Aufrüstung und Nachkauf von Rechnern, bei der Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag (10,2 Mill S) aufgrund der gesondert zu zahlenden Pauschalvergütung für Leistungen in überlangen Verfahren, bei Druckwerken (8,5 Mill S) aufgrund Ergänzung bzw. Neuausstattung von Bibliotheken – auch aufgrund der Anpassung der österreichischen Gesetze an die EU-Normen, bei Energiebezügen (7,9 Mill S) aufgrund der Erhöhung der Stromtarife und der Einführung einer Abgabe auf Lieferung und Verbrauch elektrischer Energie mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996, bei Verfahrenskosten im Schuldenregulierungsverfahren (7,6 Mill S) aufgrund eines größeren Anfalls von Verfahren, deren Kosten aus Amtsgeldern

zu begleichen sind, bei Mieten für Liegenschaften und Räumlichkeiten für sonstige Amts- und Betriebszwecke (7,1 Mill S) aufgrund der Anmietung von Ausweichunterkünften für Gerichte, bei Schadensvergütungen (4,9 Mill S) sowie bei Beiträgen zu Verteidigungskosten (3,3 Mill S) aufgrund der Erhöhung der Kostenbeiträge des Bundes im Falle eines Freispruches und erhöhter Kosten bei Haftprüfungsverhandlungen.

Minderausgaben vor allem bei Entgelten für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (27,0 Mill S) aufgrund einer Gebührensenkung bei der Wiener Zeitung und Rückgangs der Ausgaben im Bereich des Suchtmittelgesetzes sowie bei sonstigen Roh- und Hilfsstoffen (5,2 Mill S) aufgrund geringeren Papierbedarfes.

1/303 Justizanstalten

1/30300 Personalausgaben(- 1,3 %) - 21 526 759,59 S

Minderausgaben bei Mehrleistungsvergütungen (14,0 Mill S) aufgrund einer weiteren Reduzierung der zeitlichen Mehrleistungen, für Vertragsbedienstete und Dienstgeberbeiträge (5,2 Mill S) vor allem aufgrund der reduzierten Vordienstzeitenanrechnung bei Neuaufnahmen sowie bei Jubiläumszuwendungen (3,9 Mill S) aufgrund einer Änderung mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996.

Mehrausgaben für Beamte (5,6 Mill S) vor allem aufgrund der Einmalzahlung im öffentlichen Dienst.

1/30308 Aufwendungen(+ 7,7 %) + 75 000 000,-- S

Mehrausgaben vor allem bei Vergütungen für Gefangenearbeiten (59,4 Mill S) aufgrund eines höheren Gefangenestandes und Valorisierung der Vergütungssätze, für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (24,8 Mill S) aufgrund größerer Anzahl erkrankter Insassen und Untergebrachter sowie höherer Tagsätze der Krankenanstalten, bei Energiebezügen (15,2 Mill S) aufgrund einer längeren Heizperiode und Zubauten in Justizanstalten, bei Mitteln zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge (5,5 Mill S) aufgrund eines unerwarteten Mehrbedarfes und für Werkverträge (3,5 Mill S).

Minderausgaben vorwiegend bei Lebensmitteln (4,7 Mill S), bei sonstigen Roh- und Hilfsstoffen (3,9 Mill S), für Bekleidung und Ausrüstung der Bediensteten und Insassen (3,9 Mill S) aufgrund eines unerwarteten Minderbedarfes, bei Aufwandsentschädigungen (3,5 Mill S) aufgrund der Reduzierung der Dienstleistungsstunden während der Nachtzeit sowie beim Justizwache-Massafonds (3,1 Mill S) aufgrund Nichtbesetzung freier Planstellen.

1/40 Militärische Angelegenheiten

Mehrausgaben von 335 Mill S betrafen vor allem Aufwendungen (259 Mill S) und Personalausgaben (66 Mill S) bei Heer und Heeresverwaltung.

Die Minderausgaben betrugen 74 Mill S.

1/400 Bundesministerium für Landesverteidigung

1/40000 Personalausgaben(- 1,0 %) - 6 503 562,44 S

Minderausgaben bei den Bezügen für Beamte vorwiegend wegen geringerer Optierungen bei Bediensteten der Verwendungsgruppen H 1 und A (7,7 Mill S). Weiters bei den Entgelten für Vertragsbedienstete wegen Nichtnachbesetzungen (1,1 Mill S) und bei den sonstigen Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete aufgrund verminderter Aufnahmen (1,0 Mill S) sowie bei Mehrleistungsvergütungen infolge Einsparungsmaßnahmen (1,0 Mill S).

Mehrausgaben für Jubiläumszuwendungen infolge schwer schätzbarer vorzeitiger Ruhestandsversetzungen (4,7 Mill S).

1/40018 Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft(- 28,4 %) – 11 371 166,15 S

Minderausgaben infolge geringerer Zahlungsverpflichtungen betreffend Mieten und Betriebskosten.

1/401 Heer und Heeresverwaltung

1/40100 Personalausgaben(+ 0,7 %) + 66 099 966,42 S

Mehrausgaben bei Bezügen (211,1 Mill S) und Dienstgeberbeiträgen für Beamte (23,7 Mill S) im wesentlichen verursacht durch Mehrkosten bei der Einsatzzulage aufgrund einer Personalaufstockung beim Grenzeinsatz. Weiters Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete A/I (28,6 Mill S), Vertragsbedienstete A/II (25,9 Mill S), Vertragsbedienstete B/I (4,5 Mill S) und sonstigen Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete (22,1 Mill S) aufgrund zu niedrig veranschlagter Mittel, weil mit Ministerratsbeschuß Ausnahmen vom Aufnahmestopp möglich waren, von denen Gebrauch gemacht wurde. Ferner Mehrausgaben für Jubiläumszuwendungen infolge vorzeitiger Ruhestandsversetzungen (7,8 Mill S) und für sonstige Nebengebühren bei der Übernahme von Zeitsoldaten als Militärpersonen auf Zeit (7,8 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich bei den Mehrleistungsvergütungen wegen Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Journaldienste, der Aufnahmesperre und der Einschränkung von Übungsvorhaben (237,5 Mill S). Weitere Minderausgaben aufgrund verringriger Übernahmen von Zeitsoldaten als Militärpersonen auf Zeit in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis (24,3 Mill S) sowie infolge niedriger Überweisungsbeträge an die Sozialversicherungsträger (2,7 Mill S).

1/40107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 1,7 %) – 47 000 000,-- S

Minderausgaben bei den Geldleistungen für Auslandeinsätze infolge Verringerung der Kontingente (52,6 Mill S), beim Entgelt (21,2 Mill S) und bei der Krankenfürsorge für Zeitsoldaten (9,8 Mill S) aufgrund eines niedrigeren Aufkommens sowie bei den Entschädigungen für freiwillige Waffenübungen (20,6 Mill S) infolge Genehmigungsbeschränkungen. Weiters für Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe (19,9 Mill S) und Fahrtkostenvergütung (4,9 Mill S) wegen geringeren Anfalls und schließlich für Familienbeihilfen (16,6 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben beim Monatsgeld (55,2 Mill S) und bei der Prämie im Grundwehrdienst (12,9 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung sowie einer höheren Anzahl von Einberufungen zu Übungen und erfolgreich abgeschlossener Kaderausbildungen. Weiters bei Entschädigungen für Waffenübungen (23,9 Mill S) aufgrund einer gestiegenen Anzahl von Übungstagen und für andere öffentliche Abgaben wegen höheren Anfalls von Rechtsgeschäften (3,5 Mill S). Weitere Mehrausgaben bei den Heilungskosten für Wehrpflichtige (3,4 Mill S) im Zuge von Kostensteigerungen.

1/40108 Aufwendungen(+ 3,2 %) + 258 847 600,-- S

Mehrausgaben unter Verwendung der Einnahme aus einem Grundverkauf für eine Vorauszahlung betreffend den Kaufvertrag Kampfpanzer Leopard 2 (219,7 Mill S) sowie für Adaptionen für Fluggerät (40,0 Mill S) zur Grenzüberwachung.

1/50 Finanzverwaltung

Mehrausgaben von 11 518 Mill S betrafen vorwiegend Förderungsmaßnahmen des BMF im Rahmen gesetzlicher Verpflichtungen (10 247 Mill S), Ausfuhrstatuten gemäß EU-Vorschriften (531 Mill S), Personalausgaben des Amtes der

Post und Telekom Austria AG (465 Mill S), Aufwendungen im IT-Bereich (147 Mill S) sowie den Zweckaufwand des BMF für die Zurückstellung von Silbermünzen (101 Mill S).

Minderausgaben von 924 Mill S betrafen hauptsächlich Aufwendungen des Amtes der Post und Telekom Austria AG (222 Mill S), Personalausgaben (156 Mill S), Aufwendungen (141 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (29 Mill S) und Anlagen (10 Mill S) der Dienststellen der Finanzlandesdirektionen und Zuschüsse an die Österreichische Kontrollbank-AG (131 Mill S). Weitere Minderausgaben ergaben sich vorwiegend durch verminderte Entschädigungszahlungen gemäß Staatsvertrag für Schäden im Ausland (92 Mill S), bei sonstigen Förderungen (32 Mill S), Bezugsvorschüssen (31 Mill S) und beim Zuschuß an die Finanzierungsgarantie GesmbH (21 Mill S) im Bereich BMF sowie durch verminderte Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen bei Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds (20 Mill S).

1/500 Bundesministerium für Finanzen

1/5000 .Zentralleitung

1/50007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 35,6 %) – 13 887 738,34 S

Minderausgaben vorwiegend für Ausgleichstaxen (12,0 Mill S) mangels Vorschriftung vom Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen.

1/5002 IT-Bereich

1/50028 Aufwendungen(+ 16,6 %) + 147 329 908,57 S

Mehrausgaben für ADV-Entgelte an die BRZ-GmbH (175,3 Mill S) im Zusammenhang mit Investitionen und Dienstleistungen für die Finanz- und Zollverwaltung.

Minderausgaben für sonstige ADV-Leistungen von Firmen (14,8 Mill S) und die Instandhaltung von Gebäuden (12,2 Mill S) mangels Realisierung einzelner Vorhaben.

1/501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen(+ 125,9 %) + 100 705 407,69 S

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Rückstellung von Silbermünzen gemäß § 21 Abs 1 des Scheidemünzengesetzes 1988, BGBl Nr 597 idgF.

1/50128 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)(+ 84,0 %) + 7 560 000,-- S

Mehrausgaben für Kapitaltransferzahlungen (6,4 Mill S) im Zusammenhang mit der Errichtung der Bundes-Wertpapieraufsicht mit BGBl Nr 753/1996.

1/502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)

1/50204 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) + 10 247 354 116,59 S

Mehrausgaben für Beihilfen und Ausgleichszahlungen (5 451,4 Mill S), Transferzahlungen an Länder (4 630,4 Mill S) und an das Österreichische Rote Kreuz (165,5 Mill S) im Zusammenhang mit dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, BGBl Nr 746/1996.

1/50236 Zuschuß (ÖKB-AG)(- 43,8 %) – 131 313 615,96 S

Minderausgaben beim allgemeinen Zuschuß (110,5 Mill S) und beim Zuschuß für Schwellenländer (22,0 Mill S), weil die Inanspruchnahme von Finanzierungszusagen im Exportfinanzierungsverfahren schwer abschätzbar ist.

1/5024	Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds		
1/50247	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 5,0 %)	- 20 000 000,-- S
Minderausgaben an den Innovations- und Technologiefonds infolge der Abhängigkeit des jährlichen Zuschusses gemäß § 2 Abs 1 ITFG, BGBI Nr 603/1987 idG, vom Lombardzinssatz am 30. Juni des vorangegangenen Jahres.			
1/5025	Hagelversicherung (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgebundene Gebarung)		
1/50256	Förderungen	(+ 9,0 %)	+ 10 815 000,-- S
Mehrausgaben infolge einer höheren förderbaren Prämiensumme.			
1/50294	Zuschuß an Finanzierungsgarantie GesmbH	(- 71,3 %)	- 21 376 871,93 S
Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Finanzierungshilfen für Betriebssanierungen.			
1/50295	Bezugsvorschüsse	(- 37,6 %)	- 31 365 239,-- S
Minderausgaben bei den sonstigen Bezugsvorschüssen an Beamte der Post und Telekom Austria AG (26,4 Mill S) und bei den Bezugsvorschüssen für Wohnbauzwecke an Bedienstete der Finanzlandesdirektionen (4,7 Mill S) infolge einer geringeren Anzahl förderungswürdiger Ansuchen.			
1/50296	Sonstige Förderungen	(- 12,3 %)	- 31 859 534,92 S
Minderausgaben bei Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen im Zusammenhang mit dem Global Environmental Facility-Trust Fund (24,0 Mill S) und dem Trust Fund der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) (11,0 Mill S) sowie beim Zuschuß im Rahmen der Zinsenstützungsaktion der Bundesregierung (3,7 Mill S).			
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Euro-Kampagne (4,3 Mill S) und für Investitionszwecke des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Rechenzentrums, Wien (3,0 Mill S).			
1/503	Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag		
1/5031	Schäden im Ausland		
1/50317	Entschädigungszahlungen	(- 97,3 %)	- 92 459 494,07 S
Minderausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Entschädigungsge setzes CSSR, BGBI Nr 452/1975 (73,6 Mill S), weil die mit BGBI I Nr 125/1997 erfolgte amtswegige Erhöhung der zuerkannten Entschädigungsbeträge um 34 % erst im November 1997 wirksam wurde, und im Zusammenhang mit der Vollziehung des Verteilungsgesetzes DDR, BGBI Nr 189/1988 (18,9 Mill S), da die Bundesverteilungskommission wieder weniger Fälle als erwartet positiv entschieden hat.			
1/504	Finanzlandesdirektionen		
1/5040	Dienststellen		
1/50400	Personalausgaben	(- 2,4 %)	- 155 591 996,52 S
Minderausgaben für Vertragsbedienstete A/I, A/II, B/II und B/R (123,5 Mill S) und für sonstige Dienstgeberbeiträge (47,9 Mill S) infolge der Sparmaßnahmen sowie für sonstige Nebengebühren (41,8 Mill S) infolge ressortübergreifender Dienst zuteilungen von Zollwachebeamten zum BMI, für Mehrleistungsvergütungen			

(26,3 Mill S), für Jubiläumszuwendungen (13,8 Mill S) und für Vergütungen für Nebentätigkeit (4,6 Mill S).

Mehrausgaben für Beamte (74,0 Mill S) aufgrund der Besoldungsreform, für Belohnungen und Geldaushilfen (19,9 Mill S), für Vertragsbedienstete B/I (8,6 Mill S) und für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (3,1 Mill S).

1/50403 Anlagen (– 20,0 %) – 10 471 342,89 S

Minderausgaben vorwiegend für Amts- und Betriebsausstattung im Bereich der Finanzverwaltung (4,0 Mill S), da die Anschaffungen im Amtsbereich der Finanzlandesdirektionen für Wien und Steiermark erst im Jahre 1998 vorgenommen werden, sowie bei verschiedenen Voranschlagsposten, deren Einsparungen jedoch aufgrund der einzelnen Betragshöhen nicht zu erläutern waren.

1/50407 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 16,3 %) – 29 277 398,21 S

Minderausgaben für Familienbeihilfen (29,5 Mill S) infolge Verringerung der Anspruchsberechtigten im Bereich der Zollwache.

1/50408 Aufwendungen (– 11,5 %) – 141 074 428,37 S

Minderausgaben hauptsächlich für Leistungen der Post (39,5 Mill S) infolge rückläufiger Kostenentwicklung und zu hoher Veranschlagung, für Instandhaltung von Gebäuden (Finanzverwaltung) (38,9 Mill S) infolge Nichtdurchführung geplanter Vorhaben, für Druckwerke (25,1 Mill S) infolge der Privatisierung der Österreichischen Staatsdruckerei mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1997, BGBl I Nr 1/1997, und der Vergabe von Druckaufträgen nach den Grundsätzen des freien Wettbewerbes, für Aufwandsentschädigungen (13,1 Mill S) infolge der Verkleinerung des Personalstandes der Zollwache, für Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (8,8 Mill S), weil die Endabrechnung für den Neubau des Zollamtes Innsbruck, Zweigstelle Hall, noch immer nicht gelegt wurde, sowie infolge der Verringerung der entgeltpflichtigen Flächen bei Bahn und Post im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Zollverwaltung, für sonstige Miet- und Pachtzinse (8,7 Mill S) ua infolge der Auflassung von Zolldienststellen, für Inlandreisen (Hausbeschau) (8,2 Mill S) infolge der sinkenden Zahl der Hausbeschaufälle, für Druckwerke für die Bibliothek (7,0 Mill S) vor allem infolge Verringerung der Periodika, für geringwertige Wirtschaftsgüter (5,3 Mill S) infolge einer geringeren Vornahme von Ersatzbeschaffungen im Zollbereich und für sonstige Transporte (3,3 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben für Inlandreisen im Bereich der Zollverwaltung (28,0 Mill S) im Zusammenhang mit Umstrukturierungen im Gefolge des EU-Beitrittes, für Energiebezüge (7,2 Mill S) als Folge der Energiebesteuerung, für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (4,1 Mill S) infolge der vermehrten Beschäftigung von Reinigungsunternehmen und für freiwillige Sozialleistungen (3,2 Mill S) aufgrund der Erhöhung des Essenzuschusses.

1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften (+ 132,8 %) + 531 119 321,-- S

Mehrausgaben infolge zu geringer Veranschlagung.

1/50438 Gebärung gemäß § 22 KHVG (– 34,6 %) – 5 186 220,-- S

Minderausgaben im Zusammenhang mit den Mindereinnahmen beim Ansatz 2/50434.

1/507	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	
1/5070	Bundespensionsamt	
1/50708	Aufwendungen	(- 18,2 %) - 5 075 852,39 S
	Minderausgaben für Instandhaltung von Gebäuden (4,0 Mill S), da die Umsiedlung des Bundespensionsamtes erst im Laufe des Jahres 1998 erfolgen wird.	
1/508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
1/5083	Amt der Post und Telekom Austria AG	
1/50830	Personalausgaben	(+ 2,9 %) + 464 657 970,66 S
	Mehrausgaben für Beamte (824,7 Mill S), für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (44,7 Mill S), für Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (37,1 Mill S) und für sonstige Dienstgeberbeiträge (19,3 Mill S) infolge der dienstrechtlichen Sonderregelungen gemäß dem Artikel 14 des 1. Budgetbegleitgesetzes 1997, BGBl I Nr 138/1997, für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte.	
	Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (189,4 Mill S), für Belohnungen und Geldaushilfen (130,9 Mill S), für Jubiläumszuwendungen (70,9 Mill S), für sonstige Nebengebühren (65,9 Mill S) und Vergütungen für Nebentätigkeit (4,1 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
1/50838	Aufwendungen	(- 14,9 %) - 221 744 623,20 S
	Minderausgaben für freiwillige Sozialleistungen (135,6 Mill S), für In- und Auslandreisen (47,5 Mill S) und für Aufwandsentschädigungen (35,7 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.	
51	Kassenverwaltung	
	<i>Minderausgaben von 30 035 Mill S entstanden hauptsächlich bei der Tilgung (22 114 Mill S) sowie bei Zinsen und Begebungskosten (180 Mill S) von kurzfristigen Verpflichtungen des Bundes, beim Erwerb von Bundestiteln (4 600 Mill S) sowie bei den Pauschalvorsorgen für Sachausgaben (zusammen 2 875 Mill S) und bei Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen bei Effekten und Geldverkehrskosten (234 Mill S).</i>	
	Mehrausgaben von 6 149 Mill S betrafen vor allem Zuführungen an die zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (3 705 Mill S), an die besondere Rücklage (1 401 Mill S), an die allgemeine Rücklage (547 Mill S), an die besondere Einnahmen-Rücklage (456 Mill S) sowie an die Ausgleichsrücklage (31 Mill S).	
1/510	Effekten- und Geldverkehr des Bundes	
1/51003	Erwerb von Bundestiteln	(- 100,0 %) - 4 600 001 000,-- S
	Minderausgaben infolge Reduzierung des Handels von Wertpapieren im Rahmen des Market Making.	
1/51038	Kursverluste	(- 29,9 %) - 9 731 500,28 S
	Minderausgaben wegen geringerer Kursverluste im Effektenverkehr in inländischer Währung (9,8 Mill S).	

1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten

1/51047 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(– 77,2 %) – 233 900 267,73 S

Minderausgaben für die KEST infolge des geringeren Kassenbestandes (234,2 Mill S).

1/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)**1/5110 Innovations- und Technologiefonds**

1/51108 Aufwendungen(– 5,1 %) – 21 380 728,-- S

Minderausgaben bei den Überweisungen an das Bundeskanzleramt wegen geringerer Anforderungen.

1/5111 Siedlungswasserwirtschaft

1/51117 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 335,1 %) + 8 378 167,03 S

Mehrausgaben bei der Kapitalertragsteuer infolge von Mehreinnahmen aus Veranlagungszinsen (vgl Ansatz 2/51110).

1/512 Rücklagen

Die Zuführung nicht in Anspruch genommener Teile von Ausgabenansätzen und solcher von zweckgebundenen Einnahmen an Haushaltsrücklagen gemäß den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes und des Bundesfinanzgesetzes 1997 erfolgt durch buchmäßige Ausweisung von Mehrausgaben in entsprechender Höhe bei den nachstehenden Verrechnungsansätzen der Kassenverwaltung (Titel 1/512). Diesen Mehrausgaben stehen als Bedeckung einzelne Ausgabensparungen und zweckgebundene Mehreinnahmen sowie Reste von nicht in Anspruch genommenen Rücklagenentnahmen bei den in Frage kommenden Voranschlagsansätzen gegenüber.

1/51219 Zuführung an allgemeine Rücklage + 546 956 000,-- S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51249 Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage + 3 705 494 881,77 S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51259 Zuführung an Ausgleichsrücklage + 31 186 834,30 S

Mehrausgaben aufgrund der Abschlußbuchung gemäß § 53 Abs 3 BHG, womit der Einnahmenüberschuß im Gesamthaushalt ausgeglichen wurde.

1/51269 Zuführung an besondere Rücklage + 1 400 963 000,-- S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51279 Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage + 456 179 546,21 S

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/518 Sonstige Pauschalvorsorgen**1/5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben**

Diese Pauschalvorsorge für Sachausgaben war zur Bedeckung der bei den einzelnen anweisenden Organen tatsächlich anfallenden unaufschiebbaren Mehrausgaben, insbesondere solcher für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In-

und Ausland, weiters für die Durchführung von unvorhersehbaren Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem sowie für Auslandseinsätze gemäß BGBl Nr 173/1965 vorgesehen.

1/51816 Förderungen – 24 000 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden 10,0 Mill S zur Bedeckung einer Mehrausgabe (Sondermaßnahme der Bundesregierung) gebunden.

1/51817 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) – 1 723 000 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz erfolgte keine Bindung.

1/51818 Aufwendungen – 1 128 425 000,-- S

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden 4,0 Mill S zur Bedeckung von entsprechenden Mehrausgaben der Präsidentschaftskanzlei gebunden.

519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben

5191 Kurzfristige Verpflichtungen

**1/51918 Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes
(Zinsen und Begebungskosten)** (– 47,1 %) – 180 138 625,21 S

Minderausgaben für Zinsen in fremder (107,1 Mill S) und in inländischer Währung (73,0 Mill S) infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkern.

(Siehe auch Ansatz 8/51919).

7/51919 Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung) (– 29,5 %) – 22 114 250 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in fremder (21 875,3 Mill S) und in inländischer Währung (239,0 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 8/51919).

1/52 Öffentliche Abgaben

1/527 Verschiedene Kosten

1/52718 Verkaufsvergütungen (– 6,0 %) – 6 904 532,47 S

Minderausgaben bei den Verkaufsvergütungen für Steuerausweise gemäß Straßenbenützungsabgabegesetz infolge zu hoher Veranschlagung.

1/53 Finanzausgleich

Minderausgaben von 2 277 Mill S entstanden vor allem bei der Bedarfzuweisung an die Länder (704 Mill S), bei vermindernten Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen (503 Mill S), beim Katastrophenfonds bei der Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (484 Mill S), bei Zuschüssen für Krankenanstalten (245 Mill S) sowie nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz (97 Mill S) und bei Schäden im Vermögen des Bundes (84 Mill S) und der Gemeinden (32 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder (64 Mill S), Aufwendungen für Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden (29 Mill S) sowie Zahlungen an die Länder (19 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich.

Mehrausgaben von 584 Mill S betrafen vorwiegend Ausgaben für Schäden im Vermögen privater Personen (381 Mill S) sowie Finanzzuweisungen in Nahver-

kehrsangelegenheiten (148 Mill S) und für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (44 Mill S).

1/530 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder(– 4,4 %) – 63 803 108,-- S

Minderausgaben, weil der aus Bundesmitteln zu leistende Kopfquotenausgleich, der von jeder Änderung des örtlichen Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben abhängt, schwer abschätzbar ist.

1/53027 Bedarfszuweisung an Länder(– 12,7 %) – 704 358 203,-- S

Minderausgaben infolge Mindereinnahmen bei den für die Bemessung der Bedarfszuweisung maßgeblichen Abgaben.

1/53047 Finanzzuweisung für umweltschonende und energie-sparende Maßnahmen(+ 6,3 %) + 43 737 470,-- S

Mehrausgaben aufgrund des höheren Aufkommens an der für die Bemessung der Finanzzuweisung maßgeblichen Energieabgabe.

1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden(– 73,3 %) – 11 000 000,-- S

Minderausgaben, da nur von einer Gemeinde die gesetzlichen Voraussetzungen (BGBl Nr 346/1982) erfüllt wurden.

1/53097 Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten(+ 7,7 %) + 147 993 867,-- S

Mehrausgaben bei den Zuweisungen nach § 20 Abs 4 FAG aufgrund der Abrechnung 1996 und des höheren Aufkommens an Mineralölsteuer (129,8 Mill S) sowie bei den Zuweisungen nach § 20 Abs 3 Z 1 FAG (9,2 Mill S) und § 20 Abs 3 Z 2 FAG (9,0 Mill S) aufgrund des höheren Aufkommens an Energieabgabe.

1/532 Zweckzuschüsse des Bundes I

1/53207 Zuschüsse für Krankenanstalten(– 17,9 %) – 245 047 221,-- S

Minderausgaben aufgrund des geringeren Aufkommens an Umsatzsteuer.

1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz(– 22,1 %) – 97 193 600,28 S

Minderausgaben für Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 (32,6 Mill S) bzw 1983 (64,6 Mill S) infolge geringerer Anforderungen von Bundeszuschüssen zu den von den Ländern zur Verfügung gestellten Mitteln für den Wohnbau.

1/5322 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden

1/53228 Aufwendungen(– 58,0 %) – 28 772 785,-- S

Minderausgaben bei Zuschüssen an die Länder und Gemeinden (insgesamt 28,6 Mill S) infolge geringerer Anforderungen.

1/53297 Kinderbetreuungseinrichtungen(– 83,8 %) – 503 062 615,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Beantragung durch die Länder.

1/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen(+ 282,5 %) + 381 831 716,-- S

Mehrausgaben aufgrund extremer Unwetterschäden.

1/53418 Zahlungen an Länder(- 5,0 %) - 18 925 827,-- S

Minderausgaben für Schäden im Vermögen der Länder (25,0 Mill S).

Mehrausgaben für Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren (6,1 Mill S).

1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden(- 11,1 %) - 32 267 380,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Schäden im Vermögen der Gemeinden.

1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes(- 35,4 %) - 84 343 698,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen.

1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden(- 18,7 %) - 483 819 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen.

1/53488 Hagelversicherung(+ 9,0 %) + 10 815 000,-- S

Mehrausgaben infolge vermehrter Abschlüsse von Versicherungsverträgen.

54 Bundesvermögen

Minderausgaben von 8 289 Mill S betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (2 824 Mill S) des Allgemeinen Haushalts bzw des Ausgleichshaushalts (922 Mill S), Aufwendungen (529 Mill S) bei sonstigen Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen sowie Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (Übrige Gebarung) (1 500 Mill S), weiters die Nebengebarung (AFG) (1 244 Mill S), Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (1 033 Mill S) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (AFG) (10 Mill S) im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes gemäß AFG (zweckgebundene Gebarung) sowie die Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen (213 Mill S).

Mehrausgaben von 5 892 Mill S entstanden vor allem durch Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 (5 085 Mill S), Zahlungen an internationale Finanzinstitutionen (669 Mill S) und sonstige Unternehmungen (50 Mill S) sowie Aufwendungen für Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand) (81 Mill S).

1/540 Kapitalbeteiligung

1/54052 Internationale Finanzinstitutionen(+ 49,4 %) + 669 243 381,01 S

Mehrausgaben bei der Europäischen Investitionsbank infolge höherer Einzahlungen (728,2 Mill S), bei der Internationalen Entwicklungsbank (70,6 Mill S), der Asiatischen Entwicklungsbank (50,4 Mill S), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (7,3 Mill S) und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (3,7 Mill S) infolge höherer Einlösung von Bundesschatzscheinen. Weitere Mehrausgaben bei der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur (Miga) infolge des Beitritts Österreichs im Jahr 1997 (10,4 Mill S) und bei der Internationalen Finanzkorporation aufgrund ungünstiger Wechselkurse (3,2 Mill S).

Minderausgaben betrafen die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wegen geringerer Barzahlungen (93,5 Mill S) und geringerer Einlösung von

Bundesschatzscheinen (62,2 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen den Afrikanischen Entwicklungsfonds (48,9 Mill S) infolge geringerer Einlösung von Bundesschatzscheinen.

1/54093 Sonstige Unternehmungen(+ 100,0 %) + 49 989 000,-- S

Mehrausgaben wegen Kapitalerhöhung bei der Finanzierungsgarantiegesellschaft mbH (100,0 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich infolge unterbliebener Umwandlung von Treuhändern in Betriebsvermögen bei der Kärntner Flughafenbetriebsgesellschaft mbH (50,0 Mill S).

1/541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)

1/54108 Aufwendungen + 80 555 750,14 S

Mehrausgaben vor allem wegen vermehrter Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Aktienverkäufen betreffend die Creditanstalt-Bankverein und die Dachstein Fremdenverkehrs-AG (zusammen 80,4 Mill S).

1/547 Haftungsübernahmen des Bundes

1/5470 Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)

1/54707 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (AFG) ...(- 34,5 %) - 10 356 067,84 S

Minderausgaben für die Kapitalertragsteuer auf die Zinsen als Folge des rückläufigen Guthabens bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG.

1/54708 Nebengebarung (AFG)(- 38,4 %) - 1 243 974 801,-- S

Minderausgaben bei den Kosten gemäß § 7 Abs 2 AFG (1 176,5 Mill S) und bei der Kursrisikogarantie (77,5 Mill S) infolge rückläufigen Zinsenaufwandes.

Mehrausgaben beim Bankanteil an Haftungsentgelten (10,0 Mill S).

1/54709 Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)(- 14,3 %) - 1 032 767 552,10 S

Minderausgaben wegen geringeren Anfalls von Schadenzahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG (950,9 Mill S) sowie aus Wechselbürgschaften gemäß § 2 AFG (81,9 Mill S).

1/5471 Sonstige Finanzhaftungen

1/54718 Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen(- 24,6 %) - 212 709 464,17 S

Minderausgaben bei Kursrisikogarantien (AFFG) (365,0 Mill S) und Mehrausgaben bei Kursrisikogarantien (AFFG) der zweckgebundenen Gebarung (154,0 Mill S) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Schilling und ausländischen Währungen.

1/5472 Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)

1/54729 Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)(- 100,0 %) - 1 500 001 000,-- S

Minderausgaben infolge geringeren Anfalls von Schadenzahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG.

548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen**1/5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien**

1/54826 Kostenersatz an IAKW(– 5,7 %) – 9 946 000,-- S

Minderausgaben infolge ausreichender Liquidität der Gesellschaft.

548 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen

1/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(– 97,6 %) – 2 823 778 266,60 S

Minderausgaben entstanden durch die Anrechnung der Veräußerungserlöse von Anteilsrechten des Bundes an der Austria Tabakwerke AG und an der Österreichischen Salinen AG sowie der Dividende der Austria Tabakwerke AG auf die Ersätze des Bundes an die ÖIAG für Zinsenzahlungen gemäß BGBl Nr 426/1996 (zusammen 2 806,5 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen geringere Bundes schatzscheineinlösungen bei der die Globale Umweltfazilität verwaltenden Welt bank (18,5 Mill S).

7/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(– 100,0 %) – 922 436 000,-- S

Minderausgaben aufgrund der Anrechnung der Veräußerungserlöse von Anteilsrechten des Bundes an der Austria Tabakwerke AG und an der Österreichischen Salinen AG sowie der Dividende der Austria Tabakwerke AG auf die Ersätze des Bundes an die ÖIAG für Tilgungszahlungen gemäß BGBl Nr 426/1996.

1/54848 Aufwendungen(– 21,6 %) – 528 944 007,30 S

Minderausgaben vor allem wegen geringerer Überweisungen an die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH für die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken (420,0 Mill S) und an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH für die Finanzierung von Bundes hochbauten (109,9 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen geringere Geldverkehrsspesen im Zuge von Umschuldungs- und Begebungskosten gemäß BGBl Nr 973/1993 (25,9 Mill S) sowie geringere Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG gemäß BGBl Nr 206/1982 (23,2 Mill S).

Mehrausgaben aufgrund eines Gesellschafterzuschusses an die Finanzierungs garantiegesellschaft mbH (50,0 Mill S).

1/54858 Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 + 5 085 237 969,41 S

Mehrausgaben infolge der Zahlung an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH zur Abdeckung der Forderung dieser Gesellschaft aus Hochbau gegen den Bund gemäß BGBl I Nr 113/1997.

1/55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Minderausgaben von 2 075 Mill S entstanden vor allem bei Aufwendungen- Gesetzliche Verpflichtungen der Post und Telekom Austria AG (901 Mill S), bei den Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer (537 Mill S) sowie bei den Ruhebezügen (485 Mill S), bei den Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (66 Mill S), bei Dienstgeberbeiträgen (57 Mill S) sowie Familien- und Geburtenbeihilfen (14 Mill S) für Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Mehrausgaben von 498 Mill S betrafen vor allem Versorgungsbezüge der Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes (348 Mill S) sowie Aufwendungen- Gesetzliche Verpflichtungen bei den Österreichischen Bundesbahnen (141 Mill S).

1/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

1/55000 Ruhebezüge(- 2,1 %) - 484 601 084,57 S

Minderausgaben infolge eines geringeren Zuganges von Ruhebezugsempfängern (444,2 Mill S) und infolge eines geringeren Anfusses von Todesfallbeiträgen (39,3 Mill S).

1/55010 Versorgungsbezüge(+ 6,1 %) + 347 515 244,22 S

Mehrausgaben infolge der Auswirkungen der neuen Berechnungsart.

1/55030 Dienstgeberbeiträge(- 6,1 %) - 57 102 077,83 S

Minderausgaben korrespondierend zu den Minderausgaben bei den Ruhebezügen.

1/55047 Familien- und Geburtenbeihilfen(- 14,7 %) - 13 768 300,-- S

Minderausgaben infolge der geringeren Anzahl an Familienbeihilfenempfängern.

1/55057 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz(- 12,9 %) - 66 365 708,90 S

Minderausgaben beim Pflegegeld für Empfänger von Versorgungsbezügen (41,4 Mill S) und für Empfänger von Ruhebezügen (25,0 Mill S) bedingt durch die Herabsetzung der Stufe 1 des Pflegegeldes, die Aliquotierung bei Tod eines Anspruchsberechtigten und das Ruhnen des Pflegegeldes bei Aufnahme in eine Krankenanstalt.

1/551 Ersätze an Länder

1/55107 Ersätze für Pensionen der Landeslehrer(- 6,0 %) - 536 800 673,22 S

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl von Neuzugängen an Ruhege- nußempfängern (508,4 Mill S) sowie beim Pflegegeld bedingt durch die Herab- setzung der Stufe 1 des Pflegegeldes, die Aliquotierung bei Tod eines An- spruchsberechtigten und das Ruhnen des Pflegegeldes bei Aufnahme in eine Krankenanstalt (28,5 Mill S).

1/552 Sonstige Bedienstete

1/55210 Versorgungsbezüge(+ 6,0 %) + 6 275 957,50 S

Mehrausgaben vor allem bedingt durch die erstmalige Verrechnung der Ruhebe- zugsempfänger der Österreichischen Bundesforste nach deren Ausgliederung.

1/55220 Außerordentliche Versorgungsgenüsse(- 10,0 %) - 5 100 219,10 S

Minderausgaben infolge einer Verringerung der Anzahl der Empfänger von au- ßerordentlichen Versorgungsgenüssen.

1/55257 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz(- 28,5 %) - 8 211 847,-- S

Minderausgaben beim Pflegegeld bedingt durch die Herabsetzung der Stufe 1 des Pflegegeldes, die Aliquotierung bei Tod eines Anspruchsberechtigten und das Ruhnen des Pflegegeldes bei Aufnahme in eine Krankenanstalt.

1/555 Sonstige Pensionsleistungen**1/5550 Österreichische Bundesbahnen**

1/55507 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(+ 0,6 %) + 141 086 963,58 S

Mehrausgaben infolge des verstärkten Neuzuganges an Pensionsempfängern (189,6 Mill S).

Minderausgaben beim Pflegegeld (48,6 Mill S) infolge der Herabsetzung der Stufe 1 des Pflegegeldes, der Aliquotierung bei Tod eines Anspruchsberechtigten und des Ruhens des Pflegegeldes bei Aufnahme in eine Krankenanstalt.

1/5551 Post und Telekom Austria AG

1/55517 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 7,3 %) - 900 627 882,44 S

Minderausgaben bei den Pensionen (1 148,3 Mill S) infolge des geringeren Ansteigens der Pensionsempfänger sowie beim Pflegegeld (98,1 Mill S) infolge der Herabsetzung der Stufe 1 des Pflegegeldes, der Aliquotierung bei Tod eines Anspruchsberechtigten und des Ruhens des Pflegegeldes bei Aufnahme in eine Krankenanstalt.

Mehrausgaben bei den Dienstgeberbeiträgen (346,6 Mill S) bedingt durch zu geringe Veranschlagung.

59 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Minderausgaben von 12 275 Mill S betrafen vor allem Verzinsung und Aufgeld für Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV) (9 238 Mill S), die Tilgung (1 318 Mill S) sowie Verzinsung und Aufgeld (585 Mill S) für Darlehen von Kreditunternehmungen in inländischer Währung sowie Zahlungen beim Titel 599 "Sonstiger Aufwand" (336 Mill S). Weitere Minderausgaben entstanden für Verzinsung und Aufgeld (290 Mill S) sowie Tilgung (201 Mill S) von Anleihen, für Verzinsung und Aufgeld von Schuldverschreibungen (58 Mill S) sowie Krediten und Darlehen (33 Mill S) in fremder Währung für Währungstauschverträge-Direktzahlung. Außerdem entstanden Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld von Bundesschatzscheinen in inländischer Währung (62 Mill S), für Tilgung von Schuldverschreibungen in fremder Währung (59 Mill S), für Verzinsung und Aufgeld (37 Mill S) sowie Tilgung (21 Mill S) von Anleihen in fremder Währung mit Währungstauschverträgen.

Mehrausgaben von 11 348 Mill S betrafen hauptsächlich Verzinsung und Aufgeld von titrierter Finanzschuld (Anleihen) in inländischer (4 463 Mill S) bzw Verzinsung und Aufgeld (1 440 Mill S) und Tilgung (1 134 Mill S) in fremder Währung sowie die Kapitalzahlung der Finanzschuld in fremder Währung (1 850 Mill S). Weitere Mehrausgaben entstanden durch Verzinsung und Aufgeld für Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen (1 247 Mill S), bei der Tilgung von Bundesschatzscheinen (1 085 Mill S), bei Verzinsung und Aufgeld titrierter Finanzschuld mit Währungstauschverträgen-Direktzahlung in inländischer Währung (69 Mill S) sowie von Bundesobligationen in inländischer (43 Mill S) und von Schuldverschreibungen in fremder Währung (16 Mill S).

590 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**5900 Anleihen**

1/59008 Verzinsung und Aufgeld(+ 11,8 %) + 4 463 104 630,-- S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Bundesanleihen nach Voranschlagserstellung (4 463,6 Mill S).

5901 Bundesobligationen

1/59018 Verzinsung und Aufgeld(+ 1,2 %) + 43 142 798,75 S

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Bundesobligationen nach Voranschlagserstellung (43,2 Mill S).

7/59019 Tilgung - 6 062 000,-- S

Minderausgaben infolge ungleicher Tilgungsserien bei Bundesobligationen (6,0 Mill S).

5908 Bundesschatzscheine

1/59088 Verzinsung und Aufgeld(- 1,5 %) - 62 146 661,52 S

Minderausgaben vor allem infolge vorzeitiger Tilgung von mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Bundesschatzscheinen durch Konversion nach Voranschlagserstellung (1 109,7 Mill S) sowie günstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Bundesschatzscheinen (615,6 Mill S).

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (1 473,2 Mill S) sowie aufgrund zu geringer Veranschlagung bei einem Bundesschatzschein (190,0 Mill S).

7/59089 Tilgung(+ 10,7 %) + 1 084 958 000,-- S

Mehrausgaben infolge Tilgung von nach Voranschlagserstellung begebenen Geldmarkt-Bundesschatzscheinen mit unter- bzw. einjähriger Laufzeit (4 085,0 Mill S).

Minderausgaben infolge vorzeitiger Tilgung von Bundesschatzscheinen nach Voranschlagserstellung durch Konversion (3 000,0 Mill S).

591 Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**5910 Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen**

1/59108 Verzinsung und Aufgeld(+ 13,8 %) + 1 247 335 698,61 S

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (1 395,9 Mill S) sowie aufgrund zu geringer Veranschlagung bei einem Versicherungstreuhanddarlehen (23,9 Mill S).

Minderausgaben vor allem wegen günstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Darlehen (172,4 Mill S).

5911 Darlehen von Kreditunternehmungen

1/59118 Verzinsung und Aufgeld(- 4,6 %) - 585 084 576,02 S

Minderausgaben infolge vorzeitiger Tilgung von Kreditoperationen durch Konversion nach Voranschlagserstellung (874,5 Mill S) sowie günstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Bankendarlehen (504,7 Mill S).

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Begebung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (707,4 Mill S) sowie zu geringer Veranschlagung für Zinsenaufwand (63,8 Mill S). Weitere Mehrausgaben betrafen Aufgeldzahlungen aufgrund vorzeitiger Tilgung von Bankendarlehen im Wege der Konversion (22,8 Mill S).

7/59119 Tilgung(- 13,8 %) **- 1 318 006 667,-- S**

Minderausgaben infolge vorzeitiger Tilgung von Bankendarlehen durch Konversion nach Voranschlagserstellung (1 317,8 Mill S).

593 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

5930 Anleihen

1/59308 Verzinsung und Aufgeld(+ 9,2 %) **+ 1 440 403 029,77 S**

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (843,3 Mill S) sowie ungünstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit veränderlichen Zinssätzen bzw ungünstiger Kurswertänderung für US-Dollar (359,8 Mill S), Pfund Sterling (127,0 Mill S), Canadische Dollar (32,4 Mill S), Australische Dollar (21,5 Mill S), ECU (18,6 Mill S), Deutsche Mark (17,1 Mill S), Japanische Yen (14,5 Mill S) und Euro-Lira (11,3 Mill S). Weitere Mehrausgaben wegen Aufgeldzahlung infolge vorzeitiger Tilgung von Kreditoperationen aus den Vorjahren (70,4 Mill S).

Minderausgaben vor allem infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (62,6 Mill S), Hollandgulden (5,5 Mill S), Spanische Peseten (3,9 Mill S) und Luxemburgische Francs (3,3 Mill S).

7/59309 Tilgung(+ 7,2 %) **+ 1 134 130 741,-- S**

Mehrausgaben aufgrund ungünstiger Kurswertänderung für US-Dollar (1 095,7 Mill S) und Euro-Lira (70,0 Mill S).

Minderausgaben infolge günstiger Kurswertänderung für Spanische Peseten (28,5 Mill S), Hollandgulden (2,0 Mill S) und Deutsche Mark (1,0 Mill S).

5931 Schuldverschreibungen

1/59318 Verzinsung und Aufgeld(+ 3,8 %) **+ 16 186 937,93 S**

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge Durchführung einer Kreditoperation nach Voranschlagserstellung (20,3 Mill S).

Minderausgaben vor allem infolge günstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (3,3 Mill S).

7/59319 Tilgung(- 3,5 %) **- 59 408 000,-- S**

Minderausgaben infolge günstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (59,4 Mill S).

594 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

5944 Kredite und Darlehen

1/59448 Verzinsung und Aufgeld(- 0,8 %) **- 9 519 401,34 S**

Minderausgaben vor allem infolge Entfalls einer Zinsenzahlung aufgrund vorzeitiger Tilgung im Wege der Konversion (24,6 Mill S).

Mehrausgaben vor allem infolge ungünstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (12,8 Mill S) und Deutsche Mark (2,3 Mill S).

595 Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)**5950 Anleihen in fremder Währung**

1/59508 Verzinsung und Aufgeld $(- 6,7 \%)$ **- 290 334 669,78 S**

Minderausgaben vor allem infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (321,8 Mill S), Deutsche Mark (158,0 Mill S) und Japanische Yen (77,7 Mill S).

Mehrausgaben vor allem wegen ungünstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw ungünstiger Kurswertänderung für US-Dollar (206,4 Mill S) sowie für Zinsenaufwand aufgrund Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung (60,8 Mill S).

7/59509 Tilgung $(- 1,5 \%)$ **- 200 905 333,71 S**

Minderausgaben infolge günstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (199,4 Mill S) und Deutsche Mark (1,5 Mill S).

5951 Schuldverschreibungen in fremder Währung

1/59518 Verzinsung und Aufgeld $(- 20,5 \%)$ **- 57 524 685,50 S**

Minderausgaben infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Französische Francs (61,8 Mill S) und Schweizer Franken (44,1 Mill S).

Mehrausgaben für Zinsenaufwand aufgrund Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung (48,3 Mill S).

5954 Kredite und Darlehen in fremder Währung

1/59548 Verzinsung und Aufgeld $(- 35,0 \%)$ **- 32 861 562,02 S**

Minderausgaben infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (30,5 Mill S) und Deutsche Mark (2,4 Mill S).

5956 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

1/59568 Verzinsung und Aufgeld **+ 69 386 496,77 S**

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge Durchführung einer Kreditoperation mit Währungstauschvertrag nach Voranschlagserstellung (69,4 Mill S).

5959 Finanzschuld in fremder Währung

7/59599 Kapitalzahlung **+ 1 849 534 862,17 S**

Mehrausgaben im Zuge von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen nach Voranschlagserstellung (1 849,5 Mill S).

596 Ausgaben aus Währungstauschverträgen**5960 Anleihen in fremder Währung**

1/59608 Verzinsung und Aufgeld $(- 3,4 \%)$ **- 37 447 605,41 S**

Minderausgaben infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Schwei-

zer Franken (15,5 Mill S), Deutsche Mark (14,2 Mill S) und Japanische Yen (7,7 Mill S).

7/59609 Tilgung (- 0,8 %) **- 20 779 500,-- S**

Minderausgaben infolge günstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (20,8 Mill S).

5966 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

1/59668 Verzinsung und Aufgeld (- 15,7 %) **- 10 112 532,50 S**

Minderausgaben infolge günstiger Zinsentwicklung bei einem Währungstauschvertrag mit veränderlichen Zinssätzen (10,1 Mill S).

598 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

5983 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)

Bei diesem Paragraphen wird der Zinsen- und Tilgungsdienst bzw die Dotierung des Nullkuponfonds für die im Vorjahr nach Erstellung des Voranschlags durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen mit Zinsverpflichtungen im selben Jahr pauschal veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen sachlich zugeordnet werden können, dient die pauschale Vorsorge bei diesem Paragraphen der Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs 3 BHG bzw Art V Abs 3 BFG 1997.

1/59838 Verzinsung und Aufgeld (- 100,0 %) **- 9 238 123 000,-- S**

Minderausgaben infolge Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 1/59008, 1/59018, 1/59108, 1/59308, 1/59318, 1/59508, 1/59518 und 1/59568 (6 932,7 Mill S) sowie bei anderen Kapiteln (2 305,4 Mill S).

599 Sonstiger Aufwand

1/59908 Aufwendungen (- 11,4 %) **- 335 890 891,42 S**

Minderausgaben vor allem bei Kreditoperationen in inländischer und fremder Währung infolge geringerer Provisionen und Entgelte (172,3 Mill S), geringerer Emissionsverluste (168,5 Mill S) sowie geringerer Druck- und Werbekosten (23,4 Mill S).

Mehrausgaben für mit Währungtauschverträgen ausgestattete Kredite (27,9 Mill S) sowie infolge Kursdifferenzen bei einer Konversion in fremder Währung (1,8 Mill S).

1/60 Land- und Forstwirtschaft

Minderausgaben von 1 484 Mill S betrafen hauptsächlich kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung) (419 Mill S) und nationale Förderungsmaßnahmen (30 Mill S) im Rahmen der agrarischen Strukturförderung, die Förderung land- und forstwirtschaftlicher Kredite (183 Mill S), Marktordnungsmaßnahmen für EAGFL-Garantie/Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse (159 Mill S) sowie flankierende Maßnahmen (121 Mill S). Weitere Minderausgaben ergaben sich für degressive Ausgleichszahlungen (81 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen (69 Mill S), qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (64 Mill S), die Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten aus den Mitteln des Katastrophenfonds im zweckgebundenen Gebärbereich (42 Mill S), Personalausgaben für landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften (34 Mill S) und Bauhöfe (20 Mill S),

Aufwendungen in Vollziehung des Hydrographiegesetzes (32 Mill S), Zahlungen an die Agrarmarkt Austria (24 Mill S), Aufwendungen für notstandspolitische Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959 (23 Mill S), Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen bei der Wildbach- und Lawinenverbauung im zweckgebundenen Gebarungsbereich (20 Mill S), land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben (14 Mill S) und Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich (13 Mill S).

Mehrausgaben von 637 Mill S betrafen vorwiegend Marktordnungsmaßnahmen für EAGFL-Garantie/Ackerkultur, Zucker und Textilpflanzen (117 Mill S), EAGFL-Garantie/tierische Erzeugnisse (104 Mill S) sowie nationale Marktordnungsmaßnahmen (78 Mill S), betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen (104 Mill S), Zahlungen für Kapitalbeteiligungen (55 Mill S), Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne für Bundesflüsse (41 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich, Aufwendungen (25 Mill S) sowie Personalausgaben (13 Mill S) der Zentralleitung, die Förderung der Weinwirtschaft (16 Mill S) und Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen (14 Mill S).

1/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

1/6000 Zentralleitung

1/60000 Personalausgaben	(+ 4,0 %)	+ 12 904 301,01 S
---------------------------------------	-----------	-------------------

Mehrausgaben bei den Beamten aufgrund der Versetzung der Beamten der ehemaligen Bundesversuchswirtschaft zur Zentralleitung ab Juli 1997 und der Übernahme von Vertragsbediensteten in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis (27,0 Mill S).

Minderausgaben aus diesem Grunde bei den Vertragsbediensteten A/1 (10,8 Mill S) und den damit auch verbundenen Dienstgeberbeiträgen (3,8 Mill S).

1/60008 Aufwendungen	(+ 15,4 %)	+ 24 915 779,36 S
-----------------------------------	------------	-------------------

Mehrausgaben vor allem bei Schadensvergütungen in Weinsachen (22,7 Mill S) und den damit in Zusammenhang stehenden Verzugszinsen (9,8 Mill S) infolge Zahlungen nach dem Amtshaftungsgesetz, weiters bei den wasserrechtlichen Fachgutachten und Untersuchungen infolge vermehrter Beauftragung von Sondersachverständigen für Kraftwerkssanierungen (4,3 Mill S), bei den Bediensteten gemäß P.3 (7) Stellenplan (Arbeitsleihverträge) aufgrund des Abschlusses von vier Arbeitsleihverträgen (3,5 Mill S) und bei den sonstigen Transporten (Dienstreisen) infolge vermehrter EU-Reisen zur Vorbereitung auf die Präsidentschaft (3,0 Mill S).

Minderausgaben vorwiegend bei Leistungen der Post aufgrund überhöhter Veranschlagung (10,7 Mill S).

1/60018 Agrarmarkt Austria	(- 6,9 %)	- 23 958 000,-- S
---	-----------	-------------------

Minderausgaben infolge Ausgabenrückstellung (24,0 Mill S).

1/60023 Kapitalbeteiligungen	(+ 36,7 %)	+ 54 988 483,13 S
---	------------	-------------------

Mehrausgaben beim Erwerb von Kapitalbeteiligungen (GesmbH) durch die Bar-einlage des Stammkapitals in die im Jahr 1997 gegründete Bundesversuchswirtschaften GesmbH (55,0 Mill S).

1/6003 Agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen

1/60038 Aufwendungen	(- 3,7 %)	- 12 344 897,87 S
-----------------------------------	-----------	-------------------

Minderausgaben vor allem für die Land- und forstwirtschaftliche Betriebskarte-LWK (42,9 Mill S) sowie den Berghöfekataster-LWK (8,8 Mill S), da die Verrech-

nung der Leistungen in den INVEKOS-Vertrag aufgenommen wurde und bei der VA-Post INVEKOS-Entgelte an Unternehmungen erfolgte, weiters bei den sonstigen ADV-Leistungen (Land- und forstwirtschaftliches Rechenzentrum) aufgrund des Einsatzes neuer ADV-Technologien sowie des effizienten Zusammenwirkens von Land- und forstwirtschaftlichem Rechenzentrum und Bundesrechenzentrum GesmbH (10,0 Mill S) und bei der Agrarflächen-Fernerkundung infolge Verschiebung auf das Jahr 1998 (3,0 Mill S).

Mehrausgaben bei den INVEKOS-Entgelten an Unternehmungen, da die Verrechnung der Leistungen für die Land- und forstwirtschaftliche Betriebskarte und den Berghöfekataster ab 1997 bei dieser VA-Post erfolgte und zusätzliche Leistungen erforderlich waren (50,3 Mill S), sowie beim Lagebericht gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes aufgrund des vertraglich geregelten Kostenersatzes der Land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft (3,3 Mill S).

**1/6004 Notstandspolitische Maßnahmen
gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959**

1/60048 Aufwendungen	(- 60,0 %)	- 23 086 517,45 S
-----------------------------------	------------	-------------------

Minderausgaben vor allem bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen – die vom Bund vorzufinanzierenden Kostenersätze sind nicht in dem veranschlagten Ausmaß angefallen (25,3 Mill S) – standen geringfügige Mehrausgaben bei verschiedenen Posten gegenüber.

1/6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes

1/60058 Aufwendungen	(- 34,6 %)	- 32 011 278,-- S
-----------------------------------	------------	-------------------

Minderausgaben vor allem für Beobachtungen der Grundwassergüte (26,8 Mill S) infolge Preisverfalls für Probenahmen und Analytik, weiters bei den Kosten für Grundwassergütemeßstellen (4,4 Mill S) und Gütemeßstellen an Oberflächengewässern (3,1 Mill S), da die ursprünglich geplante Ausweitung des Meßprogrammes nicht realisiert und eine großangelegte Meßstellennetzüberprüfung nur teilweise umgesetzt wurde.

Mehrausgaben vorwiegend bei der Beobachtung der Oberflächenwassergüte, da der technische Leistungsumfang an den ausgewählten Fließgewässermeßstellen aufgrund einer EU-Richtlinie deutlich erhöht werden mußte (4,3 Mill S).

**1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche
Sonderaufgaben**

(- 36,9 %) - 14 061 873,65 S

Minderausgaben vor allem bei den übrigen Ausgaben für Forstwirtschaft, da die hier veranschlagten Transferzahlungen an sonstige Waldbesitzer letztendlich bei der neu eröffneten VA-Post Transferzahlungen an sonstige Waldbesitzer (Naturwaldreservate) bezahlt wurden (8,0 Mill S), weiters bei Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (Landwirtschaft) aufgrund geringerer Ausgaben im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (7,9 Mill S) und bei den laufenden Transferzahlungen an Länder (Saatgutwesen) infolge Wegfalls der gesetzlichen Grundlage ab 1. Juli 1997 (4,1 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich infolge der neueröffneten VA-Post Transferzahlungen an sonstige Waldbesitzer (Naturwaldreservate) (4,0 Mill S).

1/6008 Sonstige Aufgaben

**1/60087 Internationale Nahrungsmittelhilfe
(Gesetzliche Verpflichtungen)**

(- 29,3 %) - 8 422 810,22 S

Minderausgaben beim Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen 1980, da die Ratifizierung der neuen Nahrungsmittelhilfe-Lieferungsverpflichtung erst Ende August 1996 erfolgte und die damit verbundene Halbierung der Lieferungsverpflichtung bei Budgeterstellung nicht berücksichtigt werden konnte (8,4 Mill S).

1/60088 Internationale Maßnahmen	(+ 15,4 %)	+ 5 787 920,37 S
Mehrausgaben für Beiträge des FAO Welternährungsprogrammes (7,6 Mill S) infolge der Neuregelung des Incoterms seitens des World Food Programms im Kalenderjahr standen geringfügige Minderausgaben bei verschiedenen Posten gegenüber.		
1/6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975		
1/60098 Aufwendungen	(- 63,9 %)	- 10 658 782,22 S
Minderausgaben vor allem bei Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) ForstG 1975 mangels geeigneter Aufforstungsflächen (9,4 Mill S).		
1/601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)		
1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen	(+ 8,9 %)	+ 13 990 566,81 S
Mehrausgaben vor allem bei der VA-Post "Beratungswesen, Pers Kosten – LWK (geb Post)", da vertraglich höhere Bundesmittel für die Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern zu refundieren waren (14,5 Mill S).		
1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)	(- 41,2 %)	- 42 073 150,-- S
Minderausgaben vor allem bei den forstlichen Maßnahmen, VA-Posten Erschließung-Land, Investitionen (17,1 Mill S), Erschließung – Grund und Boden – LWK, Investitionen (3,0 Mill S), Investitionen (7,5 Mill S), Grund und Boden – Gärberbach/Rodarmbach – Land, Investitionen (4,6 Mill S), weiters bei Erhebungen, Projektierung und Betreuung in Wäldern mit Schutzwirkung, Investitionen (7,9 Mill S), da für 1997 geplante vorbeugende Maßnahmen im Rahmen der Schutzwaldsanierungsprojekte zugunsten der Finanzierung dringend notwendiger technischer Sofortmaßnahmen beziehungsweise für Projekte bei den Wildbachverbauungen nach den österreichweiten Hochwasserereignissen des Sommers 1997 in zahlreichen Wildbacheinzugsgebieten zurückgestellt werden mußten.		
1/60136 Förderung der Weinwirtschaft	(+ 20,9 %)	+ 16 449 064,28 S
Mehrausgaben vor allem bei der Weinabsatz- und Strukturförderung, da die Auszahlungen aufgrund der abgeschlossenen Verträge erst im Jahr 1997 erfolgten (23,8 Mill S), ferner für die Auszahlung von Förderungen gemäß § 68c Abs 5 Weingesetz aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bund und den Ländern Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Wien (6,0 Mill S).		
Minderausgaben vor allem bei der Exportmarkterschließung, da diese Förderungsmaßnahme aufgrund der ausgelaufenen Sonderrichtlinie nicht mehr durchgeführt wurde (14,6 Mill S).		
1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen	(- 11,8 %)	- 63 965 696,58 S
Minderausgaben vor allem bei den Zuschüssen gemäß § 33 WRG, da mit der Durchführung dieser Förderungsmaßnahme wegen einer fehlenden Verordnung nicht begonnen werden konnte (100,0 Mill S), weiters bei der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung, da einerseits durch die nahezu gänzliche Auslastung des Finanzierungsrahmens für langjährige Maßnahmen eingereichte Projekte nicht im vollen Umfang genehmigt wurden, andererseits die im Jahr 1997 für die Borkenkäferplage vorgesehenen Mittel nicht im vollen Umfang benötigt wurden (38,8 Mill S), bei der Überweisung an die AMA, da für die Auszahlung der Produktionsbeihilfen für Kartoffel wegen geringerer Erzeugerpreisverluste bei Kartoffeln sowie rückläufiger Anbauflächen weniger		

Mittel benötigt wurden (29,6 Mill S), und bei der VA-Post "Naturwaldreservate – Einzelbetriebe", da die Auszahlung beim finanzgesetzlichen Ansatz 1/60068 erfolgte (4,0 Mill S).

Mehrausgaben vor allem bei der Energie aus Biomasse, da vermehrt Anträge für die Errichtung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energieträger vorgelegt wurden (45,7 Mill S), bei den forstlichen Maßnahmen durch die verstärkte Förderung von Investitionsmaßnahmen für die Wiederaufforstungen der riesigen Schadflächen in widerstandsfähige, stabile Mischwaldbestände nach den verheerenden Windwurf- und Borkenkäferschäden der letzten Jahre sowie für die Umwandlung von nicht standortsgemäßen Waldbeständen in ertragreiche, den natürlichen Wuchsbedingungen entsprechende Waldbestände (28,5 Mill S), bei Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung – LWK für eine EU-bedingte verstärkte Förderung zur Unterstützung von Tierzuchtorganisationen sowie zum Ausbau der Milchleistungskontrolle der Tiergesundheitsdienste und für Geflügelhygienemaßnahmen (15,9 Mill S), bei den Maßnahmen des Forstschutzes, da aufgrund von Schneebruchschäden intensive Bekämpfungsmaßnahmen notwendig waren (6,5 Mill S), bei der Förderung landtechnischer Maßnahmen – LWK (4,9 Mill S) infolge verstärkter Förderung zur Verbesserung des Einsatzes der Landtechnik sowie für die Schulung und Weiterbildung im Rahmen von Maschinenringkursen, bei der Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau – LWK (4,2 Mill S) infolge einer stärkeren Beteiligung an dieser Förderungsaktion als ursprünglich angenommen, schließlich bei der Förderung des biologischen Landbaus – Institutionen (4,0 Mill S) infolge Finanzierung der Arbeitsprogramme der Bioverbände für Beratungsmaßnahmen und Organisation der Vermarktung.

1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen (+ 26,6 %)

+ 103 989 227,-- S

Mehrausgaben vor allem bei der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete – Land, Investitionen 1995, für die verstärkte Förderung laufender und neu genehmigter Projekte des Wegebaues zur Erschließung von Höfen in Bergregionen (128,4 Mill S), weiters bei den landwirtschaftlichen baulichen Investitionen, Institutionen für die Förderung der Errichtung von Rübenbringungsanlagen (53,4 Mill S), und bei den landwirtschaftlichen baulichen Investitionen für Gebäude (Land und LWK) (49,5 Mill S) aufgrund vermehrter Förderungsanträge, schließlich bei den Bringungsanlagen und der Rationalisierung der Forstarbeit für die dringend notwendige Ausfinanzierung bereits genehmigter Projekte, um die Wartezeit zu verkürzen (3,0 Mill S).

Minderausgaben bei der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete – Land, Investitionen bis 1994, da für die Ausfinanzierung von Projekten, welche vor dem Jahr 1995 in Angriff genommen wurden, weniger Bundesmittel als ursprünglich geplant benötigt wurden (89,4 Mill S), und schließlich bei den landtechnischen Investitionen für Maschinen infolge unerwartet geringer Beteiligung an dieser Förderungsaktion (zusammen 40,9 Mill S).

1/6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite

1/60186 Förderungen (- 24,1 %)

- 183 008 747,88 S

Minderausgaben vor allem bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK und ASK) bis 1994 (198,4 Mill S), weiters bei den Zinsenzuschüssen für das EU-Fitneßprogramm ab 1995 (5,4 Mill S) und bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitions-Kredite/BSF bis 1994 (3,2 Mill S) infolge günstiger Zinsentwicklung in den letzten Jahren.

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Zinsenzuschüssen für das EU-Fitneßprogramm bis 1994 (13,8 Mill S), weiters bei den Zinsenzuschüssen für Konsolidierungskredite bis 1994 (5,2 Mill S) und bei den Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK und ASK) ab 1995 (4,3 Mill S), da aufgrund der vorliegenden Kreditanträge vermehrte Darlehenszu-zahlungen durch die Kreditinstitute erfolgten.

1/60198 Forschungs- und Versuchswesen(+ 35,1 %) + 10 365 679,46 S

Mehrausgaben vor allem bei den Überweisungen an Dienststellen aufgrund von Mehreinnahmen an zweckgebundenen Mitteln beim Ansatz 2/60190 "Internationale Forschungs- und Versuchsvorhaben" (Überweisungen der EU) infolge Beteiligung der Forstlichen Bundesversuchsanstalt und der Bundesanstalt für Landtechnik an EU-Forschungskooperationen (5,5 Mill S) und durch Überweisungen an die Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften GesmbH für die Weiterführung und für den Abschluß von Forschungsprojekten nach der Ausgliederung der Bundesversuchswirtschaften mit Wirkung vom 1. Juli 1997 (5,0 Mill S).

1/602 Agrarische Strukturförderung

**1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen
(EAGFL-Ausrichtung)(- 24,0 %)** - 418 880 736,03 S

Minderausgaben vor allem bei den Überweisungen an die AMA, Maßnahmen gemäß Ziel 5a (261,4 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land, Investitionen (143,8 Mill S), bei den Überweisungen an die AMA, Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet (26,3 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-LWK (16,6 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Land, Investitionen (12,5 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 5b-Gebiet, Land (12,4 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, LWK, Investitionen (6,0 Mill S) sowie bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, LWK (4,0 Mill S), aufgrund der zeitlichen Verschiebung in der Umsetzung der Förderungsmaßnahmen.

Mehrausgaben hingegen vor allem bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Land, Investitionen (20,4 Mill S), bei den Überweisungen an den ERP-Fonds, Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Investitionen (16,0 Mill S), bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a-LWK, Investitionen (15,5 Mill S), bei den Überweisungen an den ERP-Fonds, Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Investitionen (4,0 Mill S), bei den Maßnahmen im Ziel 1-Gebiet, Land (3,8 Mill S), und bei den Maßnahmen gemäß Ziel 5a, Institutionen (3,5 Mill S), aufgrund vermehrter Förderungsanträge.

1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen(- 12,8 %) - 30 000 000,-- S

Minderausgaben bei den Überweisungen an die AMA, Ausgleichszulage national, infolge geringerer Anzahl förderungswürdiger Betriebe in den Berggebieten bzw benachteiligten Gegenden (30,0 Mill S).

1/603 Marktordnungsmaßnahmen

**1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker- und
Textilpflanzen), Überweisungen an die AMA(+ 2,3 %)** + 116 999 562,50 S

Mehrausgaben vor allem bei den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Getreide und Mais, allgemein (822,5 Mill S), an die Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen, allgemein (278,0 Mill S), an die Erzeuger von Getreide und Mais (112,9 Mill S), an die Erzeuger von Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen, allgemein (73,0 Mill S), jeweils aufgrund eines geänderten Anbauverhaltens, weiters bei Zucker, Vergütung der Lagerkosten (70,9 Mill S), und Zucker, Erstattungen für die Verwendung in der chemischen Industrie (69,9 Mill S), aufgrund der Ausweitung der Förderungsmaßnahmen, bei der Flächenstillegung im Zusammenhang mit Hektarbeihilfen (28,8 Mill S) und den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Leinsamen (Ölein), allgemein (22,9 Mill S), wiederum infolge des veränderten Anbauverhaltens. Weitere Mehrausgaben bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, Wertberichtigung der Bestände (21,4 Mill S), bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten (5,3 Mill S), und bei den Mehrlhilfslieferungen in die Kaukasus-region, Roggen (4,7 Mill S), infolge nicht vorhersehbarer Ausgaben, weiters bei Ausgleichszahlungen Erzeuger (19,5 Mill S) aufgrund der guten Ernte und des entsprechenden Zuspruchs durch die Stärkekartoffelproduzenten, überdies bei der Hektarbeihilfe für die Erzeuger von Durum (9,5 Mill S), bei den Beihilfen für

die Faserleinerzeugung (8,4 Mill S) und bei der Stärkeprämie (5,2 Mill S) infolge günstigerer Wirtschaftsbedingungen bei der Maisstärke.

Minderausgaben hingegen vor allem bei den Ackerkulturen, sonstige Interventionen, für Einlagerungsmaßnahmen (811,2 Mill S), da der gesamte Bedarf, der auf dieser Post budgetiert war, im Laufe des Jahres auf diverse Positionen aufgeteilt wurde. Weitere Minderausgaben bei den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Rapssamen, Sonnenblumenkernen und Sojabohnen (228,0 Mill S) als Folge des geänderten Anbauverhaltens, bei den Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, Finanzkosten (137,3 Mill S), da viel geringere Mengen der Ernte 1996 interveniert wurden als angenommen, weiters infolge Währungsausgleichsmaßnahmen (123,0 Mill S), die nicht beim richtigen Ansatz 1/60324 budgetiert wurden, bei den Hektarbeihilfen an die Erzeuger von Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen (60,5 Mill S) aufgrund geringeren Zuspruchs als vorhergesehen, für die Erstattung bei der Erzeugung von Kartoffelstärke (45,0 Mill S) infolge mangeler Inanspruchnahme, für die Erstattung bei der Erzeugung von Weizenstärke (29,3 Mill S) infolge ungünstigerer Wirtschaftsbedingungen sowie bei den Beihilfen für die Hanferzeugung (4,9 Mill S), da für das Finanzjahr 1997 veranschlagte Mittel teilweise erst 1998 ausbezahlt werden können.

1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugung) (- 88,6 %)

- 159 009 833,18 S

Minderausgaben vor allem bei der Destillation von Wein, da der österreichische Weinmarkt durch andere Aktionen belebt werden konnte (75,0 Mill S), bei den Prämien für die endgültige Aufgabe von Rebflächen aufgrund geänderter Gegebenheiten (65,3 Mill S), weiters bei Obst und Gemüse, Finanzausgleich für Rücknahmememaßnahmen und Ankauf für unentgeltliche Verteilung, mangels Bedarfs aufgrund der Marktentwicklung (15,2 Mill S), bei den Beihilfen für die Verarbeitung von Traubensaft für den direkten Verbrauch aufgrund ständig abnehmender Erntemengen (8,6 Mill S), bei Obst und Gemüse, Maßnahmen zur Sanierung der Erzeugung, da 1997 keine Rodungsmaßnahmen im Intensivobstbau vorgesehen waren (8,3 Mill S), sowie bei den Währungsausgleichsmaßnahmen aufgrund der Streichung der dritten Beihilfentranche der agrimonetären Ausgleichszahlungen durch Verordnung (EG/Nr 1137/97) der Kommission Mitte des Jahres 1997 (3,0 Mill S).

Mehrausgaben hingegen bei den Prämien für Tabak (9,8 Mill S) und den sonstigen pflanzlichen Erzeugnissen, Hopfen (3,3 Mill S), infolge schwerer Abschätzbarkeit bei Budgeterstellung, sowie bei der Verbrauchswerbung Traubensaft WWJ 95/96, da erst während des Jahres die Entscheidung über die Teilnahme Österreichs an dieser von der EU angebotenen Aktion fiel (3,1 Mill S).

1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisungen an die AMA (+ 6,4 %)

+ 104 335 792,73 S

Mehrausgaben vor allem für die Extensivierungsprämie, die bei der Budgetierung nur schwer abschätzbar war und zunächst nur als "Verrechnungspost" veranschlagt worden war (173,9 Mill S), weiters infolge der Eröffnung der Post für die Verrechnung der unerwartet erforderlich gewordenen BSE-Ausgleichszahlungen im Jahr 1997 (140,5 Mill S), für Währungsausgleichsmaßnahmen, die irrtümlich beim Ansatz 1/60304 budgetiert wurden (116,3 Mill S), und für die aufgrund einer Entscheidung der EU zu zahlende Frühvermarktsprämie für Kälber (84,5 Mill S). Weitere Mehrausgaben für die Einlagerung von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, Wertberichtigung der Bestände (66,2 Mill S), und Einlagerung von Rindfleisch, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten (47,8 Mill S), verursacht durch die infolge der BSE-Krise erhöhten Einlagerungen, sowie bei den Beihilfen für Magermilchpulver zur Kälberfütterung, da diese Aktion von der Wirtschaft angenommen wurde (11,1 Mill S).

Minderausgaben hingegen bei den Sonderprämien (208,0 Mill S) und den Prämien für Mutterkühe (167,9 Mill S) infolge geringerer Anträge als angenommen bzw durch den geänderten Akontierungssatz, wonach die Restzahlungen im Jahr 1997 nur noch 20 % (statt kalkulierter 40 %) betrugen, weiters bei den

sonstigen Beihilfen im Zusammenhang mit Butter (42,2 Mill S) aufgrund deutlich geringerer Inanspruchnahme, bei den Beihilfen für Schulmilch (41,5 Mill S), da trotz großer Bemühungen im Marketingbereich der angestrebte Absatz nicht erreicht werden konnte, bei den Beihilfen für Magermilch zur Kaseinherstellung (32,6 Mill S) und den Beihilfen für flüssige Magermilch zur Kälberfütterung (15,3 Mill S), da Werkmilchlieferungen in andere Mitgliedsstaaten erfolgten, sowie bei den Prämien für Mutterschafe und -ziegen (8,3 Mill S) infolge Verringerung des Prämiensatzes und ebenfalls rückläufiger Beantragungen. Weitere Minderausgaben bei der nur geringfügig angenommenen Lagerung von Käse (6,5 Mill S) sowie bei den nicht beanspruchten Maßnahmen der sonstigen Interventionen bei Schweinefleisch (6,4 Mill S), der Einlagerung von Magermilchpulver, Finanzkosten (5,4 Mill S), und der Interventionskäufe bei Butter und Rahm, Finanzkosten (3,8 Mill S).

1/60346 Flankierende Maßnahmen(- 2,2 %) - 121 227 773,58 S

Minderausgaben vor allem für die Umweltmaßnahmen; Beihilfe gemäß VO 2078/92, (Bund), Überweisungen an die AMA, aufgrund einer geringeren Beteiligung an diesem Programm (939,9 Mill S), weiters für die Aufforstung landwirtschaftlich genutzer Flächen, Beihilfe gemäß VO 2080/92 (EU/gebundene Post), aufgrund überhöhter Veranschlagung (107,7 Mill S), sowie für die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Beihilfe gemäß VO 2080/92, Bund, weil die von den Ländern gemeldeten Flächen zu hoch angeschätzt worden waren (27,6 Mill S).

Mehrausgaben hingegen vor allem bei den Umweltmaßnahmen, Beihilfe gemäß VO 2078/92, (EU), Überweisungen an die AMA, aufgrund der EU-Entscheidung, sich am ÖPUL-Programm Österreichs mit einem höheren Betrag zu beteiligen (885,9 Mill S), weiters bei den Aufforstungen landwirtschaftlich genutzter Flächen, Beihilfe gemäß VO 2080/92 (EU), Überweisungen an die AMA/gebundene Post (35,8 Mill S), und den Aufforstungen landwirtschaftlich genutzter Flächen, Beihilfe gemäß VO 2080/92, Bund, Überweisungen an die AMA (32,2 Mill S), da im laufenden Budgetjahr infolge Abwicklung dieser Maßnahmen über die AMA neue Verrechnungsposten eröffnet wurden.

1/60356 Nationale Marktordnungsmaßnahmen;
Überweisungen an die AMA(+ 41,9 %) + 78 024 038,74 S

Mehrausgaben vor allem bei den BSE-Ausgleichszahlungen gemäß BGBl Nr 166/97, da Österreich von der Möglichkeit Gebrauch machte, diese Maßnahme national zu fördern (201,3 Mill S).

Minderausgaben hingegen beim Währungsausgleich, da die zweite Tranche der agrimonetären Ausgleichszahlungen aus nationalen Mitteln nicht aufgestockt wurde (102,8 Mill S), und bei der Mutterkuhprämie infolge geringerer Beantragungen und des geänderten Akontierungssatzes von 1996, demzufolge die Restzahlungen im Budgetjahr nur noch 20 % (statt der kalkulierten 40 %) betrugen (20,7 Mill S).

1/605 Lehr- und Versuchsanstalten

1/6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

1/60500 Personalausgaben(- 1,7 %) - 5 950 360,38 S

Minderausgaben vor allem bei den Dienstgeberbeiträgen (insgesamt 14,6 Mill S) zufolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben vor allem bei Mehrleistungsvergütungen (6,2 Mill S) infolge erhöhten Anfalles und bei den Dienstgeberbeiträgen – FB-Fonds/VB Z (5,3 Mill S) aufgrund zu niedriger Veranschlagung.

1/6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten

1/60510 Personalausgaben	(+ 2,4 %)	+ 7 259 124,84 S
---------------------------------------	-----------	------------------

Mehrausgaben vor allem bei den Beamten Z (15,6 Mill S) sowie bei den Vertragsbediensteten A/1 Z (4,0 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung standen geringfügige Minderausgaben bei diversen Posten (13,4 Mill S) gegenüber.

1/60513 Anlagen	(- 5,6 %)	- 5 465 227,30 S
------------------------------	-----------	------------------

Minderausgaben vor allem durch die allgemeine Senkung der Kreditzinsen und die damit verbundenen verringerten Rückzahlungsraten für die Erstausstattung des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft an den Bauträger (3,9 Mill S).

1/606 Übergangsregelungen

1/60606 Degrессive Ausgleichszahlungen	(- 2,9 %)	- 81 411 235,85 S
---	-----------	-------------------

Minderausgaben bei den Überweisungen an die AMA, Bundesanteil (1 870,2 Mill S), bzw bei den Überweisungen an die AMA, Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag (923,0 Mill S), aufgrund der Dotierung dieser "Sammelposten", während die tatsächlichen Ausgaben bei den fachspezifischen Untergliederungen dieses Ansatzes erfolgten.

Mehrausgaben demnach bei den entsprechenden VA-Posten, deren Aufwand generell schwer abschätzbar war, wie folgt: Bei den Überweisungen an die AMA, Bundesanteil, Kulturpflanzen (1 291,8 Mill S), Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag, Milch (600,3 Mill S), Bundesanteil, Milch (213,2 Mill S), Bundesanteil, Obst und Gemüse (170,0 Mill S), Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag, Kulturpflanzen (106,0 Mill S), Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag, Geflügel (84,5 Mill S), Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag, Zuchtsauen (74,6 Mill S), Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag, Mastschweine-Inland (68,8 Mill S), Bundesanteil, Stärkekartoffeln (31,0 Mill S), bei der neu eröffneten VA-Post der Überweisungen an die AMA, Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag, Alternativkulturen (30,2 Mill S), Bundesanteil Geflügel (19,7 Mill S), Bundesanteil, Mastschweine - Inland (9,8 Mill S), Anteil gemäß Art 81 Beitrittsvertrag, Stärkekartoffeln (4,7 Mill S), sowie bei den Überweisungen an die AMA, Anteil gemäß Art 81 des Beitrittsvertrages, Obst und Gemüse (4,5 Mill S).

1/607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens**1/6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen**

1/60717 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(- 15,2 %)	- 69 353 300,69 S
---	------------	-------------------

Minderausgaben bei den laufenden Transferzahlungen für Personalaufwandskosten infolge zu hoher Veranschlagung, da der tatsächliche Bedarf nur sehr schwer abzuschätzen war (72,1 Mill S), standen geringfügige Mehrausgaben in anderen Bereichen gegenüber.

1/608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	
1/6083	Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60836	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)	(- 2,4 %) – 19 762 018,60 S

Minderausgaben vor allem bei den Lawinenverbauungen infolge Rückstellung von Vorhaben zugunsten von Wildbachverbauungsmaßnahmen aufgrund der im Sommer 1997 aufgetretenen Hochwasserkatastrophen und Verzögerungen bei den Bauarbeiten auf Lawinenbaustellen infolge der Schneefälle im Westen Österreichs (75,8 Mill S), weiters bei den Erhebungen und Projektierungen in Wältern mit Schutzwirkung, da das Projekt "Lechstudie" aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten beim Land Tirol vorzeitig abgeschlossen wurde (8,3 Mill S), beim Gaisbach infolge Maßnahmenrückstellung zugunsten wichtiger Verbauungsvorhaben beim Gstatterbach in der Gemeinde Rauris (7,0 Mill S), bei der Bachertal-Lawine wegen vorläufiger Einstellung der Bauarbeiten infolge fehlender wasserrechtlicher Bewilligung für den Ablagerungsplatz (6,5 Mill S), bei der Gramaiser-Heuberg-Lawine aufgrund fehlender Arbeitskräfte (6,2 Mill S), bei der Krimmler Ache-Blaubach aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten (5,3 Mill S), bei der Wolfsgrubenlawine, da infolge des günstigen Baufortschrittes vergangener Jahre dieses Vorhaben bereits im Jahr 1996 abgeschlossen werden konnte (5,0 Mill S), beim Schwarzachergraben infolge Rückstellung zugunsten wichtiger Schutzmaßnahmen beim Gstatterbach (4,5 Mill S) und schließlich beim Bretterwandbach infolge vorrangiger Durchführung von Baumaßnahmen beim Wart-schenbach nach einer verheerenden Murenkatastrophe (4,2 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich bei den Wildbachverbauungen aufgrund der Hochwassereignisse des Sommers 1997 vor allem in den östlichen Bundesländern für Sofortbauprogramme zur Sanierung von Wildbächen (65,8 Mill S), weiters bei der Sanierung von geschädigten Wältern mit Schutzwirkung, da durch eine höhere Bereitstellung von Landesmitteln notwendige Maßnahmen beschleunigt durchgeführt werden konnten (23,6 Mill S), bei der Wagrainer Ache infolge zügigen Baufortschritts (7,2 Mill S), beim Ruetzbach infolge längerer Bauarbeiten als ursprünglich geplant (6,8 Mill S) und bei der Schmirnlawine wegen zusätzlicher Verbauungsmaßnahmen aufgrund der guten Witterungsverhältnisse (5,0 Mill S).

1/60838	Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (zweckgebundene Gebarung)	(- 41,8 %) – 12 931 721,71 S
----------------	--	------------------------------

Minderausgaben vor allem bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen (8,8 Mill S), da Projektierungsarbeiten infolge ungünstiger Witte-rungsverhältnisse nicht wie ursprünglich geplant durchgeführt werden konnten.

1/6084	Bundesflüsse	
---------------	---------------------	--

1/60848	Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne	(- 20,4 %) – 7 521 282,13 S
----------------	---	-----------------------------

Minderausgaben bei den zum Zeitpunkt der Voranschlagsbereitung nur grob abschätzbar gewesenen Interessentenbeiträgen gemäß Wasserbautenförderungsgesetz (3,8 Mill S) und bei der Internationalen Rheinregulierung infolge Finanzierung dieser Baumaßnahmen überwiegend aus Mitteln des Katastrophenfonds (1/60858) (3,5 Mill S).

1/6085	Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)	
---------------	--	--

1/60858	Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne (zweckgebundene Gebarung)	(+ 12,9 %) + 40 661 737,33 S
----------------	---	------------------------------

Mehrausgaben vor allem bei den sonstigen Vorhaben infolge dringender Sofortmaßnahmen zur Behebung der Schäden nach der Hochwasserkatastrophe vom Juli 1997 (82,8 Mill S), bei der Leitharegulierung, da zur Erreichung eines aus-

reichenden Hochwasserschutzes die Bauarbeiten beschleunigt durchgeführt und die Dammsanierung Wasenbruck zusätzlich in Angriff genommen wurden (35,2 Mill S), weiters bei der neu eröffneten VA-Post Raab, HW-Schutz Gleisdorf, da mit der raschen Schaffung eines entsprechenden Hochwasserschutzes in der Stadt Gleisdorf aufgrund der abgeschlossenen Planung bereits vorzeitig begonnen werden konnte (12,9 Mill S), bei den Grenzgewässern infolge Mehrbedarfs aufgrund der Inangriffnahme der Maßnahme in Mogersdorf/Pinka sowie für die vorgezogene Grundeinlösung und Entschädigungszahlungen in der Gemeinde Eberau/Kulm (8,7 Mill S) und beim Aufwand der Internationalen Rheinregulierung infolge zügigen Baufortschrittes (3,5 Mill S).

Minderausgaben vor allem bei der Traisenregulierung St. Pölten infolge Rückstellung geplanter Bauvorhaben aufgrund langandauernder Hochwasserführung und hohen Grundwasserstandes (54,2 Mill S), beim Rheintalbinnenkanal infolge einer Bauunterbrechung, da eine dringend notwendig gewordene Umprojektierung für die Weiterführung der Arbeiten noch nicht abgeschlossen werden konnte (17,5 Mill S), bei der Salzach, HW-Damm Ettenau, infolge günstiger Bauabwicklung (15,9 Mill S), bei der Lech, Musau, aufgrund von Verzögerungen beim Baubeginn infolge des noch nicht abgeschlossenen Bewilligungsverfahrens (6,0 Mill S), beim Inn, Innsbruck-Ufermauer, wegen des Abschlusses dieser Baumaßnahme infolge des guten Baufortschrittes (4,8 Mill S) und schließlich bei der Traunregulierung, Bad Ischl, infolge einer Bauverzögerung aufgrund der fachlich aufwendigen Abstimmung zwischen den Interessen des Schutzwasserbaues und den Anrainern sowie wegen ökologischer Belange (3,9 Mill S).

1/6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

**1/60876 Bundeszuschüsse für Bau-, Projektierungskosten,
Gefahrenzonenpläne (zweckgebundene Gebarung)(+ 2,0 %)**

+ 6 730 000,-- S

Mehrausgaben vor allem bei den sonstigen Vorhaben für die Finanzierung dringender Sofortmaßnahmen zur Behebung der Schäden nach der Hochwasserkatastrophe vom Juli 1997 (46,2 Mill S), weiters bei der nun eröffneten VA-Post "Wienfluß, Rückhalteanlagen Auhof" für die Durchführung dringender Umbauarbeiten (10,0 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich beim Ponholzbach und Tiefenbach, RHB (9,6 Mill S), bei der Kremsregulierung Neuhofen (4,7 Mill S) und bei der Triesting, Gemeinde Pottenstein (3,0 Mill S), da geplante Vorhaben zugunsten dringender Sofortmaßnahmen zur Behebung der Hochwasserschäden nach der Hochwasserkatastrophe vom Juli 1997 zurückgestellt werden mußten. Weitere Minderausgaben bei der Sill, Gemeinde Mühlbachl (9,1 Mill S), und beim Griessbach, Gemeinde Telfs (4,7 Mill S), infolge weitestgehender Fertigstellung dieser Vorhaben, sowie bei der Güns, Hammerteich-RHB, infolge witterungsbedingter Bauverzögerungen (6,0 Mill S).

1/609 Sonstige nach geordnete Dienststellen

1/6093 Bundesgärten

1/60938 Aufwendungen(+ 35,1 %) + 11 890 635,44 S

Mehrausgaben vor allem infolge Umstellung der Energieversorgung der Bundesgärten Schönbrunn von Heizöl auf Fernwärme und durch die Erweiterung der FernwärmeverSORGUNG im Augarten (7,8 Mill S).

1/6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften

1/60950 Personalausgaben(- 58,3 %) - 34 276 876,85 S

Minderausgaben infolge der mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1997 erfolgten Ausgliederung der Bundesversuchswirtschaften (34,3 Mill S).

1/60958 Aufwendungen(- 48,4 %) **- 9 581 512,98 S**

Minderausgaben infolge der mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1997 erfolgten Ausgliederung der Bundesversuchswirtschaften (9,6 Mill S).

1/6099 Bauhöfe

1/60990 Personalausgaben(- 32,3 %) **- 20 028 086,71 S**

Minderausgaben bei den VB A/R (14,3 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen-Sonstige/VB (5,0 Mill S) infolge weiterer Verringerung des Arbeiterstandes auf den Bauhöfen und zu hoher Veranschlagung.

1/63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Mehrausgaben von 333 Mill S betrafen vorwiegend Förderungen (114 Mill S) und Aufwendungen (9 Mill S) der Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich), Strukturmaßnahmen EU (111 Mill S) sowie Aufwendungen im Bereich sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen (85 Mill S) und Kapitalbeteiligungen an sonstigen Unternehmungen (10 Mill S).

Minderausgaben von 322 Mill S betrafen vor allem Förderungen im Bereich sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen (232 Mill S), Aufwendungen im Bereich Tourismus (16 Mill S), Förderungen für Bergbau und Grundstoffe - Förderung (15 Mill S), Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (14 Mill S) sowie Anlagen der Zentralleitung (9 Mill S) und Förderungsmaßnahmen für den Verein "Österreich Werbung" (13 Mill S).

1/630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

1/6300 Zentralleitung

1/63000 Personalausgaben(- 1,0 %) **- 5 162 275,39 S**

Minderausgaben bei den Vertragsbediensteten A (15,7 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen für sonstige Vertragsbedienstete (4,3 Mill S) infolge Personalverminderung.

Mehrausgaben für Beamte (15,7 Mill S) aufgrund der Optierungen in das neue Gehaltsschema.

1/63003 Anlagen(- 31,3 %) **- 8 692 064,78 S**

Minderausgaben beim Ankauf von Amtsausstattung (4,0 Mill S) und von ADV-Software (3,4 Mill S).

1/63007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 32,3 %) **- 13 825 166,74 S**

Minderausgaben hauptsächlich beim Mitgliedsbeitrag für EFTA (12,7 Mill S) aufgrund von Beitragsrückzahlungen.

1/6301 Kapitalbeteiligungen

1/63013 Sonstige Unternehmungen **+ 9 998 000,-- S**

Mehrausgaben infolge einer Kapitalaufstockung der Bundesimmobiliengesellschaft (10,0 Mill S).

1/63016 Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung(– 6,5 %) – 9 478 000,- S

Minderausgaben vorwiegend für Zuschüsse an die Austrian Business Agency und die Österr. Donau Betriebs AG (zusammen 8,7 Mill S) infolge Ausgabenbindung.

1/631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/63108 Verein "Österreich Werbung"(– 3,8 %) – 13 420 000,-- S

Minderausgaben beim Mitgliedsbeitrag für die "Österreich Werbung" (13,4 Mill S) infolge Ausgabenbindung.

1/6311 Tourismus

1/63118 Aufwendungen(– 50,3 %) – 15 835 243,15 S

Minderausgaben vorwiegend bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (14,2 Mill S).

1/6313 Bergbau und Grundstoffe – Förderung

1/63136 Förderungen(– 8,4 %) – 14 736 000,-- S

Minderausgaben für Beihilfen nach dem Bergbauförderungsgesetz (sonstige Beteiligungen) (53,0 Mill S) infolge Ausgabenbindung.

Mehrausgaben für ebensolche Beihilfen (sonstige Unternehmungen) für Such- und Aufschließungstätigkeiten (30,0 Mill S) sowie für Beihilfen (verstaatlichte Industrie) für vorgezogene Stillegungsmaßnahmen (7,7 Mill S).

1/6315 Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen

1/63156 Förderungen(– 33,7 %) – 231 512 450,14 S

Minderausgaben für die Gewerbestrukturverbesserungsaktion (170,6 Mill S), bei Zuschüssen an die Wirtschaft (42,0 Mill S), bei Zinsenzuschüssen für die Fernwärmeförderung (25,1 Mill S), bei der BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion (19,5 Mill S), bei Kreditkostenzuschüssen (6,0 Mill S), beim Zuschuß für die Weinmarketinggesellschaft (4,8 Mill S) und bei Zinsenzuschüssen an die Papierindustrie (4,7 Mill S) infolge planmäßiger Ausgabenbindung.

Mehrausgaben für Beratung und Ausbildung in kleinen und mittleren Unternehmungen (32,7 Mill S), bei Zuschüssen an Kammern der gewerblichen Wirtschaft (8,2 Mill S) zur Durchführung von Berufsbildungsprogrammen sowie für die Betriebsneugründungsaktion (6,8 Mill S).

1/63158 Aufwendungen(+ 264,9 %) + 84 535 904,44 S

Mehrausgaben infolge Zahlungen an die BÜRGES (98,0 Mill S) aufgrund einer Änderung des Abwicklungsverfahrens für Förderungen sowie der Errichtung und erstmaligen Dotierung einer Haftungsrücklage für Schadensfälle.

Minderausgaben hauptsächlich bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (10,0 Mill S) infolge geringeren Bedarfs.

1/6317 Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

1/63176 Förderungen(+ 15,8 %) + 113 728 197,20 S

Mehrausgaben beim Forschungsförderungsfonds (Technologiemilliarde) (155,0 Mill S), bei Zuschüssen an die Innovationsagentur zur Verstärkung der

Unternehmensgründung (Seedfinancing Programm) (29,9 Mill S) und bei Zuschüssen an Institutionen (19,2 Mill S) für die Förderung von technologiepolitisch bedeutsamen Projekten.

Minderausgaben beim Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (zusammen 72,6 Mill S) und bei Zuschüssen an die Wirtschaft (19,0 Mill S) infolge Ausgabenbindung.

1/63178 Aufwendungen(+ 34,9 %) + 8 899 926,02 S

Mehrausgaben bei den sonstigen Werkleistungen für Schwerpunkte im Technologie- und Innovationsbereich (11,4 Mill S) sowie bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (7,7 Mill S) für begleitende Programmanagements zu ITF-Programmen.

Minderausgaben bei den Refundierungen für Gutachten und Beratungskosten des Forschungsförderungsfonds (6,5 Mill S) und bei der ITF-Administration (3,3 Mill S).

1/63186 Strukturmaßnahmen EU + 111 215 558,-- S

Die Überschreitungen entstanden, weil dieser Ansatz nicht ausreichend budgetiert wurde. Budgetmittel wurden im Wege von Überschreitungsgenehmigungen erst dann zugewiesen, wenn der Nachweis über die Auszahlung für EU-kofinanzierte Projekte erbracht wurde.

1/64 Bauten und Technik

Mehrausgaben von 86 786 Mill S betrafen vor allem Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 (77 913 Mill S), die Aufstockung des Grundkapitals der ASFINAG bei den Anlagen für Straßengesellschaften (8 500 Mill S), Aufwendungen für Bundesstraßen B (197 Mill S), Aufwendungen für sonstige Bundesgebäude (42 Mill S) und für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten (23 Mill S) sowie Anlagen (36 Mill S) und Aufwendungen (20 Mill S) für Schulen der Unterrichtsverwaltung.

Minderausgaben von 11 088 Mill S betrafen hauptsächlich Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich (3 450 Mill S) sowie Aufwendungen (2 887 Mill S) der Straßengesellschaften, Anlagen (896 Mill S) und Aufwendungen (770 Mill S) für Bundesstraßen A, Aufwendungen (1 031 Mill S) sowie Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (100 Mill S) für Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben) und Anlagen für sonstige Bundesgebäude (442 Mill S). Weitere Minderausgaben betrafen Wasserbauvorhaben aus Mitteln des Katastrophenfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich (382 Mill S), Anlagen (281 Mill S) und Aufwendungen (100 Mill S) für Bundesstraßen S, Aufwendungen für Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben) (179 Mill S), Aufwendungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (89 Mill S), Anlagen für Bundesstraßen B (72 Mill S) und für Schulen der Wissenschaftsverwaltung (66 Mill S) sowie für vorbeugende Maßnahmen des Katastrophenfonds im zweckgebundenen Gebarungsbereich (48 Mill S) und sonstige Liegenschaftsankäufe (37 Mill S).

1/641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

**1/64166 Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds
(zweckgebundene Gebarung)**(- 87,2 %) - 381 569 264,36 S

Minderausgaben für vorbeugende Maßnahmen und Hochwasserschutzbauten mangels entsprechender Vorhaben sowie infolge Verlagerung von Mitteln zur Wasserstraßendirektion.

1/6417 Technisches Versuchswesen

1/64176 Förderungen(+ 33,9 %) + 9 280 679,-- S

Mehrausgaben infolge der Bereitstellung von Mitteln aus der Technologiemilliarde für die "Kooperativen Forschungsinstitute (KFI)" und von Zuschüssen im Rahmen des Impulsförderungsprogrammes sowie für Förderungen einzelner Forschungsinstitute (zusammen 20,5 Mill S).

Minderausgaben mangels Förderungsvorhaben (13,4 Mill S).

1/6419 Sonstige Förderungsmaßnahmen

1/64196 Förderungen(- 64,4 %) - 19 000 000,-- S

Minderausgaben infolge geringerer Mittelzuwendungen an die Marchfeldkanal-Errichtungsgesellschaft.

1/642 Bundesstraßenverwaltung**1/6420 Bundesstraßen B**

1/64203 Anlagen(- 3,3 %) - 72 260 781,34 S

Minderausgaben vorwiegend wegen zu hoher Veranschlagung bei den Bauvorhaben mit Gesamtkosten unter 150 Mill S (84,8 Mill S), bei den Bauvorhaben B 311 Umfahrung Schwarzach (68,6 Mill S), B 227 Nordbrücke (36,9 Mill S), B 124 Umfahrung Pregarten (18,7 Mill S) sowie wegen geringerer Restzahlungen für die Bauvorhaben B 314 Umfahrung Nassereith (18,8 Mill S), B 37 Sperkental (12,9 Mill S), B 312 Höfinger Kreuzung (12,7 Mill S) und B 169 Brettfalltunnel (12,0 Mill S).

Mehrausgaben bei den Bauvorhaben B 170 Umfahrung Kirchberg (69,7 Mill S), B 3 Stockerau-Perzendorf (48,5 Mill S) und B 111 Zubringer Gailtal (21,3 Mill S) wegen zu niedriger und bei den Bauvorhaben B 3 Umfahrung Perg (53,9 Mill S) und B 122a Nordspange Steyr/B 115 Dornach (17,0 Mill S) wegen fehlender Veranschlagung.

1/64208 Aufwendungen(+ 18,0 %) + 197 261 478,12 S

Mehrausgaben für die Instandhaltung von Straßenbauten mit Gesamtkosten unter 50 Mill S (149,7 Mill S) und für die Anschaffung von sonstigen Verbrauchsgütern (24,2 Mill S), für Überweisungen an Länder und Gemeinden (12,8 Mill S) sowie für Miet- und Pachtzinse (4,7 Mill S).

1/6421 Bundesstraßen S

1/64213 Anlagen(- 100,3 %) - 280 935 499,33 S

Minderausgaben aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem das hochrangige Bundesstraßennetz rückwirkend mit Jänner 1997 an die ASFINAG übertragen wurde. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt. Die Absetzung in Höhe von 0,9 Mill S betraf die Rückübereignung von nicht benötigtem Schnellstraßengrund.

1/64218 Aufwendungen(- 100,0 %) - 100 000 000,-- S

Minderausgaben aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem das hochrangige Bundesstraßennetz rückwirkend mit Jänner 1997 an die ASFINAG übertragen wurde. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt.

1/6422 Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)

1/64223 Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (- 3,4 %) – 8 265 039,24 S

Minderausgaben bei Hochbauten der Bundesstraßenverwaltung mit Gesamtkosten unter 150 Mill S (36,7 Mill S) aufgrund von Einsparungen beim Ausbau von Straßenmeistereien.

Mehrausgaben vor allem für Sonderanlagen (15,0 Mill S) und sonstige Kraftfahrzeuge (13,8 Mill S).

1/64228 Aufwendungen (- 6,6 %) – 178 567 915,15 S

Minderausgaben bei den Überweisungen an die Länder gemäß FAG (145,3 Mill S) aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem das hochrangige Bundesstraßennetz an die ASFINAG übertragen wurde. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Übertragung noch nicht endgültig festgelegt. Weitere Minderausgaben betrafen sonstige Verbrauchsgüter (125,1 Mill S) und Miet- und Pachtzinse (27,3 Mill S) wegen zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben vor allem für die Instandhaltung von Straßenbauten wegen vermehrter Auftragserteilungen an Dritte (77,8 Mill S); ferner wegen zu niedriger Veranschlagung für Energiebezüge (20,3 Mill S), für Instandhaltung von Gebäuden (8,1 Mill S), für Zahlungen an die ÖBB (6,7 Mill S) sowie für Überweisungen an Gemeinden (6,4 Mill S).

1/6423 Bundesstraßen A

1/64233 Anlagen (- 81,6 %) – 896 009 781,08 S

Minderausgaben aufgrund des rückwirkend mit Jänner 1997 in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem alle Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt.

Mehrausgaben für Liegenschaftserwerb durch die ASFINAG (202,0 Mill S) im Rahmen des Mängelbehebungsverfahrens gemäß § 9 RHG.

1/64238 Aufwendungen (- 100,0 %) – 770 000 000,-- S

Minderausgaben aufgrund des rückwirkend mit Jänner 1997 in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem alle Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden.

1/6424 Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)

1/64243 Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) (- 100,0 %) – 100 000 000,-- S

Minderausgaben aufgrund des rückwirkend mit Jänner 1997 in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem alle Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt.

1/64247 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 98,8 %) – 9 877 649,-- S

Minderausgaben aufgrund des rückwirkend mit Jänner 1997 in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem alle Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt.

1/64248 Aufwendungen(- 98,6 %) **- 1 030 500 582,24 S**

Minderausgaben aufgrund des rückwirkend mit Jänner 1997 in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem alle Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt.

Für die Verkehrszählung sowie für die Rechtsberatung im Zusammenhang mit dem Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 wurden 14,5 Mill S ausgegeben.

**1/6425 Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen
(zweckgebundene Gebarung)**

1/64253 Anlagen(- 13,9 %) **- 47 744 375,49 S**

Minderausgaben wegen geringeren Mittelbedarfes (42,4 Mill S) sowie wegen Mittelverlagerung an die ASFINAG zwecks Errichtung von Lawinenschutzbauten (5,0 Mill S).

**1/6426 Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden
(zweckgebundene Gebarung)**

1/64268 Aufwendungen(- 37,3 %) **- 88 721 736,12 S**

Minderausgaben wegen geringerer Schadensbehebungen auf Bundesstraßen B (106,3 Mill S) sowie wegen Nichtinanspruchnahme der Ausgabenermächtigung für Bundesstraßen A zugunsten der ASFINAG (25,0 Mill S).

Mehrausgaben für die Beseitigung von Schäden durch die ASFINAG (40,6 Mill S) sowie wegen zu niedriger Veranschlagung für Überweisungen an die Länder gemäß FAG (14,2 Mill S).

1/6427 Straßenforschung

1/64276 Förderungen(- 68,1 %) **- 6 062 000,-- S**

Minderausgaben wegen geringerer Förderungsbeiträge.

1/64278 Aufwendungen(- 39,4 %) **- 10 626 255,44 S**

Minderausgaben wegen geringerer Forschungstätigkeit bzw nicht zeitgerechtem Abschluß der Vorhaben.

**1/64288 Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungs-
gesetz 1997** **+ 77 913 039 159,-- S**

Mehrausgaben, da gemäß § 5 des mit Jänner 1997 rückwirkend in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 der Kaufpreis für das Fruchtgenübrecht der ASFINAG an den im Eigentum des Bundes stehenden Grundstücken und Anlagen des hochrangigen Bundesstraßennetzes nach Unterfertigung des Fruchtgenüovertrages im Juli 1997 fällig war. Der Betrag entspricht der in der Bilanz der ASFINAG zum 31. Dezember 1996 für den Bereich Straßenbau ausgewiesenen Forderung gegen den Bund.

1/6429 Straßengesellschaften

1/64293 Anlagen **+ 8 499 999 000,-- S**

Mehrausgaben für Zahlungen auf das Grundkapital der ASFINAG gemäß Artikel VIII des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 (Sacheinlagevertrag).

1/64297 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(zweckgebundene Gebarung)(- 100,0 %) - 3 450 000 000,-- S

Minderausgaben aufgrund des rückwirkend mit Jänner 1997 in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem alle Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt.

1/64298 Aufwendungen(- 100,0 %) - 2 887 201 728,71 S

Minderausgaben aufgrund des rückwirkend mit Jänner 1997 in Kraft getretenen Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, mit dem alle Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war die Rechtsform der Ausgliederung noch nicht endgültig festgelegt.

1/644 Wasserbauverwaltung

1/6440 Wasserstraßendirektion

1/64408 Aufwendungen(- 7,0 %) - 11 037 544,53 S

Minderausgaben bei den Instandhaltungen von Wasser- und Kanalisationsbauten durch Dritte (40,9 Mill S) wegen geringeren Instandhaltungsbedarfes.

Mehrausgaben zufolge vermehrter Beauftragung der Österreichischen Donaubetriebs-AG mit Inspektions- und Sanierungsmaßnahmen (29,2 Mill S).

1/6441 Amt der Wasserstraßendirektion

1/64410 Personalausgaben(- 16,1 %) - 11 829 336,50 S

Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (7,3 Mill S) und Mehrleistungsvergütungen (2,4 Mill S) infolge Personalverminderung.

1/645 Bundesgebäudeverwaltung

1/6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung
(Amtsorgane)

1/64500 Personalausgaben(- 2,9 %) - 10 857 263,69 S

Minderausgaben bei Gehältern der Vertragsbediensteten (zusammen 36,0 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 9,9 Mill S) wegen Aufnahmesperre.

Mehrausgaben bei Beamtenbezügen wegen Optierungen in das neue Gehalts-schema (38,1 Mill S).

1/64503 Anlagen(- 56,3 %) - 9 012 690,10 S

Minderausgaben vorwiegend zufolge der Nichtbeschaffung von ADV-Hardware (5,9 Mill S).

1/64508 Aufwendungen(- 17,0 %) - 8 573 920,54 S

Minderausgaben zufolge einer sparsamen Bewirtschaftung dieses Ausgabenan-satzes (8,6 Mill S).

**1/6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung
(betriebsähnliche Einrichtungen)****1/64530 Personalausgaben**(− 3,4 %) − 16 188 476,17 S

Minderausgaben bei Gehältern der Vertragsbediensteten (34,4 Mill S) und den Dienstgeberbeiträgen (9,9 Mill S) wegen Aufnahmesperre.

Mehrausgaben bei Beamtenbezügen wegen Optierungen in das neue Gehalts-schema (29,2 Mill S).

1/64538 Aufwendungen(− 13,1 %) − 7 586 370,11 S

Minderausgaben zufolge einer sparsamen Bewirtschaftung dieses Ausgabenan-satzes (7,6 Mill S).

1/646 Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung**1/6460 Betriebskosten und Hauserfordernisse****1/64607 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**(− 3,0 %)

− 8 541 633,38 S

Minderausgaben vorwiegend bei Gebühren für die Benützung von Gemeindeein-richtungen und -anlagen (46,0 Mill S).

Mehrausgaben bei Wasser- und Kanalgebühren (39,6 Mill S).

1/64633 Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung(− 45,5 %) − 16 594 275,10 S

Minderausgaben bei bebautem (5,1 Mill S) und unbebautem (4,1 Mill S) Grund und Boden sowie bei Gebäuden (7,4 Mill S) zufolge Nichtrealisierung von Grund-stücksablösen.

1/64663 Sonstige Liegenschaftsankäufe(− 57,2 %) − 37 370 483,76 S

Minderausgaben für bebauten (12,8 Mill S) und unbebauten (27,9 Mill S) Grund und Boden zufolge Nichtrealisierung von Grundstücksankäufen.

1/64683 Liegenschaftserwerb im Tauschwege(+ 168,8 %) + 11 814 792,30 S

Mehrausgaben für unbebauten Grund und Boden (13,8 Mill S) zufolge Nichtreali-sierung von Grundstückstäuschen.

1/647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**1/64708 Überweisungen an die Länder gemäß
§ 1 Abs 2 Z 2 FAG**(− 7,3 %) − 27 826 449,66 S

Minderausgaben zufolge Aufgabenübertragung an die BIG und dadurch geringere Überweisungen aus dem FAG für Schulen der Unterrichtsverwaltung (23,2 Mill S) und Schulen der Wissenschaftsverwaltung (35,7 Mill S).

Mehrausgaben wegen vermehrter Bautätigkeit für Grenzkontrollstellen, veteri-närmedizinische Stationen sowie Umschichtungsmaßnahmen und dadurch höhe-re Überweisungen aus dem FAG für sonstige Amtsgebäude der BGV I (31,1 Mill S).

1/6471 Schulen der Unterrichtsverwaltung**1/64713 Anlagen**(+ 8,3 %) + 35 961 095,-- S

Mehrausgaben vorwiegend wegen zügigen Baufortschrittes und Freigabe zusätz-licher Mittel beim Bauvorhaben Wien 3, Rennwegkaserne, HTBLA (65,2 Mill S).

- Weiters wegen des Beginns neuer Bauvorhaben, die im Teilheft nicht veran-schlagt, aber nachträglich genehmigt wurden: Baden, Biondekkaserne, BG und

BRG (33,3 Mill S), Gleisdorf, BG und BRG (34,4 Mill S), Bregenz, Hinterfeldgasse, BHAK und BHAS (30,6 Mill S).

Minderausgaben hauptsächlich zufolge Reduktion der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (76,1 Mill S) sowie bedingt durch verringerte Zahlungen an Bauträger wegen erfolgter Vorauszahlungen: Dornbirn, HBLVA und BFS (23,8 Mill S).

1/64718 Aufwendungen(+ 4,7 %) + 19 557 051,36 S

Mehrausgaben wegen des Beginns neuer Bauvorhaben, die im Teilheft nicht veranschlagt, aber nachträglich genehmigt wurden: Salzburg, Brunnauer Straße, BHAK (8,1 Mill S) sowie wegen Erhöhung der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (14,2 Mill S).

Minderausgaben zufolge langsamen Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen: Hollabrunn, Mühlgasse, HBLA (5,5 Mill S).

1/6472 Schulen der Wissenschaftsverwaltung

1/64723 Anlagen(- 18,7 %) - 65 502 948,58 S

Minderausgaben vorwiegend bedingt durch verringerte Zahlungen an Bauträger wegen erfolgter Vorauszahlungen: Wien 18, G. Mendel-Straße, BOKU (71,0 Mill S) sowie zufolge langsamen Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen: Wien 1, Postgasse, Alte Universität (25,0 Mill S) und wegen Verminde rung der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (25,5 Mill S).

Mehrausgaben hauptsächlich wegen des Beginns neuer Bauvorhaben, die im Teilheft nicht veranschlagt, aber nachträglich genehmigt wurden: Graz, Infeldgasse, TU Graz (52,0 Mill S) sowie wegen bevorzugter Bedeckung von Bauträgerverpflichtungen: Graz, Schubertstraße, Pflanzenphysiologie (51,6 Mill S).

1/64728 Aufwendungen(+ 2,7 %) + 7 097 577,11 S

Mehrausgaben wegen Erhöhung der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (16,1 Mill S).

Minderausgaben zufolge langsamen Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen: Wien 9, Währingerstraße, Neue Chemie (6,7 Mill S).

1/6473 Bauten für die Landesverteidigung

1/64738 Aufwendungen(- 3,1 %) - 27 334 599,83 S

Minderausgaben vorwiegend zufolge langsamen Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen für Instandhaltung militärischer Bauten (29,2 Mill S) sowie zufolge Reduktion der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (zusammen 37,9 Mill S).

Mehrausgaben wegen zügigen Baufortschrittes und Freigabe zusätzlicher Mittel beim Bauvorhaben Zwölfaxing, Burstinaserne (37,3 Mill S). Weiters wegen des Beginns neuer Bauvorhaben, die im Teilheft nicht veranschlagt, aber nachträglich genehmigt wurden: Zeltweg, FLH Hinterstoisser, Hangar 5 (20,6 Mill S) sowie für Verbrauchsgüter für innerbetriebliche Leistungen, wie Materialverbrauch der BGV II-Werkstätten (26,5 Mill S).

1/6474 Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

1/64748 Aufwendungen(+ 31,7 %) + 22 846 780,33 S

Mehrausgaben wegen Erhöhung der Dispositionsreserve bei Bauvorhaben (24,4 Mill S).

1/6475 Sonstige Bundesgebäude

1/64753 Anlagen	(- 14,0 %)	- 441 609 065,64 S
------------------------------	------------	--------------------

Minderausgaben bedingt durch verringerte Zahlungen an Bauträger, wegen erfolgter Vorauszahlungen: Wien 1, Burgring, Kunsthistorisches Museum (37,1 Mill S), Wien 1, Burgring, Naturhistorisches Museum (21,0 Mill S), Wien 8, Landesgericht I, Gefangenengehause (66,8 Mill S), Wien 1, Ballhausplatz, Bundesamtsgebäude (32,0 Mill S), Graz, Bundespolizeidirektion (32,0 Mill S). Weiters zufolge langsamem Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen: Wien 13, Tiergarten Schönbrunn/Ausbau (30,9 Mill S), Wien 3, Vordere Zollamtsstraße, Finanzamt für Gebühren (20,0 Mill S), Linz, Sonnensteinstraße, BAG (82,0 Mill S) und infolge Reduktion der Dispositionssreserve für Bauvorhaben nach Verfügung des BMF zu einer Ansatzbindung, Zuführung einer zweckgebundenen Rücklage und einer Bindungsumlegung (563,5 Mill S).

Mehrausgaben wegen zügigen Baufortschrittes und Freigabe zusätzlicher Mittel bei den Bauvorhaben: Wien 1, Burggarten/Wintergarten (21,0 Mill S), Wien 1, Hofburg/Wiederaufbau (55,9 Mill S), Stein, Strafanstalt/Ausbau (20,8 Mill S), Wien 3, Vordere Zollamtsstraße, FLD (33,9 Mill S), Wien 1, Schmerlingplatz, Justizpalast (20,9 Mill S), Graz, Paulustorgasse, Bundespolizeidirektion (40,1 Mill S), Graz, C. von Hötzendorfstraße, landesgerichtliches Gefangenengehause, Umbau (22,4 Mill S). Weitere Mehrausgaben wegen des Beginns neuer Bauvorhaben, die im Teilheft nicht veranschlagt, aber nachträglich genehmigt wurden: Wiener Neustadt, Landesgericht/Zubau (39,3 Mill S), Nickelsdorf, Grenzübergang, veterinär-medizinische Station (46,1 Mill S), Leopoldsschlag, Wullowitz, Grenzabfertigungsstelle, Neubau (29,1 Mill S) sowie wegen bevorzugter Bedeckung von Bauträgerverpflichtungen: Wien 1, Museum für angewandte Kunst, Tiefspeicher (41,0 Mill S), Wiener Neustadt, Gendarmerie-Einsatzkommando (51,9 Mill S).

1/64758 Aufwendungen	(+ 3,5 %)	+ 42 020 088,60 S
-----------------------------------	-----------	-------------------

Mehrausgaben wegen des Beginns neuer Bauvorhaben, die im Teilheft nicht veranschlagt, aber nachträglich genehmigt wurden: Wien 1, Neue Burg, Dachsanierung (11,8 Mill S), Wien 1, Augustinerkirche, Innensanierung (10,6 Mill S), Wien 1, Stubenring, Fassadensanierung (16,2 Mill S), Traiskirchen, Bundes-Flüchtlingslager Objekt 5 (9,8 Mill S) sowie wegen Erhöhung der Dispositionssreserve bei Bauvorhaben (43,8 Mill S).

Minderausgaben zufolge langsamem Baufortschritts und Zurückstellung von Leistungen: Kulturbauten, Brandschutzeinrichtungen (18,4 Mill S), Wien 1, Dr. Ignaz Seipel-Platz, Jesuitenkirche (9,0 Mill S), Wien 1, Heldendenkmal, Fassadensanierung (5,5 Mill S), Wien 1, Volksgarten, Einfriedungssanierung (12,0 Mill S), Wien 1, Hofburg, Leopold. Trakt, Raumsanierung (8,9 Mill S), Graz, Babenbergerstraße, Landesarbeitsamt (8,2 Mill S), Innsbruck, Maximilianstraße, Gerichtsgebäude (5,6 Mill S).

1/649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen**1/6490 Einrichtungen des Eichwesens**

1/64900 Personalausgaben	(- 10,8 %)	- 11 732 171,70 S
---------------------------------------	------------	-------------------

Minderausgaben betrafen Entgelte von Vertragsbediensteten (8,0 Mill S) und deren Dienstgeberbeiträge (1,3 Mill S) sowie Beamtenbezüge (2,3 Mill S) infolge Personalverminderung in Verbindung mit der Aufnahmesperre im öffentlichen Dienst.

1/6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

1/64913 Anlagen (+ 43,6 %) + 6 737 200,31 S

Mehrausgaben vor allem für die Anschaffung von ADV-Hardware (3,2 Mill S) und von Maschinen und maschinellen Anlagen (3,1 Mill S) wegen Basisflächenerhebung für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

1/65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft

Mehrausgaben von 4 448 Mill S betrafen hauptsächlich Kapitalbeteiligungen (3 390 Mill S), Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur (500 Mill S), Anlagen der Zentralleitung (246 Mill S), Förderungen - EU Kofinanzierung (182 Mill S), EU-TEN-Projekte (74 Mill S) im zweckgebundenen Gebarungsbereich sowie Förderungen der Technologie gemäß ITF-Gesetz (39 Mill S).

Minderausgaben von 187 Mill S betrafen vorwiegend den Zweckaufwand für Verkehrsverbünde (50 Mill S), Förderungen für Privatbahnen (27 Mill S), Aufwendungen der Zentralleitung (18 Mill S), Förderungen verkehrswirtschaftlicher (16 Mill S) und regional- und strukturpolitischer (11 Mill S) Maßnahmen sowie Anlagen (12 Mill S) und Aufwendungen (8 Mill S) für fernenmeldebehördliche Tätigkeiten.

1/650 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr**1/6500 Verwaltungsbereich Verkehr**

1/65003 Anlagen + 245 616 492,88 S

Mehrausgaben für die Errichtung eines elektronischen Ökopunktesystems (246,8 Mill S).

1/65008 Aufwendungen (- 17,0 %) - 18 028 251,34 S

Minderausgaben wegen geringerer Inanspruchnahme von Arbeitsleihverträgen (4,2 Mill S), wegen geringeren Bedarfes an Gutachten für die Flugunfallkommission (3,8 Mill S), wegen geringeren Bedarfes bei Druckwerken (3,1 Mill S), wegen verminderter Inanspruchnahme von Leistungen von Dritten (2,1 Mill S), wegen Lieferverzögerungen bei ADV-Gebrauchsgütern (1,5 Mill S) und wegen geringerer Instandhaltungskosten für Gebäude (1,5 Mill S).

1/6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten

1/65023 Anlagen (- 39,4 %) - 12 009 507,16 S

Minderausgaben bei sonstiger Amtsausstattung, weil die Erweiterung des Amtsgebäudes Kelsenstraße nicht realisiert werden konnte und die Leistungsverzeichnisse für Ausschreibungen nicht zeitgerecht vorgelegt werden konnten (6,2 Mill S) und bei der Anschaffung von ADV-Hardware (4,9 Mill S).

1/65028 Aufwendungen (- 7,7 %) - 8 275 294,01 S

Minderausgaben hauptsächlich infolge geringerer Vergütungen für Leistungen der Post und Telekom Austria AG (6,1 Mill S).

1/651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/65108 Verkehrsverbünde (- 7,6 %) - 50 027 001,45 S

Minderausgaben infolge geringerer Durch- und Abtarifierungsverluste der Verkehrsträger im Rahmen der Verkehrsverbünde Oberösterreich (93,0 Mill S), Kärnten (16,5 Mill S), Vorarlberg (11,9 Mill S) und Salzburg (3,5 Mill S).

Mehrausgaben infolge höherer Durch- und Abtarifierungsverluste der Verkehrsträger im Rahmen der Verkehrsverbünde Ost-Region (37,8 Mill S), Niederösterreich - Burgenland (28,1 Mill S), Großraum Graz (5,9 Mill S) und Tirol (3,0 Mill S).

1/65128 EU-TEN-Projekte (zweckgebundene Gebarung) + 73 535 597,49 S

Mehrausgaben infolge höherer Zuschüsse für EU-TEN-Projekte (transeuropäische Verkehrsnetze), siehe Ansatz 2/65120 (73,5 Mill S).

1/65133 Kapitalbeteiligungen + 3 389 994 000,-- S

Mehrausgaben wegen Erhöhung des Stammkapitals der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH (SCHIG) (3 090,0 Mill S), wegen Erhöhung des Stammkapitals um 150,0 Mill S und Kapitalrücklagenbildung 100,0 Mill S für die GBI (Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH) (250,0 Mill S) und wegen Errichtung der Telekom-Control GmbH (Einzahlung des Stammkapitals) (50,0 Mill S).

1/65148 Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur (+ 4,5 %) + 500 000 000,-- S

Mehrausgaben wegen Zinszahlungen der ASFINAG (Autobahn- und Schnellstraßenfinanzierungs AG) für Altschulden an die SCHIG gemäß Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBI Nr 113/97, (500,0 Mill S) und bei sonstigen Rechts- und Beratungskosten an juristische Personen (79,2 Mill S).

Minderausgaben bei Kapitaltransferzahlungen an ÖBB (Sonderanlagen) (79,2 Mill S).

1/652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/65226 Sondervorhaben - Technologie + 11 544 654,14 S

Mehrausgaben für Technologie-Kooperationen (7,0 Mill S) und bei Austria National Host (ANH) (4,5 Mill S) im Rahmen der Technologiemilliarden.

1/65236 Förderungen - EU-Kofinanzierung + 182 147 000,-- S

Mehrausgaben, weil zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die Höhe der EU-Kofinanzierung noch nicht bekannt war (182,1 Mill S).

1/6524 Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen

1/65246 Förderungen (- 18,1 %) - 16 135 952,28 S

Minderausgaben wegen geringerer Inanspruchnahme von Förderungen (16,1 Mill S).

1/6525 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

1/65256 Förderungen (- 10,1 %) - 11 013 871,44 S

Minderausgaben wegen geringerer Inanspruchnahme von Förderungen (11,0 Mill S).

1/65266 Förderungen an Privatbahnen (- 6,0 %) - 26 952 000,27 S

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Förderungen und geringerer Verlustabdeckungen (48,5 Mill S).

Mehrausgaben wegen höherer Investitionsförderungsbeiträge (24,4 Mill S).

1/6527 Technologieförderung gemäß ITF-Gesetz

1/65276 Förderungen(+ 69,7 %) + 38 773 110,-- S

Mehrausgaben infolge höherer Inanspruchnahme von Förderungen (38,8 Mill S).

**1/657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds
(zweckgebundene Gebärung)**

1/65706 Förderungen(- 27,6 %) - 5 246 189,02 S

Minderausgaben infolge geringerer Inanspruchnahme von Förderungen (5,2 Mill S).

1/65707 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)(- 27,5 %) - 7 773 473,89 S

Minderausgaben hauptsächlich bei den Überweisungen an die Bundesländer, weil weniger Wunschkennzeichen vergeben wurden (7,5 Mill S).

1/71 Bundestheater**1/710 Personalausgaben**

1/71000 Aktivitätsaufwand(+ 1,5 %) + 23 304 178,-- S

Mehrausgaben vorwiegend bei Bediensteten mit Bühnendienstverträgen (zusammen 24,4 Mill S), bei Mehrleistungsvergütungen (9,0 Mill S), bei Bediensteten des technischen Personals (7,4 Mill S) und bei Beamten (3,1 Mill S) aufgrund verstärkt angefallener Proben und infolge der Einmalzahlungen.

Minderausgaben beim teilbeschäftigen technischen Personal (22,0 Mill S) aufgrund der erfolgten Ausgliederung des Publikumsdienstes und bei Mehrleistungsvergütungen (Gastspiele) (5,7 Mill S), da weniger Gastspiele als geplant durchgeführt wurden.

1/71010 Pensionsaufwand(- 5,8 %) - 48 647 912,50 S

Minderausgaben bei den sonstigen Ruhebezügen (27,5 Mill S), bei den sonstigen Versorgungsbezügen (13,8 Mill S) für das künstlerische und technische Personal und bei den Ruhebezügen (4,1 Mill S).

1/711 Sachausgaben

1/71133 Anlagen(+ 7,1 %) + 8 126 477,13 S

Mehrausgaben bei Baumaßnahmen für Theatergebäude (15,5 Mill S), bei den sonstigen Sonderanlagen (12,1 Mill S) aufgrund Generalsanierung der bühnen-technischen Anlagen sowie bei der Ausstattung für die Beleuchtung (5,1 Mill S).

Minderausgaben bei den Baumaßnahmen für das Investitionsprogramm (13,8 Mill S) sowie bei ADV-Software (5,7 Mill S) und bei ADV-Hardware (4,6 Mill S) aufgrund Rückstellung geplanter Vorhaben.

1/71188 Aufwendungen(+ 1,4 %) + 5 999 034,95 S

Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen (8,3 Mill S) aufgrund der erfolgten Ausgliederung des Publikumsdienstes, bei der Instandhaltung von sonstiger Betriebsausstattung (7,5 Mill S) aufgrund von Revisionsarbeiten in den Zuschauerbereichen, bei der Instandhaltung des zentralen Betriebsgebäudes (7,3 Mill S) aufgrund dringend notwendiger Sanierungen, bei Rechts- und Beratungskosten juristischer Personen (5,0 Mill S) aufgrund der Inanspruchnahme von Beratungsfirmen für die geplante Ausgliederung der Bundestheater, bei Entgelten an Unternehmungen/Opernball (4,5 Mill S), bei Materialien für sonstige In-

standhaltungsarbeiten (4,0 Mill S), bei der Instandhaltung von baulichen Sonderanlagen (3,3 Mill S) und bei sonstigen Miet- und Pachtzinsen (3,3 Mill S).

Minderausgaben bei Entgelten für Gäste, Externisten, Statisten und Substituten (16,3 Mill S) infolge geringerer Einsätze, bei Auslandsreisen/Dienstreisen (Gastspiele) (8,2 Mill S) wegen Entfalls von Gastspielen, bei den sonstigen Leihgebühren (6,3 Mill S), da geplante Anmietungen von Produktionen nicht durchgeführt wurden, bei den Fremdbearbeitungen von Kostümen (4,7 Mill S) aufgrund weniger arbeitsaufwendiger Kostüme, bei Entgelten für sonstige Werkleistungen von Einzelpersonen (4,5 Mill S) sowie bei der Materialbeschaffung für die Dekorationswerkstätte (4,0 Mill S).

4.3 Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen

2/10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	
2/100	Bundeskanzleramt	
2/1000	Zentraleitung	
2/10004	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 22,3 %)
		+ 6 991 611,68 S
Mehreinnahmen vor allem aus einer Gewinnausschüttung der Österreichischen Staatsdruckerei (7,0 Mill S) und bei Kostenersätzen der EU infolge vermehrter Dienstreisen (3,8 Mill S).		
Mindereinnahmen betrafen vor allem den Pensionssicherungsbeitrag (1,9 Mill S) und die Pensionsbeiträge/Oberste Organe gemäß BGBl Nr 273/1972 (1,8 Mill S).		
2/10034	Bundesgesetzblatt	(+ 23,3 %)
		+ 6 018 240,83 S
Mehreinnahmen vor allem bei allgemeinen Abonnementgebühren (3,9 Mill S) und Abonnementgebühren von Bundesorganen (1,9 Mill S) infolge geleisteter Nachzahlungen aus dem Vorjahr.		
2/1005	Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF) (zweckgebundene Gebarung)	
2/10050	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(- 5,1 %)
		- 21 379 000,-- S
Mindereinnahmen bei Überweisungen vom ITF infolge des verringerten Lombardzinssatzes (21,4 Mill S).		
2/102	Statistisches Zentralamt	
2/10205	EU-Statistiken	
		+ 18 495 283,27 S
Mehreinnahmen bei Zahlungen der EU für die Durchführung von Statistiken (18,5 Mill S) infolge eines lediglich veranschlagten Erinnerungsbetrages.		
2/109	Dienststellen	
2/1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	
2/10904	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 32,4 %)
		- 9 965 566,31 S
Mindereinnahmen an Untersuchungsgebühren infolge des Wegfalls von Importkontrollen zwecks Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Waren aus EU-Ländern.		

2/11 Inneres

Mindereinnahmen von 124 Mill S entstanden hauptsächlich durch geringere erfolgswirksame Einnahmen der Bundespolizei (35 Mill S), des Zivildienstes (33 Mill S) und der Zentralleitung (11 Mill S), durch verminderte bestandswirksame Einnahmen von Flugpolizei und Flugrettungsdienst (15 Mill S) sowie geringere Bezugsvorschüßersätze der Zentralleitung (11 Mill S).

Die Mehreinnahmen betrugen 50 Mill S.

2/110 Bundesministerium für Inneres**2/1100 Zentralleitung**

2/11004 Erfolgswirksame Einnahmen	(– 65,7 %)	– 11 098 650,83 S
---	------------	-------------------

Mindereinnahmen bei den Beiträgen zu den Wahlkosten (5,5 Mill S) sowie bei den sonstigen Kostenbeiträgen und Ersätzen, den Vergütungen vom BMA und sonstigen verschiedenen Einnahmen und Kostenersätzen der EU (zusammen 5,0 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

2/11009 Bezugsvorschüßersätze	(– 29,2 %)	– 11 144 593,30 S
---	------------	-------------------

Mindereinnahmen bei den Bezugsvorschüßersätzen in den Bereichen Bundespolizei und Bundesgendarmerie infolge zu hoher Veranschlagung.

2/111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)**2/1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

2/11104 Erfolgswirksame Einnahmen	(– 12,2 %)	– 5 161 879,83 S
---	------------	------------------

Mindereinnahmen durch die Einstellung der Kostenrückforderung an Einzelpersonen für Flugeinsätze (6,3 Mill S).

Mehreinnahmen bei den Zahlungen von Sozialversicherungsträgern (1,8 Mill S).

2/11107 Bestandswirksame Einnahmen	(– 100,0 %)	– 15 000 000,-- S
--	-------------	-------------------

Mindereinnahmen durch die Rückstellung der Veräußerung von Luftfahrzeugen.

2/1113 Strafgelder gemäß § 100 Absatz 10 StVO

2/11130 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 10,1 %)	+ 35 199 732,71 S
--	------------	-------------------

Mehreinnahmen aus verhängten Geldstrafen infolge zu geringer Veranschlagung.

2/1117 Zivildienst

2/11174 Erfolgswirksame Einnahmen	(– 14,6 %)	– 32 946 984,13 S
---	------------	-------------------

Die Mindereinnahmen bei den Ersätzen und Überweisungen gemäß § 41 ZDG sind vor allem auf die geringere Anzahl von eingesetzten Zivildienstpflichtigen sowie auf den Umstand zurückzuführen, daß Rechtsträger von Zivildiensteinrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen keine Vergütungen zu leisten haben.

2/113 Bundespolizei**2/1130 Bundespolizei**

2/11304 Erfolgswirksame Einnahmen	(−7,2 %) − 35 180 413,34 S
--	----------------------------

Mindereinnahmen vor allem bei den Verwaltungsstrafen (36,7 Mill S) aufgrund der schlechten Zahlungsmoral bzw Uneinbringlichkeit, den Überwachungsgebühren (11,4 Mill S), den Erlösen aus dem Verkauf von KFZ-Kennzeichenplatten (6,7 Mill S) durch eine geringere Anzahl an Neuzulassungen und den Kostenersätzen für Alkotests und Blutalkoholbestimmungen (3,2 Mill S). Weitere Minder-einnahmen waren bei den Dienstküchen, Kostenbeiträgen gemäß § 55 und 56 KFG, Überweisungen gemäß § 41 ZDG sowie für Verfallserlöse (zusammen 8,5 Mill S) zu verzeichnen.

Mehreinnahmen ergaben sich durch die eingehobenen Kostenbeiträge bei Fehlalarmen (12,4 Mill S), bei den Transferzahlungen von Ländern für Schuhäftlinge (8,4 Mill S) durch eine Erhöhung der Kostenpauschale sowie eine steigende Anzahl an Schuhhäftlingen, bei den Erlösen aus dem Verkauf von Begutachtungsplaketten (6,4 Mill S) durch eine Preiserhöhung sowie durch die Einführung der im Rahmen von Verkehrsunfällen gemäß § 4 Abs 5b StVO eingehobenen Kostenbeiträge (4,1 Mill S).

2/114 Bundesgendarmerie**2/1140 Bundesgendarmerie**

2/11404 Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 13,5 %) + 10 791 565,48 S
--	------------------------------

Mehreinnahmen vor allem durch die Neueinführung der im Rahmen von Verkehrsunfällen gemäß § 4 Abs 5b StVO eingehobenen Kostenbeiträge (13,8 Mill S) sowie bei den sonstigen Kostenersätzen (11,8 Mill S) insbesondere infolge der vermehrten eingehobenen Kostenbeiträge für Fehlalarme.

Mindereinnahmen bei den Überwachungsgebühren (6,1 Mill S), Veräußerungen von Altmaterial (4,2 Mill S), Dienstküchen (3,0 Mill S) sowie bei der Unter Vermietung von Wohnungen und den Massarücklässen des Gendarmerie-Massafonds (zusammen 1,6 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

2/115 Besondere Einrichtungen**2/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

2/11504 Erfolgswirksame Einnahmen	(− 32,2 %) − 5 625 751,61 S
--	-----------------------------

Mindereinnahmen im wesentlichen bei den Kostenersätzen der Länder für Kriegsflüchtlinge (6,1 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

2/12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten**2/120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten**

2/12009 Bezugsvorschülersätze	(− 11,6 %) − 5 354 758,90 S
--	-----------------------------

Mindereinnahmen vor allem bei sonstigen Bezugsvorschülersätzen (6,0 Mill S) infolge geringerer Anzahl von gewährten Bezugsvorschüssen.

2/122	Bundesministerium; Zweckaufwand	
2/1220	Allgemein-pädagogische Erfordernisse	
2/12200	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 713,1 %)	+ 5 255 216,74 S
	Mehreinnahmen bei Beiträgen von der Europäischen Union (5,3 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
2/124	Nachgeordnete Dienststellen	
2/1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung	
2/12424	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 13,1 %)	+ 6 960 242,85 S
	Mehreinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (7,0 Mill S) infolge höherer Teilnehmerzahl an der "Wien-Aktion" und "Europa-Aktion".	
2/1244	Museen	
2/12444	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 13,1 %)	+ 7 482 874,62 S
	Mehreinnahmen bei verschiedenen Einnahmen (6,2 Mill S) aufgrund einer Schadensersatzleistung für Wertminderung für eine im Zuge einer Ausstellung beschädigte Tapisserie aus dem Kunsthistorischen Museum Wien.	
2/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
2/1260	Schulaufsichtsbehörden	
2/12604	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 10,0 %)	+ 16 986 893,91 S
	Mehreinnahmen bei Ersätzen der Länder (21,4 Mill S) betrafen insbesondere eine Nachzahlung des Landes Wien.	
2/127	Allgemeinbildende Schulen	
2/1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	
2/12704	Erfolgswirksame Einnahmen (- 24,9 %)	- 14 607 294,97 S
	Mindereinnahmen vor allem beim Betreuungsbeitrag (6,7 Mill S) infolge geringerer Inanspruchnahme der ganztägigen Schulformen sowie bei Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (4,6 Mill S) infolge geringerer Anzahl von überlassenen Bediensteten.	
2/1272	Allgemeinbildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)	
2/12720	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	+ 14 831 669,85 S
	Mehreinnahmen vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (11,5 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.	
2/128	Berufsbildende Schulen	
2/1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	
2/12804	Erfolgswirksame Einnahmen (- 18,3 %)	- 14 256 487,53 S
	Mindereinnahmen vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (11,2 Mill S) infolge Reduzierung des praktischen Unterrichts.	

**2/1281 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus,
Sozial- und wirtschaftliche Berufe**

2/12814 Erfolgswirksame Einnahmen (- 11,6 %) **- 6 989 194,05 S**

Mindereinnahmen bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (6,8 Mill S) infolge geringerer Auslastung der Betriebsküchen.

**2/1283 Technische und gewerbliche Lehranstalten
(zweckgebundene Gebarung)**

2/12830 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen **+ 7 106 208,01 S**

Mehreinnahmen vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (4,9 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

2/14 Wissenschaft und Forschung

Mindereingänge von 386 Mill S entstanden insbesondere bei zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen der Universitäten (148 Mill S) und von Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation (20 Mill S) sowie bei erfolgswirksamen Einnahmen der Kunsthochschulen (141 Mill S), der Universitäten (44 Mill S) und des Amtes des BFPZ Arsenal (23 Mill S).

Die Mehreinnahmen betragen 22 Mill S.

2/140 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr

2/1400 Verwaltungsbereich Wissenschaft

2/14009 Bezugsvorschüßersätze (- 29,9 %) **- 8 013 155,40 S**

Mindereinnahmen vor allem infolge geringerer Gewährung von Bezugsvorschüssen (7,6 Mill S).

2/1402 Amt des BFPZ Arsenal

2/14024 Erfolgswirksame Einnahmen (- 25,5 %) **- 23 348 757,30 S**

Mindereinnahmen bei den Ersätzen vom ÖFZS (Arsenal) (23,3 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung der Mittel.

2/1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

2/14180 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (- 8,0 %) **- 20 000 000,-- S**

Mindereinnahmen bei den Mitteln des Innovations- und Technologiefonds (20,0 Mill S) weil das zuständige Kuratorium nur einen geringeren Betrag zur Anweisung freigegeben hat.

2/142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen

2/1420 Universitäten

2/14204 Erfolgswirksame Einnahmen (- 48,0 %) **- 43 546 593,60 S**

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung bei den Kostenersätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen (10,9 Mill S), bei Bodenprodukten, Tierhaltung und sonstigen Personalkostenersätzen (zusammen 7,8 Mill S), bei den Ersätzen aus persönlicher Gutachtertätigkeit (6,9 Mill S), bei Miet- und Pachtzinsen (6,1 Mill S), den verschiedenen Einnahmen (4,6 Mill S), den Vergütungen vom BMwA (4,1 Mill S) und bei den privaten Ferngesprächen (3,1 Mill S).

2/1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

2/14210 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 28,5 %) - 147 507 309,58 S

Mindereinnahmen bei den Personalkostenersätzen gemäß § 4 Abs 7 des Universitätsorganisationsgesetzes (154,0 Mill S) infolge geringeren Personalbedarfs und bei den Vergütungen vom BMGK (6,2 Mill S), den Unterrichtsgeldern und Prüfgebühren (5,4 Mill S) sowie bei den Veräußerungen von Handelswaren und den Vergütungen vom BMLV (zusammen 4,2 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen bei den sonstigen Gebühren und Vergütungen vom BMWV (zusammen 18,6 Mill S) sowie bei Exkursionen (3,9 Mill S) infolge gestiegener Studentenzahlen.

2/143 Kunsthochschulen**2/1430 Kunsthochschulen**

2/14304 Erfolgswirksame Einnahmen(- 80,6 %) - 141 037 031,25 S

Mindereinnahmen beim Anteil des Landes Salzburg (63,9 Mill S) und der Stadt Salzburg (63,9 Mill S) am Gebarungsabgang der Hochschule "Mozarteum", weil der OGH die der Aufteilung zur Abdeckung des Gebarungsabgangs zugrunde liegenden Verträge zwischen Bund, Land Salzburg und Stadt Salzburg als nichtig erkannte und deshalb die Klage des Bundes gegen das Land Salzburg abwies. Weitere Mindereinnahmen beim Anteil des Landes Oberösterreich (4,5 Mill S) und dem Anteil der Stadt Linz (4,5 Mill S) am Gebarungsabgang der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz sowie bei den verschiedenen Einnahmen (4,0 Mill S) aufgrund zu hoher Veranschlagung.

2/146 Fachhochschulen

2/14604 Erfolgswirksame Einnahmen + 16 569 542,-- S

Mehreinnahmen bei den Überweisungen vom BMAGS (ESF-Mittel) (16,7 Mill S) weil seitens der EU für die Ausrichtung von Studiengängen in Vorarlberg, im Burgenland und in der Steiermark Förderungen überwiesen wurden.

2/15 Soziales

Mindereinnahmen von 1 553 Mill S betrafen vor allem den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (1 425 Mill S) und den Beitrag der Gebietskörperschaften im zweckgebundenen Gebarungsbereich (109 Mill S) sowie zweckgebundene Darlehensrückzahlungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (17 Mill S).

Mehreinnahmen von 882 Mill S betrafen insbesondere Arbeitslosenversicherungsbeiträge (365 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen der Pflegevorsorge (Kostenersatz) (261 Mill S), die Überweisung vom Familienlastenausgleich (211 Mill S) und zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (24 Mill S).

2/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen**2/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)**

2/15344 Erfolgswirksame Einnahmen + 260 916 829,54 S

Mehreinnahmen aufgrund der Abschlußrechnungen der Sozialversicherungsträger für 1996.

2/155 Arbeitsmarktpolitik (I)**2/1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG**

2/15510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 242,9 %) + 24 289 707,08 S

Mehreinnahmen infolge des Beitrages der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (27,9 Mill S) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Mindereinnahmen bei Zinsen aus Darlehen (3,4 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

2/15513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen(- 28,3 %) - 16 986 329,18 S

Mindereinnahmen bei Rückzahlung von Betrieben (24,1 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehreinnahmen bei Betriebe/AMFG (7,1 Mill S) infolge zu geringer Veranschlagung.

**2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich
(zweckgebundene Einnahmen)**(+ 2,8 %) + 211 494 047,30 S

Mehreinnahmen aufgrund höherer Ausgaben für Karenzgeld im Jahr 1996.

**2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge
(zweckgebundene Einnahmen)**(+ 0,8 %) + 364 841 765,88 S

Mehreinnahmen aus Rückflüssen von der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (2 016,9 Mill S) sowie bei Erstattungen gemäß EWR-Vertrag (3,2 Mill S).

Mindereinnahmen bei Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (1 646,8 Mill S) sowie bei Rückersätzen gemäß Arbeitslosenversicherungsabkommen (8,5 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Nicht eingehaltene Ansatzbindung (1 694,1 Mill S). Demgegenüber teilweise geringere Inanspruchnahme der Überschreitungsbewilligungen bei den Ansätzen 1/15516 und 1/15518 (zusammen 42,0 Mill S).

**2/15581 Beitrag der Gebietskörperschaften
(zweckgebundene Gebarung)**(- 31,0 %) - 108 623 006,95 S

Mindereinnahmen infolge des Rückgangs der Anzahl der Bezieherinnen von Sondernotstandshilfe gemäß § 6 Abs 6 AMPFG.

2/15591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik(- 30,1 %) - 1 424 839 556,01 S

Mindereinnahmen infolge geringeren Abgangs der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik aufgrund geringerer Arbeitslosigkeit als prognostiziert sowie infolge der Konsolidierungsmaßnahmen.

2/157 Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung(+ 42,1 %) + 15 374 099,36 S

Mehreinnahmen hauptsächlich infolge von Leistungen im Rahmen des Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetzes (17,6 Mill S).

Mindereinnahmen bei Ersatzleistungen gemäß Kriegsopfersversorgungsgesetz und Heeresversorgungsgesetz (4,0 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

Nicht eingehaltene Ansatzbindung (0,6 Mill S).

2/16 Sozialversicherung

2/161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

2/16104 Erfolgswirksame Einnahmen + 62 695 495,03 S

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Jahre 1996 geleisteten Vorschüssen.

2/164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung

2/16404 Erfolgswirksame Einnahmen + 23 436 605,84 S

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Jahre 1996 geleisteten Vorschüssen auf das Sonderruhegeld.

2/165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)

2/16504 Erfolgswirksame Einnahmen (– 6,9 %) – 9 824 314,15 S

Mindereinnahmen infolge Überschätzung der Beitragseinnahmen.

2/17 Gesundheit

Mindereinnahmen von 221 Mill S betrafen vorwiegend zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (177 Mill S) und erfolgswirksame Einnahmen (36 Mill S) für den Mutter-Kind-Paß im zweckgebundenen Gebärungsbereich sowie erfolgswirksame Einnahmen der bakteriologisch-serologischen und sonstigen Untersuchungsanstalten (7 Mill S).

Die Mehreinnahmen betrugen 1 Mill S.

2/172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

2/1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgebundene Gebarung)

2/17240 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (– 31,8 %) – 177 413 825,-- S

Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Abgeltungen von Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß.

2/17294 Erfolgswirksame Einnahmen (– 12,4 %) – 35 920 551,40 S

Mindereinnahmen hauptsächlich beim Vorsteueranteil der VOEST-ALPINE Medizintechnik GesmbH (187,9 Mill S) infolge beträchtlich verringerten Bauvolumens sowie weitgehender Fertigstellung des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses in Wien.

Mehreinnahmen aus dem Anteil direkter Steuern für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (154,3 Mill S) infolge der Unterschätzung der Zahlungseingänge für die erste Zwischenabrechnung für das Jahr 1996.

2/179	Dienststellen		
2/1792	Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten		
2/17924	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 3,8 %)	- 6 830 395,94 S
<p>Mindereinnahmen bei den bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten Innsbruck, Salzburg und Klagenfurt (zusammen 15,1 Mill S) hauptsächlich infolge Kürzungen der Entgelte für gebührenpflichtige Untersuchungen durch die lokalen Gebietskrankenkassen.</p>			
<p>Mehrreinnahmen bei den übrigen Untersuchungsanstalten (6,4 Mill S) infolge Erhöhung der Anzahl der gebührenpflichtigen Untersuchungen und bei Kostener-sätzen der EU (2,2 Mill S).</p>			
2/18	Umwelt		
2/186	Umweltschutz		
2/1863	Siedlungswasserwirtschaft		
2/18630	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(- 100 %)	- 92 926 000,-- S
<p>Mindereinnahmen bei den Zahlungen von den Ländern gemäß FAG (92,9 Mill S), weil 1997 gemäß BGBI II Nr 60/1997 die für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft zu leistenden Anteile und Beiträge entfallen.</p>			
2/19	Jugend und Familie		
<p><i>Mindereinnahmen von 1 737 Mill S entstanden vor allem bei erfolgswirksamen Einnahmen des Reservefonds für Familienbeihilfen (1 368 Mill S) sowie bei Dienstgeberbeiträgen (Sektion A) (319 Mill S) und durch einen geringeren Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (46 Mill S).</i></p>			
<p><i>Die Mehrreinnahmen betragen 22 Mill S.</i></p>			
2/1913	Reservefonds für Familienbeihilfen		
2/19134	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 69,3 %)	- 1 367 593 910,92 S
<p>Da der aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sich ergebende Überschuß von 2 606 080 089,08 S in Höhe von 2 000 Mill S zur Aufrechnung der im Jahre 1994 erfolgten Abgangsdeckung seitens des Katastrophenfonds (§ 4 Z 8 Katastrophenfondsgesetz 1986, BGBI Nr 396 idgF) verwendet wurde, konnte lediglich der Restbetrag von 606 080 089,08 S gemäß § 40 Abs 4 FLAG 1967 an den Reservefonds für Familienbeihilfen überwiesen werden, wodurch die oben angeführten Mindereinnahmen entstanden.</p>			
2/193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)		
2/19300	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)	(- 0,8 %)	- 318 575 533,09 S
<p>Mindereinnahmen, da die Steigerung der Beitragsgrundlagen nicht im erwarteten Ausmaß erfolgte.</p>			
2/19310	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	(- 0,9 %)	- 46 400 299,06 S
<p>Die Mindereinnahmen entsprachen dem Abgabenaufkommen.</p>			

2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)	(+ 8,0 %)	+ 21 855 680,49 S
---	------------------	--------------------------

Mehreinnahmen bei Schülerfreifahrten (12,7 Mill S), Lehrlingsfreifahrten (5,6 Mill S) und Schulbüchern (3,6 Mill S) infolge einer höheren Leistung von Eigenanteilen als erwartet.

2/20 Äußeres

2/201 Vertretungsbehörden

2/20104 Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 9,7 %)	+ 6 194 078,85 S
--	------------------	-------------------------

Mehreinnahmen vor allem bei Kursdifferenzen aus der Fremdwährungsgebarung (10,4 Mill S) infolge des stetig gestiegenen US-Dollars und den mit diesem verbundenen Währungen.

Mindereinnahmen betrafen vor allem Rückersätze von Ausgaben der Vorjahre (3,0 Mill S) und des laufenden Jahres (1,4 Mill S).

2/204 Kulturelle Veranstaltungen

2/20404 Erfolgswirksame Einnahmen	+ 6 194 411,15 S
--	-------------------------

Mehreinnahmen aus Kursbeiträgen (6,3 Mill S) infolge der Weiterführung von Sprachkursen bei den Kulturinstituten aufgrund verzögerter Betriebsaufnahme der Österreich Institut GesmbH.

2/205 Entwicklungshilfe

2/20509 Darlehensrückzahlungen	(- 70,6 %)	- 18 838 071,27 S
---	-------------------	--------------------------

Mindereinnahmen betrafen verschiedene ausständige Darlehensrückzahlungen (18,8 Mill S) infolge wirtschaftlicher Schwäche der Kreditpartner und des im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit angekündigten umfassenden Entschuldungsprogrammes.

2/30 Justiz

Mehreinnahmen von 352 Mill S betrafen vor allem erfolgswirksame Einnahmen der Justizbehörden in den Ländern (318 Mill S) und der Justizanstalten (32 Mill S).

Die Mindereinnahmen betrugen 1 Mill S.

2/302 Justizbehörden in den Ländern

2/30204 Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 5,4 %)	+ 318 058 672,30 S
--	------------------	---------------------------

Mehreinnahmen hauptsächlich bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen (216,0 Mill S) und bei Ersätzen der Sozialversicherungsträger (60,0 Mill S) aufgrund der Änderungen des Gerichtsgebührengesetzes, des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962 und des Arbeits- und Sozialversicherungsgesetzes mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996, bei Vollzugs- und Wegegebühren (18,2 Mill S) aufgrund einer Neuregelung der Vollzugsgebühr ab 1.7.1996, bei Ablichtungen und Abschriften (9,3 Mill S) aufgrund der Erhöhung der Ersätze mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996, bei Einziehungen zum Bundesschatz (8,2 Mill S) aufgrund vermehrter Einziehung durch die Verwahrungsabteilungen und die Abfuhr von Parteiengeldern sowie bei Strafgeldern (4,3 Mill S) aufgrund der Verhängung höherer Geldstrafen.

2/303 Justizanstalten

2/30304 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 8,1 %) + 31 579 500,94 S

Mehreinnahmen hauptsächlich bei Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug (29,6 Mill S) aufgrund höherer Haftkostenbeiträge.

2/40 Militärische Angelegenheiten

Mehreinnahmen von 158 Mill S entstanden vorwiegend durch erfolgswirksame Einnahmen bei Heer und Heeresverwaltung (133 Mill S) sowie beim Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig (13 Mill S) und bei der Zentralleitung (5 Mill S).

Die Mindereinnahmen betragen lediglich 590 000 S.

2/401 Heer und Heeresverwaltung

2/40104 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 49,2 %) + 133 078 515,09 S

Mehreinnahmen wegen verstärkter Rückerstattung der Kosten für UN-Kontingente durch die Vereinten Nationen (66,7 Mill S) sowie bei sonstigen verschiedenen Einnahmen für Ersatz von Verlusten und Beschädigungen von Sachgütern (53,2 Mill S). Weiters Mehreinnahmen aus der vermehrten Veräußerung von Altmaterial (13,5 Mill S) wegen verstärkter Ausscheidetätigkeit, bei der Verpflegung aufgrund einer höheren Anzahl von Teilnehmern (6,2 Mill S), infolge erhöhter Pönalzahlungen für verspätete oder unterbliebene Lieferungen (4,6 Mill S) sowie bei Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (3,1 Mill S).

Mindereinnahmen bei der Veräußerung von Betriebsstoffen und sonstigen Verbrauchsgütern (zusammen 8,6 Mill S) und bei Kostenersätzen für Mittel zur ärztlichen Betreuung (3,8 Mill S).

2/405 Heeres- Land- und Forstwirtschaftsbetriebe**2/4050 Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung)**

2/40504 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 57,3 %) + 12 788 075,55 S

Mehreinnahmen in Höhe von 11,2 Mill S infolge gestiegenen Preisniveaus und vermehrten Schadholzverkaufs sowie bei Vergütungen (1,5 Mill S) vom BMLF aufgrund von EU-Förderungen für die Landwirtschaft.

2/50 Finanzverwaltung

Mehreingänge von 477 Mill S betrafen hauptsächlich erfolgswirksame Einnahmen des Amtes der Post und Telekom Austria AG (215 Mill S), der Zentralleitung (26 Mill S), des BMF (Zweckaufwand) (17 Mill S) und der Dienststellen der Finanzlandesdirektionen (13 Mill S), Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen (101 Mill S), sonstige bestandswirksame Einnahmen bei Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte (27 Mill S), Verkaufserlöse Branntwein (26 Mill S) sowie laufende Einnahmen aus Zuschüssen (22 Mill S).

Mindereingänge von 270 Mill S entstanden vor allem bei erfolgswirksamen Einnahmen im IT-Bereich (137 Mill S), Einhebungsvergütungen (69 Mill S) und Bezugsvorschüßersätzen (46 Mill S).

2/500	Bundesministerium für Finanzen	
2/5000	Zentralleitung	
2/50004	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 26,0 %)
		+ 25 703 366,36 S
Mehreinnahmen aus Überweisungen gemäß Art 12 des Vertrages zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vom 2. Dezember 1890, RGBI Nr 41/1891, infolge eines höheren Aufkommens an Zöllen und Verbrauchsteuern im Zollausschlußgebiet Mittelberg (8,9 Mill S), aus Beiträgen zur Bundesaufsicht über die Vertragsversicherung (8,3 Mill S) und sonstigen Kostenersätzen der EU (4,3 Mill S).		
2/50014	Einhebungsvergütungen	(- 15,1 %)
Mindereinnahmen, weil die zehnprozentige Vergütung der Erhebungskosten von den Zahlungen der Abschöpfungen und Zölle an die EU abhängig ist.		- 69 493 150,30 S
2/5002	IT-Bereich	
2/50024	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 44,2 %)
Mindereinnahmen bei Vergütungen des BMJ (58,0 Mill S), des Arbeitsmarktservice (26,1 Mill S), des BMwA (18,7 Mill S) und des BMAGS (14,3 Mill S) für ADV-Leistungen sowie bei Einnahmen vom Land- und Forstwirtschaftlichen Rechenzentrum (11,9 Mill S) im wesentlichen infolge zu hoher Veranschlagung, bei Inkassovergütungen (10,5 Mill S), da die haushaltsmäßige Verrechnung tatsächlich beim Ansatz 2/50704 vorgenommen wurde und bei Nebenleistungen (6,1 Mill S).		- 137 328 138,11 S
Mehreinnahmen bei Vergütungen des Bundestheaterverbandes für ADV-Leistungen (4,3 Mill S) infolge deren Entrichtung für das Vorjahr.		
2/501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	
2/50100	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	
Mehreinnahmen, weil bei der Voranschlagserstellung weder Art noch Menge der von der OeNB rückgelieferten Silbermünzen bekannt waren.		+ 100 705 407,69 S
2/50194	Erfolgswirksame Einnahmen	
Mehreinnahmen infolge unerwartet hoher Eingänge an Pönalzinsen gemäß dem Bankwesengesetz, BGBI Nr 532/1993 idgF.		+ 17 234 708,86 S
2/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	
2/50204	Erfolgswirksame Einnahmen	(- 64,4 %)
Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der anteiligen Refundierung von der Bundeskammer.		- 7 841 433,60 S
2/50234	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen	(+ 84,5 %)
Mehreinnahmen durch Rückersätze von Ausgaben der Vorjahre (20,6 Mill S).		+ 21 971 671,69 S
2/5025	Hagelversicherung (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgebundene Gebarung)	
2/50250	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 9,0 %)
Mehreinnahmen aus Überweisungen des Katastrophenfonds infolge eines höheren Mittelbedarfes für die Hagelversicherung.		+ 10 815 000,-- S

2/50299 Bezugsvorschüßersätze(- 53,8 %) **- 45 881 743,70 S**

Mindereinnahmen bei den sonstigen Bezugsvorschüßersätzen (32,4 Mill S) und den Bezugsvorschüßersätzen für Wohnbauzwecke (12,8 Mill S) von Bundesbediensteten der Post und Telekom AG infolge zu hoher Veranschlagung.

2/503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

2/5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

2/50358 Sonstige bestandswirksame Einnahmen(+ 22,1 %) **+ 26 500 356,91 S**

Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Gebäuden (30,7 Mill S) und bebauter Grundstücke (20,9 Mill S) durch die Bundesimmobilien gesellschaft mbH sowie bebauter Grundstücke (9,5 Mill S) und von Gebäuden (3,3 Mill S) durch den Bund.

Mindereinnahmen aus der Veräußerung unbebauter Grundstücke durch den Bund (37,9 Mill S).

2/504 Finanzlandesdirektionen

2/5040 Dienststellen

2/50404 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 6,0 %) **+ 13 493 334,07 S**

Mehreinnahmen aus Einhebungsvergütungen von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (20,8 Mill S).

Mindereinnahmen bei den sonstigen hoheitlichen Leistungen (7,0 Mill S) durch eine geringere Zahl von LKW-Verriegelungen bei den Grenzzollämtern.

2/50424 Verkaufserlöse Branntwein(+ 105,6 %) **+ 26 393 672,03 S**

Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Branntweinrestbeständen nach Auflösung der Verwertungsstelle.

2/507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

2/5070 Bundespensionsamt

2/50704 Erfolgswirksame Einnahmen **+ 9 928 129,71 S**

Mehreinnahmen aus Inkassovergütungen (9,2 Mill S), da die haushaltsmäßige Verrechnung ursprünglich beim Ansatz 2/50024 vorgesehen war.

2/508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

2/5083 Amt der Post und Telekom Austria AG

2/50834 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 1,2 %) **+ 214 947 300,67 S**

Mehreinnahmen im Zusammenhang mit den Mehrausgaben beim Ansatz 1/50830.

51 Kassenverwaltung

Mindereinnahmen von 27 390 Mill S gab es vorwiegend bei der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen des Bundes (22 113 Mill S), bei Entnahmen von Wertpapieren aus dem Bundesbesitz (4 510 Mill S), bei Zahlungen von der EU EAGFL/Ausrichtung und FIAF (379 Mill S) sowie bei Erträgen aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes (372 Mill S).

Mehreingänge von 7 712 Mill S betrafen hauptsächlich Zahlungen von der EU betreffend Europäischer Sozialfonds (1 819 Mill S), EAGFL/Garantie (1 615 Mill S), Europäischer Regionalfonds (1 215 Mill S) sowie Art 81 EU-Beitrittsakte (53 Mill S), weiters die nicht veranschlagten Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (1 077 Mill S), aus der allgemeinen Rücklage (630 Mill S), aus der besonderen Rücklage (591 Mill S), aus der besonderen Einnahmen-Rücklage (574 Mill S) sowie die Auflösung von Rücklagen (92 Mill S) und zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen der Siedlungswasserwirtschaft (39 Mill S).

2/510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

2/51017 Entnahmen aus dem Bundesbesitz(– 94,0 %) – 4 510 001 000,-- S

Mindereinnahmen infolge Reduzierung des Handels von Wertpapieren im Rahmen des Market Making.

2/51034 Kursgewinne(+ 20,9 %) + 6 163 000,-- S

Mehreinnahmen durch höhere Kursgewinne aus dem Effektenverkehr in inländischer Währung.

2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr(– 21,7 %) – 372 318 178,58 S

Mindereinnahmen an Zinsen aus Anleihen in fremder Währung (369,0 Mill S), aus der Veranlagung von niedrigeren Kassenbeständen (316,7 Mill S) sowie aus Anleihen in inländischer Währung (104,4 Mill S).

Mehreinnahmen an Zinsen aus der Wertpapierleihe in fremder Währung (410,2 Mill S) sowie aufgrund sonstiger Einnahmen (7,5 Mill S).

2/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)

2/5110 Innovations- und Technologiefonds

2/51100 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(– 3,7 %) – 15 446 031,32 S

Mindereinnahmen vor allem bei der gemäß § 2 Abs 1 Z 1 ITFG idgF festgelegten Dotierung des Fonds (20,0 Mill S) aufgrund des betreffenden niedrigen Lombardzinssatzes (siehe auch VA-Ansatz 1/50247).

2/5111 Siedlungswasserwirtschaft

2/51110 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(+ 391,7 %) + 39 172 728,81 S

Mehreinnahmen bei Zinsen aus der Veranlagung der für die Siedlungswasserwirtschaft bereitgestellten Mittel.

2/512 Rücklagen

Die Entnahmen und Auflösungen von Haushaltsrücklagen hängen vom Bedarf der anweisenden Organe ab und werden, sofern sie nicht veranschlagt sind, zur Bedeckung von entsprechenden Mehrausgaben oder zweckgebundenen Minder-einnahmen herangezogen. Dies kann im Zeitpunkt der Veranschlagung nicht vor-ausgesehen werden.

2/51217 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt) + 630 196 000,-- S

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der allgemeinen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

**2/51247 Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage
(nicht veranschlagt)** + 1 077 121 208,10 S

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben und zweckgebundenen Mindereinnahmen.

2/51267 Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt) + 590 605 000,-- S

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

**2/51277 Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rücklage
(nicht veranschlagt)** + 574 344 336,72 S

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51297 Auflösung von Rücklagen + 91 616 176,33 S

Mehreinnahmen durch Rücklagenauflösungen vor allem im Zusammenhang mit den Ausgliederungen der Österreichischen Bundesforste (60,2 Mill S) und des Bundesforschungs- und Prüfzentrums Arsenal (6,2 Mill S) sowie aufgrund nicht mehr benötigter Rücklagenbestände im Bereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (23,0 Mill S).

2/513 Zahlungen von der EU

2/51304 Artikel 81 EU-Beitrittsakte (EU) (+ 5,8 %) + 53 220 331,37 S

Mehreinnahmen durch günstigere Kursentwicklung des ECU.

2/51305 Europäischer Sozialfonds (EU) + 1 819 467 199,50 S

Mehreinnahmen, weil bei Budgeterstellung eine Schätzung der Einnahmen nicht möglich war.

2/51306 Europäischer Regionalfonds (EU) + 1 215 240 346,71 S

Mehreinnahmen, weil bei der Budgeterstellung eine Schätzung der Einnahmen nicht möglich war.

2/51314 EAGFL/Garantie (EU) (+ 16,6 %) + 1 615 295 619,79 S

Mehreinnahmen, da aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission der EU-Anteil für die agrarischen Umweltförderungen Österreichs erhöht wurde.

2/51315 EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU) (- 21,7 %) - 379 489 491,75 S

Mindereinnahmen, da die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeföhrten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw Überweisungen erfolgten.

519 Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen

8/5191 Kurzfristige Verpflichtungen

8/51919 Kurzfristige Aufnahmen des Bundes (- 29,5 %) - 22 112 500 000,-- S

Mindereinnahmen wegen geringerer Aufnahme von Kassenstärkerkrediten in fremder (21 873,5 Mill S) und in inländischer Währung (239,0 Mill S).

(Siehe auch Ansatz 1/51918 und Ansatz 7/51919).

2/52 Öffentliche Abgaben

Der Bund verzeichnete vor Abzug der Überweisungen Mindereinnahmen von 14 341 Mill S (ungünstiger) und Mehreinnahmen von 6 648 Mill S (günstiger). Unter Berücksichtigung der Mehrüberweisungen von 2 465 Mill S (ungünstiger) und der Minderüberweisungen von 182 Mill S (günstiger), die bei den Titeln 2/528 und 2/529 als Abzugsposten verrechnet werden, lag der Bundesanteil an öffentlichen Abgaben in Höhe von 413 189 Mill S somit um 9 976 Mill S (ungünstiger) unter der Voranschlagsannahme von 423 165 Mill S.

Die Mindereinnahmen von 14 341 Mill S entfielen hauptsächlich auf Umsatzsteuer (5 835 Mill S), Körperschaftsteuer (3 461 Mill S), Versicherungssteuer (1 419 Mill S), Kapitalertragsteuer auf Zinsen (1 073 Mill S), Erbschafts- und Schenkungssteuer (756 Mill S), Zölle (586 Mill S), Tabaksteuer (465 Mill S), Normverbrauchsabgabe (356 Mill S), Lohnsteuer (122 Mill S), Kapitalverkehrsteuern (113 Mill S), Biersteuer (56 Mill S), Wohnbauförderungsbeitrag (48 Mill S) sowie auf Grunderwerbsteuer (32 Mill S).

Die Mehreinnahmen von 6 648 Mill S entfielen hauptsächlich auf Mineralölsteuer (1 129 Mill S), Kapitalertragsteuer (966 Mill S), motorbezogene Versicherungssteuer (561 Mill S), Energieabgabe (469 Mill S), Gewerbesteuer (460 Mill S), in Stempelmarken entrichtete Gebühren (390 Mill S), Bundesgewerbesteuer (339 Mill S), Konzessionsabgabe (330 Mill S), Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) (298 Mill S), Alkoholsteuer (279 Mill S), Vermögensteuer (238 Mill S), veranlagte Einkommensteuer (212 Mill S), Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben (178 Mill S), Straßenbenützungsabgabe (162 Mill S), zweckgebundene Einnahmen der Sicherheitsabgabe (155 Mill S) und des Altlastenbeitrags (128 Mill S), Spielbankabgabe (104 Mill S), Kraftfahrzeugsteuer (78 Mill S), Schaumweinsteuer (74 Mill S), Erbschaftssteueräquivalent (61 Mill S) und auf übrige Gebühren (32 Mill S).

2/520 Einkommen- und Vermögensteuern

2/52024 Kapitalertragsteuer (+ 24,2 %) + 966 320 724,84 S

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung und Nichtvorhersehbarkeit des Ausschüttungsverhaltens.

2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen (- 4,5 %) - 1 073 223 754,48 S

Mindereinnahmen infolge Zinssenkung gegenüber dem Vorjahr.

2/52034 Körperschaftsteuer (- 6,9 %) - 3 461 394 013,93 S

Mindereinnahmen infolge geringerer Zahlungen der Post und Telekom Austria AG als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen.

2/52044 Gewerbesteuer (+ 460,0 %) + 460 003 495,52 S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52054 Bundesgewerbesteuer (+ 423,5 %) + 338 783 823,76 S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52064 Vermögensteuer + 238 237 856,14 S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52065 Erbschaftssteueräquivalent + 60 510 293,88 S

Mehreinnahmen, weil die Resteingänge aufgelassener Steuern schwer abschätzbar sind.

2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer (− 37,8 %) − 756 135 334,03 S

Mindereinnahmen, weil die im Rahmen des Sparpaketes geplante Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die ein beträchtliches Mehraufkommen bewirken sollte, letztlich nicht umgesetzt wurde.

2/523 Ein- und Ausfuhrabgaben

2/52304 Zölle (− 14,3 %) − 585 987 353,15 S

Mindereinnahmen infolge zu optimistischer Einschätzung des Außenhandels zum Zeitpunkt der Budgeterstellung.

2/52364 Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben (− 106,3 %) − 10 630 087,-- S

Mindereinnahmen bei den EU-Agrarabschöpfungen (12,0 Mill S) infolge Erstattung im Sinne des Art 236 ff Zollkodex, weil die EU die Agrarabschöpfungen auf Agrarzölle umgestellt hat.

2/524 Verbrauchsteuern

2/52404 Tabaksteuer (− 3,4 %) − 465 344 468,82 S

Mindereinnahmen infolge verminderter Umsätze durch Einkauf im benachbarten Ausland.

2/52444 Mineralölsteuer (+ 3,4 %) + 1 129 398 252,28 S

Mehreinnahmen infolge eines unerwartet hohen Anstieges des Treibstoffverbrauchs.

2/52464 Alkoholsteuer (+ 31,0 %) + 279 151 681,98 S

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/52484 Schaumweinsteuer (+ 29,8 %) + 74 441 236,62 S

Mehreinnahmen infolge günstigerer Umsatzentwicklung.

2/525 Stempel- und Rechtsgebühren

2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren (+ 13,0 %) + 390 297 001,10 S

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung und Erhöhung der festen Stempelgebühren per 1. Dezember 1997.

2/526 Verkehrsteuern

2/52600 Sicherheitsabgabe (zweckgebundene Einnahmen) (+ 62,0 %) + 154 914 612,82 S

Mehreinnahmen infolge der Erhöhung der Sicherheitsabgabe per 1. Juli 1996 und zu niedriger Veranschlagung.

2/52604 Kapitalverkehrsteuern (− 8,7 %) − 112 536 193,07 S

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.

2/52615 Energieabgabe(+ 6,7 %) + 468 944 162,52 S

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung, weil bezüglich der im Juni 1996 neu eingeführten Abgabe noch keine Erfahrungswerte vorlagen.

2/52624 Normverbrauchsabgabe(- 6,3 %) - 356 467 748,01 S

Mindereinnahmen, weil die Erhöhung der Abgabe per 1. Juni 1996 beträchtliche Vorziehkäufe bewirkte.

2/52644 Versicherungssteuer(- 13,8 %) - 1 418 581 552,70 S

Mindereinnahmen, weil durch die Erhöhung des Steuersatzes von 4 % auf 11 % bei Einmalprämien ab Juni 1996 ein stärkerer Rückgang dieser Versicherungsform eingetreten ist als angenommen.

2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer(+ 6,9 %) + 561 173 009,13 S

Mehreinnahmen infolge der lückenlosen Erfassung der Kraftfahrzeuge bis 3,5 t Gesamtgewicht durch die Versicherungen sowie der Änderung der Fälligkeit betreffend die ab dem Jahre 1997 zusätzlich in die motorbezogene Versicherungssteuer einbezogenen Kraftfahrzeuge.

2/52654 Straßenbenützungsabgabe(+ 17,9 %) + 161 542 378,74 S

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)(+ 41,3 %) + 297 588 622,53 S

Mehreinnahmen infolge Erhöhung der Steuersätze per 1. Jänner 1997.

2/52664 Kraftfahrzeugsteuer(+ 12,5 %) + 77 660 858,24 S

Mehreinnahmen infolge Erhöhung der Steuersätze per 1. Jänner 1997.

2/52674 Spielbankabgabe(+ 8,0 %) + 103 938 173,67 S

Mehreinnahmen infolge Marktanteilsgewinnen im Automatenspielbereich.

2/52675 Konzessionsabgabe(+ 14,4 %) + 330 359 112,62 S

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)(+ 39,9 %) + 127 675 315,29 S

Mehreinnahmen infolge zum 1. Jänner 1997 geänderter Beitragssätze.

2/52704 Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben(+ 31,2 %) + 177 574 821,08 S

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung insbesondere bei den Einkommen- und Vermögensteuern (104,1 Mill S), bei den sonstigen Abgaben (229,6 Mill S), bei den Geldstrafen (142,4 Mill S) sowie bei den verfallenen Geldbeträgen und Wertersätzen (7,5 Mill S).

Mindereinnahmen infolge noch nicht abgeschlossener Erstattungsverfahren betreffend die ohne gesetzliche Deckung erfolgte Erhebung des Außenhandelsförderungsbeitrages für Warenlieferungen in den und aus dem EWR-Raum (zusammen 279,8 Mill S) sowie bei den Einnahmen gemäß § 60 ZollG und § 69 ZollR-DG (27,2 Mill S).

2/528 Ab Überweisungen (I):

2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung	(+ 6,6 %)	+ 90 706 004,-- S
--	-----------	-------------------

Minderüberweisungen für Krankenanstaltenfinanzierung von Umsatzsteuer (Gemeindeanteil) infolge Mindereinnahmen an Umsatzsteuer (245,0 Mill S) und Mehrüberweisungen für KRAZAF von Umsatzsteuer infolge der Abrechnung für das Jahr 1996 (154,3 Mill S).

2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden	(- 505,6 %)	- 505 623 781,58 S
---	-------------	--------------------

Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen an Gewerbesteuer.

2/529 Ab Überweisungen (II):

2/52904 Beitrag zur Europäischen Union	(- 4,9 %)	- 1 463 320 202,-- S
---	-----------	----------------------

Mehrüberweisungen insbesondere, weil die EU von ihrem Restguthaben aus dem Jahre 1996 in Höhe von rd 3,4 Mrd S einen Betrag von rd 2,1 Mrd S angefordert hatte. Weiters erhielt Österreich aus dem Überschuß des Europäischen Haushaltes 1996 per 1. Dezember 1997 eine Gutschrift in Höhe von rd 1,6 Mrd S, der jedoch eine Nachzahlung in Höhe von rd 1,03 Mrd S infolge einer Berichtigung der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage für das Jahr 1996 gegenüberstand.

2/53 Finanzausgleich

Mindereinnahmen in Höhe von 317 Mill S betrafen die Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung (245 Mill S) sowie die Dotierung des Katastrophenfonds (72 Mill S).

Die Mehreinnahmen betrugen 29 Mill S.

2/532 Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge und Ersätze	
---	--

2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung	(- 17,9 %)	- 245 047 221,-- S
---	------------	--------------------

Verminderte Überweisungen aufgrund des geringen Aufkommens an Umsatzsteuer.

2/53254 Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion		+ 29 352 619,94 S
---	--	-------------------

Mehreinnahmen durch Auflösung von Rückstellungen aufgrund des Auslaufens der Starthilfe durch den Bundeswohn- und Siedlungsfonds gemäß § 13 des Startwohnungsförderungs-Abwicklungsgesetzes.

2/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

2/53400 Dotierung des Katastrophenfonds	(- 1,9 %)	- 71 947 067,14 S
--	-----------	-------------------

Mindereinnahmen aufgrund der verminderten Fondsdotierung durch Lohn- und Körperschaftsteuer (45,3 Mill S) sowie infolge geringerer Einnahmen aus der Veranlagung der Fondsmittel (26,8 Mill S).

2/54 Bundesvermögen

Mehreingänge von 102 889 Mill S entstanden vorwiegend aus dem Fruchtgenu-Bentgelt gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 (82 998 Mill S), aus bestandswirksamen (17 161 Mill S) und erfolgswirksamen (615 Mill S) Einnahmen aus Veräußerungserlösen im Rahmen der Kapitalbeteiligung, aus Zinsen von Bundesdarlehen an die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

(1 100 Mill S), aus Veräußerungen (347 Mill S), sonstigen Veräußerungen (248 Mill S) und Veräußerungen (zweckgebundene Einnahmen) (73 Mill S) von unbeweglichem Bundesvermögen, aus zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen (AFFG) (188 Mill S) im Rahmen der sonstigen Finanzhaftungen, aus verschiedenen Abfuhren (75 Mill S) sowie aus Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (38 Mill S).

Mindereingänge von 6 468 Mill S betrafen hauptsächlich eine unterbliebene Dividendenzahlung der Post und Telekom Austria AG (4 300 Mill S), Fruchtgenussentgelte und Abgeltung von unbeweglichem Bundesvermögen (536 Mill S), die Konzessionsabgabe gemäß § 9 des Poststrukturgesetzes (372 Mill S) sowie Erträge von sonstigen (323 Mill S) und mit Monopolverwaltungen betrauten (308 Mill S) Unternehmungen. Weitere Mindereinnahmen im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes betreffend zweckgebundene erfolgswirksame (362 Mill S) und bestandswirksame (64 Mill S) Einnahmen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz, wegen geringerer erfolgswirksamer Einnahmen aus sonstigen Finanzhaftungen (81 Mill S), geringerer Zinsen von Bundesdarlehen (Ausland) (63 Mill S) sowie geringerer Rückzahlungen der Flughafenbetriebsgesellschaften (50 Mill S).

2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

2/54064 Post und Telekom Austria AG (– 100,0 %) – 4 300 000 000,-- S

Mindereinnahmen zufolge unterbliebener Dividendenzahlung.

2/5407 Oesterreichische Nationalbank

2/54074 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 0,4 %) + 19 153 076,51 S

Mehreinnahmen aufgrund höherer Gewinnabfuhr als Folge eines günstigeren Jahresergebnisses.

2/54084 Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen (– 100,0 %) – 308 000 000,-- S

Mindereinnahmen durch die Übertragung der Anteilsrechte des Bundes an der Austria Tabakwerke AG in das Eigentum der ÖIAG gemäß BGBl Nr 426/1996.

2/54094 Sonstige Unternehmungen (– 70,2 %) – 322 587 267,-- S

Mindereinnahmen entstanden hauptsächlich infolge der Aktienverkäufe betreffend die Creditanstalt-Bankverein (199,3 Mill S) und die Bank Austria AG (113,2 Mill S) sowie wegen der Übertragung der Anteilsrechte des Bundes an der Österreichischen Salinen AG in das Eigentum der ÖIAG gemäß BGBl Nr 426/1996 (40,0 Mill S).

Mehreinnahmen aufgrund höherer Dividendenzahlungen der Flughafen Wien AG (21,9 Mill S), der Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-GesmbH (5,0 Mill S) und der Wohnungsanlagen GesmbH Linz (3,8 Mill S).

2/541 Kapitalbeteiligung (Erlöse)

2/5418 Veräußerungserlöse

2/54184 Erfolgswirksame Einnahmen + 615 272 766,28 S

Mehreinnahmen zufolge einer Besserungszahlung der Post und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft im Zusammenhang mit den im Jahre 1996 erfolgten Aktienverkäufen betreffend die Bank Austria AG.

2/54187 Bestandswirksame Einnahmen + 17 160 548 560,-- S

Mehreinnahmen aus dem Aktienverkauf betreffend die Creditanstalt-Bankverein.

2/542 Bundesdarlehen**2/5421 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft**

2/54214 Zinsen + 1 100 029 104,92 S

Mehreinnahmen infolge Zinsenzahlung der ÖIAG für das nachrangige Gesellschafterdarlehen.

2/5428 Ausland

2/54284 Zinsen (– 57,5 %) – 63 297 242,90 S

Mindereinnahmen wegen Rückgangs der variablen Zinssätze (6-Monats-VIBOR) und vorzeitiger Rückzahlung eines Darlehens an Estland.

2/54289 Darlehensrückzahlungen + 15 999 000,-- S

Mehreinnahmen aufgrund vorzeitiger Rückzahlung eines Darlehens an Estland.

2/543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile**2/5430 Flughafenbetriebsgesellschaften**

2/54307 Rückzahlungen (– 100,0 %) – 50 000 000,-- S

Mindereinnahmen infolge unterbliebener Umwandlung von Treuhandvermögen in Betriebsvermögen bei der Kärntner Flughafenbetriebsgesellschaft mbH.

2/545 Einziehungen zum Bundesschatz**2/5451 Einziehungen aufgrund besonderer Bestimmungen**

2/54514 Sonstige Einziehungen (– 8,6 %) – 6 342 676,88 S

Mindereinnahmen insbesondere infolge verringerten Anfalls von erblosen Nachlässen (4,1 Mill S).

2/546 Unbewegliches Bundesvermögen

2/54602 Veräußerungen (zweckgebundene Einnahmen) + 73 158 918,26 S

Mehreinnahmen aus der Veräußerung unbebauter (39,9 Mill S) und bebauter (19,9 Mill S) Liegenschaften, unbebauter Liegenschaften betreffend öffentliches Wassergut (5,4 Mill S) und militärische Liegenschaften (3,2 Mill S) sowie aus der Veräußerung von Gebäuden (4,8 Mill S).

2/54607 Veräußerungen (+ 145,4 %) + 347 465 005,38 S

Mehreinnahmen vor allem aus der Veräußerung von Gebäuden (96,9 Mill S), bebauten (53,9 Mill S) und unbebauten (11,1 Mill S) Liegenschaften durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH an sonstige Interessenten, von unbebauten Liegenschaften durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH an Gemeinden (6,5 Mill S) sowie aus dem Erwerb von bebauten (86,5 Mill S) und unbebauten (78,1 Mill S) Liegenschaften durch sonstige Interessenten. Mehreinnahmen weiter aus dem Erwerb von Gebäuden durch sonstige Interessenten (21,8 Mill S) sowie unbebauten (11,9 Mill S) und bebauten (6,3 Mill S) Liegenschaften durch Gemeinden.

Mindereinnahmen hauptsächlich wegen geringerer Veräußerung von unbebauten Liegenschaften im Tauschwege (29,2 Mill S).

2/54608 Veräußerungen (sonstige) + 248 065 895,08 S

Mehreinnahmen durch die Veräußerung militärischer Liegenschaften.

2/54624 Fruchtgenußentgelte und Abgeltung(- 28,8 %) - 536 036 757,66 S

Mindereinnahmen wegen geringerer Überweisung von Fruchtgenußentgelt seitens der Bundesimmobiliengesellschaft mbH (750,0 Mill S).

Mehreinnahmen aus den Fruchtgenußentgelten Schönbrunn (9,2 Mill S) und den an die ASFINAG übertragenen Liegenschaften (202,0 Mill S).

2/54625 Fruchtgenußentgelt gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 + 82 998 277 128,41 S

Mehreinnahmen aus dem Entgelt für die Einräumung des Rechts an die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG hinsichtlich der Fruchtnießung gemäß Art I (77 913,0 Mill S) und an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH hinsichtlich der Fruchtnießung gemäß Art III (5 085,2 Mill S) des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, BGBl I Nr 113/1997.

2/54644 Erfolgswirksame Einnahmen(+ 886,0 %) + 8 860 417,-- S

Mehreinnahmen infolge vermehrten Abschlusses positiver Vergleiche.

2/547 Haftungsübernahmen des Bundes

2/5470 Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)

2/54700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen(- 10,0 %) - 361 797 952,46 S

Mindereingänge aus sonstigen Einnahmen aus Schadensfällen aufgrund geringeren Zinsenfalls (692,9 Mill S). Weiters Mindereinnahmen aus den Zinsen zu dem niedrigeren Guthaben bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG (41,4 Mill S).

Mehreinnahmen bei den Haftungsentgelten aus Garantien gemäß AFG (297,5 Mill S) und aus Wechselbürgschaften gemäß AFG (75,1 Mill S).

2/54702 Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen(- 0,9 %) - 64 082 133,36 S

Mindereinnahmen bei Rückersätzen von Wechselbürgschaften (52,1 Mill S) und bei Rückersätzen aus Haftungsinanspruchnahmen von Garantien (12,0 Mill S) infolge geringeren Anfalls.

2/5471 Sonstige Finanzhaftungen

2/54710 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG)(+ 57,8 %) + 187 898 230,82 S

Mehreinnahmen aus der Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie (AFFG) infolge des günstigeren Austauschverhältnisses des Schillings zu ausländischen Währungen.

2/54714 Erfolgswirksame Einnahmen(- 24,8 %) - 80 867 400,12 S

Mindereinnahmen vorwiegend aufgrund geringerer Haftungsübernahmen (AFFG) (80,7 Mill S).

2/548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen

2/54834 Verschiedene Abfuhrten(+ 37,6 %) + 75 231 298,28 S

Mehreinnahmen aus der Reingewinnabfuhr gemäß Postsparkassengesetz infolge eines günstigeren Jahresergebnisses.

2/5484 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw Forderungen

2/54845 Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen(+ 1,9 %) + 38 197 000,-- S

Mehreinnahmen aufgrund der vollständig eingelangten Rückflüsse gemäß BGBl Nr 1060/1994.

2/54854 Konzessionsabgabe gemäß § 9 Poststrukturgesetz(- 6,6 %) - 371 533 000,-- S

Mindereinnahmen infolge Ausgleichs von im Jahre 1996 seitens der Post und Telekom Austria AG zu hoch geleisteten Akontozahlungen im Jahre 1997.

2/55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Mehreinnahmen von 860 Mill S betrafen hauptsächlich Überweisungen von Pensionsträgern (259 Mill S), sonstige Pensionsbeiträge (238 Mill S), Beiträge von Landeslehrern gemäß § 107a LDG (174 Mill S), den Pensionssicherungsbeitrag (139 Mill S) sowie Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten (zusammen 49 Mill S).

Mindereinnahmen von 535 Mill S entstanden vor allem beim Pensionsbeitrag der Österreichischen Bundesbahnen (254 Mill S) und der Post und Telekom Austria AG (156 Mill S) sowie bei Ersätzen der Österreichischen Postsparkasse (126 Mill S).

2/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

2/55005 Ersätze der Österreichischen Postsparkasse(- 3,4 %) - 125 763 311,20 S

Mindereinnahmen als Folge der Neuberechnung des durch die ÖPSK zu refundernden Pensionsaufwandes (BGBl Nr 742/1996).

2/55006 Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten + 25 438 253,16 S

Mehreinnahmen durch die erstmaligen Zahlungen der Beiträge zur Deckung der Pensionsaufwände ausgegliederter Gesellschaften, wie zB die Österreichische Donau-Betriebs-AG (12,2 Mill S) und die Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH (11,2 Mill S).

2/551 Ersätze von Ländern

2/55104 Beiträge von Landeslehrern gemäß § 107a LDG + 174 346 942,48 S

Mehreinnahmen durch die sachgerechte Verrechnung des Beitrages gemäß § 107a LDG.

2/552 Sonstige Bedienstete

2/55205 Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten(+ 510,4 %) + 23 291 311,94 S

Mehreinnahmen vorwiegend durch die erstmalige Überweisung des Pensionsaufwandes der Österreichischen Bundesforste AG (20,4 Mill S).

2/555	Sonstige Pensionsleistungen	
2/5550	Österreichische Bundesbahnen	
2/55504	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen(– 4,0 %)	– 253 680 564,84 S
Mindereinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag (162,2 Mill S), beim weiteren Pensionsbeitrag (55,8 Mill S) und beim Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen (35,7 Mill S), da von einem größeren Personenkreis ausgegangen worden ist.		
2/5551	Post und Telekom Austria AG	
2/55514	Beitrag der Post und Telekom Austria AG(– 3,7 %)	– 155 664 785,90 S
Mindereinnahmen, da erst im Zuge des Budgetvollzuges die sachgerechte Verrechnung ermittelt werden konnte. Der Beitrag gemäß § 13a PG (PTA) in Höhe von 166,0 Mill S wurde nicht bei diesem Ansatz, sondern beim VA-Ansatz 2/55615 verrechnet.		
2/556	Sonstige Pensionseinnahmen	
2/55604	Pensionsbeiträge(+ 3,6 %)	+ 237 965 546,40 S
Mehreinnahmen infolge des gestiegenen Aktivaufwandes (234,5 Mill S) sowie infolge von vermehrter Anrechnung von Ruhegenußvordienstzeiten (3,4 Mill S).		
2/55614	Überweisungen von Pensionsträgern(+ 67,2 %)	+ 259 466 658,15 S
Mehreinnahmen infolge höherer Überweisungen von Pensionsversicherungsträgern (254,0 Mill S) und von Ländern (4,4 Mill S).		
2/55615	Pensionssicherungsbeitrag(+ 30,5 %)	+ 138 881 267,80 S
Mehreinnahmen durch die sachgerechte Verrechnung des Beitrages gemäß § 13a PG (166,0 Mill S).		
Mindereinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag (27,1 Mill S), da von einer höheren Anzahl von Personen ausgegangen wurde.		

59 Finanzschuld, Währungstauschverträge

Die Mehreinnahmen betragen 169 070 Mill S. Sie entstanden insbesondere bei allen Ansätzen für Erlöse aus Schuldaufnahmen (zusammen 163 322 Mill S), weil die Veranschlagung dieser Erlöse – abgesehen von Erinnerungsbeträgen – beim unten angeführten Ansatz 8/59849 als Pauschalvorsorge in einer Gesamtsumme erfolgte. Weitere Mehreinnahmen betrafen Kapitalforderungen der Finanzschuld in fremder (1 205 Mill S) und inländischer Währung (609 Mill S), die Überweisung des Nullkuponfonds (1 192 Mill S) sowie sonstige erfolgswirksame Einnahmen (566 Mill S). Die Mehreinnahmen im Rahmen von Währungstauschverträgen-Direktzahlung betrafen Kapital (1 137 Mill S) und Zinsen und Aufgeld (906 Mill S) von Anleihen in fremder Währung; ferner erfolgswirksame Einnahmen (titulierte Finanzschuld) von Anleihen in inländischer (102 Mill S) und fremder (19 Mill S) Währung.

Die Mindereinnahmen betragen 165 568 Mill S und entstanden hauptsächlich beim Ansatz 8/59849 "Schuldaufnahmen gemäß Art II BFG" (165 472 Mill S). Weitere Mindereinnahmen betrafen Zinsen und Aufgeld von Anleihen in fremder Währung bei Währungstauschverträgen (44 Mill S) sowie von Schuldverschreibungen (42 Mill S) in fremder Währung.

590	Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung	
5900	Anleihen	
2/59006	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 101 966 630,-- S
	Mehreinnahmen vor allem infolge Verrechnung von Stückzinsen bei einer nach Voranschlagsserstellung begebenen Bundesanleihe (102,0 Mill S).	
8/59009	Erlöse – Anleihen	+ 90 608 239 131,50 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1997 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
5908	Bundesschatzscheine	
8/59089	Erlöse – Bundesschatzscheine	+ 38 199 999 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1997 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
591	Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung	
5910	Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen	
8/59109	Erlöse – Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen	+ 2 831 999 000,-- S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1997 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
5911	Darlehen von Kreditunternehmungen	
8/59119	Erlöse – Darlehen von Kreditunternehmungen	+ 13 807 676 337,50 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1997 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.	
593	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5930	Anleihen	
2/59306	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 19 020 656,34 S
	Mehreinnahmen vor allem infolge Verrechnung von Stückzinsen bei nach Voranschlagsserstellung begebenen Anleihen in fremder Währung (18,6 Mill S).	
8/59309	Erlöse – Anleihen	+ 17 874 034 862,17 S
	Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1997 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849; hinsichtlich eines Teilbetrags von 1 849,5 Mill S vgl Ansatz 7/59599.	

595 Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)**5950 Anleihen in fremder Währung**

2/59506 Zinsen und Aufgeld(+ 14,4 %) + 906 174 631,60 S

Mehreinnahmen vor allem infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für US-Dollar (448,1 Mill S), Pfund Sterling (125,7 Mill S), Canadische Dollar (32,4 Mill S), Australische Dollar (21,5 Mill S), ECU (18,6 Mill S) und Euro-Lira (11,3 Mill S). Weitere Mehreinnahmen für Zinsenaufwand wegen Durchführung von Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (255,9 Mill S).

Mindereinnahmen vor allem infolge ungünstiger Kurswertänderung für Spanische Peseten (3,9 Mill S) und Luxemburgische Francs (3,3 Mill S).

8/59509 Kapital(+ 9,5 %) + 1 137 176 000,- S

Mehreinnahmen infolge günstiger Kurswertänderung für US-Dollar (1 095,7 Mill S) und Euro-Lira (70,0 Mill S).

Mindereinnahmen aufgrund ungünstiger Kurswertänderung für Spanische Peseten (28,5 Mill S).

5951 Schuldverschreibungen in fremder Währung

2/59516 Zinsen und Aufgeld(- 24,9 %) - 41 518 883,61 S

Mindereinnahmen infolge ungünstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Währungstauschverträgen (61,8 Mill S).

Mehreinnahmen für Zinsenaufwand wegen Durchführung einer Kreditoperation mit Währungstauschvertrag nach Voranschlagserstellung (20,3 Mill S).

5954 Kredite und Darlehen in fremder Währung

2/59546 Zinsen und Aufgeld(+ 7,1 %) + 12 019 497,35 S

Mehreinnahmen infolge günstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw günstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (12,0 Mill S).

5958 Finanzschuld in inländischer Währung

8/59589 Kapitalforderung + 608 641 726,- S

Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1997 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.

5959 Finanzschuld in fremder Währung

8/59599 Kapitalforderung + 1 205 342 675,- S

Mehreinnahmen aus Erlösen von Kreditoperationen, begeben gemäß Art II BFG 1997 in Verbindung mit § 65b Abs 1 BHG. Demgegenüber Mindereinnahmen beim Ansatz 8/59849.

596 Einnahmen aus Währungstauschverträgen**5960 Anleihen in fremder Währung**

2/59606 Zinsen und Aufgeld(- 2,9 %) **- 44 070 847,01 S**

Mindereinnahmen vor allem infolge ungünstiger Zinsenentwicklung bei mit veränderlichen Zinssätzen ausgestatteten Währungstauschverträgen bzw ungünstiger Kurswertänderung für Japanische Yen (28,1 Mill S), Schweizer Franken (7,6 Mill S), Deutsche Mark (6,3 Mill S) und Hollandgulden (1,7 Mill S).

5961 Schuldverschreibungen in fremder Währung

2/59616 Zinsen und Aufgeld(- 6,1 %) **- 5 151 040,10 S**

Mindereinnahmen infolge ungünstiger Zinsenentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen mit veränderlichen Zinssätzen bzw ungünstiger Kurswertänderung für Schweizer Franken (6,9 Mill S).

Mehreinnahmen aufgrund günstiger Kurswertänderung für Deutsche Mark (1,7 Mill S).

598 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

8/59849 Schuldaufnahmen gemäß Art II BFG **- 165 471 904 000,-- S**

Den Mindereinnahmen von 165 471,9 Mill S stehen auf den sachlich in Betracht kommenden Ansätzen 8/59009, 8/59089, 8/59109, 8/59119, 8/59309, 8/59589 und 8/59599 verteilt Mehreinnahmen von zusammen 163 286,4 Mill S gegenüber. Im Ausmaß von 2 183,8 Mill S wurde von der diesem Ansatz zugrundeliegenden Schuldaufnahmemeigmächtigung nicht Gebrauch gemacht. Außerdem wurde die Ermächtigung zur Aufnahme von Finanzschulden um die im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen in Höhe von 1,7 Mill S verringert.

599 Sonstige Einnahmen

2/59904 Erfolgswirksame Einnahmen **+ 565 702 961,22 S**

Mehreinnahmen vor allem aus Emissionsgewinnen bei nach Voranschlagsrestellung gegebenen Anleihen in fremder (417,1 Mill S) und inländischer (84,5 Mill S) Währung, im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen (38,9 Mill S), aus sonstigen Gebühren (14,4 Mill S) sowie infolge Kursdifferenzen bei Konversionen (10,9 Mill S).

2/59914 Überweisung des Nullkuponfonds(+ 425,6 %) **+ 1 191 698 192,93 S**

Mehreinnahmen infolge vorzeitiger Rückzahlung von Gewinnanteilen in inländischer und fremder Währung an den Bund (1 191,7 Mill S).

2/60 Land- und Forstwirtschaft

Mindereingänge von 369 Mill S betrafen hauptsächlich Marktordnungsmaßnahmen bei Zucker (EU-Eigenmittel) (89 Mill S), zweckgebundene Einnahmen aus Mitteln des Katastrophenfonds im Bereich Bundesflüsse (77 Mill S) sowie im Bereich Vollziehung des Hydrographiegesetzes (32 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen der Bauhöfe (48 Mill S), der landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften (39 Mill S), der Bundesämter für Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bundesanstalten (28 Mill S), der Vorhaben an Bundesflüssen (18 Mill S) und der Bundesanstalten für Milchwirtschaft (14 Mill S).

Die Mehreingänge betrugen 84 Mill S.

2/600	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	
2/6000	Zentralleitung	
2/60004	Erfolgswirksame Einnahmen(+ 82,3 %)	+ 21 505 700,35 S
Mehrreinnahmen vor allem bei den Zinsen aus dem Geldverkehr (11,8 Mill S) infolge Überweisung der Habenzinsen auf den Konten des Bundes, weiters bei Untersuchungsgebühren gemäß dem Pflanzenschutzmittelgesetz (4,2 Mill S) aufgrund zu geringer Veranschlagung.		
2/6005	Vollziehung des Hydrographiegesetzes	
2/60050	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)(- 37,6 %)	- 32 098 000,-- S
Mindereinnahmen bei den Überweisungen zur Erhebung der Wassergüte, da zum Zeitpunkt der Budgeterstellung der Preisverfall für Probenahme und Analytik nicht vorhersehbar war und dadurch weniger Mittel angefordert werden mußten (32,1 Mill S).		
2/601	Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
2/60190	Internationale Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckgebundene Einnahmen	+ 6 625 614,59 S
Mehrreinnahmen vor allem bei den nicht vorhersehbaren Überweisungen von der EU für die Finanzierung bzw Refundierung von Kosten von EU- bzw sonstigen internationalen Forschungsprojekten, an denen die Forstliche Bundesversuchsanstalt und die Bundesanstalt für Landtechnik beteiligt sind (5,8 Mill S).		
2/603	Marktordnungsmaßnahmen	
2/60305	Zucker, EU-Eigenmittel(- 17,8 %)	- 88 691 680,94 S
Mindereinnahmen sowohl bei der Lagerabgabe (80,8 Mill S) als auch bei der Produktionsabgabe (7,9 Mill S) aufgrund überhöhter Bedarfsschätzung einerseits bzw durch die Senkung des Abgabesatzes von 3,62 auf 2 ECU andererseits.		
2/604	Marktordnungspolitische Maßnahmen	
2/60405	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5 569 735,41 S
Mehrreinnahmen vor allem bei den Rückersätzen von Ausgaben der Vorjahre aus der endgültigen Abrechnung der Vorauszahlungen (5,1 Mill S).		
2/60460	Tiere und tierische Produkte, zweckgebundene Einnahmen	- 7 568 526,-- S
Mindereinnahmen beim Importausgleich gemäß BGBl Nr 579/1987, da infolge der Aufhebung von Bescheiden durch den Verfassungsgerichtshof die Importausgleichsbeträge nach dem Geflügelwirtschaftsgesetz den Zollämtern zurückzuerstatteten waren (7,6 Mill S).		
2/605	Lehr- und Versuchsanstalten	
2/6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten	
2/60514	Erfolgswirksame Einnahmen(- 39,4 %)	- 28 302 665,60 S
Mindereinnahmen vor allem durch eine zu hohe Veranschlagung der Untersuchungsgebühren (20,6 Mill S), weiters bei den Weinuntersuchungen zufolge		

schlechter Weinlese, verstärkter Rodungen sowie Entfalls von Weinuntersuchungen bei Exporten infolge vermehrter Weinexporte in die EU (3,2 Mill S).

2/6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

2/60554 Erfolgswirksame Einnahmen (– 36,4 %) – 13 849 167,54 S

Mindereinnahmen vor allem infolge geringerer Verkäufe von Milch und Molkereiprodukten wegen geringerer Rohmilchankäufe für den Lehr-, Ausbildungs- und Versuchsbetrieb als erforderlich und wegen verminderter Erlöse aufgrund Stornierung von größeren Käseversuchen sowie des Preisverfalls bei Milchprodukten (12,7 Mill S).

2/606 Übergangsregelungen

2/60624 Laufende Einnahmen gemäß BGBl Nr 1103/94 (+ 37,8 %) + 5 674 823,18 S

Mehreinnahmen bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen, da mehrere anhängige Entscheidungsfälle (vor allem bei Reis) erst 1997 abgeschlossen werden konnten (5,7 Mill S).

2/608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

2/6081 Öffentliches Wassergut

2/60814 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 20,2 %) + 5 234 370,86 S

Mehreinnahmen bei den Nutzungen aufgrund vermehrter Schotter- und Kiesentnahme sowie infolge vermehrter kleinerer Nutzungen des öffentlichen Wassergutes (2,5 Mill S) und bei den Miet- und Pachtzinsen aufgrund neu festgesetzter Bestandzinsregelungen und neuer Verpachtungen von Flächen des öffentlichen Wassergutes (2,0 Mill S).

2/6084 Bundesflüsse

2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen) (– 39,0 %) – 18 203 540,30 S

Mindereinnahmen bei den Interessentenbeiträgen gemäß Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG) von Sonstigen (24,1 Mill S) stehen Mehreinnahmen bei den Interessentenbeiträgen gemäß WBFG der Gemeinden (4,8 Mill S) und der Länder (1,1 Mill S) gegenüber, da die Beitragsleistungen durch die Finanzierungsschlüssel der jeweils durchzuführenden Einzelvorhaben bestimmt sind und diese zum Zeitpunkt der Voranschlagungserstellung nur sehr grob abzuschätzen waren.

2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) (– 4,8 %) – 76 991 000,-- S

Mindereinnahmen vor allem bei der Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (42,8 Mill S), weiters bei den Wildbach- und Lawinenverbauungen, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (16,7 Mill S), sowie bei den Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (9,8 Mill S) infolge von Mindestanforderungen aus dem Katastrophenfonds aufgrund der vom Bundesminister für Finanzen verfügten Ausgabenbindung. Weitere Mindereinnahmen bei den Bundesflüssen, Bauaufwand für vorbeugende Maßnahmen (7,7 Mill S), da Rücklagen aus Resten zweckgebundener Einnahmen entnommen wurden und die für 1997 vorgesehenen Bauziele wegen der Einsprüche und Forderungen des Natur- und Umweltschutzes nicht voll verwirklicht werden konnten.

2/609	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	
2/6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	
2/60944	Erfolgswirksame Einnahmen(+ 27,0 %)	+ 7 302 606,56 S
<i>Mehreinnahmen hauptsächlich bei den Eintrittsgeldern infolge zu geringer Veranschlagung (4,6 Mill S) sowie geringfügig bei den übrigen Posten.</i>		
2/6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften	
2/60954	Erfolgswirksame Einnahmen(- 74,8 %)	- 39 040 757,18 S
<i>Mindereinnahmen zufolge der mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1997 erfolgten Ausgliederung der Bundesversuchswirtschaften (39,0 Mill S).</i>		
2/6099	Bauhöfe	
2/60994	Erfolgswirksame Einnahmen(- 37,9 %)	- 48 460 729,74 S
<i>Mindereinnahmen bei Bauhofleistungen (20,6 Mill S), sonstigen beweglichen Sachen (20,9 Mill S) und Fahrzeugen (7,2 Mill S) infolge weiterer Verringerung des Bauvolumens und des damit verbundenen geringeren Leistungsbedarfs der Bauhöfe.</i>		
2/63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	
<i>Mehreingänge von 213 Mill S betrafen vorwiegend Erträge aus Kapitalbeteiligungen (84 Mill S), erfolgswirksame Einnahmen bei der Zentralleitung (65 Mill S) und im Bereich sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen (49 Mill S) sowie Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz (12 Mill S).</i>		
<i>Die Mindereinnahmen betrugen 61 Mill S.</i>		
2/630	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
2/6300	Zentralleitung	
2/63004	Erfolgswirksame Einnahmen(+ 69,3 %)	+ 65 487 839,64 S
<i>Mehreinnahmen aus Kostenbeiträgen infolge vermehrter Anmeldungen zur Grundstücksdatenbank (62,0 Mill S) und bei Kostenersätzen der EU für Dienstreisen (5,7 Mill S).</i>		
2/6301	Kapitalbeteiligungen	
2/63014	Erträge(+ 322,6 %)	+ 83 886 640,58 S
<i>Mehreinnahmen vor allem aufgrund einer unerwarteten Gewinnausschüttung der Bundesimmobiliengesellschaft (82,9 Mill S).</i>		
2/631	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
2/6315	Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen	
2/63154	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 49 243 229,09 S
<i>Mehreinnahmen infolge Rückzahlung von Förderungsmitteln durch die BÜRGES, die zur Dotierung einer Haftungsrücklage beim Ausgabenansatz 1/63158 herangezogen wurden (50,0 Mill S).</i>		

2/632 Einrichtungen des Patentwesens**2/6320 Österreichisches Patentamt**

2/63204 Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz(+ 4,2 %) + 11 932 018,14 S

Mehreinnahmen betrafen europäische Patentgebühren (33,3 Mill S) und Recherchengebühren (14,5 Mill S).

Mindereinnahmen an inländischen Patentgebühren (24,5 Mill S) und Markengebühren (3,4 Mill S) infolge geringerer Anmeldungen sowie an Veröffentlichungsgebühren (8,1 Mill S).

2/633 Bergbehörden

2/63305 Sonstige erfolgswirksame Einnahmen(- 19,5 %) - 55 940 268,13 S

Mindereinnahmen bei den schwer abschätzbaren Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen (55,9 Mill S) infolge zu hoher Veranschlagung.

2/64 Bauten und Technik

Mindereingänge von 5 626 Mill S ergaben sich hauptsächlich wegen geringerer zweckgebundener erfolgswirksamer Einnahmen (3 450 Mill S), zweckgebundener (958 Mill S) und erfolgswirksamer (208 Mill S) Einnahmen aus Autobahngebühren im Bereich der Straßengesellschaften, infolge geringerer Zuweisung von Mitteln des Katastrophenfonds für den Wasserbau (384 Mill S), wegen geringerer zweckgebundener erfolgswirksamer (313 Mill S) und erfolgswirksamer (93 Mill S) Einnahmen bei der Bundesstraßenverwaltung, bei zweckgebundenen Einnahmen beim Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (89 Mill S), bei den erfolgswirksamen Einnahmen des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (72 Mill S), bei den Ersätzen der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft (25 Mill S) sowie bei zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen der Bundesgebäudeverwaltung im Hochbau (19 Mill S).

Mehreingänge von 119 Mill S betrafen vor allem erfolgswirksame (32 Mill S) und zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (18 Mill S) der Bundesgebäudeverwaltung-Liegenschaftsverwaltung, zweckgebundene Einnahmen bei Veräußerungserlösen der Bundesstraßenverwaltung (29 Mill S) sowie erfolgswirksame Einnahmen beim technischen Versuchswesen (8 Mill S).

2/640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen**2/6402 Schönbrunner Tiergartenamt**

2/64024 Erfolgswirksame Einnahmen(- 44,4 %) - 7 217 651,70 S

Mindereinnahmen zufolge zu hoher Veranschlagung und Entfalls der Pensionersatzleistung für Bundesbedienstete durch die Schloß Schönbrunn Kultur- und BetriebsgesmbH weil ab Jänner 1997 ausschließlich durch das BMF zu entrichten.

2/641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

**2/64160 Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds
(zweckgebundene Einnahmen)**(- 87,8 %) - 384 032 000,-- S

Mindereinnahmen infolge geringeren Mittelbedarfs; vgl. Ansatz 1/64166.

2/6417 Technisches Versuchswesen

2/64174 Erfolgswirksame Einnahmen + 8 166 421,12 S

Mehreinnahmen vor allem für Akkreditierungen (5,2 Mill S) von Prüf- und Überwachungsstellen sowie bei den refundierbaren Sachverständigengutachten (3,2 Mill S) aus der Zulassung von Umweltgutachten.

2/642 Bundesstraßenverwaltung

2/64200 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (- 26,1 %) - 312 756 163,44 S

Mindereinnahmen wegen des an die ASFINAG übertragenen Fruchtgenußrechtes an den im Eigentum des Bundes stehenden Grundstücken und Anlagen des hochrangigen Bundesstraßennetzes und der damit eingeräumten Berechtigung zur Einhebung von Mauten und Benützungsgebühren (306,8 Mill S). Weitere Mindereinnahmen wegen zu hoher Veranschlagung bei den Beiträgen von Gemeinden und Ländern zu Straßenbauten der Bundesstraßen B (34,3 Mill S).

Mehreinnahmen wegen zu geringer Veranschlagung bei den Schadenersatzleistungen (22,5 Mill S) und aus Umsatzsteigerungen bei den Tankstellen und Raststationen (7,2 Mill S).

2/64202 Veräußerungserlöse (zweckgebundene Einnahmen) (+ 26,7 %) + 29 413 511,15 S

Mehreinnahmen, da der Zeitpunkt der Liegenschaftsveräußerungen bei der Budgeterstellung noch nicht festgelegt war.

2/64204 Erfolgswirksame Einnahmen (- 94,8 %) - 93 380 257,02 S

Mindereinnahmen wegen Nichtbeachtung der bereits im Mai 1995 in Kraft getretenen Zuordnung der Schadenersatzleistungen zu den zweckgebundenen Einnahmen (83,9 Mill S) sowie bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen wegen nicht abschätzbarer Höhe (5,7 Mill S).

**2/64260 Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden
(zweckgebundene Einnahmen)** (- 37,5 %) - 89 149 000,- S

Mindereinnahmen wegen geringeren Mittelbedarfes für Schadensbeseitigungen.

2/6429 Straßengesellschaften

2/64290 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (- 100,0 %) - 3 450 000 000,- S

Mindereinnahmen aufgrund des an die ASFINAG übertragenen Fruchtgenußrechtes an den im Eigentum des Bundes stehenden Grundstücken und Anlagen des hochrangigen Bundesstraßennetzes und der damit begründeten Berechtigung der ASFINAG zur Einhebung von Benützungsgebühren und Mauten.

**2/64291 Zweckgebundene Einnahmen aus Autobahn-
gebühren** (- 100,0 %) - 958 000 000,- S

Mindereinnahmen aufgrund des an die ASFINAG übertragenen Fruchtgenußrechtes an den im Eigentum des Bundes stehenden Grundstücken und Anlagen des hochrangigen Bundesstraßennetzes und der damit begründeten Berechtigung der ASFINAG zur Einhebung von Benützungsgebühren und Mauten.

**2/64294 Erfolgswirksame Einnahmen aus Autobahn-
gebühren** (- 100,0 %) - 208 000 000,- S

Mindereinnahmen aufgrund des an die ASFINAG übertragenen Fruchtgenußrechtes an den im Eigentum des Bundes stehenden Grundstücken und Anlagen

des hochrangigen Bundesstraßennetzes und der damit begründeten Berechtigung der ASFINAG zur Einhebung von Benützungsgebühren und Mauten.

2/644 Wasserbauverwaltung

2/6440 Wasserstraßendirektion

2/64400 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	(+ 15,4 %)	+ 9 300 000,-- S
--	------------	------------------

Mehreinnahmen wegen Verlagerung der Katastrophenfondsmittel vom Wasserbau (VA 1/64166) zur Wasserstraßendirektion (VA 1/64408).

2/6441 Amt der Wasserstraßendirektion

2/64414 Ersätze der Österreichischen Donaubetriebs-Aktiengesellschaft	(- 25,4 %)	- 25 374 465,10 S
--	------------	-------------------

Mindereinnahmen wegen zu hoher Veranschlagung.

2/645 Bundesgebäudeverwaltung

2/6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

2/64504 Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 26,8 %)	+ 5 351 527,09 S
--	------------	------------------

Mehreinnahmen bei Liegenschaften und Räumlichkeiten für museale Zwecke (15,2 Mill S).

Mindereinnahmen durch Ausgliederungen des Schauraumbetriebes von der Burghauptmannschaft Wien und Entfalls von Eintrittsgebühren (11,3 Mill S).

2/6452 Kongresszentrum in der Wiener Hofburg

2/64524 Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 48,0 %)	+ 5 372 032,08 S
--	------------	------------------

Mehreinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen wegen größerer Auslastung bei Veranstaltungen (5,4 Mill S).

2/646 Bundesgebäudeverwaltung – Liegenschaftsverwaltung

2/64600 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(+ 177,9 %)	+ 17 794 775,76 S
---	-------------	-------------------

Mehreinnahmen bei Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträgen gemäß § 45 des Mietrechtsgesetzes (17,8 Mill S) wegen zu niedriger Veranschlagung.

2/64604 Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 9,0 %)	+ 31 705 082,09 S
--	-----------	-------------------

Mehreinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen wegen größerer Auslastung (27,7 Mill S).

2/647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

2/64700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	(- 24,8 %)	- 19 100 245,30 S
---	------------	-------------------

Mindereinnahmen beim Beitrag des Wohnhaus-, Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds (17,0 Mill S), bei den Beiträgen des AMS Österreich (5,2 Mill S) sowie den Beiträgen der Länder zu Bauvorhaben des Bundes (15,7 Mill S).

Mehreinnahmen bei sonstigen verschiedenen Einnahmen (5,4 Mill S), bei Beiträgen Dritter zu Bauvorhaben des Bundes (7,5 Mill S) und Beiträgen aus dem Ausland (Investition) (5,1 Mill S).

2/649	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	
2/6490	Einrichtungen des Eichwesens	
2/64904	Erfolgswirksame Einnahmen (- 42,6 %)	- 72 074 570,53 S

Mindereinnahmen vor allem aus Eich- und Prüfgebühren. Durch den Beitritt zur EU kommt es zu einer Reduzierung der Eichungen, da die EU-Normen anerkannt werden müssen und gemäß EU-Konformitätsbewertungsverfahren Prüfungen vermehrt durch autorisierte Privatfirmen durchgeführt werden.

2/6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	
2/64914	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 9,9 %)	+ 6 945 841,34 S

Mehreinnahmen vor allem aus Erlösen für vermessungstechnische Unterlagen aufgrund höheren Bedarfes der Landwirtschaft an Kopien von Katasterplänen (5,7 Mill S) sowie aus der Landesaufnahme infolge verstärkter Nachfrage an digitalen Daten (4,0 Mill S).

Mindereinnahmen bei den Vergütungen vom BMUK (3,3 Mill S).

2/65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft

Mehreingänge von 2 707 Mill S betrafen vorwiegend erfolgswirksame Einnahmen bei fernmeldebehördlichen Tätigkeiten (2 423 Mill S), Entgelte für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur (200 Mill S) sowie zweckgebundene Einnahmen der EU-TEN-Projekte (74 Mill S).

Die Mindereinnahmen betrugen 17 Mill S.

2/650	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr	
2/6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten	
2/65024	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 66,6 %)	+ 2 423 318 572,45 S

Mehreinnahmen wegen des Konzessionsentgeltes für die Erteilung der 3. GSM-Lizenz (2 402,8 Mill S) und wegen höherer Funkgebühren (17,8 Mill S).

2/651	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
2/65120	EU-TEN-Projekte (zweckgebundene Einnahmen)	+ 73 535 597,49 S

Mehreinnahmen für EU-TEN-Projekte (transeuropäische Verkehrsnetze), siehe Ansatz 1/65128 (73,5 Mill S).

2/65144	Entgelt für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur .. (+ 6,5 %)	+ 200 000 000,-- S
----------------	--	---------------------------

Mehreinnahmen wegen höherer Zahlungen der ÖBB (200,0 Mill S).

2/657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgebundene Gebarung)	
2/65700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (- 27,0 %)	- 15 096 408,69 S

Mindereinnahmen, weil die Einnahmen für Wunschkennzeichen (12,6 Mill S) sowie die Zinsen aus der Veranlagung von Fondsmitteln (2,7 Mill S) unter den Erwartungen blieben.

2/71	Bundestheater		
2/712	Allgemeine Betriebseinnahmen		
2/71204	Erfolgswirksame Einnahmen	(+ 23,0 %)	+ 9 060 104,33 S
Mehreinnahmen vorwiegend durch zusätzliche Rundfunk- und Fernsehübertragungen (5,0 Mill S).			
2/713	Übrige Einnahmen		
2/71304	Tageseinnahmen	(+ 10,2 %)	+ 50 097 774,87 S
Mehreinnahmen aus dem täglichen Kartenverkauf (38,1 Mill S), aus dem Abonnementverkauf (13,6 Mill S) und aus den Einnahmen des Opernballes (3,5 Mill S).			
Mindereinnahmen bei geschlossenen Vorstellungen (6,6 Mill S).			
2/71305	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen	(- 82,5 %)	- 16 139 534,80 S
Mindereinnahmen aufgrund verminderter Gastspieltätigkeit (16,1 Mill S).			
2/71504	Pensions- und Provisionsbeiträge	(+ 8,7 %)	+ 10 732 048,59 S
Mehreinnahmen überwiegend aus Überweisungen von Pensionsträgern (6,4 Mill S).			

5. Bericht zur Jahresbestandsrechnung

5.1 Darstellung des Vermögens und der Schulden

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der in der Verfügung des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Rechnerisch werden hier die Endbestände der aktiven Bestandskonten dargestellt.

Dabei können die Ergebnisse der Jahresbestandsrechnungen bzw der Bilanzen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßigen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäßige Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßigen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Rechnerisch werden hier die Endbestände der passiven Bestandskonten dargestellt.

Die Gliederung der Jahresbestandsrechnung des Bundes entspricht den Vorgaben des § 21 RLV und des Kontenplanes des Bundes.

5.2 Darstellung des Kapitalausgleichs

Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes, so daß der Darstellung des Grundkapitals und des Kapitalausgleichs lediglich die Bedeutung einer rechnungstechnischen Bilanzausgleichsposition zukommt.

Deren Aussagewert ist beschränkt, weil das Anlagevermögen hohe Bewertungsreserven enthält und weil die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" bedeutsame Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert ist. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zur Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung in den Begriffsbestimmungen (TZ 1.5.2) verwiesen.

Das Grundkapital (Band 2, Tabelle B.1) entspricht dem in der Bilanz des Bundesbetriebes (Band 2, Tabelle B.6.2) ausgewiesenen Grundkapital, während für die sonstigen Stellen der Bundesverwaltung einschließlich der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes kein Grundkapital vorhanden und somit nicht nachweisbar ist. Der anfängliche Kapitalausgleich des Jahres 1997 entspricht dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 1996 unter Berücksichtigung der Ausgliederung von ehemaligen Bundesdienststellen (Amtsorgane, betriebsähnliche Einrichtungen, Bundesbetriebe). Die unentgeltlichen Zu- und Abgänge im Anlage- und Umlaufvermögen sind in der Kapitalerhöhung und Kapitalverminderung enthalten. Der Vermögensabgang wurde der Jahreserfolgsrechnung des Bundes (Band 2, Tabelle B.4) entnommen.

5.3 Gesamtstand des Vermögens

Dem Vermögensnachweis liegt das erfaßte Vermögen des Bundes zugrunde, das in den Bestandsrechnungen für das Jahr 1997 der anweisenden Organe enthalten ist. Eine weitere Aufgliederung der Aktiva nach Vermögensarten, getrennt nach Amtsorganen (früher: Hoheitsverwaltung), betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes und Bundesbetrieben, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.1).

In der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind zur periodengerechten Abgrenzung unter anderen auch die vor dem 1. Jänner 1998 zu Lasten des Finanzjahres 1998 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des Vermögens erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, wobei die Amtsorgane gemäß § 57 Abs 3 BHG pauschal abzuschreiben haben.

5.4 Gesamtstand der Schulden

Dem Schuldennachweis liegen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen für das Jahr 1997 der anweisenden Organe enthalten sind.

Eine weitere Aufgliederung der Passiva nach Schuldarten, getrennt nach Amtsorganen, betriebsähnlichen Einrichtungen und dem Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.2).

In der Passiven Rechnungsabgrenzung sind unter anderen auch die gemäß § 52 Abs 2 BHG (Auslaufzeitraum) zu Lasten des Finanzjahres 1997 geleisteten Zahlungen enthalten.

5.5 Rücklagen

In der Jahresbestandsrechnung werden auch die gemäß § 53 BHG gebildeten Haushaltsrücklagen gegengleich dargestellt (siehe auch TZ 3.8).

Die der Haushaltsrücklage zugeführten Beträge können nach Maßgabe der Bestimmungen des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes und gemäß § 53 BHG mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen in künftigen Finanzjahren verwendet werden und erhöhen dadurch den für die begünstigten Ausgaben vorgesehenen Ermächtigungsrahmen.

Auf den zur näheren Information im folgenden angeführten Rücklagenkonten wurden Umbuchungen, die aus den Tabellen B.3.3 "Übersichten über die Rücklagen" nicht hervorgehen, bei den Rücklagenbeständen vorgenommen.

Rücklagen- konten	Kontenbezeichnungen	Zubuchungen (+) Abbuchungen (-)
Allgemeine Rücklagen		
2985/103	Bundeskanzleramt (1/10003)	+ 1 853 000,-- S
2985/213	BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales (1/15003)	+ 1 853 000,-- S
2985/243 *)	BM für Gesundheit und Konsumentenschutz (1/17003)	- 3 706 000,-- S
2985/352 *)	BM für Jugend und Familie (1/19003)	- 6 378 000,-- S
2985/353	BM für Umwelt, Jugend und Familie (1/18003)	+ 6 378 000,-- S

Besondere Rücklagen

2989/170	Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken) (1/17218)	+ 1 518 621 000,-- S
2989/171	Klinischer Mehraufwand /1/17218/7303/000/7353/400, 401, 600)	- 1 518 621 000,-- S

*) Die Bezeichnungen dieser auslaufenden Konten beziehen sich noch auf das Bundesministeriengesetz 1986 idF BGBl Nr 1105/1994

Gemäß § 53 Abs 3 BHG hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushalts einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Bezüglich der Gebarung der Ausgleichsrücklage im Finanzjahr 1997 wird auf die folgende Übersicht 11 verwiesen.

Mit dem Finanzausgleichsgesetz 1993 wurde ein "Sonderkonto Siedlungswasserwirtschaft" eingerichtet, auf das die für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft aufgebrachten Mittel zu überweisen sind. Ein 1995 nicht verbrauchter Betrag von 2,76 Mrd S wurde auf dem verzinsten Sonderkonto belassen und in der Haushaltsverrechnung des Bundes wurde eine korrespondierende besondere Rücklage (Konto 2989/185) und eine Rücklage aus zweckgebundenen Einnahmen für die Zinsen (Konto 2981/334) gebildet. Wegen einer zu geringen Entnahme aus dem Sonderkonto 1996 und einer nicht durch Rücklagenentnahme erfolgten Ausgabenbedeckung von Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft 1997 kam es zu einer Auseinanderentwicklung der Bestände auf den beiden Rücklagenkonten (Stand zum 31.12.1997 zusammen 1,49 Mrd S) und dem Sonderkonto (Stand zum 31.12.1997, 0,3 Mrd S). Im Bundesvoranschlag 1999 ist die gänzliche Auflösung der für die Siedlungswasserwirtschaft bestehenden besonderen Rücklage in Höhe von 1,32 Mrd S zugunsten des Allgemeinen Haushalts vorgesehen. Der Ansicht des Rechnungshofes, daß daher eine Abstimmung der Rücklagengebarung mit dem Sonderkonto betreffend die Siedlungswasserwirtschaft geboten sei, hat das BMF zugestimmt.

Den Stand der Haushaltsrücklagen und die Entwicklung der Rücklagen von 1988 bis 1997 zeigen die Übersichten 11 und 12.

Übersicht 11

Stand der Haushaltsrücklagen

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 1997	Entnahmen	Auflösungen Verringerungen	Zuführungen	Schließlicher Stand 1997
	Millionen Schilling				
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	4.977	- 1.077	- 56	+ 3.903	7.747
Allgemeine Rücklage	2.799	- 830	- 535	+ 547	1.981
Besondere Rücklage	5.051	- 862	-	+ 1.401	5.590
Besondere Einnahmen-Rücklage	674	- 575	-	+ 456	555
Ausgleichsrücklage	5.680	-	-	+ 31	5.711
Summe	19.181	- 3.344	- 591	+ 6.338	21.584

Übersicht 12

Entwicklung der Rücklagen des Bundes

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling									
Haushaltsrücklagen	26.410	32.547	33.773	26.229	34.151	30.365	29.163	21.146	19.181	21.584

5.6 Bundesbetriebe und betriebsähnliche Einrichtungen

Gemäß § 98 Abs 2 Z 4 BHG sind in den BRA die Vermögens- und Schuldenrechnungen (die Bilanzen) der Bundesbetriebe und der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes aufzunehmen. Die bundeseinheitliche Gliederung ist vom RH im Einvernehmen mit dem BMF festzulegen. Siehe dazu aber auch TZ 5.1.

Die Abschlußrechnung des Bundesbetriebes Österreichischer Bundestheaterverband wird in Band 2, Tabelle B.6.2, veröffentlicht, die Abschlußrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen in Band 2, Tabellen B.6.1.

Die Ausgliederungen der Bundesbetriebe ÖBF, ÖPTV und ÖBB sowie die Auflösung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols haben zur Folge, daß der Österreichische Bundestheaterverband als einziger Bundesbetrieb im Bundeshaushalt (Kapitel 71) enthalten und im BRA 1997 auszuweisen ist.

Übersicht 13 vermittelt einen Überblick über die Entwicklung der bilanzmäßig ausgewiesenen Ergebnisse der Bundestheater im Zeitraum von 1988 bis 1997.

Übersicht 13

Entwicklung des Vermögensabgangs (Reinverlust) der Bundestheater

Bundesbetrieb	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling									
Reinverlust:										
Öst. Bundestheaterverband .	1.628	1.615	1.681	1.854	2.003	2.038	2.228	2.378	1.580	2.265

5.7 Erläuterungen zur Jahresbestandsrechnung über Veränderungen des Vermögens und der Schulden des Bundes gegenüber dem Vorjahr

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 1997 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Veränderungen von über 50 Mill S betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Grundkapital und Kapitalausgleich) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

Infolge Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung mit 30. April 1996, der Österreichischen Bundesforste mit 31. Dezember 1996 und der Auflösung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols ebenfalls mit 31. Dezember 1996 werden diese Bereiche im BRA 1997 nicht mehr berücksichtigt. Da aber die Veränderungen des Vermögens und der Schulden gegenüber dem Vorjahr darzustellen sind und sich dementsprechend große Lücken ergeben würden, werden die aus der Ausgliederung resultierenden Abgänge dieser Bereiche (unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen in den jeweiligen Bundesbetriebe-Bilanzen) aus Gründen der Nachvollziehbarkeit ebenfalls dargestellt. Sie sind zur Verdeutlichung in Kursivschrift angeführt.

AKTIVA

Veränderungen
gegenüber dem Vorjahr

I. Anlagevermögen

1. Unbebaute Grundstücke - 5 421 506 251,26 S

Abgänge betrafen im Bereich BMLF (159 Mill S) hauptsächlich Vermögensübertragungen im Zusammenhang mit der Gründung der landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften Gesellschaft mbH.

Abgänge im Bereich ÖBF (4 622 Mill S) und im Bereich PTV (217 Mill S).

2. Bebaute Grundstücke - 1 693 371 698,29 S

Abgänge im Bereich PTV (1 659 Mill S).

3. Grundstückseinrichtungen + 6 081 145 048,46 S

Zugänge vorwiegend im Bereich BMwA (7 162 Mill S) betrafen hauptsächlich die Fertigstellung von Bauvorhaben, insbesondere der A 2 Südautobahn, der B 311 Pinzgauer Ersatzstraße, der B 312 Loferer Ersatzstraße, der A 4 Ostautobahn sowie fertiggestellte Bundesstraßen und den Erwerb von Grundstücken für Bundesstraßen durch die ASFINAG.

Abgänge im Bereich ÖBF (1 068 Mill S).

4. **Gebäude** - 24 504 601 600,37 S

Abgänge im Bereich PTV (25 400 Mill S) und im Bereich ÖBF (481 Mill S).

Zugänge erfolgten im Bereich BMwA (1 374 Mill S) insbesondere infolge Fertigstellung von Bauvorhaben für die allgemeine Verwaltung sowie für Kultur-, Militär- und Schulzwecke.

5. **Sonderanlagen** - 99 010 141 977,01 S

Abgänge im Bereich PTV (99 537 Mill S).

Zugänge betrafen im Bereich Verkehr (123 Mill S) die Übertragung der Anlagen für "Roadpricing".

6. **Maschinen und maschinelle Anlagen** - 2 315 304 281,34 S

Abgänge entstanden im Bereich BMF (1 241 Mill S) im Zuge der Ausbuchung der ADV-Anlagen infolge Ausgliederung der nunmehrigen BRZ-GmbH, im Bereich BMwA (274 Mill S) durch die Einbringung des für die Betriebsführung der ASFINAG notwendigen beweglichen und unbeweglichen Bundesvermögens als Sacheinlage ohne Gegenleistung aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, im Bereich BMLF (62 Mill S) vorwiegend durch den Übergang von Maschinen an die landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften Gesellschaft mbH im Zusammenhang mit deren Gründung sowie aufgrund des Vermögensabgangs infolge notwendig gewordener Umbuchungen im Zusammenhang mit der Neuregelung der Finanzierungszinsen im Zuge der Einrichtung des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft in Hirschstetten.

Abgänge im Bereich PTV (938 Mill S) und im Bereich ÖBF (158 Mill S).

Zugänge betrafen im Bereich BMWV (195 Mill S) hauptsächlich die Anschaffung von ADV-Geräten und Zubehör sowie von verschiedenen Maschinen und maschinellen Anlagen, im Bereich BMUK (82 Mill S) vor allem die Anschaffung von ADV-Geräten für Verwaltungs- und Unterrichtszwecke, die maschinelle Ausstattung von Werkstätten und Laboratorien sowie von Neu-, Zu- und Umbauten und weiters Ersatzanschaffungen für veraltete maschinelle Anlagen.

8. **Fahrzeuge und sonstige Beförderungsmittel** - 2 753 715 504,35 S

Die Abgänge entstanden im Bereich BMwA (355 Mill S) durch die Einbringung des für die Betriebsführung der ASFINAG notwendigen beweglichen und unbeweglichen Bundesvermögens als Sacheinlage ohne Gegenleistung aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997.

Abgänge im Bereich PTV (2 212 Mill S) und im Bereich ÖBF (102 Mill S).

Die Zugänge betrafen im Bereich BMI (106 Mill S) vorwiegend die Anschaffung von Dienst-Kfz auf Basis von Leasingverträgen.

9. **Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung** - 305 855 106,30 S

Die Abgänge entstanden im Bereich BMwA (60 Mill S) durch die Einbringung des für die Betriebsführung der ASFINAG notwendigen beweglichen und mit Einschränkung unbeweglichen Bundesvermögens als Sacheinlage ohne Gegenleistung aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997.

Abgänge im Bereich PTV (1 243 Mill S).

Zugänge betrafen im Bereich BMWV (425 Mill S) hauptsächlich Anschaffungen und Ersteinrichtungen für neue Instituträume bei den Universitäten und Labor-

einrichtungen, im Bereich BMI (209 Mill S) vor allem Amtsausstattung, auch bedingt durch die Eingliederung der Zollwache in die Bundesgendarmerie, im Bereich BMUK (160 Mill S) vorwiegend die Einrichtung und Ausstattung für Neu-, Zu- und Umbauten bei allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden Schulen und Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie den Ausbau von Sammlungen bei den Museen und der Österreichischen Nationalbibliothek.

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen – 18 029 151 731,54 S

Die Abgänge im Bereich BMwA (8 833 Mill S) entstanden vorwiegend infolge der Fertigstellung von Bauvorhaben, insbesondere an der A 2 Südautobahn, der S 16 Arlberg Schnellstraße, der B 312 Loferer Ersatzstraße, der A 4 Ostautobahn, der B 311 Pinzgauer Ersatzstraße sowie bei den sonstigen Liegenschaften und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Abgänge im Bereich PTV (9 256 Mill S).

Zugänge entstanden im Bereich BMA (75 Mill S) durch Neu- bzw Umbauten von Amtsgebäuden sowie Instandsetzungen von Amts- und Wohngebäuden bei Vertretungsbehörden im Ausland.

12. Teile für Anlagen – 2 901 307 956,45 S

Abgänge im Bereich PTV (2 882 Mill S).

13. Geringwertige Gebrauchsgüter – 89 444 427,01 S

Abgänge im Bereich PTV (74 Mill S).

14. Aktivierungsfähige Rechte – 978 188 003,55 S

Abgänge entstanden im Bereich BMF (98 Mill S) im Zusammenhang mit der Ausbuchung der ADV-Anlagen infolge Ausgliederung der nunmehrigen BRZ-GmbH, im Bereich BMI (74 Mill S) durch die Ausbuchung der nicht mehr in Verwendung stehenden Software.

Abgänge im Bereich PTV (955 Mill S).

Zugänge entstanden im Bereich BMUK (56 Mill S) vor allem durch die vertragliche Zusicherung von Einweisungsrechten im Rahmen des Schülerheimzuschußprogrammes bzw von Nutzungskapazitäten im Rahmen des Schulraumbeschaffungsprogrammes sowie durch die Anschaffung von Softwareprodukten.

15. Beteiligungen + 10 049 327 533,05 S

Zugänge entstanden im Bereich BMwA (8 587 Mill S) durch die Einzahlung des Bundes auf das Grundkapital der ASFINAG im Zusammenhang mit dem Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997, im Bereich Verkehr (3 390 Mill S) durch die Erhöhung des Stammkapitals der SCHIG, die Errichtung der Telekom-Control GmbH sowie die Erhöhung des Stammkapitals und die Kapitalrücklage der GBI, im Bereich BKA (300 Mill S) vorwiegend durch den Erwerb von Inhaberaktien der Österreichischen Staatsdruckerei AG im Rahmen deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, im Bereich BMLF (204 Mill S) durch die Einbringung des aushaftenden Grundkapitals bei der 1996 gegründeten Österreichischen Bundesforste AG sowie durch die Bareinlage des Stammkapitals der im Jahre 1997 gegründeten Bundesversuchswirtschaften Gesellschaft mbH.

Abgänge entstanden im Bereich BMF (2 448 Mill S) einerseits vor allem wegen des Verkaufs von Anteilsrechten im Bereich der Bank Austria und durch die Übergabe der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs AG an das BMwA sowie andererseits durch Kapitalerhöhungen bei der Internationalen Entwicklungsorganisation, des Afrikanischen Entwicklungsfonds, des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung sowie durch die Neubeteiligung bei der Multilateralen Investitions-Garantie Agentur.

17. Anzahlungen für Anlagen + 106 103 365,36 S

Zugänge ergaben sich vor allem im Bereich BMF (100 Mill S) infolge der geleisteten Anzahlungen für die Kapitalerhöhung an die Finanzierungsgarantie Gesellschaft mbH.

II. Umlaufvermögen

1. Werkstoffe, Handelswaren und Verbrauchsgüter - 231 521 426,23 S

Die Abgänge entstanden im Bereich BMwA (54 Mill S) durch die Einbringung des für die Betriebsführung der ASFINAG notwendigen beweglichen und mit Einschränkung unbeweglichen Bundesvermögens als Sacheinlage ohne Gegenleistung aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997.

Abgänge im Bereich PTV (169 Mill S).

3. Erzeugnisse - 195 625 661,82 S

Abgänge im Bereich ÖBF (186 Mill S).

4. Bargeld und Wertzeichen - 3 904 765 705,12 S

Abgänge im Bereich PTV (3 898 Mill S).

5. Guthaben bei der ÖPSK - 10 646 261 980,92 S

Abnahme im Bereich BMF (10 675 Mill S) vor allem wegen geringerer Veranlagenten auf dem Termineinlagenkonto.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen + 6 530 843 039,54 S

Die Erhöhungen im Bereich BMF (6 549 Mill S) setzten sich einerseits vorwiegend aus höheren Veranlagungen von Bundesmitteln bei diversen Kreditinstituten und sonstigen Gesellschaften durch die ÖBFA, aus höheren Rückstellungen bei der ÖKB gemäß § 7 AFG, aus höheren Guthaben infolge geringerer Haftungsanspruchnahmen gemäß §§ 3 bis 5 AFFG, aus höheren Zinsen bei diversen Co-Finanzierungsprojekten sowie andererseits aus Verminderungen durch vermehrte Mittelinanspruchnahmen aus der Siedlungswasserwirtschaft, aus höheren Auszahlungen aus dem Katastrophenfonds sowie aus der Verringerung der veranlagten Gelder des ITF zusammen.

8. Schwebende Geldgebarungen - 291 040 589,07 S

Abgänge im Bereich PTV (1 172 Mill S).

Zugänge im Bereich BMF (613 Mill S) vor allem aus den verschiedenen Abfertigungsterminen der PTA zu den Beamtenpensionen sowie durch nicht abgebuchte Aufträge an Kreditunternehmungen (insgesamt 271 Mill S).

10. Wertpapiere und Gesellschaftsanteile des Umlaufvermögens + 4 835 369 549,55 S

Die Zugänge im Bereich BMF (4 837 Mill S) ergaben sich aus der Veranlagung von Kassenmitteln in Wertpapiere und aus der vermehrten Veranlagung von Mitteln des Katastrophenfonds.

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - 2 789 993 657,95 S

Abgänge gab es im Bereich BMAGS (659 Mill S) wegen Verminderung der Forderungen aus Beiträgen zum Karenzurlaubsgeld an den Familienlastenausgleichsfonds.

Abgänge im Bereich PTV (1 918 Mill S), im Bereich ÖBF (331 Mill S) und im Bereich Alkohol (51 Mill S).

Zugänge entstanden im Bereich BMF (156 Mill S) infolge höherer fälliger Forderungen aus Liegenschaftsverkäufen sowie durch die erstmalige Einbuchung von fälligen Forderungen aus dem IT-Bereich.

12. Forderungen aus Darlehen + 303 412 338,39 S

Die Zugänge betrafen im Bereich BMF (398 Mill S) einerseits vor allem vermehrte Wertpapier-Leihegeschäfte, die Vergabe von Darlehen an Unternehmen mit Bundesbeteiligung sowie fällige Forderungen aus Bezugsvorschüßersätzen der aktiven Beamten der PTA und andererseits Verminderungen vorwiegend aufgrund von Darlehensrückzahlung und Endabrechnung der Gesellschaften mit Bundesbeteiligungen, im Bereich BMAGS (130 Mill S) die Erhöhung der fälligen und nichtfälligen Darlehensforderungen.

Abgänge im Bereich PTV (177 Mill S).

13. Forderungen aus Haftungsinanspruchnahmen - 1 220 783 569,68 S

Abgänge im Bereich BMF (1 221 Mill S) ergaben sich wegen verminderter Forderungen aus Rückersätzen bei Haftungsübernahmen gemäß AFG.

14. Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen + 487 712 936,93 S

Zugänge hauptsächlich im Bereich BMUJF (483 Mill S) ergaben sich aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl Nr 451/1985.

15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen Vorschüssen - 594 143 914,82 S

Abgänge entstanden im Bereich BMA (157 Mill S) durch die Bereinigung der zwischengebuchten Geschäftsfälle noch innerhalb der Zurechnungsfrist, im Bereich BMF (59 Mill S) durch die im Jahre 1996 vom Finanzamt für Körperschaften durchgeführte zweimalige Verrechnung einer KÖSt-Einzahlung.

Abgänge im Bereich PTV (400 Mill S).

16. Ersatzforderungen - 364 008 165,68 S

Abgänge ergaben sich im Bereich BMLF (178 Mill S) durch die Umbuchung von noch offenen Ersatzforderungen, den Milchsektor betreffend, auf das Konto "Rückersätze von Ausgaben der Vorjahre", da nach dem EU-Beitritt ab dem Jahre 1997 nur mehr zweckgebundene Verrechnungspositionen zur Verfügung standen sowie durch eine Neuregelung des Auszahlungsmodus bei der Landeslehrerhebung ab 1997, im Bereich BMLV (133 Mill S) vor allem aus der Verringerung des Zinsenguthabens betreffend vorzeitig geleistete Vorauszahlungen, im Bereich BMAGS (95 Mill S) vorwiegend aus der Arbeitslosenversicherung.

Zugänge im Bereich BMF (52 Mill S) ergaben sie sich aus der Ersatzforderung an die PTA betreffend den Reaktivierungsaufwand für Beamte, eine Verminderung ergab sich durch die Ausgliederung der BRZ-GmbH.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen – 544 798 995,46 S

Abgänge entstanden im Bereich BMLV (447 Mill S) durch die Reduzierung gegebener Anzahlungen im Zusammenhang mit der vermehrten Lieferung von Waffen, im Bereich BMLF (100 Mill S) vor allem im Zusammenhang mit geleisteten Anzahlungen zur Erstellung des Lageberichtes gemäß § 9 LWG.

18. Forderungen aus Währungstauschverträgen – 3 610 058 694,96 S

Abgänge entstanden im Bereich BMF (3 610 Mill S) infolge der Tilgung bestehender Währungstauschverträge.

19. Sonstige Forderungen + 2 403 009 253,83 S

Zugänge im Bereich BMF (6 116 Mill S) setzten sich einerseits hauptsächlich aus vermehrten Steuerrückständen bei den Finanz- und Zollämtern, aus der Umbuchung der Außenstände aus Außenhandelsförderungsbeiträgen, aus erhöhten nichtfälligen Forderungen bei den 0%-Französische-Francs-Schuldverschreibungen 1991-2006 (SWAP) und beim Ankauf von Bundesanleihen ins eigene Portefeuille sowie aus Rabattforderungen an die PTA, andererseits aus geringeren Forderungen gegenüber dem Nullkuponfonds, infolge des unterbliebenen Market-Makings sowie aus Wertpapieren in Fremdwährung zusammen, im Bereich BMAGS (1 925 Mill S) entstanden sie vorwiegend wegen der Erhöhung der fälligen sonstigen Forderungen, insb der Rückersätze von Ausgaben der Vorjahre auf Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung sowie der nichtfälligen sonstigen Forderungen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, im Bereich BMLF (158 Mill S) hauptsächlich durch die Umbuchung von noch bestehenden Ersatzforderungen betreffend den Milchbereich.

Abgänge entstanden im Bereich Verkehr (3 624 Mill S) durch den Wegfall der einmalig für 1996 vorgeschriebenen Konzessionsgebühren für das GSM-Mobiltelefonnetz nach dem Fernmeldegesetz 1993, im Bereich BMWV (1 241 Mill S) hauptsächlich wegen der Ausbuchung der Forderung des Bundes gegenüber dem Land und der Stadt Salzburg bezüglich des Gebarungsabgangs der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Salzburg aufgrund des OGH-Erkenntnisses, im Bereich BMUJF (482 Mill S) betrafen sie vor allem verminderte Forderungen gegenüber dem Reservefonds für Familienbeihilfen und gleichzeitig erhöhte Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Abgänge im Bereich PTV (579 Mill S).

20. Haushaltsrücklagen + 2 403 096 591,13 S

Siehe die gleichbezeichnete Position unter Passiva.

III. Aktive Rechnungsabgrenzung – 232 754 432,73 S

Vorwiegend weniger im Bereich BMUK (639 Mill S) infolge der Umstellung auf einen neuen Überweisungsmodus gemäß FAG, durch den Übergang von der Brutto- zur Nettoabbuchung der Besoldungskosten der Landeslehrer, im Bereich BMF (614 Mill S) einerseits vorwiegend durch geringere Zahlungen für die Pensionen der Post und Telekom AG und der Landeslehrer, durch keine Zuschüsse an die Finanzierungsgarantiegesellschaft sowie durch geringere Einnahmen infolge der Ausgliederung der BRZ-GmbH und andererseits mehr durch die erstmalige Verrechnung der Zahlungen an den Hauptverband der SV-Träger gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, durch Vorlaufzahlungen für Pensionen, Pflegegeldersatz und Aufwandsersatz der ÖBB sowie durch die Erhöhung der Beamtenbezüge und Beamtenpensionen ab Jänner 1998.

Abgänge im Bereich PTV (1 226 Mill S).

Überwiegend mehr im Bereich BMAGS (2 190 Mill S), einerseits durch die Erhöhung der Vorschüsse an die Sozialversicherungsträger für Leistungen im Bereich

der Sozialversicherung sowie andererseits durch die Verminderung der Vorschüsse für Leistungen nach dem Bundespflegegesetz.

V. Grundkapital und Kapitalausgleich

Das Grundkapital des Bundesbetriebes Bundestheaterverband in Höhe von 250 Mill S blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der negative schließliche Kapitalausgleich betrug 1 095 173 Mill S. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 13 037 Mill S. Auf die Ausführungen unter TZ 5.2 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA

I. Rücklagen

1. Haushaltsrücklagen	+ 2 403 096 591,13 S
-----------------------------	----------------------

Bei den im Bereich des BMF verrechneten Haushaltsrücklagen erhöhte sich vor allem der Stand der Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen aufgrund vermehrter Rücklagenauflösungen. Einzelheiten sind der TZ 3.8 dieses Berichtes zu entnehmen.

III. Schulden

1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen	- 199 938 732 666,90 S
--	------------------------

Abgänge entstanden im Bereich BMwA (78 086 Mill S) aufgrund des Infrastrukturförderungsgesetzes 1997; die Schulden des Bundes aus der Straßenbaufinanzierung gegenüber der ASFINAG wurden mit dem Entgelt für die Einräumung der Fruchtnießung an den im Eigentum des Bundes stehenden Grundstücken und Anlagen des hochrangigen Bundesstraßennetzes zugunsten der ASFINAG aufgerechnet. Im Bereich BMF (25 664 Mill S) entstanden sie hauptsächlich aus geringeren Schulden für Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG aufgrund des Infrastrukturförderungsgesetzes 1997 und durch den Wegfall der Vorbelastungen bei Leasingentgelten infolge der Ausgliederung der BRZ-GmbH, im Bereich BMUJF (1 974 Mill S) im Zusammenhang mit der Schuldenrückzahlung durch den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, im Bereich BMLV (225 Mill S) vor allem infolge Abstattung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Beschaffung von Waffen, Kraftfahrgerät und Munition, im Bereich BMLF (165 Mill S) infolge der getrennten Verrechnung der Anschaffungskosten und Finanzierungskosten der im Wege von Finanzierungsleasing angeschafften Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.

Abgänge im Bereich PTV (113 218 Mill S).

Zugänge entstanden im Bereich Verkehr (19 108 Mill S) durch die Übernahme der Schulden des Bundes an die SCHIG (ehemalige ASFINAG-Forderungen), im Bereich BMI (346 Mill S) vorwiegend durch die Nichtbegleichung von fälligen Lieferschulden infolge Kreditmangels im Jahre 1997 sowie durch das vermehrte Eingehen von Leasingverpflichtungen für Dienst-Kraftfahrzeuge.

2. Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen – 4 413 053 063,72 S

Abgänge entstanden im Bereich BMF (3 043 Mill S) einerseits durch den starken Anfall an Finanzverwahrnissen im Bereich der Finanz- und Zollverwaltung im Jahre 1996 und bei den Verwahrnissen der Pensionen der PTA sowie andererseits aus Erhöhungen durch die höhere Lohnsteuer im Auslaufzeitraum, im Bereich BMA (158 Mill S) vorwiegend aus der Bereinigung von zwischengebuchten Geschäftsfällen innerhalb der Zurechnungsfrist.

Abgänge im Bereich PTV (1 132 Mill S).

3. Ersatzschulden – 72 233 292,80 S

Abgänge entstanden vor allem im Bereich BMF (68 Mill S) durch das unterschiedliche Einlangen des Antrages der Bausparkasse Wüstenrot auf Erstattung des Betrages gemäß § 108 EStG und gleichzeitig durch eine Erhöhung infolge einer Korrekturbuchung bezüglich eines unzulässigen Saldos bei den Forderungen der Mineralölsteuer.

5. Schulden aus Währungstauschverträgen – 6 375 648 132,87 S

Abgänge entstanden im Bereich BMF (6 376 Mill S) infolge der Tilgung bestehender Währungstauschverträge.

6. Sonstige Schulden – 6 225 150 109,93 S

Die Abgänge entstanden im Bereich BMF (2 045 Mill S) einerseits bei den EU-Beitragsschulden, durch Verminderungen aus Abstattungen an Internationale Finanzinstitutionen, durch die Verminderung der Schulden an die ÖIAG, durch die Verringerung der Guthaben auf den Abgabenkonten der Zollämter, durch die Abstattung von Schulden bei IAKW, bei den Schuldenerleichterungen infolge internationaler Aktionen sowie bei den nichtfälligen Schulden an Gewerbesteuer und andererseits durch Erhöhungen bei den öffentlichen Abgaben aufgrund des unterschiedlichen Aufkommens, höhere Zurückstellungen gemäß § 21 Abs 2 des Scheidemünzengesetzes, höhere Schulden bei Internationalen Finanzinstitutionen sowie durch die Erhöhung der Guthaben auf den Abgabenkonten der Finanzämter. Im Bereich BMWA (346 Mill S) betrafen sie Korrekturen der Forderungen bei diversen Förderungsaktionen in den Bereichen Fremdenverkehr und Technologie.

Abgänge im Bereich PTV (4 263 Mill S).

Zugänge entstanden im Bereich BMLF (201 Mill S) durch die Erhöhung der nichtfälligen Schulden vorwiegend bezüglich der Erstausstattung des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft sowie durch die Erfassung von nichtfälligen Schulden im Rahmen der von der AMA zu leistenden Ausgleichszahlungen, im Bereich BMAGS (192 Mill S) durch die Erhöhung der fälligen sonstigen Schulden an die Sozialversicherungsträger betreffend Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung, Ausgleichszulagen, etc.

7. Finanzschulden + 81 322 193 678,29 S

Zugänge im Bereich BMF (81 322 Mill S) betrafen die Finanzierung des Bundeshaushalts in Ausübung der im Art II BFG 1997 enthaltenen Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen zur Vornahme von Kreditoperationen.

IV. Rückstellungen – 1 193 795 265,-- S

Abgänge im Bereich ÖBF (1 194 Mill S).

V. Passive Rechnungsabgrenzung + 3 325 906 129,01 S

Höhere Zahlungen ergaben sich im Bereich BMAGS (3 844 Mill S) einerseits wegen Zahlungen im Auslaufzeitraum an die Sozialversicherungsträger für Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung, Überweisungen an den Ausgleichstaxfonds und an Betriebe im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie andererseits durch vermindernde Zahlungen im übrigen Ressortbereich, im Bereich Verkehr (2 118 Mill S) durch die Kapitalaufstockung an die SCHIG im Auslaufzeitraum, im Bereich BMLV (130 Mill S) wegen Überweisungen im Auslaufzeitraum an die Firma Austro-Control-GmbH.

Niedrigere Zahlungen entstanden im Bereich BMwA (1 066 Mill S) hauptsächlich infolge geringerer Zahlungen im Auslaufzeitraum, im Bereich BMF (616 Mill S) einerseits durch Verminderungen hauptsächlich aufgrund des Wegfalls der Leistungen an die CA-BV, der Zahlungen von Ertragsanteilen, der Zahlungen anlässlich der Ausgliederung der BRZ-GmbH, für Pensionen und Pflegegeldersatz der Landeslehrer, verminderde Zahlungen für Schuldenerleichterungen infolge internationaler Aktionen und andererseits durch Erhöhungen im Zusammenhang mit der Verrechnung der Pensionen der Landeslehrer im Bereich des LSR für Wien im Auslaufzeitraum, mit vermehrten Einzahlungen aus dem Vermittlungsdienst bei Konkursangelegenheiten im Bereich der Finanzprokuratur, mit den erstmaligen Zahlungen an die BRZ-GmbH sowie Zahlungen an Deckungsrücklagen für die Finanzierungsgarantiegesellschaft, im Bereich BMUK (550 Mill S) durch den Wegfall der Lehrerpersonalzahlungen infolge Umstellung auf einen neuen Verrechnungsmodus und geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum, in den Bereichen BMWV (196 Mill S), BMA (113 Mill S) und BMI (63 Mill S) wegen geringerer Zahlungen im Auslaufzeitraum.

Abgänge im Bereich ÖBF (85 Mill S).

6. Bericht zur Jahreserfolgsrechnung

6.1 Darstellung der Aufwendungen und Erträge

§ 98 Abs 2 Z 3 bzw 4 BHG sieht die Aufstellung von Erfolgsrechnungen für den gesamten Bereich des Bundes vor. Für den Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband und die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes ist der Abschluß der Erfolgsrechnung in der Gestalt einer Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtend vorgeschrieben. Dabei können die Ergebnisse der Erfolgsrechnungen bzw der Gewinn- und Verlustrechnungen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung des Gesamtergebnisses aller Stellen des Bundes in der Erfolgsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge des Bundes, sodaß der Darstellung des Vermögensabgangs lediglich die Rolle einer rechnungstechnischen Ausgleichsposition kommt, die für Abstimmzwecke als Mindestvoraussetzung erforderlich ist (siehe Band 2, Tabelle B.4). Die einschränkenden Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft des Kapitalausgleichs in der Jahresbestandsrechnung (TZ 5.1 und 5.2) gelten sinngemäß.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.4).

Eine weitere Aufgliederung nach Aufwands- und Ertragsarten, getrennt nach Amtsorganen, dem Bundesbetrieb Österreichischer Bundestheaterverband und den betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabellen B.5.1 und B.5.2).

6.2 Erläuterungen zur Jahreserfolgsrechnung über Veränderungen der Aufwendungen und Erträge des Bundes gegenüber dem Vorjahr

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 1997 (siehe Band 2, Tabelle B.4) gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Veränderungen von über 50 Mill S betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (ausgenommen Vermögensabgang) im Band 2, Tabellen B.5.1 (Aufwendungen) und B.5.2 (Erträge) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

Infolge Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung mit 30. April 1996, der Österreichischen Bundesforste mit 31. Dezember 1996 und der Auflösung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols ebenfalls mit 31. Dezember 1996 werden diese Bereiche im BRA 1997 nicht mehr berücksichtigt. Da aber die Veränderungen der Aufwendungen und der Erträge gegenüber dem Vorjahr darzustellen sind und sich dementsprechend große Lücken ergeben würden, werden die aus der Ausgliederung resultierenden Abgänge dieser Bereiche aus Gründen der Nachvollziehbarkeit ebenfalls dargestellt. Sie sind zur Verdeutlichung in Kursivschrift angeführt.

AUFWENDUNGEN	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr
I. Aufwand für Bedienstete	
1. Aktivitätsaufwand	– 937 141 422,41 S
Niedrigere Aufwendungen gab es im Bereich Gesundheit (303 Mill S) aufgrund der Personalabgabe infolge von Kompetenzänderungen verschiedener Bereiche.	
<i>Abgänge im Bereich PTV (6 352 Mill S) und im Bereich ÖBF (855 Mill S).</i>	
Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMF (4 596 Mill S) hauptsächlich durch die höhere Einmalzahlung im Jahre 1997 und die erstmalig erfolgte ganzjährige Verrechnung bei den Beamten der PTA sowie durch die Kompetenzerweiterung des BMF um die Sektion VII (ehemalige BKA-Sektion), im Bereich BMLV (550 Mill S) hauptsächlich für Geldbezüge der Militärpersonen auf Zeit wegen vermehrter Übernahme von Zeitsoldaten und für Beamte infolge der durch den Grenzeinsatz verursachten Mehrkosten der Einsatzzulage sowie für gestiegene Mehrleistungen, im Bereich BMUK (469 Mill S) überwiegend infolge der Differenz der Einmalzahlung zwischen 1996 und 1997, des Struktureffektes und der Aufnahme von rd 500 Lehrern ab September 1997, im Bereich BMWV (363 Mill S) vorwiegend infolge der Einmalzahlung für Beamte und Vertragsbedienstete sowie der Abgeltung für Lehrtätigkeit für Bundesbedienstete. Im Bereich BMI (355 Mill S) entstanden sie vor allem infolge der Besoldungsreform, des Struktureffekts, der einmaligen Abschlagszahlung sowie vermehrter Dienstzuteilungen, im Bereich BKA (186 Mill S) vorwiegend infolge des erhöhten Personalstandes aufgrund der Änderung des Bundesministeriengesetzes.	
2. Pensionsaufwand	– 3 534 653 600,13 S
<i>Abgänge im Bereich PTV (3 620 Mill S) und im Bereich ÖBF (128 Mill S).</i>	

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMF (192 Mill S) aufgrund der höheren Einmalzahlung im Jahre 1997 sowie durch die höheren Durchschnittspensionen der einzelnen Pensionsbezieher.

3. Gesetzlicher Sozialaufwand – 317 605 866,68 S

Abgänge im Bereich PTV (849 Mill S) und im Bereich ÖBF (191 Mill S).

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMF (517 Mill S) hauptsächlich wegen des Bereichs PTA sowie wegen der Kompetenzerweiterung des BMF um die Sektion VII, im Bereich BMAGS (140 Mill S) infolge des Wechsels von Beamten des AMS in den Kollektivvertrag, im Bereich BMUK (63 Mill S) für Dienstgeberbeiträge infolge des vermehrten Aktivitätsaufwands.

II. Öffentliche Abgaben – 292 903 668,26 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMF (144 Mill S) vor allem wegen geringerer kapitalertragsteuerpflichtiger Veranlagungen von Bundesmitteln durch die ÖBFA.

Abgänge im Bereich ÖBF (80 Mill S) und im Bereich PTV (60 Mill S).

III. Abschreibungen und Wertberichtigungen

1. Anlagevermögen – 3 164 448 144,43 S

Niedrigere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMLF (305 Mill S) vor allem wegen verminderter Abschreibung infolge der Trennung der Finanzierungs- von den Anschaffungskosten im Zusammenhang mit der Einrichtung des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft, im Bereich BMWV (251 Mill S) wegen verminderter Abschreibung für Abnutzung, im Bereich BMF (200 Mill S) im Zusammenhang mit der Ausgliederung der BRZ-GmbH.

Abgänge im Bereich PTV (6 109 Mill S) und im Bereich ÖBF (166 Mill S).

Höhere Aufwendungen entstanden im Bereich BMwA (3 513 Mill S) infolge der Fertigstellung von Bauvorhaben im Straßenbau bzw Ankäufen von Anlagen, im Bereich BMI (281 Mill S) durch den Abschluß von Leasingverträgen für Dienst-Kfz und den damit verbundenen Abschreibungen sowie durch das Ausscheiden eines Großrechners aus dem Bestand, im Bereich Verkehr (108 Mill S) durch die 50 %ige Abschreibung des Kaufpreises für die Sonderanlagen "Roadpricing".

2. Umlaufvermögen + 100 580 569,45 S

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMJ (298 Mill S) infolge der Erhöhung der Abschreibung von Forderungen durch die Gerichte und Einbringungsstellen.

Niedrigere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMF (84 Mill S) einerseits infolge vermehrter Abschreibungen uneinbringlicher Forderungen im Rahmen der Ausfuhrförderung, der Forderungsabschreibung aus Mineralölsteuer wegen Konkurses einer Mineralölfirma im Jahre 1996 sowie andererseits durch Erhöhungen infolge Erlassungen aus Billigkeitsgründen bzw Löschungen nach Insolvenzen.

Abgänge im Bereich PTV (94 Mill S).

IV. Übrige Aufwendungen

1.	Geringwertige Gebrauchsgüter und Ersatzteile	- 358 733 212,82 S
-----------	---	---------------------------

Abgänge im Bereich PTV (274 Mill S).

2.	Werkstoffe, Handelswaren, Verbrauchsgüter	- 919 663 231,79 S
-----------	--	---------------------------

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMwA (188 Mill S) bei den Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern infolge der Übertragung der Straßenbaulasten an die ASFINAG gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 bzw der Übergabe des für die Betriebsführung der ASFINAG notwendigen beweglichen Bundesvermögens, im Bereich BMLV (131 Mill S) hauptsächlich im Zusammenhang mit der Beschaffung von Munition und Treibstoffen für Kraftfahrzeuge.

Abgänge im Bereich PTV (233 Mill S), im Bereich Alkohol (201 Mill S) und im Bereich ÖBF (64 Mill S).

6.	Werkleistungen	+ 56 929 906,38 S
-----------	-----------------------------	--------------------------

Mehraufwendungen ergaben sich in verschiedenen Bereichen, waren jedoch aufgrund ihrer geringen Höhe nicht zu erläutern.

8.	Energiebezüge	- 283 177 117,59 S
-----------	----------------------------	---------------------------

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMwA (56 Mill S) vor allem aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, da die Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden.

Abgänge im Bereich PTV (214 Mill S).

9.	Instandhaltung durch Dritte	- 962 701 642,27 S
-----------	--	---------------------------

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMwA (639 Mill S) vor allem aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, da die Straßenbaulasten der ASFINAG übertragen wurden, im Bereich BMF (91 Mill S) im Zusammenhang mit der Ausgliederung der BRZ-GmbH.

Abgänge im Bereich PTV (413 Mill S).

Höhere Aufwendungen gab es im Bereich BMLF (95 Mill S) infolge dringend erforderlicher Sofortmaßnahmen zur Behebung der Hochwasserschäden beim Bundesflußbau, im Bereich BMI (94 Mill S) hauptsächlich für die Instandhaltung von Gebäuden, bedingt durch die längere Nutzungsdauer infolge von Budgetkürzungen sowie infolge des Abschlusses von Leasingverträgen für Dienst-Kfz und damit verbundenen Wartungsverträgen.

10.	Transporte durch Dritte	- 601 964 672,72 S
------------	--------------------------------------	---------------------------

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMUJF (304 Mill S) insbesondere durch Minderausgaben bei den Schülerfreifahrten.

Abgänge im Bereich PTV (254 Mill S) und im Bereich ÖBF (65 Mill S).

11.	Zinsenaufwand	- 1 809 518 104,89 S
------------	----------------------------	-----------------------------

Abgänge im Bereich PTV (2 199 Mill S).

Höhere Aufwendungen ergaben sich im Bereich BMF (290 Mill S) vor allem aus den höheren Aufnahmen von Kassenstärkerkrediten und der Erhöhung der Finanzschulden, im Bereich BMLF (101 Mill S) durch die Erfassung des Zinsenaufwandes bei den im Wege von Finanzierungsleasing angeschafften Wirtschafts-

gütern des Anlagevermögens für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft.

12. Erlösberichtigungen – 263 687 692,15 S

Abgänge im Bereich PTV (274 Mill S).

13. Sonstige Aufwendungen + 24 795 762 494,41 S

Höhere Aufwendungen im Bereich BMF (13 910 Mill S) setzten sich einerseits vorwiegend aus der Erhöhung der Gebührenrichtigstellung von Schulden in fremder Währung, der Schuldenübergabe der ASFINAG Hochbau an die BIG, erstmaligen Zahlungen für Entgelte an die SCHIG, die BRZ-GmbH bzw diverse Firmen im IT-Bereich, an die BIG, höheren Vorbelastungen zur Zurückstellung von Silbergedenkünzen, Honorarzahlungen im Rahmen des CA-BV-Verkaufs sowie andererseits aus Verminderungen im Zusammenhang mit der Schuldenübergabe der ASFINAG Hochleistungsstrecken an das BMwA, geringeren Zahlungen an die ASFINAG, aus dem Wegfall der sonstigen Gebühren (DFÜ) und der Lizenzgebühren infolge der Ausgliederung der BRZ-GmbH, geringeren Provisionen und Entgelten im Bereich der Finanzschulden sowie aus den im Jahre 1996 erfolgten Gebührenrichtigstellungen infolge DKZ-Umstellung zu den Darlehen der Deutschen Bau- und Bodenbank zusammen. Weitere höhere Aufwendungen entstanden im Bereich Verkehr (13 552 Mill S) einerseits durch die Übernahme der Schulden des Bundes betreffend SCHIG sowie andererseits durch Verminderungen im Zusammenhang mit der Stornierung der Vorschreibung der Forderung ÖIAG im Jahre 1996, im Bereich BMUJF (560 Mill S) bei den Leistungen der Post für Schüler- und Lehrlingsfreifahrten, im Bereich BMLV (315 Mill S) für Flugsicherungsleistungen. Im Bereich BKA (168 Mill S) betrafen sie gestiegene Aufwendungen für Nachrichtenübermittlung, Miet- und Pachtzinse, Mitgliedsbeiträge und Werkleistungen Dritter infolge der Neueingliederung der Bereiche Kunst, Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten und Gentechnologie im Rahmen der Änderung des Bundesministeriengesetzes, im Bereich BMLF (117 Mill S) einerseits überwiegend die Zunahme von sonstigen Werkleistungen Dritter für die Erstellung des Lageberichtes gemäß § 9 LWG sowie andererseits verminderte Aufwendungen für die Administration des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen (INVEKOS). Im Bereich BMAGS (102 Mill S) betrafen sie höhere Aufwendungen für Leistungen der Post, Miet- und Pachtzinse sowie sonstige Werkleistungen Dritter infolge von Kompetenzänderungen, im Bereich BMWV (127 Mill S) hauptsächlich die Ausbuchung der Forderung gegenüber dem Land und der Stadt Salzburg und höhere Miet- und Pachtzinse für die Inbetriebnahme neuer Gebäude. Höhere Aufwendungen betrafen im Bereich BMJ (93 Mill S) hauptsächlich das Ansteigen der Ausgaben für Leistungen der Post, für Entschädigungen nach dem ASGG, für Werkleistungen Dritter, für Miet- und Pachtzinse sowie Schadensvergütungen, im Bereich BMA (59 Mill S) die Neueinrichtung bzw den Ausbau der ADV-Einrichtungen in der Zentralstelle im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft sowie höhere Kursverluste aus Fremdwährungsgebarungen bei den Vertretungen im Ausland und Mietaufwände für Ersatzräumlichkeiten während Umbauarbeiten.

Die niedrigeren Aufwendungen entstanden im Bereich BMwA (3 232 Mill S) infolge geringerer Zahlungen an die ASFINAG im Zusammenhang mit dem Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 sowie geringerer Gebührenrichtigstellungen, im Bereich Gesundheit (170 Mill S) insbesondere bei Leistungen der Post, Miet- und Pachtzinsen, Mitgliedsbeiträgen, sonstigen Werkleistungen Dritter sowie sonstiger verschiedener Aufwendungen infolge von Kompetenzänderungen, im Bereich BMUK (91 Mill S) vor allem bei Miet- und Pachtzinsen.

Abgänge im Bereich PTV (505 Mill S) und im Bereich ÖBF (265 Mill S).

14. Vergütungen und Überweisungen – 2 369 119 715,79 S

Niedrigere Aufwendungen gab es im Bereich BMAGS (1 101 Mill S) einerseits vor allem durch die Verminderung der Arbeitsmarktpolitik-Abgangsdeckung und

den Wegfall des Beitrags der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe sowie andererseits durch erhöhte Zahlungen im Zusammenhang mit der EU und Überweisungen an die Geburtenförderung der Arbeitsmarktpolitik, im Bereich BMUJF (925 Mill S) hauptsächlich durch Minderausgaben bei Schüler- und Lehrlingsfreifahrten, Beitragzahlungen zum Karenzurlaubsgeld und bei Überweisungen betreffend Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen, im Bereich BMF (193 Mill S) hauptsächlich wegen geringerer Zahlungen von ITF-Mitteln an das BKA sowie geringerer Dotierung des ITF, im Bereich BKA (153 Mill S) vorwiegend wegen geringerer Mittelbereitstellung des ITF.

15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres + 1 004 361 332,02 S

Höhere Aufwendungen entstanden hauptsächlich im Bereich BMLV (1 006 Mill S) bei Investitionen betreffend Waffen und Radaranlagen.

V. Bestandsminderungen - 96 298 566,03 S

Niedrigere Aufwendungen entstanden im Bereich BMwA (144 Mill S) infolge geringerer Richtigstellungen gegenüber 1996.

Höhere Aufwendungen im Bereich BMI (131 Mill S) entstanden durch Korrekturbuchungen infolge der vom RH angeordneten Einführung einer ressortweiten Inventarbestandsrechnung.

VI. Transfers + 9 248 946 522,36 S

Vermehrte Aufwendungen im Bereich BMF (15 081 Mill S) setzten sich einerseits hauptsächlich aus den erstmaligen Zahlungen aufgrund des Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetzes, höheren Pensionszahlungen an die PTA und die ÖBB, höheren Transferleistungen im Bereich des FAG, höheren Vorbelastungen für Schuldenerleichterungen infolge internationaler Aktionen für Post-Toronto und nachfolgende Abkommen, höheren Vorbelastungen und Aufwendungen für theaterführende Länder und Gemeinden, höheren Zahlungen im Rahmen des Katastrophenfonds, höheren Bedarfsszuweisungen an Länder für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen, die erstmalige Stützung gemäß Alkohol-Steuern und Monopolgesetz, mehrere Zuschüsse für Betriebsneugründungen und andererseits aus Verminderungen durch den Wegfall der im Jahre 1996 erfolgten Zinszahlungen für die ÖIAG, die geringere Vorbelastung für Schuldenerleichterungen für Ägypten II und den Entfall der Zahlungen an die EU für Kohle und Stahl zusammen. Die höheren Aufwendungen im Bereich Gesundheit (1 853 Mill S) entstanden einerseits durch die Erhöhung der Transferzahlungen für den klinischen Mehraufwand der Universitätskliniken und für die Krankenanstaltenfinanzierung sowie andererseits durch Verminderungen bezüglich des Kostenanteils an Untersuchungen für den Mutter-Kind-Paß sowie verringerte Förderungen an den Strahlenschutz und das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen infolge der Kompetenzänderung, im Bereich BMUK (77 Mill S) überwiegend durch die laufenden Transferzahlungen an Gebietskörperschaften und im Bereich Verkehr (64 Mill S) durch die Zunahme der Transferzahlungen an öffentliche Verkehrsträger.

Niedrigere Aufwendungen betrafen im Bereich BMLF (2 267 Mill S) vor allem Transfers an Träger des öffentlichen Rechts sowie die aus Mitteln des EAGFL finanzierten Maßnahmen im tierischen Bereich, Währungsausgleichmaßnahmen und die Leistung von degressiven Ausgleichszahlungen, im Bereich BMAGS (1 884 Mill S) einerseits vorwiegend verminderte Transfers für Leistungen nach dem Bundespflegegesetz, für die Förderung von Betrieben, Körperschaften und Krankenscheingebühren, für Leistungen der Sonderunterstützung und nach dem AIVG, für Versorgungsgebühren der Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung und der Opferfürsorge sowie den Beitrag zur Übernahme der Schlechtwetterentschädigung durch die Bauarbeiterurlaubs- und -abfertigungskasse und Überweisungen an den Ausgleichsfonds der PV-

Träger für Sonderunterstützung und andererseits erhöhte Transferzahlungen an die Träger öffentlichen Rechts und Unternehmungen für Leistungen zur Sozialversicherung, Zahlungen im Zusammenhang mit der EU, die Förderung von Betrieben und Körperschaften sowie Leistungen nach dem AIVG. Im Bereich BMUJF (1 361 Mill S) betrafen sie hauptsächlich verminderte Zahlungen für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie Schülerreifefahrten und Minderausgaben im Bereich betrieblicher Umweltförderungen, im Bereich BMwA (996 Mill S) geringere Zahlungen an die ASFINAG im Zusammenhang mit dem Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997, im Bereich BMWV (921 Mill S) überwiegend den Wegfall der Zahlungsverpflichtungen für den klinischen Mehraufwand und die VAMED infolge des Strukturangepassungsgesetzes 1996, im Bereich BMI (204 Mill S) vorwiegend den Rückgang der Unterstützungsleistungen an Kriegsflüchtlinge. Im Bereich BMLV (99 Mill S) betrafen sie vor allem Sozialversicherungsbeitragszahlungen für Zeitsoldaten an die zuständigen Gebietskrankenkassen, Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit Lärmschutzmaßnahmen im Bereich von Flugplätzen, Ansprüche auf Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe für Wehrpflichtige sowie Familienbeihilfen.

Abgänge im Bereich ÖBF (105 Mill S).

ERTRÄGE

Haupterträge

1.	Erlöse aus Lieferungen	- 1 601 639 115,80 S
----	------------------------------	----------------------

Abgänge im Bereich ÖBF (1 508 Mill S) und im Bereich Alkohol (112 Mill S).

Höhere Erlöse entstanden im Bereich BMF (50 Mill S) im Zusammenhang mit der Auflösung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols mit Ende 1996 und der damit verbundenen Organisationsänderung.

2.	Erlöse aus Leistungen	- 21 329 915 611,50 S
----	-----------------------------	-----------------------

Abgänge im Bereich PTV (21 327 Mill S).

3.	Gebühren und Kostenbeiträge	- 7 485 080 791,95 S
----	-----------------------------------	----------------------

Niedrigere Erträge ergaben sich im Bereich Verkehr (5 327 Mill S) durch den Entfall der Einnahmen aus Konzessionsentgelt gemäß § 20a Abs 4 des Fernmeldegesetzes 1993, im Bereich BMwA (3 395 Mill S) insbesondere aus Gebühren und Kostenbeiträgen für Verwaltungsleistungen, da aufgrund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 die Mauteinnahmen wegfielen, im Bereich BMWV (117 Mill S) hauptsächlich wegen geringerer Kostenersätze für die Überlassung von Bediensteten.

Abgänge im Bereich PTV (83 Mill S).

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMF (1 059 Mill S) vorwiegend aus der höheren Überweisung der Konzessionsabgabe der PTA und höheren Haftungsentgelten im Rahmen des AFG, im Bereich BMJ (242 Mill S) hauptsächlich aus höheren Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen sowie höheren Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug.

4.	Vergütungen und Überweisungen	- 212 496 630,75 S
----	-------------------------------------	--------------------

Niedrigere Erträge ergaben sich im Bereich BMAGS (1 757 Mill S) einerseits vor allem durch den Wegfall des Beitrags der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung, die verminderte Überweisung vom Familienlastenausgleichsfonds und die Arbeitsmarktpolitik-Abgangsdeckung sowie andererseits durch erhöhte Vergütungen und Überweisungen bei den Beiträgen der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, im Bereich BKA (160 Mill S) wegen

geringerer Überweisung von Mitteln des ITF, im Bereich Gesundheit (151 Mill S) hauptsächlich durch die Verminderung der Überweisung vom Familienlastenausgleichsfonds für den Mutter-Kind-Paß sowie im Bereich Verkehr (130 Mill S) durch geringere Überweisungen aus Mitteln gemäß § 4 Abs 3 ITFG.

Höhere Erträge ergaben sich im Bereich BMF (1 987 Mill S) hauptsächlich aus den Rückflüssen im Zusammenhang mit dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

5. Direkte Abgaben + 19 112 699 010,59 S

Höhere Erträge betrafen im Bereich BMF (17 136 Mill S) vor allem das nominelle Wachstum der direkten Abgaben, weiters zeigten sich die Auswirkungen des Strukturanzugsgesetzes auf Lohnsteuer und Einkommensteuer, im Bereich BMUJF (1 150 Mill S) entstanden sie insbesondere aus Dienstgeberbeiträgen und Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, im Bereich BMAGS (829 Mill S) vorwiegend aus Arbeitslosenversicherungs- und Nachschwerarbeitsbeiträgen.

6. Indirekte Abgaben + 13 409 264 500,36 S

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMF (14 549 Mill S) hauptsächlich aus dem nominellen Wachstum der indirekten Abgaben.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich Gesundheit (1 134 Mill S) durch die Verminderung der Einnahmen aus dem Umsatzsteueranteil für den KRAZAF durch die Systemänderung der Krankenanstaltenfinanzierung.

II. Nebenerträge..... - 280 623 279,38 S

Abgänge im Bereich ÖBF (97 Mill S) und im Bereich PTV (96 Mill S).

IV. Übrige Erträge

1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter - 75 571 057,36 S

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMUK (165 Mill S) infolge des Wegfalls des Verzichts auf das Optionsrecht des Bundes für das Amtsgebäude 1010 Wien, Wipplingerstraße 28, und der Leistung des Optionspreises durch die BIG.

Höhere Erträge betrafen im Bereich BMwA (64 Mill S) Erlöse aus der Veräußerung von Anlagen, im Bereich BMF (57 Mill S) die höheren Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbergedenkünzen.

2. Zinsenerträge - 969 771 736,94 S

Die niedrigeren Erträge vorwiegend im Bereich BMF (973 Mill S) setzten sich einerseits aus Verminderungen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen, den geringeren Zinserträgen aus der Veranlagung von Kassenbeständen, aus Anleihen in inländischer Währung, niedrigeren Kursgewinnen aus dem Effektenverkehr in inländischer Währung, geringeren Veranlagungen beim Siedlungswasserwirtschaftsfonds und andererseits aus Erhöhungen durch die erstmaligen Zinserträge aus dem Gesellschafter-Darlehen an die ÖIAG sowie höheren Erträgen aus Wertpapierleihegeschäften zusammen.

3. Erträge aus Beteiligungen - 2 159 709 305,39 S

Die verminderten Erträge im Bereich BMF (2 086 Mill S) resultieren hauptsächlich aus dem Wegfall der Abfuhren von der Österreichischen Salinen AG, der Austria Tabakwerke und der CA-BV sowie geringeren Abfuhren der Bank

Austria, im Bereich BMwA (59 Mill S) aus der geringeren Gewinnausschüttung der BIG.

4. Sozialbeiträge	- 431 313 727,60 S
--------------------------------	---------------------------

Abgänge im Bereich PTV (571 Mill S).

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMF (147 Mill S) bei den Pensionsbeiträgen aufgrund des gestiegenen Aktivaufwandes.

5. Aufwandsberichtigungen	+ 853 419 981,23 S
--	---------------------------

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMAGS (694 Mill S) aus erhöhten Rückersätzen von Ausgaben der Vorjahre für den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung und für den Kostenersatz der Pflegevorsorge sowie durch verminderde Ausgaben für Ausgleichszulagen, Leistungen zur Krankenversicherung und sonstige Rückersätze, im Bereich BMLF (133 Mill S) durch die Umbuchung von Ersatzforderungen, den Milchsektor betreffend, auf das Konto "Rückersätze von Ausgaben der Vorjahre", da nach dem EU-Beitritt ab dem Jahre 1997 nur mehr zweckgebundene Verrechnungspositionen zur Verfügung standen. Im Bereich BMF (52 Mill S) betrafen sie höhere nachträglich gewährte Rabatte der PTA und Beitragsrückerstattungen zum Bundeszuschuß gemäß Hagelförderungsgesetz.

6. Sonstige Erträge	+ 96 326 628 322,94 S
----------------------------------	------------------------------

Höhere Erträge entstanden vorwiegend im Bereich BMF (97 629 Mill S) einerseits aufgrund des Fruchtgenußentgeltes von der ASFINAG gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz, der Gebührenrichtigstellung aus dem Übergang von Schulden der ASFINAG, der Veräußerung der Anteile an der CA-BV, der Veräußerung von Bezugsrechten bei der Bank Austria und höherer Einnahmen im Rahmen des AFG sowie andererseits durch Mindererträge im Zusammenhang mit der Gebührenrichtigstellung durch ungünstigere Devisenkursentwicklung bei Schulden in fremder Währung, durch das im Jahre 1996 vergebene ÖIAG-Gesellschafter-Darlehen, durch verminderde Fruchtgenußentgelte der BIG sowie durch die im Jahre 1996 erfolgte Gebührenrichtigstellung der Deutschen Bau- und Bodenbank. Im Bereich Verkehr (195 Mill S) entstanden sie durch Mehreinnahmen aus dem Benützungsentgelt für das ÖBB-Streckennetz.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMLV (281 Mill S) aufgrund von Gebührenrichtigstellungen im Zusammenhang mit der Änderung von Schulden bei der Beschaffung von Radaranlagen, im Bereich BMwA (123 Mill S) vor allem bei den Miet- und Pachtzinsen infolge der Übergabe der Autobahnrasstätten an die ASFINAG gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997.

Abgänge im Bereich PTV (779 Mill S) und im Bereich ÖBF (412 Mill S).

V. Aktivierte Eigenleistungen	- 2 188 068 823,61 S
--	-----------------------------

Abgänge im Bereich PTV (2 126 Mill S).

VI. Bestandsmehrungen	+ 433 974 954,56 S
------------------------------------	---------------------------

Höhere Erträge ergaben sich vorwiegend im Bereich BMwA (426 Mill S) beim Anlagevermögen im Hochbaubereich in Kärnten und bei der BBD-Wien.

VII. Transfers	+ 1 279 049 765,77 S
-----------------------------	-----------------------------

Höhere Erträge entstanden im Bereich BMF (4 172 Mill S) einerseits hauptsächlich durch höhere Ersätze der PTA, erstmalige Ersätze der ÖPSK, höhere Beiträge zu den Pensionen von PTA und ÖBB, erstmalige Zahlungen der ÖBF-

AG, höhere Einnahmen aus dem Pensionssicherungsbeitrag der PTA, durch Überweisungen von Pensionsversicherungsträgern sowie aufgrund der Gewinnverteilung bzw. Bewertung der Forderung des Nullkuponfonds zum 31.12.1997 aber andererseits durch Verminderungen wegen geringerer Gutschriften der traditionellen Eigenmittel der EU und höheren Zahlungen an die EU sowie geringerer Erträge aus Kursrisikogarantien (AFFG). Sie ergaben sich im Bereich BMJ (198 Mill S) vor allem infolge der Erhöhung fälliger Forderungen bei Strafgeldern und des Ersatzes des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, im Bereich BMLV (109 Mill S) hauptsächlich aufgrund verstärkter Rückerstattungen der Vereinten Nationen für Hilfeleistungen im Ausland.

Niedrigere Erträge entstanden im Bereich BMUJF (1 708 Mill S) vor allem bedingt durch keine Erhöhung der Forderung des Bundes gegenüber dem Reservefonds für Familienbeihilfen, da sich in der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ein Überschuß ergab und keine Abgangsdeckung erforderlich war, im Bereich BMAGS (1 084 Mill S) überwiegend aus der Verminderung der Einnahmen aus der AMP-Abgangsdeckung, der Beiträge der Gebietskörperschaften und der Zahlungen aus dem Ausland, im Bereich BMwA (190 Mill S) durch niedrigere Erträge aus den Transfers von Trägern öffentlichen Rechts und Unternehmungen sowie aus Geldstrafen infolge der Übertragung des hochrangigen Bundesstraßennetzes an die ASFINAG gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997, im Bereich BMWV (149 Mill S) weil der aliquote Vorsteueranteil der VAMED ab Mai 1996 nicht mehr vom BMWV eingenommen wurde.

Abgänge im Bereich PTV (162 Mill S).

IX. Vermögenszugang

Der schließliche Vermögenszugang betrug 22 003 Mill S. Im Vorjahr war ein Vermögensabgang in Höhe von 53 411 Mill S zu verzeichnen gewesen.

7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden

7.1 Allgemeines

Gemäß § 9 RHG 1948 hat der Rechnungshof den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und zugleich dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. Der folgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Einzelheiten dazu enthalten die Tabellen C.1 bis C.7.3.3 im Band 2. Weiters werden Besonderheiten des Berichtsjahrs erläutert.

Zusammen mit dem vom Staatsschuldenuausschuß zu verfassenden Bericht über die Finanzschuld des Bundes 1997 (kurz: Finanzschuldenbericht) ist damit eine umfassende Information gewährleistet; allenfalls auftretende Unterschiede oder Besonderheiten in der Darstellung werden im Anlaßfall gesondert erläutert. So ist vorab darauf hinzuweisen, daß im Finanzschuldenbericht der Saldo aus den Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen dem Finanzschuldenstand sowie den Summen der Finanzschuldenaufnahmen und Tilgungen zugeschlagen bzw. davon abgezogen wird. Die Werte des BRA folgen hingegen der Bestimmung des § 65 Abs 1 BHG idG, wonach Schulden aus Währungstauschverträgen keine Finanzschulden begründen. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Endbestand an nichtfälligen Finanzschulden gemäß BHG ("Finanzschulden im engeren Sinn") und der "Finanzschuld im weiteren Sinn" wird in TZ 7.4.4.4 erläutert.

Entwicklung und Stand der Bundesschulden wird in TZ 7.5 nachgewiesen.

7.2 Ausgleichshaushalt

Der Gesamthaushalt wird gemäß § 16 Abs 1 BHG aus dem Haushalt der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben (Allgemeiner Haushalt) und dem Ausgleichshaushalt gebildet. Der Ausgleichshaushalt wird durch Finanzschuldenaufnahmen, Währungstauschverträge und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangene Geldverbindlichkeiten finanziert; sein Überschuß dient zum Ausgleich des Abgangs des Allgemeinen Haushalts.

Zusammengefaßt zeigt der Ausgleichshaushalt für 1997 folgendes Bild:

		Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)	
		Millionen S			
1.	Finanzschulden				
1.1	Ausgaben	95 233	96 061	-	828
1.2	Einnahmen	165 472	163 322	-	2 150
2.	Währungstausch- verträge				
2.1	Ausgaben	16 760	18 387	-	1 627
2.2	Einnahmen	15 398	18 343	+	2 945
3.	Kurzfristige Verpflichtungen zur Kassenstärkung				
3.1	Ausgaben	75 000	52 886	+	22 114
3.2	Einnahmen	75 000	52 888	-	22 112
4.	Tilgung für ÖIAG				
4.1	Ausgaben	922	0	+	922
5.	Summen				
5.1	Ausgaben (1.1, 2.1, 3.1 und 4.1)	187 915	167 334	+	20 581
5.2	Einnahmen (1.2, 2.2 und 3.2)	255 870	234 553	-	21 317
5.3	Überschuß	67 955	67 219	-	736

7.2.1 Finanzschulden

7.2.1.1 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens

Der Bundesminister für Finanzen wurde mit Art II BFG 1997 ermächtigt, den Abgang des Allgemeinen Haushalts durch die Aufnahme von Finanzschulden zu bedecken. Die im BFG 1997 festgelegten Höchstbeträge wurden wie folgt ausgenützt:

	Rahmen	Ausnützung
	Millionen S	
- Gemäß Art II Abs 1 BFG 1997 zur Deckung des Abgangs im Allgemeinen Haushalt zuzüglich der Ausgaben für die Tilgung von Schulden, zu- bzw abzüglich der Salden aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen sowie aus der Gebarung mit Krediten zur Kassenstärkung	165 472	163 286
- gemäß Art II Abs 2 Z 1 BFG 1997 zur Deckung von im Art III BFG 1997 angeführten konjunkturbedingten Stabilisierungs- und Belebungs- maßnahmen (Konjunkturausgleich-Voranschlag) sowie Einnahmenausgleichsmaßnahmen und EG-Beitragsverpflichtung	5 082 20 377 4 515	- - -
- gemäß Art II Abs 2 Z 2 BFG 1997 zur Deckung von Ausgabenüberschreitungen für die im Art VII BFG 1997 aufgezählten Maßnahmen	19 200	-
- gemäß Art II Abs 2 Z 3 BFG 1997 zur Deckung bestimmter Ausgaben im Rahmen des Zivildienstes sowie von landwirtschaftlichen Marktordnungsmaßnahmen	1 100	-
Gesamtsumme	215 746	163 286

Der gemäß Art II Abs 1 BFG 1997 feststehende Rahmen zur Durchführung von Kreditoperationen in Höhe von 165 472 Mill S wurde im Ausmaß von 163 322 Mill S durch Aufnahmen von Finanzschulden ausgeschöpft. Von diesem Betrag ist der Saldo aus Währungstauschgeschäften in der Höhe von 36 Mill S abzuziehen, so daß die Ausnützung des Rahmens letztlich 163 286 Mill S betrug. Die Ermächtigungen gemäß Art II Abs 2 BFG 1997 wurden überhaupt nicht in Anspruch genommen.

7.2.1.2 Aufnahme nach Schuldgattungen

Der Gesamtzugang an Finanzschulden zur Abgangsdeckung (163 322 Mill S) verteilte sich auf die einzelnen Schuldgattungen wie folgt:

	in inländischer Währung Mill S	in Fremdwährung Mill S	Summe Mill S	(%)
Anleihen	90 608	17 874	108 482	(66,4 %)
Bundesschatzscheine	38 200	–	38 200	(23,4 %)
Versicherungsdarlehen	2 832	–	2 832	(1,7 %)
Bankendarlehen	13 808	–	13 808	(8,5 %)
	145 448 (89,1 %)	17 874 (10,9 %)	163 322	(100,0 %)

Insgesamt wurde der Finanzierungsbedarf von 163 322 Mill S zu 89,1 % in Schilling (145 448 Mill S) und zu 10,9 % (17 874 Mill S) in fremder Währung bedeckt. Im Jahr 1996 betrug bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 198 834 Mill S der Anteil der Schillingschuld 80,4 % und jener der Fremdwährungsschuld 19,6 %.

7.2.1.3 Tilgung von Finanzschulden

Für die planmäßige Tilgung von Finanzschulden aller Gattungen waren im Kapitel 59 insgesamt 95 233 Mill S veranschlagt.

Tatsächlich wurden für die planmäßige Rückzahlung von Finanzschulden 96 061 Mill S ausgegeben. Die Differenz aus den veranschlagten und den tatsächlich verwendeten Tilgungsbeträgen zeigt saldomäßige Mehrausgaben von 828 Mill S; diese sind teils auf die Aufnahme und Tilgung von Bundesschatzscheinen nach der Voranschlagserstellung, teils auf die ungünstigere Kursentwicklung bei Tilgungen in Fremdwährung gegenüber dem Voranschlag zurückzuführen (siehe TZ 4.2, ansatzweise Erläuterung zu den Ausgaben 7/59089 und 7/59309).

7.2.1.4 Zinsendienst und sonstiger Aufwand

Die Ausgaben für die Verzinsung und für den sonstigen Aufwand zu Finanzschulden, wie Aufgeld, Provisionen, Entgelte und Spesen, waren im Allgemeinen Haushalt zu veranschlagen und zu verrechnen (siehe Band 2, Tabelle C.1).

Im Finanzjahr 1997 waren für Verzinsung einschließlich Aufgeld und sonstigen Aufwendungen für Finanzschulden 94 397 Mill S an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen unterschritten den veranschlagten Rahmen von 97 419 Mill S um 3 022 Mill S. In Beziehung zum tatsächlichen Tilgungsaufwand von 96 061 Mill S gesetzt, betrug die Leistung für den Zinsendienst mit Aufgeld und den sonstigen Aufwendungen 98,3 %.

Vom Gesamtbetrag dienten 2 622 Mill S für die mit der Begebung von Finanzschulden einhergehenden Kosten (zB Provisionen, Emissionsverluste). Sie unterschritten den veranschlagten Betrag von 2 958 Mill S um 336 Mill S. Diesen Kosten standen Emissionsgewinne, Einnahmen aus dem Abschluß von Währungstauschverträgen und sonstige Einnahmen von insgesamt 566 Mill S gegenüber.

Setzt man die Ausgaben für die Verzinsung und den sonstigen Aufwand in Höhe von 94 397 Mill S mit dem Nettoabgabenerfolg des Bundes von 413 189 Mill S in Beziehung, so folgt daraus eine Zinsen-Steuer-Quote von 22,8 % (1996: 24,3 %). Das bedeutet, daß im Jahr 1996 knapp ein Viertel des dem Bund zufließenden Abgabenertrages für die laufende Bedienung der Staatsschuld herangezogen wurde; gegenüber 1997 verringerte sich dieser Anteil jedoch um 1,5 Prozentpunkte.

7.2.2 Währungstauschverträge

Die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen sind – soweit sie den Kapitaltausch betreffen – im Ausgleichshaushalt brutto zu veranschlagen und zu verrechnen.

Für 1997 waren 15 398 Mill S in Einnahme und 16 759 Mill S in Ausgabe veranschlagt. Tatsächlich wurden 18 343 Mill S aus Währungstauschverträgen eingenommen und 18 387 Mill S ausgegeben. Der wesentliche Vorteil der Währungstauschverträge liegt in der günstigeren Verzinsung:

Für Aufgeld und Verzinsung der ausgetauschten Fremdwährungsbeträge waren im Finanzjahr 1997 Einnahmen von 8 300 Mill S und Ausgaben von 5 981 Mill S veranschlagt. Tatsächlich wurden 9 128 Mill S an Einnahmen erzielt und 5 620 Mill S an Ausgaben geleistet. Die erwarteten "Nettoeinnahmen" von 2 319 Mill S aus der Verzinsung der Währungstauschgeschäfte wurden somit von den tatsächlichen "Nettoeinnahmen" in Höhe von 3 508 Mill S um 1 189 Mill S übertroffen (siehe Band 2, Tabelle C.1).

Werden die Nettozinsen in Höhe von 90 889 Mill S, dh der Aufwand für die Verzinsung der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, zum Nettoabgabenerfolg des Bundes (413 189 Mill S) in Beziehung gesetzt, so verringert sich die Zinsen-Steuer-Quote auf 22,0 % (1996: 23,3 %).

7.2.3 Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gemäß § 65 Abs 2 BHG nicht zu den Finanzschulden. Sie bedürfen zu ihrer Aufnahme auch keiner bundesgesetzlichen Ermächtigung iSd Art 42 Abs 5 B-VG; wohl aber besteht eine beträchtliche Bindung an Voranschlagsansätze.

Im Kapitel 51 waren zunächst je 75 000 Mill S für Ausgaben und Einnahmen als Rahmen veranschlagt. Diese Ermächtigung wurde im Ausmaß von 52 888 Mill S von teils in Schilling (49 761 Mill S) und teils in Fremdwährung (3 127 Mill S) aufgenommenen Kassenstärkern genutzt. Bei der Rückzahlung der Kassenstärker in Fremdwährung (3 125 Mill S) wurde ein Kursgewinn von 2 Mill S erzielt. Von der in Art V Abs 1 Z 23 BFG 1997 idF der 2. BFG-Novelle 1997 vorgesehenen Möglichkeit, den veranschlagten Rahmen bis zu 70 000 Mill S zu überschreiten, wurde nicht Gebrauch gemacht.

An Ausgaben für die Verzinsung der Kassenstärkerkredite waren 383 Mill S veranschlagt; tatsächlich wurden Zinsenzahlungen in der Höhe von 202 Mill S geleistet.

7.3 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen

7.3.1 Umwandlung von Finanzschulden

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 65b Abs 3 Z 1 lit a bzw lit b BHG idG ermächtigt, bis zu 20 % der zu Beginn des vorangegangenen Finanzjahres bestehenden Verpflichtungen des Bundes aus Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge zu prolongieren bzw zu konvertieren.

In allen Fällen hatten einander die Höhe der Schuldverpflichtung vor und nach der Umwandlung zu entsprechen, wobei die Obergrenzen mit 270 071 Mill S vorgegeben waren.

Die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und Währungstauschverträgen im Rahmen einer Konversion oder Prolongation waren nicht zu veranschlagen. Die Ermächtigung zur Prolongation wurde nicht genutzt. Die Konversionen sind in Band 2, Tabelle C.5.1 dargestellt.

Die im Jahr 1997 vollzogenen Konversionen umfaßten hinsichtlich Aufnahme von Finanzschulden ein Ausmaß von 171 823 Mill S und hinsichtlich Zahlungen aus Finanzschulden für die vorzeitige Tilgung ein Ausmaß von 171 917 Mill S, wodurch sich ein buchmäßiger Kursverlust von 94 Mill S ergibt. Aus Währungstauschverträgen wurden 3 051 Mill S an Einnahmen und 2 948 Mill S an Ausgaben für Konversionen verwendet (buchmäßiger Kursgewinn in Höhe von 103 Mill S). In Betrachtung der Gesamtsummen an Einnahmen (174 874 Mill S) und Ausgaben (174 865 Mill S) aus Finanzschulden und Währungstauschverträgen für Konversionen verbleibt eine Differenz in der Höhe von 9 Mill S, die auf die unterschiedlichen Kurse bei Konversionen in fremder Währung zurückzuführen ist.

7.3.2 Kreditoperationen gemäß § 65 b Abs 3 Z 1 lit c BHG

Wie auch Prolongationen und Konversionen sind gemäß § 65 b Abs 3 Z 1 lit c BHG idgF durchgeführte Kreditoperationen für Rückkauffinanzierungen von Wertpapieren und für die nachträgliche Veränderung bestehender Verpflichtungen aus Finanzschulden und Währungstauschgeschäften nicht voranschlagswirksam zu verrechnen.. Im Jahr 1997 betrugen die Finanzschuldaufnahmen für Rückkauffinanzierungen 1 350 Mill S. Die aus Währungstauschverträgen herangezogenen Beträge zur nachträglichen Veränderung bestehender Verpflichtungen waren mit 9 851 Mill S auf der Ausgaben- und Einnahmeseite ausgeglichen (Tabelle C.5.2).

7.4 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und Währungstauschverträge

7.4.1 Entwicklung und Stand der Finanzschulden und der Zinsen

Der gesamte Bestand an Finanzschulden des Bundes erhöhte sich im Finanzjahr 1997 von 1 416 051 Mill S auf 1 497 373 Mill S oder + 5,7 % (von 1995 auf 1996: + 6,2 %) (siehe Band 2, Tabelle C.7.1.1).

Die im Gesamtstand enthaltenen fälligen Finanzschulden in der Höhe von 8 Mill S blieben gegenüber dem Vorjahr gleich hoch. Als fällig gelten dabei jene Finanzschulden, die der Bund mangels Vorlage der Anleihewertpapiere durch die Gläubiger nach Ende ihrer Laufzeit im Finanzjahr 1997 nicht tilgen konnte (Gläubigerverzug).

Die nichtfälligen Finanzschulden entwickelten sich wie folgt:

	Mill S
Anfangsbestand an nichtfälligen Finanzschulden	1 416 043
Schuldaufnahmen	+ 163 322
Tilgungen	- 96 061
Netto-Wertänderung bei Verbindlichkeiten in fremder Währung	+ 12 727
aus den Konversionen resultierende Differenz	- 94
Saldo aus Rückkäufen und Wertberichtigungen	+ 1 428
Endbestand an nichtfälligen Finanzschulden	1 497 365

Insgesamt wuchsen die nichtfälligen Finanzschulden im Finanzjahr 1997 um 81 322 Mill S oder 5,7 %. Die nichtfälligen Finanzschulden in Fremdwährung erhöhten sich um 3,9 %, die Schillingschuld um 6,3 %.

Die Verpflichtungen aus Zinszahlungen einschließlich Aufgeld mit Fälligkeit in künftigen Jahren, die im Allgemeinen Haushalt ausgewiesen werden, beliefen sich zum Jahresende 1997 auf 620 930 Mill S. Das entspricht einem Anteil an den nichtfälligen Finanzschulden (1 497 365 Mill S) von 41,5 % (1996: 43,9%). Der rückläufige Anteilswert ist vorwiegend in den sinkenden Zinssätzen auf den Geldmärkten begründet, die sich auf die Höhe der Zinsenverpflichtungen günstig auswirkten.

Der nach Höhe und Fälligkeit gegliederte Zinsendienst der einzelnen Schuldverträge ist in Band 2, Tabelle C.3.1.1 dargestellt.

Übersicht 14

Entwicklung der Finanzschulden des Bundes und ihrer Zinsenverpflichtungen

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling (Index 1988 = 100)									
Nichtfällige Finanzschulden (ohne Währungstauschverträge)	749.214 (100)	796.137 (106)	853.549 (114)	931.936 (124)	987.954 (132)	1.104.628 (147)	1.218.112 (163)	1.333.733 (178)	1.416.043 (189)	1.497.365 (200)
Verpflichtungen (Zinsen, Aufgeld) für nichtfällige Finanzschulden	481.660 (100)	519.999 (108)	564.870 (117)	587.688 (122)	584.621 (121)	549.615 (114)	584.692 (121)	629.101 (131)	621.354 (129)	620.930 (129)
Anteil der Verpflichtungen an den nichtfälligen Finanzschulden in %	64,3	65,3	66,2	63,1	59,2	49,8	48,0	47,2	43,9	41,5

7.4.2 Finanzschuldquote

Gemessen an der für 1997 vorläufigen Höhe des Brutto-Inlandsproduktes (2 516,9 Mrd S) erreichte der Bestand an Finanzschulden des Bundes einen Anteil von 59,5 % (1996: 58,6 %). Setzt man die Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 1997 (81 322 Mill S; siehe TZ 7.4.1) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 3,2 % (1996: 3,4 %).

Übersicht 15

Entwicklung der Finanzschuldquote

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling									
Finanzschulden	749.241	796.171	853.573	931.952	987.967	1.104.638	1.218.122	1.333.742	1.416.051	1.497.373
Brutto-Inlandsprodukt	1.566.439	1.672.900	1.801.309	1.928.300	2.046.100	2.117.800	2.262.900	2.352.400	2.421.600	2.516.900
Finanzschuldquote in % ...	47,8	47,6	47,4	48,3	48,3	52,2	53,8	56,7	58,5	59,5

7.4.3 Entwicklung der Währungstauschverträge und der Zinsen

Währungstauschverträge waren gemäß § 65b Abs 4 Z 3 BHG mit den letztlich erhaltenen Fremdwährungsbeträgen auf die Obergrenzen für Kreditoperationen anzurechnen. Entsprechend der regelmäßigen Vertragsgestaltung, wonach die Vertragspartner Beträge in verschiedenen Währungen gegenseitig austauschen und sich zu einem Rücktausch dieser Fremdwährungsbeträge zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt verpflichten, stehen einander Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen gegenüber. Die Entwicklung dieser Bestände ist in Band 2, Tabelle C 7.2.1 und C 7.3.1 dargestellt; zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild:

201

	Anfangsbestand 1997	Endbestand 1997
	Millionen S	
Kapitalforderungen	108 743	105 133
Kapitalschulden	- 109 829	- 103 453
Überhang aus den Kapitalforderungen	- 1 086	1 680

Der Überhang aus den Kapitalforderungen von 1 680 Mill S lässt noch keine endgültigen Aussagen über den wirtschaftlichen Erfolg der Währungstauschgebarung zu. Dieser wird wesentlich vom Verhältnis der Wechselkurse zueinander und zur inländischen Währung im Zeitpunkt des vereinbarten Rücktausches mitbestimmt.

Die Bestände an Schulden und an Forderungen aus Währungstauschverträgen erhöhten sich im Jahresabstand zu den Bewertungsstichtagen 31. Dezember 1996 bzw 1997 wie folgt (siehe Tabelle C.7.2.1 und C.7.3.1):

	Schulden	Forderungen
	Millionen S	
Anfangsbestand	109 829	108 743
Zugang durch neu abgeschlossene WTV	+ 1 814	+ 1 850
Zugang durch Konversionen	+ 3 051	+ 2 948
Saldo aus Wertberichtigungen	- 490	- 580
Saldo aus Kurswertänderungen	+ 5 786	+ 8 701
Abgang durch Tilgungen von WTV	- 16 537	- 16 529
Endbestand	103 453	105 133

Übersicht 16 bietet eine Zeitreihe über die in den letzten zehn Jahren ausgewiesenen Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschgeschäften.

Übersicht 16

Entwicklung der Forderungen und Schulden des Bundes aus Währungstauschverträgen

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling (Index 1988 = 100)									
Forderungen aus Währungstauschverträgen	48.790 (100)	61.198 (125)	68.357 (140)	81.506 (167)	93.226 (191)	98.186 (201)	107.949 (221)	111.228 (228)	108.743 (223)	105.133 (215)
Schulden aus Währungstauschverträgen	51.549 (100)	65.229 (127)	76.415 (148)	87.315 (169)	97.265 (189)	102.604 (199)	118.211 (229)	127.852 (248)	109.829 (213)	103.453 (201)
Forderungen abzüglich Schulden	- 2.759	- 4.031	- 8.058	- 5.809	- 4.039	- 4.418	- 10.262	- 16.624	- 1.086	+ 1.680

Währungstauschgeschäfte dienen insbesondere der Erzielung günstigerer Zinssatzbedingungen. Die nichtfälligen Verpflichtungen zu bzw Forderungen aus der Zinsenleistung nahmen im Berichtsjahr folgende Entwicklung (siehe Band 2, Tabelle C.3.2.1 und 3.3.1):

	Anfangsbestand 1997	Endbestand 1997
	Millionen S	
Zinsenforderungen	57 913	61 160
Zinsenverpflichtungen	- 30 118	- 30 463
Überhang aus den Zinsenforderungen	27 795	30 697

Der Vorteil der höheren Zinsenforderungen gegenüber den Zinsenverpflichtungen aus Währungstauschverträgen (30 697 Mill S) ist unter Beachtung der Wechselkurse dem Überhang (1 680 Mill S) zuzurechnen, der sich aus den Beständen an Kapitalschulden und -forderungen ergibt. Demnach verbleibt mit Ende 1997 ein "künftiger Gewinn" von 32 377 Mill S, dessen Realisierung allerdings von der weiteren Entwicklung der Wechselkurse abhängt.

Der durchschnittliche Zinssatz für die Finanzschuld unter Anrechnung der Währungstauschgeschäfte betrug 6,0 % (1996: 6,2 %). Dieser wurde durch die aufgrund von Währungstauschgeschäften erzielte geringere Fremdwährungsverzinsung von durchschnittlich 5,1 % (1996: 5,1 %) erreicht, während die Schillingschuld mit durchschnittlich 6,3 % (1996: 6,5 %) verzinst war.

7.4.4 Nettostand der Finanzschulden einschließlich Währungstauschverträge

Aus der Bruttodarstellung der Finanzschulden und Währungstauschverträge lässt sich der Finanzschuldenstand "netto" zum Jahresende 1997 wie folgt ableiten:

	Millionen S
nichtfälliger Finanzschuldenstand	1 497 365
zuzüglich Schulden aus WTV	+ 103 453
abzüglich Forderungen aus WTV	- 105 133
	<hr/>
"Nettoschulden"	1 495 685 13)

Auf die gleiche Weise lassen sich auch die Zinsenverpflichtungen darstellen:

	Millionen S
Zinsenstand zu den nichtfälligen Finanzschulden	620 930
zuzüglich Zinsenverpflichtungen zu WTV	+ 30 463
abzüglich Zinsenforderungen zu WTV	- 61 160
	<hr/>
"Nettozinsen"	590 233

Der unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen dargestellte Nettostand der Finanzschulden unterschritt den Bruttostand der nichtfälligen Finanzschulden um 1 680 Mill S oder 0,1 %. Dem stehen wesentlich niedrigere künftige Zinsenverpflichtungen unter Einbeziehung der Währungstauschverträge gegenüber, die die Zinsenverpflichtungen aus den brutto dargestellten Finanzschulden um 30 697 Mill S oder 4,9 % unterschritten.

7.5 Entwicklung und Stand der Bundesschulden 1988 – 1997

Gemäß § 9 Abs 2 RHG ist dem Nationalrat jährlich ein Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. In Übersicht 17 werden die Finanzschulden sowie die sonstigen Schulden ("Verwaltungsschulden") in fällige und nichtfällige Schulden unterschieden.

Unter den sonstigen nichtfälligen Schulden finden sich vor allem die Schulden zu Lasten künftiger Jahre für Aufwendungen an die ÖIAG aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen des Bundes in Höhe von 46 205 Mill S (Ansatz 7/54847). Im Zusammenhang mit diesen Schulden, die aus den der ÖIAG gewährten Krediten resultieren, sind die nichtfälligen Verpflichtungen (Zinsenleistung zu den Krediten) in Höhe von 13 284 Mill S (Ansatz 1/54847) zu sehen.

Weiters werden unter den nichtfälligen Schulden insbesondere jene an Internationale Finanzinstitutionen von insgesamt 27 864 Mill S (Ansätze 1/54052 und 1/54847) und für Zahlungen an die Schieneninfrastrukturfinanzierungs GmbH in Höhe von 19 112 Mill S (Ansatz 1/65148) nachgewiesen.

13) Siehe dazu Finanzschuldbericht 1997, Tabelle 1.

Übersicht 17

Entwicklung der Schulden des Bundes

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling (Index 1988 = 100)									
1. Voranschlagswirksam verrechnete Schulden:										
1.1 Finanzschulden (Tilgungen):										
Fällige	27 (100)	34 (126)	24 (89)	16 (59)	13 (48)	10 (37)	10 (37)	9 (33)	8 (30)	8 (30)
Nichtfällige	749.214 (100)	796.137 (106)	853.549 (114)	931.936 (124)	987.954 (132)	1.104.628 (147)	1.218.112 (163)	1.333.733 (178)	1.416.043 (189)	1.497.365 (200)
Summe 1.1	749.241 (100)	796.171 (106)	853.573 (114)	931.952 (124)	987.967 (132)	1.104.638 (147)	1.218.122 (163)	1.333.742 (178)	1.416.051 (189)	1.497.373 (200)
1.2 Sonstige voranschlagswirksame Schulden:										
Fällige	5.416 (100)	3.389 (63)	4.199 (78)	5.645 (104)	5.663 (105)	6.076 (112)	4.758 (88)	9.250 (171)	13.336 (246)	4.700 (87)
Nichtfällige	150.978 (100)	229.246 (152)	261.764 (173)	345.079 (229)	394.890 (262)	419.118 (278)	439.821 (291)	464.151 (307)	432.906 (287)	232.980 (154)
Summe 1.2	156.394 (100)	232.635 (149)	265.963 (170)	350.724 (224)	400.553 (256)	425.194 (272)	444.579 (284)	473.401 (303)	446.242 (285)	237.680 (152)
Summe 1	905.635 (100)	1.028.806 (114)	1.119.536 (124)	1.282.676 (142)	1.388.520 (153)	1.529.832 (169)	1.662.701 (184)	1.807.143 (200)	1.862.293 (206)	1.735.053 (192)
2. Voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden.....										
17.607 (100)	19.875 (113)	18.773 (107)	34.266 (195)	19.120 (109)	23.558 (134)	21.521 (122)	26.661 (151)	29.294 (166)	20.791 (118)	
Gesamtsumme	923.242 (100)	1.048.681 (114)	1.138.309 (123)	1.316.942 (143)	1.407.640 (152)	1.553.390 (168)	1.684.222 (182)	1.833.804 (199)	1.891.587 (205)	1.755.844 (190)

8. Bericht zu den Bundeshaftungen

8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem hiebei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1969 idgF für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Übersicht 18

Entwicklung der Haftungen des Bundes

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling (Index 1988 = 100)									
Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden	646.532 (100)	687.092 (106)	726.033 (112)	738.946 (114)	764.715 (118)	797.634 (123)	775.315 (120)	792.987 (123)	777.786 (120)	811.620 (126)
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassen-gesetzes 1)	134.859 (100)	138.713 (103)	147.900 (110)	161.966 (120)	179.893 (133)	191.953 (142)	184.333 (137)	205.189 (152)	219.364 (163)	246.055 (182)

1) Bereinigt um die Guthabenbestände des Bundes.

Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 1997 gültigen Devisenmittelkursen in Schilling umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt.

Zum Jahresende 1997 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 811 620 Mill S (1996: 777 786 Mill S); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand um 4,4 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 71 608 Mill S und durch Abgänge von 53 078 Mill S, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich erhöhten Kurswertänderungen – insbesondere des USD – die Haftungen in fremder Währung um 15 304 Mill S (siehe Band 2, Tabelle C.8.1).

Nettozugänge (ohne Berücksichtigung von Kurswertänderungen) waren bei Haftungen zugunsten der Exportförderung (23 694 Mill S) und der ASFINAG (7 640 Mill S) zu verzeichnen. Nettoabgänge, ebenfalls ohne Einbeziehung von Kurswertänderungen, betrafen Haftungen zugunsten der Elektrizitätswirtschaft (6 203 Mill S) und der ÖIAG (3 456 Mill S). Einzelheiten dazu sind in Band 2, Tabellen C.8.2.1 und C.8.2.2 dargestellt.

Die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 26 691 Mill S oder + 12,2 %. Da der Bund nicht für jenen Teil der in der Bilanz der Österreichischen Postsparkasse ausgewiesenen Verbindlichkeiten haftet, der seinen diesbezüglichen Guthabenbeständen entspricht, wurden diese in die Berechnung des Haftungsrahmens nicht miteinbezogen.

8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen

Aus den Haftungsübernahmen erwuchsen dem Bund für Schadenszahlungen und sonstige Kosten Ausgaben von 8 865 Mill S; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 10 832 Mill S gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 1 967 Mill S (siehe TZ 4.2 und 4.3 der Erläuterungen zu Ausgaben-Titel 1/547 und Einnahmen-Titel 2/547). In der nachstehenden Zeitreihe sind die Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen gegenübergestellt, wobei diese Beträge beinahe zur Gänze dem Bereich der Exportförderung entstammen. Kosten bzw Entgelte sind in den Beträgen nicht enthalten.

Übersicht 19

Schadenszahlungen und Rückersätze

Bezeichnung	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Millionen Schilling (Index 1988 = 100)									
Schadenszahlungen ohne sonstige Kosten	5.421 (100)	8.079 (149)	9.114 (168)	12.923 (238)	10.076 (186)	9.851 (182)	11.597 (214)	7.609 (140)	7.513 (139)	6.194 (114)
Rückersätze ohne Entgelte	3.516 (100)	6.997 (199)	5.152 (147)	10.405 (296)	6.923 (197)	8.080 (230)	7.245 (206)	8.135 (231)	4.635 (132)	6.836 (194)

Von den Einnahmen aus Rückersätzen (ohne Entgelte) im Jahr 1997 im Ausmaß von 6 836 Mill S waren 2 818 Mill S auf Umschuldungskredite zurückzuführen. Kredite dieser Art wurden in Einzelfällen bestimmten Schuldnerländern gewährt, wobei die kreditgewährenden Banken bereits fällig gewordene Forderungen des Bundes beglichen haben. Forderungsankäufe durch die Oesterreichische Kontrollbank AG wurden im Jahr 1997 nicht vorgenommen. Die Rückersätze im engeren Sinn beliefen sich somit auf 4 018 Mill S.

9. Bericht zu den Abschlußrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger

9.1 Allgemeines

Der RH veröffentlicht die Abschlußrechnungen der mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Einrichtungen, die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind. Form und Gliederung der Abschlußrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe dazu Band 2, Tabellen D).

Gemäß den §§ 14 Abs 3 und 32 Abs 3 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl Nr 11/1975, sind die Stiftungs- und Fondsorgane verpflichtet, der Stiftungs- oder Fondsbehörde bis Ende Juni eines jeden Jahres einen Rechnungsabschluß über das abgelaufene Kalenderjahr vorzulegen.

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 1997 wären diese Abschlußrechnungen bis 10. Juli 1998 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen gewesen.

9.2 Ausstehende Fondsabschlüsse

9.2.1 Die Abschlußrechnung 1997 der "Stiftung Theresianische Akademie" wurde trotz Urgenz nicht rechtzeitig vorgelegt. Die Stiftung hat erstmals eine Eröffnungsbilanz zum Stichtag 1. Jänner 1997 erstellt und in Aussicht gestellt, eine entsprechende Abschlußrechnung für das Jahr 1997 im September 1998 vorzulegen, die allerdings nicht rechtzeitig für die Veröffentlichung im BRA 1997 im RH eingelangt ist.

9.2.2 Die Abschlußrechnungen des "Krankenanstalten – Zusammenarbeitsfonds" (KRAZAF) ab dem Jahr 1978 können nicht veröffentlicht werden, weil diese von den Fondsorganen noch nicht oder nur vorbehaltlich der Klärung offener Fragen genehmigt wurden.

Der RH verweist in diesem Zusammenhang auf seine nicht verwirklichte Empfehlung zur Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Endabrechnungen und zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung für

die Erstellung der Rechnungsabschlüsse des KRAZAF (zuletzt im Wahrnehmungsbericht des RH über den KRAZAF und das Allgemeine Krankenhaus Wien, Reihe Bund 1995/6, S. 21 Abs 29).

Aufgrund der neuen Vereinbarung gem Art 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 kann eine Endabrechnung des KRAZAF erfolgen, sobald sich die Vertragsparteien über ihre gegensätzlichen Standpunkte betreffend allfällige Nachzahlungen geeinigt bzw die noch offenen Fragen geklärt haben.

9.2.3 Die Abschlußrechnung des Strukturfonds für das Jahr 1997 konnte im BRA 1997 nicht veröffentlicht werden, weil das entsprechende Genehmigungsverfahren durch die Strukturkommission nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde.

9.2.4 Die Abschlußrechnung des Arbeitsmarktservice Österreich für das Jahr 1997 konnte im BRA 1997 nicht veröffentlicht werden, weil das entsprechende Genehmigungsverfahren durch die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde.

9.3 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds

Nach dem Rechnungsabschluß 1997 des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds wies die Jahreserfolgsrechnung einen Vermögenszugang von rd 2 Mrd S aus. Die Kreditschulden des Fonds betreffen Darlehen von Kreditunternehmungen und betrugen zum Jahresende rd 3,5 Mrd S (1996: rd 5,9 Mrd S).

Die vom RH schon aus Anlaß der Abschlußrechnung 1992 vorgebrachten Bedenken bezüglich der fehlenden Bundeshaftung für die Bedeckung der Darlehen bleiben weiterhin aufrecht.

Der Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag für das Beitragsjahr 1998 wurde gemäß BGBl II Nr 366/1997 - wie im Vorjahr - mit 0,7 % festgesetzt.

Aus der Sicht des RH wird zu beobachten sein, ob der in Aussicht genommene vollständige Schuldenabbau des Fonds bis Ende 1998 tatsächlich erzielt werden kann.

9.4 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

Seit der Neuregelung der Umweltförderung durch das Umweltförderungsgesetz 1993 (UFG) werden im Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) nur mehr die Darlehen und Förderungszusagen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz abgewickelt.

Im Berichtsjahr wurden vom Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie insgesamt 2 696 endabgerechnete Darlehen des UWF verkauft. Für diese langfristigen, niedrig verzinsten Darlehen mit einem Nominale (inklusive Stückzinsen) von 28,7 Mrd S wurde ein Gesamtverkaufserlös von 18,4 Mrd S erzielt, der in Anleihen des Bundes und der Länder veranlagt wurde. Die Differenz zum Nominalwert der Darlehen (Abschlag wegen niedriger Verzinsung, langer Fristen und Risiko) in Höhe von 10,3 Mrd S wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den "Sonstigen betrieblichen Aufwendungen" verrechnet. Diesem Aufwand steht ein Erlös aus der anteiligen Auflösung der Rückstellung für Zinsendifferenzen für diese Darlehen von 13,7 Mrd S gegenüber. Aus dem gegenüber der Bewertung in der Bilanz höheren Verkaufserlös ergab sich 1997 somit ein Beitrag von 3,4 Mrd S zum Gesamtgewinn von 4,0 Mrd S.

Durch den Verkauf und durch Tilgungen haben sich die Forderungen aus Darlehen von 66,6 Mrd S auf 37,2 Mrd S verringert. Die Abwicklung der zugesagten Darlehen ist weiter vorangeschritten, wodurch die Eventualverbindlichkeiten aus noch zu erfüllenden Zusicherungen und zu erwartenden Wiedervorlagen auf 9,0 Mrd S (gegenüber 10,2 Mrd S im Vorjahr) abnahmen. Das Eigenkapital des UWF erhöhte sich trotz abermaliger Bildung einer Rückstellung in Höhe von 1 Mrd S zur Finanzierung einer Sondertranchenerhöhung für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft (gemäß § 6 Abs 2b UFG, BGBl Nr 201/1996) von 7,7 Mrd S auf nunmehr rd 11,7 Mrd S.

9.5 Reservefonds für Familienbeihilfen

Die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen sollen betragsmäßig einem Drittel des Gesamtaufwandes des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im letztabgelaufenen Jahr entsprechen (§ 40 Abs 2 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl Nr 376, in der geltenden Fassung).

Aufgrund des Ergebnisses der Bereichs-Voranschlagsvergleichsrechnung des Kapitels 19 "Jugend und Familie" für das Jahr 1997 wurden im Jahre 1997 insgesamt rd 52 213 Mill S aufgewendet; ein Drittel dieses Aufwandes beträgt somit rd 17 404 Mill S. Das Eigenkapital 1997 des Reservefonds für Familienbeihilfen betrug rd – 8 262 Mill S.

Demnach lagen die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen um rd 25 666 Mill S (1996: 27 050 Mill S) unter der im Gesetz geforderten Betragsgrenze.

Die Unterdotierung des Reservefonds für Familienbeihilfen ist bereits seit dem Jahr 1981 feststellbar und wurde vom RH auch regelmäßig aufgezeigt (zuletzt BRA 1994, Band 1, TZ 9.6).

9.6 Nachträglich veröffentlichte Fondsabschlüsse

Die für den BRA 1996 nicht rechtzeitig vorgelegte Abschlußrechnung des Österreichischen Instituts für Sportmedizin wird in diesem BRA veröffentlicht.

9.7 Agrarmarkt Austria (AMA)

Die Jahresbestandsrechnung 1996 der Agrarmarkt Austria (AMA) umfaßt den Haushalts- und Zweckbereich, die Erfolgsrechnung nur den Haushaltsbereich. Im Zweckbereich, der weitgehend in Anlehnung an die kameralistischen Prinzipien der öffentlichen Verwaltung in Form einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung dargestellt ist, wickelte die AMA im Jahr 1996 Maßnahmen in folgendem Umfang ab:

	in S
Pflanzlicher Bereich	13 699 085 237,78
Tierischer Bereich	5 330 395 146,43
Übergangsbeihilfen	
Lagerabwertungen	200 664,55
Degrессive Übergangsbeihilfen	3 860 123 974,59
Summe der von der AMA 1996 abgewickelten Maßnahmen	22 889 805 023,35

Die obigen Beträge enthalten neben den Bundesmitteln auch EU- und Ländermittel.

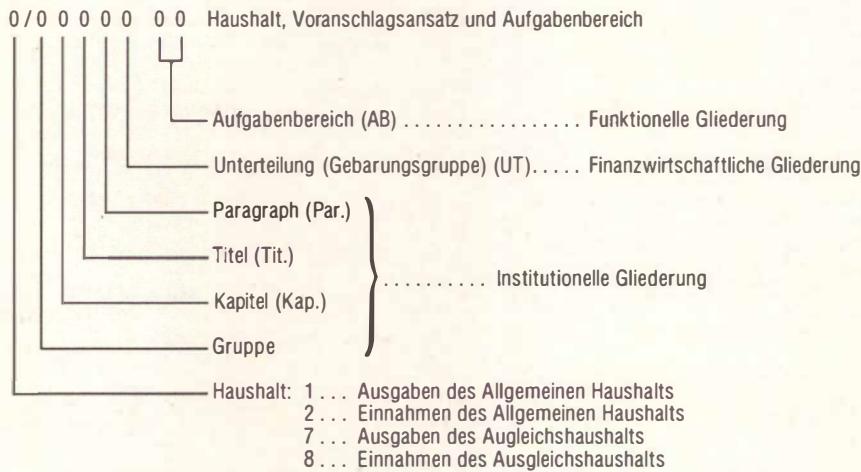
Neben diesen Maßnahmen wurden noch Abschlußbuchungen im Rahmen der mit dem EU-Beitritt ausge laufenen nationalen Marktordnungsmaßnahmen (zB Bereich Milch) vorgenommen. Die entstandenen Ausgaben sind jedoch nicht der laufenden Maßnahmenabwicklung zuzuordnen.

Der Bundesanteil an den von der AMA abgewickelten Maßnahmen ist im Bundesrechnungsabschluß 1997 bei Kapitel 60 "Land- und Forstwirtschaft" unter den folgenden finanziellen Ansätzen verrechnet:

<u>1/601</u>	<u>BM (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens):</u>
1/60146	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen
<u>1/602</u>	<u>Agrarische Strukturförderung:</u>
1/60216	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes
1/60226	Nationale Förderungsmaßnahmen
<u>1/603</u>	<u>Marktordnungsmaßnahmen:</u>
1/60346	Flankierende Maßnahmen
1/60356	Nationale Förderungsmaßnahmen; Überweisungen an die AMA
<u>1/604</u>	<u>Marktordnungspolitische Maßnahmen:</u>
1/60446	Sonstige Förderungen
<u>1/606</u>	<u>Übergangsregelungen:</u>
1/60606	Degrессive Ausgleichszahlungen
1/60616	Lagerabwertungen

G l i e d e r u n g d e r v o r a n s c h l a g s w i r k s a m e n V e r r e c h n u n g

Gliederung nach Haushalten, Voranschlagsansätzen und Aufgabenbereichen



Die 5. Dekade (Unterteilung) dient der finanzwirtschaftlichen Gliederung und kennzeichnet folgende Gebarungsgruppen:

Ausgaben

Personalausgaben:

0 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben

Sachausgaben:

- 2 Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 3 Anlagen (Ermessensausgaben)
- 4 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 5 Förderungen – Darlehen (Ermessensausgaben)
- 6 Förderungen – Zuschuß (Ermessensausgaben)
- 7 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben
- 8 Aufwendungen – erfolgswirksam (Ermessensausgaben)
- 9 Aufwendungen – bestandswirksam (Ermessensausgaben)

Einnahmen

- 0-1 Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksam)
- 2-3 Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksam)
- 4-6 Sonstige Einnahmen (erfolgswirksam)
- 7-9 Sonstige Einnahmen (bestandswirksam)

Die Aufgabenbereichs-Kennziffer dient der funktionellen Gliederung:

- 11 Erziehung und Unterricht (EU)
- 12 Forschung und Wissenschaft (FW)
- 13 Kunst (Kn)
- 14 Kultus (KI)
- 21 Gesundheit (Gh)
- 22 Soziale Wohlfahrt (SW)
- 23 Wohnungsbau (Wb)
- 32 Straßen (St)
- 33 Sonstiger Verkehr (Vk)
- 34 Land- und Forstwirtschaft (LF)
- 35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) (En)
- 36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (IG)
- 37 Öffentliche Dienstleistungen (ÖD)
- 38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) (PD)
- 41 Landesverteidigung (Lv)
- 42 Staats- und Rechtssicherheit (SR)
- 43 Übrige Hoheitsverwaltung (Hv)

Verzeichnis der Abkürzungen

A/I	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BDG	Beamten-Dienstrechtsgesetz
A/I L	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	Bds. Inst	Bundesinstitut
A/II	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BEA	Bundeserziehungsanstalt
A/II L	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BER	Bestands- und Erfolgsrechnung
A/JAL	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BEV	Bestands- und Erfolgsverrechnung
A/R	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BFG	Bundesfinanzgesetz
AB	Aufgabenbereich	BFPZ	Bundesforschungs- und Prüfzentrum
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	bfr	belgische Francs
Abs	Absatz	BFS	Bundesfachschule
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung	BG	Bundesgarde, Bundesgymnasium
AFFG	Ausfuhrfinanzierungsforderungsgesetz	BGBI	Bundesgesetzbuch
AFG	Ausfuhrförderungsgesetz	BGV	Bundesgebäudeverwaltung
AG	Aktiengesellschaft	BHG	Bundeshauptsatzgesetz
AHF	Außenhandelsförderung	BHS	Berufsbildende höhere Schule
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule	BHV	Bundeshauptsatzverordnung
AVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz	BIG	Bundesimmobiliengesellschaft
AMA	Agrarmarkt Austria	BKA	Bundeskanzleramt
AMFG	Arbeitsmarktförderungsgesetz	B-KUVG	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
AMPFG	Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz	B-KVG	Bauern-Krankenversicherungsgesetz
AMS	Arbeitsmarktservice	BLA	Bundeslehranstalt
AMSG	Arbeitsmarktservicegesetz	BLVA	Bundeslehr- und Versuchsanstalt
AMV	Arbeitsmarktverwaltung	BM	Bundesministerium
AO	Amtsorgane	BMA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
ArbVermG	Arbeitsvermittlungsgesetz	BMAGS	Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Art	Artikel	BMF	Bundesministerium für Finanzen
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	BMI	Bundesministerium für Inneres
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz	BMJ	Bundesministerium für Justiz
ASTP	Advanced System Technology Program	BMLF	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
ATB	Austrian Treasury Bills	BMUJF	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
ATF	Ausgleichstaxfonds	BMUK	Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
AUD	Australische Dollar	BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
Aufsv.KVG	Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut	BMWV	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
B/I	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BP	Bundespolizei
B/I L	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	B-PVG	Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
B/II	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BRA	Bundesrechnungsausschluß
B/II L	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BRAG	Bundesrechenamtsgesetz
B/JAL	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BRD	Bundesrepublik Deutschland
B/R	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BRG	Bundesrealgymnasium
BA	Bundesanstalt	BSF	Besitzstrukturfonds
BAG	Bundesamtsgebäude	BStG	Bundesstraßegesetz
BAO	Bundesabgabenordnung	BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
BAWAG	Bank für Arbeit und Wirtschaft AG	BThV	Bundestheaterverband
BB	Bundesbetriebe	BUWOG	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundes-Bedenstete, Ges. m. b. H.
BBA	Bundes-Bildungsanstalt	BVA	Bundesvoranschlag
BBG	Bundesbahngesetz	BVFA	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt
		B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
		bzw.	beziehungsweise
		CA, CA-BV	Creditanstalt-Bankverein
		CAD	Kanadische Dollar
		CDD	Kanadische Dollar
		CEPT	Conference europeene des administrations des postes et des telecommunications
		CERN	Conseil europeen pour la recherche nucleaire
		CHF	Schweizer Franken
		Co.	Compagnon
		Corp.	Corporation
		CPVF	Counterpart-Verwendungsfonds
		CZK	Tschechische Kronen
		D	Darlehen
		DDSG	Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft
		DEM	Deutsche Mark
		DFÜ	Datenfernübertragungseinrichtungen
		dgl.	dergleichen
		DM	Deutsche Mark

DRTM	Data Relay Satellite and Technology Mission	HTL	Höhere Technische Lehranstalt
DVA	Datenverarbeitungsanlage	HVG	Heeresversorgungsgesetz
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	i. Liqu.	in Liquidation
ECU (XEU)	European Currency Unit	IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
EDVA	Elektronische Datenverarbeitungsanlage	idF	in der Fassung
EE	Entwicklung und Erneuerung	idgF	in der geltenden Fassung
EFTA	European Free Trade Association	IESG	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz	IF	Investitionsförderung
EG	Europäische Gemeinschaft	inkl.	inklusive
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	inländ.	inländisch
EOESP, EOSPC	Erste Österreichische Spar-Casse	InvEG	Invalideneinstellungsgesetz
EP	Europaparlament	INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsyste für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen
ERP	European Recovery Program	IPU	Interparlamentarische Union
ESA	European Space Agency	IT	Informations-Technologie
ESP	Spanische Peseten	ITF	Innovations- und Technologiefonds
ESIG	Einkommensteuergesetz	ITFG	Innovations- und Technologiefondsgesetz
EU	Europäische Union	ITL	Italienische Lire
EUROFIMA ...	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriel	iVm	in Verbindung mit
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	IWF	Internationaler Währungsfonds
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	iwS	im weiteren Sinne
Fa	Firma	JGG	Jugendgerichtsgesetz
FAG.....	Finanzausgleichsgesetz	JPY	Japanische Yen
FAO.....	Food and Agriculture Organization	Kap.	Kapitel
FB	Familienbeihilfen	Kat. F.	Katastrophenfonds
FF	Französische Francs	KAVA	Konjunkturausgleich-Voranschlag
FFF	Forschungsförderungsfonds	KEST	Kapitalertragsteuer
FinStrG	Finanzstrafgesetz	KFB	Kunstförderungsbeitrag
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds	KFG	Kraftfahrgesetz
FLAG	Familienlastenausgleichsgesetz	KFZ	Kraftfahrzeug
FLD	Finanzlandesdirektion	KHVG	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz
FMG	Fernmeldeinvestitionsgesetz	KOVG	Kriegsopfersversorgungsgesetz
FOG	Forschungsorganisationsgesetz	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ForstG	Forstgesetz	Kto.....	Konto
FRE	Fondsrechnungseinheiten	KVSG	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz
FRF	Französische Francs	Kz	Kennzahl
FRN	Floating Rate Notes	LA.....	Lehranstalt
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz	LAA.....	Landesarbeitsämter
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	LB	Landesbedienstete
GBI	Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH	leg. cit.	legis citatae
GBP, Gbp	Britische Pfund	LFG	Luftfahrtgesetz
gem.	gemäß	LIA	Landesinvalidenämter
gemeinn.	gemeinnützige	lit.	litera
Ger. Bez.	Gerichtsbezirk	Lit	Italienische Lire
GesmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LKW	Lastkraftwagen
GG	Gehaltsgesetz	LSR	Landesschulrat
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Ltd.....	Limited
GOG	Geschäftsordnungsgesetz	LUF	Luxemburgische Francs
GSPVG	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz	LuftVG	Luftverkehrsgesetz
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	LWK	Landwirtschaftskammer
GÜG	Gehaltsüberleitungsgesetz	m. b. H.	mit beschränkter Haftung
GWF	Getreidewirtschaftsfonds	MFRM	Multilateral Forces Reduction Measures
GZ.....	Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen	Mill.....	Millionen
GZB	Genossenschaftliche Zentralbank	MOG	Marktordnungsgesetz
H	Haben (vor Beträgen in Tabellen)	Mrd	Milliarden
HAK	Handelsakademie	MRG	Mietrechtsgesetz
HBLA	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt	NLG	Niederländische Gulden
HBLVA	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt	NÖ	Niederösterreich
HDLG	Heeresdisziplinargesetz	Nr.	Nummer
HeimAG	Heimarbeitsgesetz	NSchG	Nachtschwerarbeitsgesetz
hfl	holländische Gulden	N.SWAP	Nachtrags-SWAP
HKG	Handelskammergegesetz	NUS	Neue unabhängige Staaten
HLA	Höhere Lehranstalt		
HTBLA	Höhere Technische Bundeslehranstalt		

ÖAF	Österreichische Automobilfabrik	SVA	Sozialversicherungsanstalt
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen.	SZR	Sonderziehungsrechte
ÖBF	Österreichische Bundesforste	TB	Tätigkeitsbericht
ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	TGM	Technologisches Gewerbe-Museum
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	TNF	Technisch-naturwissenschaftliche Fakultät
OeKB	Österreichische Kontrollbank	Tr.	Tranche
OeNB	Österreichische Nationalbank	TU	Technische Universität
OFEG	Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H.	TZ	Textzahl
OFG	Opferfürsorgegesetz	üä	und ähnliches
QFZS	Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf	UAE	UAE-Dirham
QIAG	Österreichische Industrieverwaltungs-AG	udgl	und dergleichen
OIG	Österreichische Industrieverwaltungs- Gesellschaft mbH	Ugl	Untergliederung
OKA	Oberösterreichische Kraftwerke AG	UIT	Union Internationale des Telecommunications
ÖKB	Österreichische Kontrollbank	UN	United Nations
OMIG	Österreichische Milchinformationsgesellschaft	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
OO	Oberösterreich	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries	UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
ÖPSK	Österreichische Postsparkasse	UNO	United Nations Organization
OPTV	Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung	UOG	Universitäts-Organisationsgesetz
ORE	Office de recherces et d'essais de l'UIC	US	United States
ORF	Österreichischer Rundfunk	USA	United States of America
ÖS	Österreichische Schilling	USD	US-Dollar
ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt	usw	und so weiter
ÖWuV	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	UT	Unterteilung
Par.	Paragraph	UWF, UWWF	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
PG	Pensionsgesetz	VA	Voranschlag, Versicherungsanstalt
Pkt.	Punkt	VAMED	VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft m. b. H.
PLZ	Polnische Zloty	VAP	Voranschlagspost
PRODEX	Programme for the development of scientific experiments	VB	Vertragsbedientsteter
PSK	Postsparkasse	VBG	Vertragsbedienstetengesetz
Ptas	Spanische Peseten	VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz
PTA	Post und Telekom Austria AG	VfGH	Verfassungsgerichtshof
PVA	Pensionsversicherungsanstalt	vgl	vergleiche
rd.....	rund	VIAG	Vorarlberger Illwerke AG
RE	Rechnungseinheiten	VIBOR	Vienna Interbank Offered Rate
reg. Gen.	registrierte Genossenschaft	VMW	Vereinigte Metallwerke AG
RGBI.	Reichsgesetzblatt	VOEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke
RGV	Reisegebührenvorschrift	VStG	Verwaltungsstrafgesetz
RH	Rechnungshof	VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
RHG	Rechnungshofgesetz	VVR	Voranschlagsvergleichsrechnung
RLV	Rechnungslegungsverordnung	VWG	Viehwirtschaftsgesetz
RM	Reichsmark	VwGG	Verwaltungsgesetz
W	Währung	VwGH	Verwaltungsgerichtshof
WBGF	Wohnbauförderungsgesetz, Wasserbautenförderungsgesetz	VwV	voranschlagswirksame Verrechnung
WBF-ZG	Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz	W	
WEG	Wohnungseigentumsgesetz	ZAR	Südafrikanische Rand
WG	Weingesetz	zB	zum Beispiel
WRG	Wasserrechtsgesetz	ZDG	Zivildienstgesetz
WSchG	Währungsschutzgesetz	ZEDVA	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
WSD	Wasserstraßendirektion	ZI	Zahl
WTV	Währungstauschverträge	ZOR	Zentral- und Osteuropäische Republiken
WW-Fonds	Wohnhaus Wiederaufbaufonds	zw	zweckgebunden

